

Europa-/Deutschland-Studie:

*Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung
Europas und Deutschlands?*

Band II

Inhaltsverzeichnis

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

- Kapitel 48 – Das deutsche Parteiensystem nach 1949**
- Kapitel 49 – Die lange Stabilität des Volksparteiensystems**
- Kapitel 50 – Auflösung traditioneller Parteibindungen**
- Kapitel 51 – Vom konzentrierten zum fragmentierten Parteiensystem**
- Kapitel 52 – Die Krise der Volksparteien als Strukturphänomen**
- Kapitel 53 – Die CDU zwischen konservativem Profil und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit**
- Kapitel 54 – Die SPD zwischen Arbeiterpartei und gesellschaftlicher Mitte**
- Kapitel 55 – Bündnis 90/Die Grünen und der Wandel gesellschaftlicher Milieus**
- Kapitel 56 – Die FDP zwischen Liberalismus, Regierungsverantwortung und Existenzrisiko**
- Kapitel 57 – Die Linke und die Transformation des linken politischen Raums**
- Kapitel 58 – Die AfD und die Entstehung eines neuen rechten Wählerraums**
- Kapitel 59 – Das BSW und die Neuordnung politischer Konfliktlinien**
- Kapitel 60 – Wählerwanderungen und neue politische Lager**
- Kapitel 61 – Volatilität und abnehmende langfristige Parteibindung**
- Kapitel 62 – Koalitionsbildung im fragmentierten Parteiensystem**
- Kapitel 63 – Repräsentationslücken und politische Anschlussfähigkeit**
- Kapitel 64 – Die Zukunft der Volksparteien**
- Kapitel 65 – Szenarien für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems**

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

- Kapitel 66 – Politisches Vertrauen als Grundlage demokratischer Ordnung**
- Kapitel 67 – Vertrauen in Parteien, Parlamente und Regierung**
- Kapitel 68 – Wahrgenommene und tatsächliche politische Wirklichkeit**
- Kapitel 69 – Politische Kommunikation unter Bedingungen zunehmender Komplexität**
- Kapitel 70 – Der Wandel der klassischen Medienöffentlichkeit**
- Kapitel 71 – Soziale Medien und fragmentierte Öffentlichkeiten**
- Kapitel 72 – Algorithmen, Aufmerksamkeit und politische Wahrnehmung**
- Kapitel 73 – Emotionalisierung politischer Kommunikation**
- Kapitel 74 – Angst, Unsicherheit und politische Mobilisierung**
- Kapitel 75 – Populismus als politische Mobilisierungsstrategie**
- Kapitel 76 – Vereinfachung komplexer politischer Konflikte**
- Kapitel 77 – Deutungshoheit und konkurrierende politische Wirklichkeiten**
- Kapitel 78 – Protest, politische Entfremdung und Systemkritik**
- Kapitel 79 – Radikalisierung politischer Positionen**
- Kapitel 80 – Öffentlichkeit und demokratische Legitimität**

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Kapitel 48 – Das deutsche Parteiensystem nach 1949

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 entstand nicht nur eine neue demokratische Verfassungsordnung, sondern zugleich ein Parteiensystem, das sich grundlegend von der politischen Fragmentierung der Weimarer Republik unterscheiden sollte. Parteien erhielten im Grundgesetz eine ausdrücklich anerkannte Funktion bei der politischen Willensbildung. Gleichzeitig entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten eine politische Wettbewerbsordnung, die trotz gesellschaftlicher Konflikte durch vergleichsweise hohe Stabilität, Konzentration und Integrationsfähigkeit gekennzeichnet war.

Diese Stabilität war keineswegs von Beginn an vollständig ausgebildet. In den ersten Jahren der Bundesrepublik existierte zunächst eine größere Zahl politisch relevanter Parteien. Erst schrittweise konzentrierte sich der Wettbewerb auf wenige Akteure. CDU und CSU, SPD und FDP bildeten schließlich die zentralen Kräfte des westdeutschen Parteiensystems. Mit dem Aufstieg der Grünen seit den 1980er Jahren begann eine erste dauerhafte Erweiterung dieser Ordnung. Nach der deutschen Wiedervereinigung kam mit der PDS beziehungsweise später der Linken eine weitere politische Kraft hinzu. Die Entwicklung nach 1949 ist deshalb nicht als Geschichte eines unveränderten Parteiensystems zu verstehen, sondern als langfristiger Prozess von **Konzentration, Stabilisierung, gesellschaftlicher Integration und später zunehmender Differenzierung**.

Die Stabilität des deutschen Parteiensystems nach 1949 beruhte nicht auf gesellschaftlicher Konfliktfreiheit. Sie entstand aus der Fähigkeit weniger großer Parteien, unterschiedliche gesellschaftliche Interessen innerhalb breiter politischer Bündnisse zusammenzuführen und in den demokratischen Institutionen zu repräsentieren.

Der demokratische Neubeginn nach 1945

Das Parteiensystem der Bundesrepublik entstand unter den besonderen historischen Bedingungen des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Diktatur. Die Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Demokratie, der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges beeinflusste den institutionellen und politischen Neubeginn erheblich. Demokratie sollte nicht lediglich wiederhergestellt, sondern durch stabilere institutionelle Voraussetzungen abgesichert werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Das Grundgesetz verband parlamentarische Demokratie mit Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit und einer bewussten Begrenzung politischer Macht. Parteien wurden dabei nicht als außerhalb des Staates stehende Vereinigungen behandelt, sondern erhielten mit Artikel 21 eine ausdrücklich anerkannte Rolle bei der politischen Willensbildung. Damit wurde ihre Vermittlungsfunktion zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen verfassungsrechtlich hervorgehoben.

Gleichzeitig entstand ein politischer Ordnungsrahmen, der die Bildung parlamentarischer Mehrheiten erleichtern sollte. Das personalisierte Verhältniswahlrecht verband proportionale Repräsentation mit Elementen territorialer Vertretung. Die später bundesweit wirksame Fünfprozenthürde begrenzte zusätzlich die parlamentarische Zersplitterung. Institutionelle Regeln allein erklären die spätere Konzentration jedoch nicht. Ebenso wichtig waren gesellschaftliche Veränderungen und die Fähigkeit größerer Parteien, kleinere politische Milieus und Wählergruppen dauerhaft zu integrieren.

Von anfänglicher Vielfalt zur Konzentration

Die erste Phase der Bundesrepublik war parteipolitisch vielfältiger, als es die spätere Erinnerung an ein weitgehend stabiles Dreiparteiensystem vermuten lässt. Neben CDU/CSU, SPD und FDP existierten weitere regionale, konfessionelle, konservative und interessenbezogene Parteien. Teile dieser politischen Angebote verschwanden jedoch, verloren parlamentarische Bedeutung oder wurden von größeren Parteien aufgenommen.

Dadurch entstand schrittweise ein Konzentrationsprozess. Besonders CDU und CSU entwickelten die Fähigkeit, unterschiedliche katholische, protestantische, konservative, bürgerliche und wirtschaftsorientierte Wählergruppen innerhalb eines gemeinsamen politischen Angebotes zu verbinden. Die SPD verfügte über starke Bindungen zur Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften, erweiterte aber ebenfalls zunehmend ihren gesellschaftlichen Anspruch. Die FDP etablierte sich zwischen den beiden großen politischen Kräften als eigenständige liberale Partei und zugleich als wichtiger Koalitionspartner.

Das Parteiensystem reduzierte damit gesellschaftliche Vielfalt nicht, sondern **bündelte sie politisch**. Unterschiedliche Interessen bestanden fort, wurden aber innerhalb weniger großer Organisationen miteinander vermittelt.

Die Konzentration des Parteiensystems war ein Prozess politischer Integration: Gesellschaftliche Unterschiede verschwanden nicht, sondern wurden in größere parteipolitische Bündnisse eingebunden.

CDU und CSU als überkonfessionelle Integrationsparteien

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Eine der bedeutendsten Veränderungen gegenüber früheren deutschen Parteiensystemen bestand in der Entwicklung der CDU und CSU als christlich-demokratische, aber zugleich überkonfessionelle politische Kräfte. Anders als die frühere katholische Zentrumsparterie richtete sich die Union nicht ausschließlich an ein konfessionell abgegrenztes Milieu. Sie verband unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen innerhalb eines breiteren bürgerlich-konservativen und christlich-sozialen politischen Spektrums.

Diese Integrationsleistung war für die Entwicklung des Parteiensystems von großer Bedeutung. Katholische und protestantische Wähler, wirtschaftsliberale und sozialpolitisch orientierte Gruppen sowie konservative und stärker modernisierungsorientierte Teile des Bürgertums konnten innerhalb derselben Parteienorganisation zusammengeführt werden. Die Union war dadurch nicht programmatisch spannungsfrei. Gerade ihre Fähigkeit, solche Spannungen intern auszuhandeln, gehörte jedoch zu ihrer politischen Stärke.

Die CDU/CSU entwickelte sich damit zu einem der zentralen Träger des späteren Volksparteiensystems. Ihre politische Bedeutung beruhte nicht nur auf einzelnen programmatischen Positionen, sondern auf ihrer Fähigkeit, gesellschaftliche Unterschiede innerhalb einer gemeinsamen politischen Organisation zu integrieren.

Die SPD zwischen sozialem Milieu und gesellschaftlicher Öffnung

Die SPD verfügte nach 1949 zunächst weiterhin über eine starke Verankerung in der Arbeiterschaft und der gewerkschaftlich organisierten Arbeitswelt. Diese Verbindung verlieh ihr eine stabile gesellschaftliche Basis, begrenzte aber zunächst zugleich ihre Reichweite in andere Bevölkerungsgruppen. Mit dem gesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik wurde eine Erweiterung des politischen Angebotes zunehmend notwendig.

Das Godesberger Programm von 1959 symbolisierte diesen Übergang besonders deutlich. Die SPD entwickelte sich stärker von einer klassischen Arbeiterpartei zu einer Volkspartei mit gesamtgesellschaftlichem Regierungsanspruch. Sie öffnete sich breiteren Mittelschichten, Angestellten, Beamten und neuen Bildungsgruppen, ohne ihre sozialpolitischen Traditionen vollständig aufzugeben.

Damit vollzog auch die SPD eine Integrationsleistung. Gesellschaftliche Modernisierung wurde nicht dadurch beantwortet, dass die historische soziale Basis aufgegeben wurde, sondern durch den Versuch, diese Basis mit neuen gesellschaftlichen Gruppen zu verbinden. CDU/CSU und SPD entwickelten sich auf unterschiedlichen historischen Wegen zu großen politischen Bündelungsorganisationen.

Die FDP als liberale Scharnierpartei

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Neben den beiden großen Parteien nahm die FDP eine besondere Stellung ein. Sie repräsentierte liberale Traditionen, wirtschaftspolitische und bürgerrechtliche Positionen und konnte sich als eigenständige politische Kraft zwischen den großen Parteien behaupten. Ihre Bedeutung ging über ihren jeweiligen Stimmenanteil hinaus, weil sie über lange Zeit für unterschiedliche Regierungsmehrheiten benötigt wurde.

Die FDP konnte sowohl mit der Union als auch mit der SPD koalieren und erhielt dadurch eine wichtige Scharnierfunktion. Regierungswechsel mussten unter den Bedingungen des konzentrierten Parteiensystems nicht zwangsläufig durch eine vollständige Verschiebung der gesellschaftlichen Lager entstehen. Veränderungen in den Koalitionsbeziehungen konnten bereits neue politische Mehrheiten ermöglichen.

Damit verband das Parteiensystem Konzentration mit einer gewissen Flexibilität. Zwei große Volksparteien dominierten den Wettbewerb, während eine kleinere liberale Partei Koalitionsoptionen eröffnete. Diese Struktur prägte die Bundesrepublik über Jahrzehnte.

Volksparteien als gesellschaftliche Integrationsorganisationen

Der Begriff der Volkspartei beschreibt mehr als eine Partei mit hohem Stimmenanteil. Entscheidend ist ihre Fähigkeit, unterschiedliche soziale Gruppen, Interessen und politische Orientierungen innerhalb eines gemeinsamen Angebotes zu verbinden. CDU/CSU und SPD erfüllten diese Funktion in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Schwerpunkten.

Ihre Stärke beruhte gerade darauf, dass Konflikte nicht ausschließlich zwischen den Parteien ausgetragen wurden. Ein Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung fand **innerhalb** der großen Parteien statt. Arbeitnehmer- und Wirtschaftsinteressen, konservative und modernisierungsorientierte Positionen oder unterschiedliche regionale Interessen mussten bereits vor parlamentarischen Entscheidungen parteiintern miteinander vermittelt werden.

Dadurch wirkten Volksparteien als politische Integrationsmechanismen. Sie übersetzten gesellschaftliche Vielfalt in breitere politische Kompromisse und begrenzten die Zahl eigenständiger Parteienangebote.

Das klassische Volksparteiensystem verlagerte einen erheblichen Teil gesellschaftlicher Konfliktvermittlung in die großen Parteien. Politische Integration fand deshalb nicht erst zwischen Regierung und Opposition, sondern bereits innerhalb der Parteien selbst statt.

Diese Funktion ist für die spätere Transformation des Parteiensystems entscheidend. Wenn gesellschaftliche Unterschiede nicht mehr in gleichem Maße innerhalb großer Parteien

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gebündelt werden können, verlagert sich Konflikt zunehmend in den Wettbewerb **zwischen** mehreren Parteien.

Gesellschaftliche Milieus und langfristige Parteibindung

Die Stabilität des Parteiensystems wurde durch gesellschaftliche Milieus unterstützt. Beruf, soziale Herkunft, Religion, Gewerkschaftsmitgliedschaft, regionale Zugehörigkeit und familiäre politische Tradition beeinflussten Parteibindungen über längere Zeiträume. Parteien waren dadurch stärker in gesellschaftliche Organisationen und soziale Netzwerke eingebettet.

Diese Bindungen bedeuteten keineswegs, dass Wahlentscheidungen vollständig vorherbestimmt waren. Sie reduzierten jedoch politische Volatilität und erzeugten langfristige Loyalitäten. Parteien konnten auf relativ stabile Wählergruppen zurückgreifen, während Bürger politische Orientierung innerhalb vertrauter gesellschaftlicher Strukturen entwickelten.

Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine und andere intermediäre Organisationen unterstützten diese Vermittlungsordnung. Das Parteiensystem war deshalb nicht lediglich eine parlamentarische Struktur, sondern Bestandteil eines umfassenderen gesellschaftlichen Organisationsgefüges.

Die spätere Schwächung dieser Milieus sollte folglich weitreichende Konsequenzen haben. Mit ihr veränderte sich nicht nur das Wahlverhalten, sondern eine wesentliche gesellschaftliche Grundlage des konzentrierten Parteiensystems.

Regierung und Opposition als stabiler demokratischer Wettbewerb

Die Bundesrepublik entwickelte nach 1949 schrittweise eine politische Kultur, in der Regierungswechsel innerhalb derselben demokratischen Ordnung selbstverständlich wurden. Die unterschiedlichen Parteien konkurrierten teilweise scharf miteinander, stellten jedoch grundsätzlich nicht die Legitimität des demokratischen Systems infrage.

Die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition 1969 und später der Wechsel zur christlich-liberalen Regierung 1982 zeigten, dass politische Macht innerhalb etablierter institutioneller Verfahren wechseln konnte. Opposition bedeutete nicht Ausschluss aus dem politischen System, sondern die Möglichkeit zukünftiger Regierungsübernahme.

Diese Normalisierung demokratischen Wettbewerbs war für die Stabilisierung der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Parteien waren Konkurrenten um politische Macht, blieben aber zugleich Bestandteile derselben demokratischen Ordnung.

Politische Polarisierung konnte auftreten, ohne zwangsläufig in eine grundsätzliche Delegitimierung des politischen Gegners überzugehen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Grünen und die erste dauerhafte Erweiterung

Seit den 1970er Jahren entstanden gesellschaftliche Bewegungen, deren Themen und politische Kultur innerhalb des etablierten Parteiensystems zunächst nur begrenzt repräsentiert wurden. Umweltpolitik, Friedensbewegung, Frauenbewegung, gesellschaftliche Selbstbestimmung und neue Formen politischer Beteiligung gewannen an Bedeutung. Aus diesem gesellschaftlichen Umfeld entwickelten sich die Grünen, die 1983 erstmals in den Deutschen Bundestag einzogen.

Damit wurde die bis dahin weitgehend stabile Struktur aus Union, SPD und FDP dauerhaft erweitert. Die Grünen repräsentierten nicht lediglich ein zusätzliches Sachthema. Ihr Aufstieg zeigte, dass gesellschaftliche Modernisierung neue politische Milieus und Konfliktlinien hervorgebracht hatte, die eine eigenständige parteipolitische Repräsentation entwickeln konnten.

Die zunächst als Herausforderung des etablierten Systems wahrgenommene Partei wurde schrittweise selbst Bestandteil der parlamentarischen Ordnung. Dies zeigt eine wichtige Eigenschaft demokratischer Parteiensysteme: Veränderung muss nicht Destabilisierung bedeuten. Neue gesellschaftliche Konflikte können durch die Entstehung neuer Parteien institutionell integriert werden.

Die Erweiterung des Parteiensystems durch die Grünen war zugleich Ausdruck gesellschaftlicher Veränderung und ein Beispiel demokratischer Anpassungsfähigkeit: Neue Konflikte erhielten politische Repräsentation, ohne die parlamentarische Ordnung grundsätzlich zu verlassen.

Die Wiedervereinigung und die Erweiterung des politischen Erfahrungsraumes

Die deutsche Wiedervereinigung 1990 veränderte auch die gesellschaftlichen Grundlagen des Parteiensystems. Die westdeutsche Parteienordnung wurde auf das vereinigte Deutschland übertragen, traf in Ostdeutschland jedoch auf einen anderen historischen und politischen Erfahrungsraum. Unterschiedliche politische Sozialisation, der wirtschaftliche Transformationsprozess und neue regionale Interessen beeinflussten die Entwicklung des Wahlverhaltens.

Mit der PDS etablierte sich eine politische Kraft, die vor allem in Ostdeutschland dauerhaft relevante Unterstützung erhielt. Später entwickelte sich daraus gemeinsam mit westdeutschen linken Strömungen die Partei Die Linke. Damit gewann das Parteiensystem eine weitere dauerhafte Kraft.

Die Wiedervereinigung führte deshalb nicht lediglich zu einer territorialen Erweiterung des bestehenden Systems. Sie integrierte unterschiedliche historische Erfahrungen und

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gesellschaftliche Transformationsprozesse in denselben politischen Wettbewerbsraum. Die daraus entstehenden Unterschiede sollten langfristig für Parteienbindung, Repräsentation und regionale Wahlmuster bedeutsam bleiben.

Die schrittweise Öffnung des konzentrierten Parteiensystems

Betrachtet man die Entwicklung seit 1949 über einen längeren Zeitraum, wird eine grundlegende Bewegung sichtbar. Auf eine zunächst größere Parteienvielfalt folgte eine Phase starker Konzentration. Danach setzte eine schrittweise Erweiterung ein. Mit Grünen und PDS beziehungsweise Linken entwickelte sich aus dem klassischen Dreiparteiensystem zunächst ein Vier- und später ein Fünfparteiensystem.

Diese Entwicklung bedeutete noch nicht die spätere umfassende Fragmentierung. CDU/CSU und SPD verfügten weiterhin über erhebliche gesellschaftliche Bindungskraft und dominierten über lange Zeit die Regierungsbildung. Dennoch waren bereits strukturelle Veränderungen erkennbar. Neue gesellschaftliche Konflikte benötigten zunehmend eigenständige politische Repräsentation, während die Fähigkeit der großen Parteien, nahezu alle relevanten Interessen innerhalb zweier breiter politischer Lager zu bündeln, allmählich abnahm.

Damit veränderte sich die Logik des Parteiensystems schrittweise:

Gesellschaftliche Konfliktvermittlung innerhalb weniger großer Parteien → Entstehung neuer gesellschaftlicher Konflikte → eigenständige politische Mobilisierung → Erweiterung des Parteienangebots → zunehmende Konfliktvermittlung zwischen mehreren Parteien.

Dieser Übergang vollzog sich über Jahrzehnte und bildet die historische Voraussetzung der späteren Fragmentierung.

Das Parteiensystem als Verbindung zwischen Gesellschaft und Staat

Die historische Entwicklung seit 1949 macht deutlich, dass Parteien nicht ausschließlich Wahlorganisationen sind. Sie verbinden gesellschaftliche Interessen mit parlamentarischer Repräsentation, rekrutieren politisches Personal, entwickeln Programme, organisieren Mehrheiten und strukturieren öffentliche politische Konflikte. Veränderungen des Parteiensystems sind deshalb immer auch Veränderungen der Vermittlungsbeziehung zwischen Gesellschaft und demokratischem Staat.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Solange wenige große Parteien einen erheblichen Teil gesellschaftlicher Interessen integrieren konnten, blieb diese Vermittlungsstruktur vergleichsweise konzentriert. Mit zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung wurde sie komplexer. Neue Parteien entstanden, bestehende Parteien veränderten ihre Programme und traditionelle Bindungen verloren an Stärke.

Für die vorliegende Untersuchung ist deshalb nicht allein entscheidend, wie viele Parteien zu einem bestimmten Zeitpunkt im Bundestag vertreten waren. Entscheidend ist die Frage, **welche gesellschaftlichen Konflikte diese Parteien repräsentierten, welche Gruppen sie miteinander verbanden und wie sich diese gesellschaftliche Bündlungsfähigkeit im Zeitverlauf veränderte.**

Die Ausgangsstruktur der späteren Transformation

Das Parteiensystem der Bundesrepublik nach 1949 entwickelte eine außergewöhnlich stabile Verbindung zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und politischer Konzentration. Diese Ordnung beruhte auf mehreren Voraussetzungen: starken gesellschaftlichen Milieus, langfristigen Parteibindungen, zwei großen integrationsfähigen Volksparteien, einer zunächst begrenzten Zahl politischer Wettbewerber und der Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte innerhalb demokratischer Institutionen zu verarbeiten.

Gerade deshalb darf die spätere Fragmentierung nicht ausschließlich als Folge kurzfristiger Parteientscheidungen verstanden werden. Wenn sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen verändern, auf denen eine bestimmte Parteienordnung aufgebaut ist, verändert sich langfristig auch deren politische Funktionsweise.

Der grundlegende historische Zusammenhang lautet:

Gesellschaftlich verankerte Milieus und relativ stabile Konfliktlinien → langfristige Parteibindungen → hohe Integrationsfähigkeit von CDU/CSU und SPD → Konzentration des Parteienwettbewerbs → stabile parlamentarische Mehrheits- und Koalitionsstrukturen → gesellschaftlicher Strukturwandel und neue Konfliktlinien → schrittweise Schwächung traditioneller Bindungen → Erweiterung des Parteienangebots → beginnende Transformation des Parteiensystems.

Die zentrale Erkenntnis

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Das deutsche Parteiensystem nach 1949 war weder von Beginn an vollständig konzentriert noch über Jahrzehnte unverändert. Seine historische Besonderheit bestand vielmehr darin, dass sich aus anfänglicher Parteienvielfalt eine vergleichsweise stabile Wettbewerbsordnung entwickelte, in der wenige Parteien einen großen Teil gesellschaftlicher Interessen politisch integrieren konnten. CDU/CSU und SPD bildeten als Volksparteien die zentralen gesellschaftlichen Bündelungsorganisationen, während die FDP Koalitionsflexibilität ermöglichte. Mit den Grünen und später der PDS beziehungsweise der Linken begann die schrittweise Erweiterung dieser Ordnung.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Stabilität des deutschen Parteiensystems beruhte über Jahrzehnte auf der Fähigkeit weniger großer Parteien, gesellschaftliche Unterschiede innerhalb breiter politischer Bündnisse zu integrieren. Seine spätere Transformation beginnt deshalb nicht erst mit dem Auftreten neuer Parteien, sondern mit der schrittweisen Veränderung jener gesellschaftlichen Milieus, Konfliktstrukturen und langfristigen Bindungen, auf denen die Konzentration des Parteiensystems beruhte.

Damit ist die historische Ausgangsordnung bestimmt, von der aus die weitere Transformation analysiert werden kann. Bevor jedoch ihre schrittweise Auflösung untersucht wird, muss jene Phase genauer betrachtet werden, in der CDU/CSU und SPD ihre größte gesellschaftliche Integrations- und Bündelungsfähigkeit erreichten. Denn erst aus der Funktionsweise dieser Ordnung lässt sich erklären, weshalb ihr späterer Bedeutungsverlust weit mehr darstellt als eine Veränderung einzelner Wahlergebnisse.

Kapitel 49 – Die lange Stabilität des Volksparteiensystems

Die Entwicklung der Bundesrepublik war über mehrere Jahrzehnte durch eine bemerkenswerte parteipolitische Stabilität geprägt. Im Zentrum dieser Ordnung standen CDU/CSU und SPD, die weit über ihre Funktion als Wahl- und Parlamentsparteien hinaus gesellschaftliche Integrationsleistungen erbrachten. Sie verbanden unterschiedliche soziale Gruppen, regionale Interessen, wirtschaftliche Vorstellungen und kulturelle Orientierungen innerhalb großer politischer Bündnisse. Dadurch entstand ein Parteiensystem, das gesellschaftliche Konflikte nicht beseitigte, sie aber in vergleichsweise stabile politische Strukturen übersetzen konnte.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die lange Stabilität dieses Systems darf dabei nicht als statischer Zustand verstanden werden. Die Bundesrepublik veränderte sich bereits während der Hochphase der Volksparteien erheblich: wirtschaftlicher Wiederaufbau, Ausbau des Sozialstaates, Bildungsexpansion, gesellschaftliche Liberalisierung, Säkularisierung und später die ersten Folgen des Übergangs zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft veränderten soziale Strukturen und politische Erwartungen. Die besondere Stärke des Volksparteiensystems bestand gerade darin, einen erheblichen Teil dieser Veränderungen innerhalb bestehender Parteien aufzunehmen. Seine Stabilität beruhte deshalb nicht auf gesellschaftlichem Stillstand, sondern auf einer über längere Zeit erfolgreichen **politischen Bündelung gesellschaftlicher Veränderung**.

Die lange Stabilität des Volksparteiensystems beruhte nicht darauf, dass sich die deutsche Gesellschaft kaum veränderte. Sie beruhte darauf, dass CDU/CSU und SPD gesellschaftlichen Wandel über Jahrzehnte innerhalb breiter politischer Bündnisse integrieren konnten.

Volksparteien als politische Antwort auf gesellschaftliche Vielfalt

Der Begriff Volkspartei bezeichnet eine besondere Form politischer Organisation. Eine Volkspartei richtet sich nicht ausschließlich an eine einzelne soziale Klasse, Konfession oder Interessengruppe, sondern versucht, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen dauerhaft innerhalb eines gemeinsamen politischen Angebotes zusammenzuführen. Ihre Integrationsleistung besteht deshalb gerade darin, Interessen miteinander zu verbinden, die nicht vollständig übereinstimmen.

CDU und CSU verbanden konservative, christlich-soziale, wirtschaftsliberale und bürgerliche Strömungen sowie unterschiedliche konfessionelle und regionale Milieus. Die SPD entwickelte sich aus ihrer historischen Verankerung in Arbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung zu einer breiteren politischen Kraft, die zunehmend Angestellte, Beamte, Mittelschichten und bildungsorientierte Gruppen ansprach. Beide Parteien mussten deshalb bereits innerhalb ihrer eigenen Organisation gesellschaftliche Unterschiede vermitteln.

Diese interne Heterogenität war keine Schwäche des Volksparteienmodells, sondern eine seiner zentralen Voraussetzungen. Politische Kompromisse entstanden nicht erst zwischen verschiedenen Parteien im Parlament. Ein erheblicher Teil gesellschaftlicher Interessenvermittlung fand bereits innerhalb der großen Parteien statt.

Gesellschaftliche Milieus als Fundament langfristiger Bindung

Die Stabilität der Volksparteien wurde durch gesellschaftliche Milieus getragen, die politische Orientierung über längere Zeiträume strukturierten. Familie, Beruf, Religion, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und regionale soziale Netzwerke beeinflussten politische Sozialisation und Parteibindung. Politische Präferenzen entstanden dadurch stärker innerhalb dauerhafter gesellschaftlicher Zusammenhänge.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für die Union waren christlich-konfessionelle, konservative, ländliche und bürgerliche Milieus von besonderer Bedeutung, ohne ihre Wählerschaft darauf zu begrenzen. Die SPD verfügte über enge Verbindungen zur organisierten Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften. Diese Bindungen wurden durch kommunale Parteiorganisationen, Betriebsstrukturen, gesellschaftliche Verbände und persönliche Netzwerke zusätzlich stabilisiert.

Parteien waren damit stärker als heute Bestandteil des gesellschaftlichen Alltags. Parteibindung bedeutete nicht zwangsläufig formale Mitgliedschaft, konnte aber Teil einer längerfristigen sozialen und politischen Identität sein. Wahlentscheidungen wurden dadurch weniger häufig bei jeder Wahl vollständig neu getroffen.

Die Stabilität des Volksparteiensystems beruhte auf einer doppelten Verankerung: Parteien waren institutionell im Staat und gesellschaftlich in sozialen Milieus verankert.

Wirtschaftlicher Aufstieg und sozialstaatliche Integration

Die Entwicklung des Volksparteiensystems fiel über längere Zeit mit wirtschaftlichem Wachstum und dem Ausbau sozialstaatlicher Sicherung zusammen. Die soziale Marktwirtschaft verband marktwirtschaftliche Dynamik mit sozialpolitischer Absicherung und schuf damit einen Rahmen, innerhalb dessen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen miteinander vermittelt werden konnten.

Wirtschaftliche Konflikte verschwanden dadurch nicht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, unterschiedliche Einkommensgruppen und verschiedene wirtschaftspolitische Vorstellungen standen weiterhin gegeneinander. Tarifautonomie, Mitbestimmung und Sozialversicherung institutionalisierten jedoch einen erheblichen Teil dieser Konflikte. Politischer Wettbewerb fand innerhalb einer Ordnung statt, deren grundlegende wirtschaftliche und sozialstaatliche Strukturen zunehmend breit akzeptiert wurden.

Für die Volksparteien eröffnete dies große Integrationsräume. Die Union konnte wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Absicherung verbinden, während die SPD soziale Gerechtigkeit mit einer zunehmend akzeptierten marktwirtschaftlichen Ordnung verband. Dadurch näherten sich beide Parteien in Teilen des grundlegenden Ordnungsrahmens an, ohne ihre politischen Unterschiede vollständig zu verlieren.

Die politische Mitte als Integrationsraum

Die Entwicklung der Volksparteien war eng mit der Herausbildung einer breiten politischen Mitte verbunden. Diese Mitte war keine einheitliche soziale Gruppe und besaß kein vollständig gemeinsames politisches Programm. Sie bezeichnete vielmehr einen politischen Integrationsraum, innerhalb dessen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen grundsätzlich kompromissfähig blieben.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für CDU/CSU und SPD entstand daraus ein besonderer Wettbewerbsmechanismus. Beide benötigten einerseits ein erkennbares eigenes Profil, mussten andererseits aber über ihre traditionellen Kernmilieus hinaus gesellschaftlich anschlussfähig bleiben. Wahlerfolg erforderte die Verbindung von Stammwählerschaft und wechselnden beziehungsweise weniger fest gebundenen Gruppen.

Diese Konkurrenz um breite gesellschaftliche Zustimmung förderte politische Bündelung. Stark zugespitzte Positionen konnten die eigene Basis mobilisieren, zugleich aber den Zugang zu anderen Wählergruppen erschweren. Das Volksparteienmodell erzeugte damit einen strukturellen Anreiz, unterschiedliche Interessen innerhalb eines größeren politischen Angebotes miteinander zu verbinden.

Innerparteilicher Konflikt als Integrationsmechanismus

Die Stabilität großer Parteien beruhte nicht auf innerer Einheit. CDU/CSU und SPD waren selbst Arenen gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel, konservative und liberale Strömungen, regionale Organisationen sowie unterschiedliche generationelle und gesellschaftspolitische Positionen konkurrierten innerhalb der Parteien um Einfluss.

Gerade diese innerparteilichen Konflikte erfüllten eine demokratische Funktion. Unterschiedliche gesellschaftliche Interessen mussten miteinander verhandelt werden, bevor sie als gemeinsame Parteiposition nach außen vertreten werden konnten. Die Partei wirkte dadurch als Filter und Vermittlungsinstanz zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und staatlicher Entscheidung.

Was später stärker zwischen mehreren Parteien ausgetragen werden sollte, wurde während der Hochphase des Volksparteiensystems teilweise innerhalb weniger großer Parteien verarbeitet. Diese Verschiebung ist für das Verständnis der späteren Fragmentierung von grundlegender Bedeutung.

Volksparteien integrierten gesellschaftliche Konflikte, indem sie einen Teil des politischen Wettbewerbs in ihre eigene Organisation hineinverlagerten. Ihre innere Heterogenität war deshalb zugleich eine Voraussetzung äußerer Stabilität des Parteiensystems.

Mitgliedschaft, Organisation und gesellschaftliche Präsenz

Die Volksparteien verfügten über umfangreiche organisatorische Strukturen. Ortsvereine, Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften und parteinahe Organisationen ermöglichten eine vergleichsweise breite gesellschaftliche Präsenz. Politische Kommunikation verlief dadurch nicht ausschließlich über zentrale Parteiführungen und Massenmedien, sondern auch über persönliche Kontakte und lokale politische Netzwerke.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Diese organisatorische Verankerung erfüllte mehrere Funktionen gleichzeitig. Parteien erhielten Informationen über gesellschaftliche Interessen, rekrutierten politisches Personal und konnten Entscheidungen gegenüber ihrer Basis vermitteln. Kommunale Mandatsträger, Betriebsräte, Vereinsmitglieder und lokale Funktionsträger bildeten Verbindungen zwischen gesellschaftlichem Alltag und politischer Organisation.

Die spätere Abnahme von Parteimitgliedschaften und die Alterung vieler Parteiorganisationen veränderten deshalb mehr als nur interne Organisationszahlen. Sie schwächten teilweise jene gesellschaftlichen Kommunikationskanäle, über die Volksparteien ihre Integrationsfunktion lange ausgeübt hatten.

Überschaubarer Wettbewerb und klare Regierungsalternativen

Die Konzentration des Parteiensystems erleichterte über lange Zeit die Orientierung im politischen Wettbewerb. CDU/CSU und SPD bildeten die beiden großen politischen Pole, während die FDP eine wichtige Koalitions- und Scharnierfunktion einnahm. Später erweiterten die Grünen die Koalitionsmöglichkeiten, ohne die grundlegende Dominanz der beiden Volksparteien zunächst zu beseitigen.

Für Wähler waren politische Verantwortlichkeiten dadurch vergleichsweise deutlich zuzuordnen. Regierungsparteien konnten für politische Entscheidungen verantwortlich gemacht werden, während eine große Oppositionspartei eine erkennbare Regierungsalternative darstellte. Regierungswechsel blieben möglich, ohne dass dafür komplexe Mehrparteienkonstellationen erforderlich waren.

Diese Struktur unterstützte zugleich die Erwartung, dass politische Mehrheiten grundsätzlich handlungsfähig bleiben würden. Die Wahl entschied zwar nicht in jedem Fall unmittelbar über eine bestimmte Regierung, aber die Zahl realistischer Koalitionsvarianten blieb begrenzt und für die Öffentlichkeit relativ überschaubar.

Gesellschaftlicher Wandel innerhalb des Volksparteiensystems

Die lange Stabilität darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen bereits während der Hochphase veränderten. Der Anteil klassischer Industriearbeit nahm langfristig ab, Angestellten- und Dienstleistungsberufe gewannen an Bedeutung, Bildungsexpansion veränderte soziale Aufstiegsmuster und Säkularisierung schwächte konfessionelle Bindungen. Gleichzeitig wurden Lebensformen individueller und traditionelle Autoritäten verloren an Selbstverständlichkeit.

Zunächst konnten die großen Parteien viele dieser Veränderungen absorbieren. Die SPD erweiterte ihre gesellschaftliche Basis über das traditionelle Arbeitermilieu hinaus, während die Union ihre konfessionelle Verankerung zunehmend durch breitere konservative,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bindungen ersetzte. Volksparteien passten sich damit an eine Gesellschaft an, die bereits weniger eindeutig entlang ihrer historischen Milieus organisiert war.

Doch genau darin lag langfristig eine strukturelle Spannung. Je breiter die gesellschaftliche Basis einer Partei wurde, desto unterschiedlicher wurden die Erwartungen ihrer Wähler. Die Integrationsfähigkeit der Volkspartei musste unter zunehmend heterogenen Bedingungen immer wieder neu hergestellt werden.

Die Grünen als frühes Zeichen veränderter Repräsentationsbedürfnisse

Der Aufstieg der Grünen machte sichtbar, dass neue gesellschaftliche Konflikte nicht mehr vollständig innerhalb der bestehenden Parteien aufgefangen wurden. Umweltpolitik, Friedenspolitik, Frauenbewegung, gesellschaftliche Liberalisierung und neue Vorstellungen politischer Beteiligung bildeten einen politischen Raum, der eine eigenständige organisatorische Repräsentation entwickelte.

Die Etablierung der Grünen bedeutete deshalb mehr als die Aufnahme einer zusätzlichen Partei in den Bundestag. Sie zeigte, dass sich gesellschaftliche Konfliktstrukturen bereits veränderten. Neue Bildungs- und Mittelschichtmilieus entwickelten politische Orientierungen, die sich nicht dauerhaft in den bisherigen Parteienbindungen auflösen ließen.

Das Volksparteiensystem erwies sich dennoch zunächst als anpassungsfähig. Die Grünen wurden Teil parlamentarischer Mehrheitsbildung und später selbst Regierungspartei. Zugleich übernahmen die etablierten Parteien Teile der neu entstandenen Themen. Die Erweiterung des Parteiensystems war damit sowohl Ausdruck gesellschaftlicher Differenzierung als auch Bestandteil ihrer demokratischen Integration.

Die Wiedervereinigung als neue Integrationsanforderung

Mit der deutschen Wiedervereinigung wurde das westdeutsche Volksparteienmodell auf einen zusätzlichen gesellschaftlichen Erfahrungsraum ausgeweitet. CDU und SPD etablierten sich auch in Ostdeutschland, trafen dort jedoch auf andere historische Sozialisationen, wirtschaftliche Strukturen und politische Erwartungen. Die Transformationsprozesse der 1990er Jahre stellten deshalb neue Anforderungen an gesellschaftliche Repräsentation.

Die PDS konnte insbesondere in Ostdeutschland einen Teil jener Interessen und Erfahrungen aufnehmen, die sich innerhalb der etablierten westdeutschen Parteienordnung nicht hinreichend repräsentiert sahen. Damit entstand eine zusätzliche dauerhafte politische Konkurrenz. Die Entwicklung zeigte, dass das vereinigte Deutschland gesellschaftlich heterogener war, als es die formale Übertragung der bestehenden Institutionen zunächst erkennen ließ.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gleichzeitig blieben CDU/CSU und SPD auch nach der Wiedervereinigung über längere Zeit die dominierenden politischen Kräfte. Ihre Integrationsfähigkeit nahm nicht plötzlich ab. Vielmehr begann ein langfristiger Prozess, in dem neue gesellschaftliche Unterschiede neben die bereits schwächer werdenden traditionellen Bindungen traten.

Die strukturellen Voraussetzungen der Stabilität

Rückblickend lässt sich die lange Stabilität des Volksparteiensystems auf mehrere miteinander verbundene Voraussetzungen zurückführen. Relativ stabile gesellschaftliche Milieus ermöglichten langfristige Parteibindungen. Große Parteien verfügten über breite organisatorische Verankerung und konnten unterschiedliche Interessen intern vermitteln. Wirtschaftlicher Aufstieg und sozialstaatliche Integration reduzierten die politische Sprengkraft sozialer Konflikte, ohne diese aufzuheben. Ein konzentrierter Parteienwettbewerb erleichterte Regierungsbildung und Verantwortungszuschreibung.

Diese Faktoren verstärkten sich gegenseitig. Gesellschaftliche Bindung stabilisierte Parteien, starke Parteien bündelten Konflikte, konzentrierter Wettbewerb erleichterte Regierungsbildung und institutionelle Stabilität stärkte wiederum das Vertrauen in die bestehende politische Ordnung.

Der Zusammenhang lässt sich verdichten:

Stabile gesellschaftliche Milieus → langfristige politische Bindungen → starke Mitglieder- und Organisationsstrukturen → hohe innerparteiliche Integrationsfähigkeit → breite Volksparteien → konzentrierter Parteienwettbewerb → vergleichsweise überschaubare Mehrheitsbildung → institutionelle Kontinuität → zusätzliche Stabilisierung gesellschaftlicher Parteibindungen.

Die Stabilität des Systems war damit Ergebnis eines Rückkopplungszusammenhangs zwischen Gesellschaft, Parteien und demokratischen Institutionen.

Stabilität und die allmähliche Veränderung ihrer Grundlagen

Gerade weil diese Ordnung lange erfolgreich funktionierte, wurden ihre Veränderungen zunächst nicht zwingend als Strukturbruch sichtbar. Der Rückgang konfessioneller Bindungen, die Abnahme klassischer Arbeitermilieus, steigende Bildungsniveaus und individuellere Lebensformen vollzogen sich schrittweise. Die großen Parteien konnten Verluste einzelner Bindungen zeitweise durch neue Wählergruppen kompensieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Langfristig veränderte sich jedoch die Grundlage des Volksparteienmodells. Parteien mussten immer heterogenere gesellschaftliche Gruppen integrieren, während die sozialen Organisationen, die diese Integration unterstützt hatten, an Bindungskraft verloren. Gleichzeitig entstanden neue politische Konflikte, die quer zu traditionellen sozialen Lagern verliefen.

Damit begann eine zunehmende Asymmetrie zwischen der über Jahrzehnte entstandenen Parteienstruktur und der Gesellschaft, die sie repräsentieren sollte. Das Parteiensystem blieb zunächst vergleichsweise stabil, während seine gesellschaftlichen Voraussetzungen bereits beweglicher wurden.

Die Erosion des Volksparteiensystems begann nicht mit seinem sichtbaren elektoralen Niedergang. Sie begann früher mit der schrittweisen Veränderung jener gesellschaftlichen Bindungsstrukturen, die seine Stabilität getragen hatten.

Die zentrale Erkenntnis

Die lange Stabilität des deutschen Volksparteiensystems war keine historische Selbstverständlichkeit. Sie beruhte auf einer besonderen Verbindung gesellschaftlicher Milieus, organisatorisch starker Parteien, sozialstaatlicher Integration, langfristiger Wählerbindungen und einer hohen innerparteilichen Fähigkeit zur Vermittlung

unterschiedlicher Interessen. CDU/CSU und SPD konnten dadurch über Jahrzehnte einen großen Teil gesellschaftlicher Vielfalt innerhalb zweier breiter politischer Bündnisse organisieren.

Diese Integrationsleistung erklärt zugleich, warum der spätere Bedeutungsverlust der Volksparteien weitreichende Folgen für das gesamte Parteiensystem besitzt. Wenn große Parteien weniger gesellschaftliche Interessen innerhalb ihrer eigenen Organisation bündeln können, verschwinden diese Interessen nicht. Sie suchen andere politische Ausdrucksformen, werden stärker zwischen Parteien ausgetragen oder führen zur Entstehung neuer politischer Angebote.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Stabilität des Volksparteiensystems beruhte auf der Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen Bindungsstrukturen und politischer Organisationsform. Als traditionelle Milieus schwächer, Lebenswelten heterogener und politische Konfliktlinien mehrdimensionaler wurden, geriet nicht lediglich die Stärke einzelner Parteien unter Druck. Es veränderte sich die gesellschaftliche Grundlage jener politischen Bündelungsordnung, auf der die Konzentration des deutschen Parteiensystems über Jahrzehnte beruht hatte.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Damit ist der Ausgangspunkt für die weitere Transformation bestimmt. Der nächste Schritt besteht nicht unmittelbar im Aufstieg einzelner neuer Parteien, sondern in einem grundlegenden Prozess: Bürger lösen ihre politischen Entscheidungen zunehmend aus langfristigen sozialen und organisatorischen Bindungen. Wahlverhalten wird beweglicher, Parteien müssen Zustimmung häufiger neu herstellen, und die gesellschaftliche Verankerung des klassischen Volksparteienmodells verliert an Selbstverständlichkeit.

Kapitel 50 – Auflösung traditioneller Parteibindungen

Die lange Stabilität des deutschen Parteiensystems beruhte wesentlich darauf, dass politische Präferenzen über gesellschaftliche Milieus, soziale Organisationen und langfristige politische Loyalitäten vermittelt wurden. Parteien standen nicht lediglich am Ende einer individuellen Wahlentscheidung, sondern waren in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet, die politische Orientierung über längere Zeiträume stabilisierten. Familie, Beruf, soziale Lage, Konfession, Gewerkschaft, Region und gesellschaftliches Umfeld beeinflussten, welche Partei als politisch nahestehend wahrgenommen wurde. Diese Bindungen sind seit mehreren Jahrzehnten schwächer geworden.

Von einer vollständigen Auflösung der Parteibindung kann dennoch nicht gesprochen werden. Auch weiterhin existieren Stammwähler, politische Milieus und langfristige Parteipräferenzen. Verändert hat sich vor allem ihre Reichweite und Verbindlichkeit. Für einen wachsenden Teil der Wählerschaft ist die Entscheidung für eine Partei weniger dauerhaft festgelegt und stärker von aktuellen Themen, Kandidaten, politischen Leistungen, Koalitionskonstellationen und gesellschaftlichen Konflikten abhängig. Die Beziehung zwischen Bürger und Partei wird dadurch beweglicher.

Die Auflösung traditioneller Parteibindungen bedeutet nicht das Ende politischer Orientierung. Sie bezeichnet den Übergang von stärker sozial vorstrukturierten und langfristigen Loyalitäten zu beweglicheren, stärker themen-, leistungs- und situationsabhängigen politischen Entscheidungen.

Parteibindung als gesellschaftlich vermittelte Loyalität

Traditionelle Parteibindung entstand nicht allein durch programmatische Zustimmung. Sie war häufig Bestandteil einer umfassenderen gesellschaftlichen Zugehörigkeit. Wer in einem bestimmten sozialen oder konfessionellen Milieu lebte, begegnete politischen Orientierungen in Familie, Betrieb, Kirche, Gewerkschaft, Verein und persönlichem Umfeld. Parteiidentifikation konnte dadurch über Generationen weitergegeben werden und Teil der eigenen sozialen Identität werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für die SPD war die historische Verbindung zur Arbeiterschaft und zur Gewerkschaftsbewegung besonders bedeutsam. Die Union konnte auf christliche, konservative, bürgerliche und ländliche Bindungsräume zurückgreifen. Solche Zuordnungen waren niemals vollständig geschlossen, schufen jedoch politische Wahrscheinlichkeiten und langfristige Loyalitäten. Parteien mussten ihre gesellschaftliche Unterstützung deshalb nicht bei jeder Wahl vollständig neu herstellen.

Mit dem Wandel dieser Milieus verändert sich auch die Form politischer Bindung. Die entscheidende Entwicklung besteht nicht darin, dass Menschen keine politischen Werte mehr besitzen, sondern darin, dass soziale Zugehörigkeit weniger eindeutig vorgibt, welche Partei diese Werte politisch repräsentiert.

Die Auflösung traditioneller Milieus

Individualisierung, Säkularisierung, Bildungsexpansion, berufliche Mobilität und wirtschaftlicher Strukturwandel haben die sozialen Grundlagen traditioneller Parteibindung verändert. Klassische Arbeitermilieus sind kleiner und heterogener geworden, konfessionelle Bindungen haben an gesellschaftlicher Reichweite verloren, Berufsbiografien verlaufen weniger einheitlich und Menschen wechseln häufiger zwischen unterschiedlichen sozialen und räumlichen Lebenswelten.

Damit werden auch politische Sozialisation und gesellschaftliche Zugehörigkeit vielfältiger. Eine Person kann aus einem traditionellen Arbeitnehmerhaushalt stammen, akademische Bildung erwerben, in eine Großstadt ziehen und sich in einem beruflichen und kulturellen Umfeld bewegen, das sich erheblich von der Herkunftsfamilie unterscheidet. Andere bleiben regional oder beruflich stärker in traditionellen Strukturen verankert, entwickeln aber bei einzelnen politischen Themen neue Präferenzen.

Die Schwächung gesellschaftlicher Milieus bedeutet daher nicht gesellschaftliche Bindungslosigkeit. Neue Milieus und soziale Netzwerke entstehen weiterhin. Sie besitzen jedoch häufig weniger dauerhafte und eindeutige Beziehungen zu einer bestimmten Partei.

Mit der Auflösung traditioneller Milieus verschwindet gesellschaftliche Zugehörigkeit nicht. Schwächer wird vor allem die dauerhafte Verbindung zwischen sozialer Zugehörigkeit und eindeutiger parteipolitischer Orientierung.

Säkularisierung und die Lockerung konfessioneller Bindungen

Die konfessionelle Struktur der frühen Bundesrepublik unterstützte insbesondere die gesellschaftliche Verankerung der Union. Kirchliche Bindung, soziale Netzwerke und politische Orientierung standen teilweise in einem engen Zusammenhang. Mit fortschreitender Säkularisierung verliert diese Verbindung an Selbstverständlichkeit.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für CDU und CSU bedeutet dies nicht automatisch den Verlust christlich orientierter Wähler. Die Parteien können weiterhin über Werte, politische Tradition, wirtschaftliche Kompetenz oder konservative Positionen Unterstützung gewinnen. Was schwächer wird, ist die strukturelle Vorprägung der Wahlentscheidung durch konfessionelle Zugehörigkeit.

Damit verändert sich die Grundlage politischer Loyalität. Unterstützung muss stärker politisch hergestellt werden, wo sie früher teilweise gesellschaftlich vorausgesetzt werden konnte. Dieser Wandel erhöht den Wettbewerb um Wähler, die zwar bestimmte Wertorientierungen besitzen, sich daraus aber nicht mehr dauerhaft an eine einzelne Partei gebunden fühlen.

Die Transformation der Arbeitsgesellschaft

Für die SPD besitzt der Wandel der Arbeitsgesellschaft eine vergleichbare strukturelle Bedeutung. Der klassische Industriearbeiter bildete über lange Zeit einen wichtigen Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Mit dem Rückgang industrieller Beschäftigung, dem Wachstum des Dienstleistungssektors und der stärkeren Differenzierung von Beschäftigungsformen verändert sich diese soziale Basis.

Die moderne Arbeitnehmerschaft ist politisch und sozial heterogen. Hochqualifizierte Angestellte, Beschäftigte in sozialen Dienstleistungen, Industriearbeiter, Pflegekräfte, Facharbeiter, prekär Beschäftigte und Beschäftigte der digitalen Wissensökonomie besitzen teilweise sehr unterschiedliche Interessen und kulturelle Orientierungen. Gemeinsame Arbeitnehmerinteressen bestehen fort, führen aber nicht mehr automatisch zu einer gemeinsamen politischen Identität.

Damit verliert die historische Verbindung zwischen sozialer Klassenlage und Parteiwahl an Eindeutigkeit. Sozialpolitische Interessen können mit unterschiedlichen Positionen zu Migration, Klima, gesellschaftlicher Pluralisierung oder europäischer Integration verbunden werden. Genau diese Überlagerung erschwert die dauerhafte politische Bündelung innerhalb einer einzelnen Partei.

Bildung, Mobilität und neue gesellschaftliche Lebenswelten

Die Bildungsexpansion hat gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten erweitert und zugleich neue politische Erfahrungsräume geschaffen. Höhere Bildungsabschlüsse gehen häufig mit größerer beruflicher und räumlicher Mobilität einher. Menschen verlassen Herkunftsregionen, wechseln soziale Umfelder und entwickeln politische Orientierungen innerhalb neuer beruflicher und kultureller Netzwerke.

Dadurch wird politische Sozialisation weniger ausschließlich über Herkunftsmilieus vermittelt. Elternhaus und regionale Tradition bleiben relevant, verlieren jedoch teilweise ihre

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

dauerhafte Bindungswirkung. Politische Präferenzen können sich im Verlauf von Ausbildung, Studium, Beruf und Familiengründung verändern.

Gleichzeitig entstehen neue bildungsbezogene Milieus, die wiederum bestimmte politische Orientierungen wahrscheinlicher machen können. Der entscheidende Unterschied zur klassischen Parteibindung besteht darin, dass diese Milieus weniger zuverlässig mit einer einzigen Partei verbunden sind. Mehrere Parteien können um ähnliche gesellschaftliche Gruppen konkurrieren, während einzelne Parteien gleichzeitig Wähler aus sehr unterschiedlichen Bildungs- und Lebenswelten ansprechen müssen.

Individualisierung und die stärkere Eigenständigkeit der Wahlentscheidung

Individualisierung erweitert die Möglichkeit, politische Orientierung stärker unabhängig von tradierten Gruppenzugehörigkeiten zu entwickeln. Bürger verstehen ihre Wahlentscheidung häufiger als persönliche Abwägung und weniger als selbstverständlichen Ausdruck einer dauerhaften sozialen oder parteipolitischen Zugehörigkeit.

Damit steigt die Bedeutung konkreter Themen. Eine Partei kann bei einer Wahl wegen ihrer Wirtschafts- oder Sozialpolitik unterstützt werden und bei der nächsten Wahl aufgrund von Migration, Klima, Sicherheit oder einer personellen Entscheidung Stimmen verlieren. Unterschiedliche politische Ebenen können ebenfalls verschieden bewertet werden. Ein Wähler kann kommunal, landespolitisch und bundespolitisch unterschiedliche Parteien bevorzugen, ohne darin einen Widerspruch zu sehen.

Diese größere Autonomie erhöht zugleich die Anforderungen an Parteien. Politische Loyalität kann weniger vorausgesetzt werden. Parteien müssen gesellschaftliche Anschlussfähigkeit immer wieder neu herstellen und dabei programmatische Kontinuität mit veränderten Wählererwartungen verbinden.

Wo politische Zugehörigkeit weniger vererbt und sozial vorstrukturiert wird, muss politische Zustimmung häufiger neu begründet werden.

Von der Stammwählerschaft zur beweglicheren Wählerschaft

Eine zentrale Folge schwächerer Parteibindungen ist die größere Beweglichkeit zwischen politischen Angeboten. Wahlentscheidungen können stärker von kurzfristig wahrgenommenen Problemen, Regierungsleistungen, Kandidaten, strategischen Überlegungen oder einzelnen politischen Themen beeinflusst werden. Dadurch können Parteien innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit erhebliche Zugewinne oder Verluste erleben.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Diese Volatilität bedeutet nicht zwangsläufig politische Orientierungslosigkeit. Ein Wechsel zwischen Parteien kann Ausdruck bewusster politischer Entscheidung sein. Bürger vergleichen Angebote und reagieren auf Veränderungen. Demokratisch kann dies die politische Verantwortlichkeit sogar stärken, weil Parteien Zustimmung nicht als dauerhaft gesichert betrachten können.

Gleichzeitig erhöht sich die Unsicherheit des Parteienwettbewerbs. Wahlergebnisse werden schwerer vorhersehbar, traditionelle Hochburgen können an Stabilität verlieren und gesellschaftliche Stimmungen können schneller in veränderte Mehrheitsverhältnisse übersetzt werden. Die langfristige Entwicklung dieser Volatilität wird deshalb später noch gesondert untersucht.

Neue Konfliktlinien und die Mehrfachzugehörigkeit der Wähler

Die in Teil III analysierten Konfliktlinien verstärken die Lockerung traditioneller Bindungen. Ein Bürger kann wirtschaftspolitisch sozialstaatliche Positionen vertreten, gesellschaftspolitisch konservativ eingestellt sein, europäische Zusammenarbeit unterstützen und gleichzeitig eine restriktivere Migrationspolitik wünschen. Eine andere Person kann wirtschaftlich marktorientiert, kulturell liberal und klimapolitisch interventionsbereit sein.

Solche Kombinationen lassen sich nicht immer widerspruchsfrei innerhalb eines einzigen traditionellen Parteienprofils abbilden. Je mehr Konfliktlinien politisch gleichzeitig relevant werden, desto häufiger kann ein Wähler zwischen verschiedenen Parteien jeweils Teilübereinstimmungen feststellen, ohne sich von einer Partei vollständig repräsentiert zu fühlen.

Die Auflösung traditioneller Parteibindungen und die Mehrdimensionalität des Konfliktraumes verstärken sich dadurch gegenseitig. Schwächere Bindungen ermöglichen leichteren Parteienwechsel; neue Konfliktlinien schaffen zugleich zusätzliche Gründe für solche Wechsel.

Parteien zwischen Profilbildung und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit

Für Parteien entsteht daraus ein strukturelles Spannungsverhältnis. Ein klares politisches Profil erleichtert Orientierung und kann bestimmte Wählergruppen mobilisieren. Je stärker eine Partei einzelne Positionen hervorhebt, desto größer kann jedoch die Distanz zu anderen Teilen ihrer bisherigen Wählerschaft werden.

Breite gesellschaftliche Anschlussfähigkeit verlangt dagegen die Integration unterschiedlicher Interessen. Dies kann zu Kompromissen und programmatischer Offenheit führen, die wiederum von Teilen der Öffentlichkeit als mangelnde Eindeutigkeit wahrgenommen werden. Besonders Volksparteien sind von diesem Spannungsverhältnis betroffen, weil ihre historische Funktion gerade in der Verbindung heterogener gesellschaftlicher Gruppen liegt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Der grundlegende Zusammenhang lautet:

Stärkere Profilbildung kann politische Bindung innerhalb bestimmter Gruppen erhöhen, zugleich aber gesellschaftliche Reichweite begrenzen. Breitere Anschlussfähigkeit kann unterschiedliche Gruppen integrieren, zugleich aber die Wahrnehmung eines eindeutigen politischen Profils erschweren.

Die Krise traditioneller Parteibindungen ist deshalb nicht allein ein Kommunikationsproblem. Sie folgt aus einer Gesellschaft, deren politische Interessen vielfältiger und weniger dauerhaft gebündelt sind.

Politische Leistung und Vertrauen als neue Bindungsgrundlagen

Wo traditionelle Loyalitäten schwächer werden, gewinnt die Bewertung politischer Leistung an Bedeutung. Bürger können Parteien stärker danach beurteilen, ob sie wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit, Migration, öffentliche Infrastruktur oder andere konkrete Probleme überzeugend bearbeiten. Parteibindung wird dadurch stärker konditional.

Auch Vertrauen verändert seine Funktion. Eine langfristig gebundene Wählerschaft kann einzelne politische Entscheidungen eher innerhalb einer grundsätzlich positiven Beziehung zur Partei bewerten. Bei schwacher Bindung können enttäuschte Erwartungen schneller zu einem Wechsel führen. Gleichzeitig können überzeugende politische Leistungen neue Unterstützung ermöglichen.

Damit verschiebt sich die Beziehung zwischen Partei und Wähler von einer stärker identitätsbezogenen zu einer teilweise stärker leistungs- und angebotsbezogenen Verbindung. Beide Formen existieren nebeneinander, doch ihr relatives Gewicht verändert sich.

Neue Parteien als Ausdruck veränderter Bindungsstrukturen

Schwächere traditionelle Parteibindungen erleichtern den Aufstieg neuer politischer Angebote. Solange große Teile der Wählerschaft dauerhaft an etablierte Parteien gebunden sind, besitzen neue Parteien hohe Eintrittsbarrieren. Wenn diese Bindungen nachlassen, wird ein größerer Teil der Wählerschaft grundsätzlich erreichbar.

Die Etablierung der Grünen, später der Linken, der AfD und schließlich des BSW muss jeweils aus unterschiedlichen historischen und politischen Bedingungen erklärt werden. Gemeinsam ist diesen Entwicklungen jedoch, dass sie in einem Parteiensystem stattfinden, dessen Wählerschaft weniger fest an die traditionellen Großparteien gebunden ist.

Neue Parteien können spezifische Konflikte stärker profilieren, Repräsentationslücken ansprechen oder neue Kombinationen sozialer und kultureller Positionen anbieten. Ihr Erfolg ist deshalb nicht allein Ausdruck ihrer eigenen politischen Strategie, sondern zugleich Hinweis auf eine veränderte gesellschaftliche Wettbewerbsstruktur.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Auflösung von Bindung als Rückkopplungsprozess

Der Wandel der Parteibindung verläuft nicht nur von der Gesellschaft zu den Parteien. Auch Veränderungen der Parteien wirken auf Bindungen zurück. Wenn Parteien ihre Programme verändern, neue Koalitionen eingehen oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen stärker ansprechen, können bestehende Wählerbindungen geschwächt und neue aufgebaut werden.

Dadurch entsteht ein Rückkopplungsprozess. Gesellschaftlicher Wandel verändert die Wählerschaft; Parteien reagieren darauf mit programmatischer und strategischer Anpassung; diese Anpassung verändert wiederum die Wahrnehmung der Parteien durch traditionelle und neue Wählergruppen. Versuche, neue gesellschaftliche Gruppen zu gewinnen, können dabei bestehende Bindungen stabilisieren, erweitern oder unbeabsichtigt schwächen.

Die Transformation lässt sich deshalb nicht als einseitige „Entfremdung der Wähler von den Parteien“ beschreiben. Sie entsteht aus der wechselseitigen Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, politischer Konflikte, Parteienangebote und individueller Wahlentscheidungen.

Ein Modell der Entkopplung von Milieu und Partei

Die langfristige Entwicklung kann in einem gemeinsamen Zusammenhang dargestellt werden:

Säkularisierung + wirtschaftlicher Strukturwandel + Bildungsexpansion + Individualisierung + räumliche und berufliche Mobilität + kulturelle Pluralisierung → Schwächung traditioneller gesellschaftlicher Milieus → geringere eindeutige Zuordnung sozialer Gruppen zu Parteien → stärkere individuelle und thematische politische Orientierung → höhere Bedeutung aktueller Konflikte, Kandidaten und wahrgenommener politischer Leistung → größere Bereitschaft zum Parteienwechsel → stärkere Konkurrenz um bewegliche Wählergruppen → neue politische Angebote und Parteien → weitere Differenzierung des Parteienwettbewerbs.

Dieser Prozess ist nicht linear. Parteien können neue Bindungen schaffen, politische Ereignisse können Loyalitäten zeitweise stabilisieren und neue gesellschaftliche Milieus können wiederum längerfristige politische Präferenzen hervorbringen. Dennoch verändert sich die grundlegende Beziehung zwischen sozialer Struktur und Parteiwahl.

Die entscheidende Verschiebung besteht in einer zunehmenden **Entkopplung von gesellschaftlichem Milieu und dauerhafter parteipolitischer Zugehörigkeit.**

Die zentrale Erkenntnis

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Auflösung traditioneller Parteibindungen ist weder mit politischer Orientierungslosigkeit noch mit einem allgemeinen Rückzug aus demokratischer Politik gleichzusetzen. Sie ist zunächst Ausdruck einer Gesellschaft, in der soziale Lebenslagen, kulturelle Orientierungen und politische Interessen vielfältiger geworden sind und weniger zuverlässig innerhalb dauerhaft abgegrenzter Milieus organisiert werden.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Transformation traditioneller Parteibindungen entsteht aus der schrittweisen Entkopplung von sozialer Zugehörigkeit und dauerhafter politischer Loyalität. Mit der Schwächung konfessioneller, beruflicher und gesellschaftlicher Milieus verlieren Parteien einen Teil jener Bindungen, die ihre Unterstützung über Jahrzehnte stabilisierten. Wahlentscheidungen werden dadurch beweglicher, stärker themen- und leistungsabhängig und offener für neue politische Angebote.

Damit verändert sich nicht nur das Verhalten einzelner Wähler. Die gesamte Struktur des Parteienwettbewerbs wird neu geordnet. Wenn große Parteien auf kleinere dauerhaft gebundene Wählergruppen zurückgreifen können, während gleichzeitig mehrere politische Konfliktlinien um bewegliche Wähler konkurrieren, sinkt die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Konzentration auf wenige dominante Parteien. Aus der Lockerung traditioneller Bindungen entwickelt sich damit schrittweise eine neue Struktur des politischen Wettbewerbs.

Kapitel 51 – Vom konzentrierten zum fragmentierten Parteiensystem

Die Auflösung traditioneller Parteibindungen verändert nicht nur das Verhältnis einzelner Bürger zu politischen Parteien. Sie verändert langfristig die Struktur des gesamten Parteienwettbewerbs. Solange CDU/CSU und SPD große Teile der Gesellschaft innerhalb breiter politischer Bündnisse integrieren konnten und die FDP als kleinere liberale Kraft das System ergänzte, blieb der Wettbewerb vergleichsweise konzentriert. Neue gesellschaftliche Konflikte wurden zunächst häufig innerhalb der bestehenden Parteien verarbeitet. Mit der Schwächung traditioneller Milieus, der zunehmenden Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Konfliktlinien und der größeren Beweglichkeit der Wählerschaft verändert sich jedoch die Grundlage dieser Konzentration.

Das Ergebnis ist ein schrittweiser Übergang zu einem fragmentierteren Parteiensystem. Dieser Prozess darf nicht auf den Aufstieg einzelner neuer Parteien reduziert werden. Er ist Ausdruck einer tieferen Veränderung der gesellschaftlichen Repräsentationsstruktur. Unterschiedliche soziale, kulturelle, regionale und generationelle Interessen lassen sich weniger dauerhaft innerhalb weniger großer Parteien bündeln. Neue Parteien gewinnen Raum, bestehende Parteien verlieren exklusive Bindungen an bestimmte Wählergruppen,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Koalitionsmöglichkeiten werden vielfältiger und politische Mehrheitsbildung anspruchsvoller. Fragmentierung bezeichnet damit nicht lediglich eine größere Zahl parlamentarisch relevanter Parteien, sondern eine grundlegende Veränderung der Beziehung zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und politischer Bündelung.

Der Übergang vom konzentrierten zum fragmentierten Parteiensystem entsteht dort, wo gesellschaftliche Interessen und Konflikte nicht mehr in gleichem Maße innerhalb weniger großer Parteien integriert werden, sondern zunehmend zwischen mehreren eigenständigen politischen Angeboten organisiert werden.

Die Logik des konzentrierten Parteiensystems

Das klassische Parteiensystem der Bundesrepublik beruhte auf einer hohen politischen Konzentration. CDU/CSU und SPD konnten gemeinsam über lange Zeit einen sehr großen Teil der Wählerschaft erreichen. Die FDP ergänzte diese Ordnung als kleinere, aber für Koalitionsbildungen wichtige Partei. Politischer Wettbewerb war dadurch trotz gesellschaftlicher Vielfalt auf wenige organisatorische Akteure konzentriert.

Diese Struktur erfüllte eine wichtige Integrationsfunktion. Unterschiedliche Arbeitnehmerinteressen mussten innerhalb der SPD miteinander vermittelt werden, ebenso unterschiedliche konservative, christlich-soziale, wirtschaftliche und bürgerliche Interessen innerhalb der Union. Parteien waren dadurch selbst Orte gesellschaftlicher Konfliktverarbeitung. Die Wähler entschieden nicht zwischen einer Vielzahl hoch spezialisierter politischer Angebote, sondern überwiegend zwischen größeren politischen Bündeln.

Die Konzentration des Parteiensystems bedeutete deshalb eine Reduktion gesellschaftlicher Komplexität. Aus zahlreichen sozialen Interessen und politischen Orientierungen entstanden wenige parlamentarisch relevante Angebote. Genau diese Bündelungsleistung ermöglichte stabile Parteibindungen und vergleichsweise überschaubare Regierungsalternativen.

Gesellschaftliche Differenzierung verändert die Bündelungsbedingungen

Die in Teil II und Teil III untersuchten gesellschaftlichen Veränderungen greifen unmittelbar in diese Struktur ein. Die Arbeitsgesellschaft wird heterogener, konfessionelle Bindungen nehmen ab, Bildungswege differenzieren sich, Lebensformen werden vielfältiger und regionale sowie generationelle Erfahrungsräume gewinnen an Bedeutung. Migration, kulturelle Pluralisierung, Globalisierung und Klima- und Transformationspolitik bringen zusätzliche Konflikte hervor, die quer zu klassischen sozialen Lagern verlaufen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dadurch wird politische Bündelung schwieriger. Eine Partei kann nicht mehr selbstverständlich davon ausgehen, dass eine gemeinsame soziale Lage auch zu ähnlichen Positionen in kulturellen oder gesellschaftspolitischen Fragen führt. Arbeitnehmer können migrationspolitisch, klimapolitisch oder europapolitisch unterschiedliche Präferenzen besitzen. Bürger mit vergleichbarem Bildungsniveau können sich in Sozial- oder Sicherheitspolitik deutlich unterscheiden. Regionale Erfahrungen können wiederum politische Einstellungen beeinflussen, die sich nicht vollständig aus Einkommen oder Bildung erklären lassen.

Das konzentrierte Parteiensystem verliert damit einen Teil seiner gesellschaftlichen Grundlage. Nicht weil gesellschaftliche Interessen unvertretbar würden, sondern weil ihre Kombination vielfältiger wird.

Neue Konflikte schaffen neue politische Repräsentationsräume

Die Etablierung zusätzlicher Parteien ist eine mögliche demokratische Antwort auf diese Entwicklung. Die Grünen entstanden aus gesellschaftlichen Konflikten und Bewegungen, die innerhalb des bestehenden Parteiensystems zunächst nicht hinreichend eigenständig repräsentiert wurden. Mit der PDS beziehungsweise später der Linken entwickelte sich ein weiterer politischer Raum, der insbesondere ostdeutsche Transformationserfahrungen und linke sozialpolitische Positionen aufnahm.

Später eröffnete die zunehmende politische Bedeutung von Migration, nationaler Identität, europäischer Integration und kulturellen Konflikten einen weiteren Repräsentationsraum, in dem sich die AfD etablieren konnte. Mit dem BSW entstand schließlich ein Angebot, das wiederum versucht, sozialstaatliche Positionen mit anderen kulturellen, migrationspolitischen und außenpolitischen Orientierungen zu verbinden als große Teile des bisherigen linken Parteienspektrums.

Diese Parteien sind in ihrer Entstehung, Programmatik und Wählerschaft deutlich voneinander zu unterscheiden. Gemeinsam ist ihnen jedoch eine strukturelle Bedeutung: Sie zeigen, dass gesellschaftliche Konflikte zunehmend außerhalb der traditionellen Großparteien eigenständige organisatorische Repräsentation finden können.

Neue Parteien entstehen nicht allein, weil neue politische Themen auftreten. Dauerhafte Relevanz gewinnen sie dort, wo gesellschaftliche Konflikte, vorhandene Repräsentationslücken und eine ausreichend bewegliche Wählerschaft zusammentreffen.

Der Bedeutungsverlust der beiden großen Parteien

Fragmentierung entsteht nicht nur durch den Aufstieg neuer Parteien, sondern zugleich durch den relativen Bedeutungsverlust der traditionellen Großparteien. Solange CDU/CSU und SPD einen sehr großen Teil der Wählerschaft auf sich vereinen, bleiben zusätzliche Parteien trotz

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

ihrer parlamentarischen Präsenz in eine grundsätzlich konzentrierte Wettbewerbsordnung eingebettet. Sinkt dagegen der gemeinsame Anteil der beiden großen Parteien langfristig, verändert sich die Struktur des Systems selbst.

Dieser Bedeutungsverlust darf nicht ausschließlich als Folge einzelner Wahlkämpfe, Kandidaten oder Regierungsentscheidungen interpretiert werden. Solche Faktoren beeinflussen konkrete Wahlergebnisse erheblich, erklären aber nicht die langfristige Entwicklung. Strukturell bedeutsamer ist die abnehmende Fähigkeit, sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen dauerhaft innerhalb derselben Parteien zu halten.

Gerade Volksparteien stehen vor einem schwierigen Anpassungsproblem. Sie müssen neue Wählergruppen erreichen, ohne traditionelle Unterstützer zu verlieren. Jede programmatische Verschiebung kann neue Anschlussfähigkeit erzeugen und zugleich bestehende Bindungen schwächen. Der langfristige Rückgang der Konzentration ist deshalb auch Ausdruck der zunehmenden Schwierigkeit gesellschaftlicher Großintegration.

Fragmentierung als Veränderung politischer Repräsentation

Der Begriff Fragmentierung sollte nicht vorschnell negativ bewertet werden. Ein fragmentierteres Parteiensystem kann eine differenziertere Gesellschaft genauer repräsentieren. Gruppen und politische Positionen, die sich innerhalb großer Parteien nur begrenzt wiederfinden, erhalten eigenständige parlamentarische Vertretung. Demokratische Repräsentation kann dadurch erweitert werden.

Gleichzeitig verändert sich jedoch die Art politischer Integration. Im Volksparteiensystem wurden unterschiedliche Interessen stärker **vor** der Wahl und innerhalb großer Parteien miteinander vermittelt. In einem fragmentierten System treten diese Interessen häufiger als eigenständige Parteien gegeneinander an. Der notwendige Kompromiss verschwindet nicht, sondern verlagert sich.

Damit vollzieht sich eine zentrale Verschiebung:

Innerparteiliche Bündelung gesellschaftlicher Interessen → stärkere eigenständige parteipolitische Repräsentation → Verlagerung gesellschaftlicher Konfliktvermittlung in Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung.

Was früher innerhalb einer Volkspartei ausgehandelt wurde, muss dadurch teilweise nach der Wahl zwischen mehreren Parteien verhandelt werden. Fragmentierung verändert somit den Zeitpunkt und den institutionellen Ort politischer Kompromissbildung.

Von der Stammwählerlogik zum offenen Parteienwettbewerb

Schwächere Parteibindungen verstärken diesen Prozess. Wenn größere Teile der Wählerschaft grundsätzlich zwischen mehreren Parteien wechseln können, werden die Grenzen politischer

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Lager durchlässiger. Parteien konkurrieren stärker um Wähler, die sich nicht dauerhaft mit einer Organisation identifizieren.

Dadurch können politische Veränderungen schneller sichtbar werden. Ein neues Thema oder eine gesellschaftliche Krise kann innerhalb relativ kurzer Zeit erhebliche Wählerbewegungen auslösen. Parteien können rasch Unterstützung gewinnen, aber ebenso schnell wieder verlieren. Die Wettbewerbsordnung wird dadurch dynamischer und weniger vorhersehbar.

Dieser offene Wettbewerb kann demokratische Reaktionsfähigkeit fördern. Parteien müssen gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen und neue Interessen aufnehmen. Zugleich erschwert er langfristige strategische Planung, weil politische Unterstützung weniger verlässlich ist. Die Parteien bewegen sich damit zwischen notwendiger Anpassung und dem Risiko, durch fortlaufende Anpassungsversuche ihr eigenes Profil zu verwischen.

Fragmentierung verändert politische Mehrheitsbildung

Mit der steigenden Zahl relevanter Parteien verändert sich zwangsläufig die Regierungsbildung. In einem konzentrierten Parteiensystem konnten einzelne große Parteien zumindest zeitweise Mehrheiten erreichen oder gemeinsam mit einem kleineren Koalitionspartner regieren. Mit sinkenden Stimmenanteilen der großen Parteien werden Koalitionen aus mehreren politischen Kräften wahrscheinlicher.

Damit wächst die Zahl denkbarer Bündnisse, zugleich nehmen programmatische Abstimmungsprobleme zu. Parteien müssen nach der Wahl Kompromisse zwischen Positionen herstellen, die im Wahlkampf teilweise bewusst voneinander abgegrenzt wurden. Dies ist kein demokratischer Systemfehler, sondern eine Folge pluralistischer Repräsentation. Es kann jedoch die Vermittlung politischer Entscheidungen erschweren.

Für Bürger entsteht zusätzlich ein Problem der Verantwortungszuschreibung. Je mehr Parteien an einer Regierung beteiligt sind, desto schwieriger kann es werden zu erkennen, welche Partei für bestimmte Entscheidungen verantwortlich ist. Koalitionskompromisse können von allen Beteiligten gemeinsam getragen werden, obwohl keine Partei sie in dieser Form ursprünglich vertreten hat.

Koalitionsfähigkeit als neue strategische Ressource

In einem fragmentierten Parteiensystem reicht Wahlerfolg allein immer weniger aus. Parteien benötigen zusätzlich die Fähigkeit, parlamentarische Mehrheiten mit anderen politischen Kräften zu bilden. Koalitionsfähigkeit wird dadurch zu einer eigenständigen politischen Ressource.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dies erzeugt ein Spannungsverhältnis zwischen Profil und Kooperation. Parteien müssen sich im Wettbewerb ausreichend voneinander unterscheiden, um Wähler zu mobilisieren, zugleich aber genügend politische Anschlussfähigkeit bewahren, um nach der Wahl gemeinsam regieren zu können. Eine sehr starke Abgrenzung kann kurzfristig das Profil stärken, langfristig aber Koalitionsmöglichkeiten einschränken.

Je fragmentierter das Parteiensystem wird, desto wichtiger wird deshalb die Frage, welche politischen Gegensätze kompromissfähig bleiben und wo Parteien dauerhafte Kooperationsgrenzen ziehen. Diese Grenzen strukturieren nicht nur Regierungsbildung, sondern können selbst Bestandteil politischer Lagerbildung werden.

Fragmentierung und unterschiedliche regionale Parteiensysteme

Die Transformation verläuft innerhalb Deutschlands nicht überall gleich. Ost- und Westdeutschland, Stadt und Land sowie unterschiedliche wirtschaftliche Regionen weisen teilweise deutlich verschiedene Parteienkonstellationen auf. Eine Partei kann bundesweit eine mittlere Bedeutung besitzen und regional zu einer dominierenden oder besonders starken politischen Kraft werden.

Damit wird das nationale Parteiensystem intern differenzierter. Bundesweite Wahlergebnisse verdecken teilweise, dass politische Konkurrenz regional nach unterschiedlichen Mustern funktioniert. In bestimmten Regionen konkurrieren mehrere Parteien auf annähernd gleichem Niveau, während anderswo einzelne Parteien weiterhin deutlich stärker verankert sind.

Diese regionale Differenzierung verbindet die Transformation des Parteiensystems unmittelbar mit den zuvor untersuchten territorialen Konfliktlinien. Parteienfragmentierung ist nicht nur eine nationale Entwicklung, sondern besitzt unterschiedliche räumliche Ausprägungen.

Fragmentierung und politische Polarisierung

Wie bereits für den gesellschaftlichen Konfliktraum gilt auch für das Parteiensystem: Fragmentierung ist nicht mit Polarisierung gleichzusetzen. Mehr Parteien können unterschiedliche Interessen repräsentieren, ohne dass die politischen Abstände zwischen ihnen unüberwindbar werden. Ein pluraleres Parteiensystem kann durch wechselnde Koalitionen sogar unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen miteinander verbinden.

Problematischer wird die Entwicklung, wenn Fragmentierung mit zunehmender politischer Distanz und gegenseitiger Delegitimierung zusammentrifft. Dann steigt nicht nur die Zahl relevanter Parteien, sondern die Menge realistischer Koalitionsmöglichkeiten kann

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gleichzeitig sinken. Ein formal vielfältiges Parteiensystem besitzt dann möglicherweise nur begrenzte Möglichkeiten zur Mehrheitsbildung.

Die demokratische Bedeutung der Fragmentierung hängt deshalb wesentlich von der Kooperationsstruktur ab:

Mehr Parteien + hohe Kooperationsfähigkeit = komplexere, aber grundsätzlich offene Mehrheitsbildung.

Mehr Parteien + starke Polarisierung + geringe Kooperationsfähigkeit = zunehmende Schwierigkeit stabiler politischer Mehrheitsbildung.

Damit wird deutlich, warum Fragmentierung nicht allein anhand der Zahl parlamentarischer Parteien beurteilt werden kann.

Das Parteiensystem als Spiegel und Produzent gesellschaftlicher Konflikte

Parteien reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen, beeinflussen diese jedoch zugleich. Wenn eine neue Partei ein bestimmtes Thema dauerhaft in den Mittelpunkt stellt, zwingt sie andere Parteien häufig zu einer eigenen Positionierung. Dadurch kann ein zuvor weniger zentraler Konflikt an Bedeutung gewinnen und die Wettbewerbsstruktur insgesamt verändern.

Die Entstehung neuer Parteien kann deshalb das Parteiensystem stärker verändern, als es ihr unmittelbarer Stimmenanteil vermuten lässt. Etablierte Parteien passen Programme, Kommunikation und strategische Abgrenzungen an. Neue Koalitionsmöglichkeiten entstehen, andere werden ausgeschlossen. Gesellschaftliche Konflikte werden dadurch neu geordnet.

Das Parteiensystem ist somit kein passiver Spiegel einer bereits vorhandenen gesellschaftlichen Fragmentierung. Es organisiert, verstärkt oder begrenzt Konflikte und wirkt dadurch auf die Gesellschaft zurück.

Gesellschaftliche Fragmentierung verändert das Parteiensystem; die veränderte Parteienkonkurrenz strukturiert wiederum, welche gesellschaftlichen Konflikte politisch sichtbar, mobilisierbar und miteinander verbunden werden.

Ein Modell der parteipolitischen Fragmentierung

Der Übergang vom konzentrierten zum fragmentierten Parteiensystem lässt sich als langfristiger Rückkopplungsprozess darstellen:

Gesellschaftlicher Strukturwandel → Schwächung traditioneller Milieus → Auflösung langfristiger Parteibindungen → Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Konfliktlinien → geringere dauerhafte Bündlungsfähigkeit der Volksparteien → Entstehung von Repräsentationslücken → neue beziehungsweise stärker profilierte Parteienangebote →

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

größere Wählerbeweglichkeit → sinkende Konzentration des Parteienwettbewerbs → mehr parlamentarisch relevante Parteien → komplexere Koalitionsbildung → veränderte politische Verantwortungszuschreibung → Rückwirkungen auf Parteienbindung, Repräsentationswahrnehmung und politische Mobilisierung.

Dieses Modell macht deutlich, dass Fragmentierung nicht durch einen einzelnen Auslöser erklärt werden kann. Gesellschaftliche Differenzierung, Wählerverhalten, Parteienstrategien und institutionelle Bedingungen wirken zusammen. Auch kurzfristige Ereignisse können Entwicklungen beschleunigen, entfalten ihre dauerhafte Wirkung jedoch innerhalb dieser längerfristigen Strukturveränderung.

Fragmentierung ist deshalb weder bloß ein statistisches Wahlergebnis noch zwangsläufig eine Krise demokratischer Ordnung. Sie ist zunächst eine veränderte Organisationsform politischer Vielfalt.

Zwischen demokratischer Repräsentation und neuer Integrationsaufgabe

Das fragmentierte Parteiensystem enthält eine grundlegende Ambivalenz. Einerseits kann es gesellschaftliche Vielfalt genauer abbilden. Unterschiedliche politische Positionen erhalten parlamentarischen Ausdruck, neue Wählergruppen werden mobilisiert und etablierte Parteien müssen stärker auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. In diesem Sinne kann Fragmentierung Ausdruck demokratischer Anpassung sein.

Andererseits verschwindet mit der stärkeren Repräsentation einzelner Interessen nicht die Notwendigkeit gesellschaftlicher Integration. Politische Entscheidungen benötigen weiterhin Mehrheiten, Kompromisse und die Fähigkeit, unterschiedliche Gruppen an gemeinsam getragene Entscheidungen zu binden. Je stärker Interessen parteipolitisch ausdifferenziert werden, desto mehr Integrationsleistung muss deshalb zwischen den Parteien und innerhalb parlamentarischer Institutionen erbracht werden.

Die grundlegende Transformation lautet somit nicht **von Integration zu Nichtintegration**, sondern von einer Form politischer Integration zu einer anderen:

Integration innerhalb großer Volksparteien → stärkere Repräsentation durch mehrere Parteien → Integration zunehmend durch Koalition, parlamentarischen Kompromiss und institutionelle Zusammenarbeit.

Ob diese neue Form dauerhaft dieselbe demokratische Bindungswirkung entfalten kann wie das frühere Volksparteiensystem, gehört zu den zentralen offenen Fragen der weiteren Untersuchung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die zentrale Erkenntnis

Der Übergang vom konzentrierten zum fragmentierten Parteiensystem ist das politische Gegenstück zur gesellschaftlichen Transformation, die in den vorhergehenden Teilen dieser Untersuchung herausgearbeitet wurde. Eine heterogenere Gesellschaft mit schwächeren Milieubindungen, beweglicheren Wählern und mehrdimensionalen Konfliktlinien erzeugt veränderte Anforderungen an politische Repräsentation. CDU/CSU und SPD verlieren einen Teil ihrer früheren Bündelungsfähigkeit, während zusätzliche Parteien eigenständige gesellschaftliche Konflikte und neue Kombinationen politischer Interessen repräsentieren.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Fragmentierung des deutschen Parteiensystems ist nicht allein Ausdruck des Niedergangs traditioneller Großparteien und ebenso wenig ausschließlich Folge des Aufstiegs neuer Parteien. Sie ist Ergebnis einer langfristigen Veränderung der gesellschaftlichen Repräsentationsstruktur. Je weniger soziale Milieus, kulturelle Bindungen und politische Konfliktlinien dauerhaft innerhalb weniger großer Parteien gebündelt werden können, desto stärker verlagert sich politische Integration von der innerparteilichen Vermittlung auf den Wettbewerb und die Kooperation zwischen mehreren Parteien.

Damit wird zugleich verständlich, warum die Krise der Volksparteien nicht isoliert als organisatorisches oder strategisches Problem von CDU/CSU und SPD betrachtet werden kann. Ihr Bedeutungsverlust ist Teil derselben Strukturveränderung, die das gesamte Parteiensystem neu ordnet. Im nächsten Kapitel steht deshalb nicht zunächst die Entwicklung einer einzelnen Partei im Mittelpunkt, sondern die gemeinsame strukturelle Frage, weshalb gerade jene Parteien unter Druck geraten, deren historische Stärke in der gesellschaftlichen Großintegration bestand.

Kapitel 52 – Die Krise der Volksparteien als Strukturphänomen

Die Krise der Volksparteien gehört zu den sichtbarsten Veränderungen des deutschen Parteiensystems. CDU/CSU und SPD bleiben zentrale politische Kräfte, verfügen über gewachsene Organisationen, parlamentarische Erfahrung und eine erhebliche institutionelle

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Verankerung. Dennoch hat sich ihre Stellung gegenüber der Hochphase des Volksparteiensystems grundlegend verändert.

Ihre traditionellen gesellschaftlichen Bindungen sind schwächer geworden, ihre Wählerschaften heterogener und beweglicher, während zusätzliche Parteien dauerhaft um gesellschaftliche Gruppen konkurrieren, die früher stärker innerhalb der beiden großen politischen Lager integriert waren.

Diese Entwicklung lässt sich nicht hinreichend durch einzelne Wahlkämpfe, Führungspersonen oder programmatische Fehlentscheidungen erklären. Solche Faktoren beeinflussen Wahlergebnisse und können langfristige Veränderungen beschleunigen oder zeitweise überdecken. Die tieferliegende Ursache besteht jedoch in der Transformation jener gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Volksparteien ihre historische Integrationsleistung entwickeln konnten. Die Krise der Volksparteien ist deshalb in erster Linie ein **Strukturphänomen gesellschaftlicher und politischer Transformation**.

Die Krise der Volksparteien beginnt nicht dort, wo einzelne Parteien Wahlen verlieren. Sie beginnt dort, wo sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen verändern, unter denen breite politische Bündnisse über lange Zeit stabil zusammengehalten werden konnten.

Was die Krise der Volksparteien tatsächlich bezeichnet

Von einer Krise der Volksparteien zu sprechen bedeutet nicht, ihr Verschwinden vorauszusagen. Der Begriff beschreibt vielmehr eine Veränderung ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihrer relativen Stellung im Parteiensystem. Eine Volkspartei kann weiterhin hohe Stimmenanteile erreichen, Regierungsverantwortung übernehmen und politisch prägend bleiben, obwohl ihre früheren Bindungsmechanismen schwächer geworden sind.

Entscheidend ist deshalb nicht allein der Stimmenanteil. Volksparteien zeichneten sich historisch dadurch aus, dass sie unterschiedliche soziale Gruppen dauerhaft innerhalb eines gemeinsamen politischen Angebotes integrierten. Ihre besondere Stärke lag in der Verbindung von gesellschaftlicher Breite, organisatorischer Verankerung, langfristiger Wählerbindung und politischer Regierungsfähigkeit. Die strukturelle Krise beginnt dort, wo mehrere dieser Voraussetzungen gleichzeitig schwächer werden.

Damit muss zwischen einer **elektoralen Krise** und einer **strukturellen Krise** unterschieden werden. Eine Partei kann eine Wahl verlieren und sich anschließend erholen. Struktureller Wandel reicht tiefer: Er verändert die Bedingungen, unter denen Unterstützung überhaupt dauerhaft hergestellt werden kann.

Die Erosion der gesellschaftlichen Grundlagen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die historischen Bindungsmilieus von CDU/CSU und SPD haben sich erheblich verändert. Säkularisierung schwächt die konfessionellen Strukturen, die für die Union lange eine wichtige gesellschaftliche Grundlage bildeten. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft reduziert zugleich die Geschlossenheit jener klassischen Arbeitnehmer- und Arbeitermilieus, auf denen die SPD historisch besonders stark aufbauen konnte.

Hinzu kommen Individualisierung, Bildungsexpansion, berufliche Mobilität und kulturelle Pluralisierung. Gesellschaftliche Zugehörigkeit wird dadurch nicht bedeutungslos, aber weniger dauerhaft mit einer bestimmten politischen Organisation verbunden. Ein Bürger kann sich als Arbeitnehmer verstehen, ohne daraus eine langfristige Bindung an die SPD abzuleiten. Ebenso kann eine christliche oder konservative Wertorientierung bestehen, ohne automatisch zu einer dauerhaften Unterstützung der Union zu führen.

Damit verlieren beide Parteien einen Teil jener gesellschaftlichen Vorstrukturierung, die ihre historische Stärke getragen hatte. Politische Unterstützung muss häufiger neu hergestellt werden. Die Volkspartei wandelt sich von einer stark milieugebundenen Integrationsorganisation zunehmend zu einer Partei, die in einem offenen Wettbewerb immer wieder unterschiedliche Wählergruppen miteinander verbinden muss.

Die paradoxe Herausforderung gesellschaftlicher Breite

Gerade die gesellschaftliche Breite der Volksparteien erzeugt unter den veränderten Bedingungen ein besonderes Problem. Eine Volkspartei kann ihre Funktion nur erfüllen, wenn sie unterschiedliche Interessen innerhalb eines gemeinsamen politischen Angebotes verbindet. Je mehr gesellschaftliche Konfliktlinien jedoch gleichzeitig politisch relevant werden, desto schwieriger wird diese Bündelung.

Sozialpolitische Interessen sagen beispielsweise immer weniger eindeutig voraus, welche Position ein Wähler zu Migration, Klimapolitik, europäischer Integration oder kulturellen Fragen einnimmt. Bildung, Generation, Region und gesellschaftliche Lebensweise erzeugen zusätzliche Unterschiede. Innerhalb derselben traditionellen Wählergruppe können dadurch gegensätzliche politische Erwartungen entstehen.

Volksparteien stehen deshalb vor einem strukturellen Dilemma. Je breiter sie unterschiedliche Gruppen integrieren wollen, desto schwieriger kann es werden, ein eindeutiges politisches Profil zu vermitteln. Je stärker sie sich dagegen programmatisch auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen konzentrieren, desto eher verlieren sie einen Teil ihrer historischen Breite.

Die strukturelle Herausforderung der Volkspartei liegt im Spannungsverhältnis zwischen politischer Profilbildung und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit: Sie muss unterscheidbar bleiben, ohne ihre Integrationsbreite zu verlieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die SPD und die Veränderung ihres historischen Integrationsraumes

Für die SPD zeigt sich dieser Strukturwandel besonders deutlich an der Transformation der Arbeitsgesellschaft. Die klassische Verbindung von Arbeitermilieu, Gewerkschaft, sozialdemokratischer Organisation und langfristiger Parteibindung ist schwächer geworden. Die heutige Arbeitnehmerschaft umfasst sehr unterschiedliche Berufs-, Bildungs- und Einkommensgruppen, deren politische Interessen nicht mehr selbstverständlich in dieselbe Richtung weisen.

Die SPD muss deshalb gleichzeitig unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen verbinden. Beschäftigte in Industrie und Handwerk können andere Transformationsrisiken wahrnehmen als akademisch geprägte Beschäftigte in urbanen Dienstleistungs- und Wissensmilieus. Sozialpolitische Interessen können sich überschneiden, während Positionen zu Migration, kultureller Pluralisierung, Klima oder gesellschaftlicher Modernisierung auseinandergehen.

Die Schwierigkeit besteht folglich nicht lediglich darin, eine verlorene historische Wählerschaft „zurückzugewinnen“. Das gesellschaftliche Milieu, auf dem die frühere Bindung beruhte, existiert in dieser Form selbst nicht mehr. Die SPD muss unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen einen neuen Integrationsraum herstellen. Ihre Krise ist damit zugleich Ausdruck der Transformation sozialer Demokratie in einer ausdifferenzierten Arbeits- und Wissensgesellschaft.

Die Union und die Veränderung des bürgerlich-konservativen Raumes

Eine vergleichbare, aber anders strukturierte Herausforderung betrifft CDU und CSU. Die Union konnte über Jahrzehnte christliche, konservative, wirtschaftsliberale, soziale und bürgerliche Strömungen miteinander verbinden. Säkularisierung und kultureller Wandel schwächen jedoch die konfessionellen Bindungen, während neue gesellschaftliche Konflikte die innere Spannweite des bürgerlich-konservativen Lagers vergrößern.

Wirtschaftspolitische Modernisierung, Migration, nationale Identität, europäische Integration, Klima- und Energiepolitik sowie gesellschaftspolitische Fragen können innerhalb der potenziellen Unionswählerschaft unterschiedliche Erwartungen hervorrufen. Ein wirtschaftlich liberaler und europäisch orientierter Wähler muss kulturell nicht dieselben Positionen vertreten wie ein konservativ orientierter ländlicher Wähler. Umgekehrt können sozialpolitisch stärker schutzorientierte Gruppen kulturell konservative Positionen mit wirtschaftspolitischen Erwartungen verbinden, die nicht ohne Weiteres in ein klassisch marktliberales Profil passen.

Auch für die Union entsteht damit das Spannungsverhältnis zwischen Profil und Breite. Eine stärkere konservative Profilierung kann bestimmte Gruppen enger binden, zugleich aber die Anschlussfähigkeit an andere Teile der gesellschaftlichen Mitte verringern.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Eine stärkere Öffnung zur Mitte kann umgekehrt den Eindruck erzeugen, konservative Positionen würden nicht mehr ausreichend repräsentiert. Die strukturelle Herausforderung liegt deshalb auch hier in der Neuorganisation eines gesellschaftlichen Integrationsraumes, dessen frühere Bindungsmechanismen schwächer geworden sind.

Neue Parteien und die Aufteilung früherer Integrationsräume

Die Krise der Volksparteien wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass politische Räume, die früher innerhalb großer Parteien organisiert wurden, zunehmend eigenständige Parteienangebote erhalten. Die Grünen konnten neue ökologische, gesellschaftsliberale und bildungsgeprägte Milieus dauerhaft organisieren. Die Linke band Teile des linken politischen Raumes und insbesondere über längere Zeit spezifische ostdeutsche Repräsentationsbedürfnisse. Die AfD entwickelte ein eigenständiges Angebot im rechten und rechtskonservativen beziehungsweise rechtspopulistischen politischen Raum. Das BSW versucht wiederum, soziale Schutzorientierung mit kulturell, migrations- und außenpolitisch anders gelagerten Positionen zu verbinden.

Damit verändert sich die Wettbewerbsstruktur für Volksparteien fundamental. Gesellschaftliche Gruppen müssen nicht mehr zwangsläufig innerhalb einer großen Partei um Einfluss ringen, wenn eigenständige politische Angebote verfügbar sind. Konflikte können organisatorisch aus den Volksparteien herauswandern und zwischen Parteien ausgetragen werden.

Der Verlust einer Wählergruppe an eine andere Partei bedeutet dabei nicht zwangsläufig, dass diese Gruppe dauerhaft verloren bleibt. In einer beweglicheren Wählerschaft sind Rückwanderungen möglich. Strukturell entscheidend ist jedoch, dass CDU/CSU und SPD keine vergleichbare Exklusivität gesellschaftlicher Repräsentation mehr besitzen wie in früheren Jahrzehnten.

Von der innerparteilichen zur zwischenparteilichen Konfliktvermittlung

Damit verändert sich eine zentrale Funktion des Parteiensystems. Während Volksparteien früher erhebliche gesellschaftliche Unterschiede innerhalb ihrer eigenen Organisation ausgleichen mussten, werden diese Konflikte heute stärker zwischen mehreren Parteien sichtbar. Der politische Kompromiss verschiebt sich dadurch teilweise von der innerparteilichen Willensbildung zur Koalitionsbildung nach der Wahl.

Diese Entwicklung besitzt demokratische Vorteile. Unterschiedliche gesellschaftliche Positionen können klarer sichtbar werden und eigenständige parlamentarische Repräsentation erhalten. Gleichzeitig erhöht sich jedoch die Komplexität politischer Mehrheitsbildung. Kompromisse müssen zwischen Parteien hergestellt werden, die zuvor im Wahlkampf ihre Unterschiede betont haben.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Krise der Volksparteien bedeutet deshalb nicht, dass politische Integration verschwindet. Sie bedeutet, dass sich deren institutioneller Ort verändert.

Wo Volksparteien gesellschaftliche Unterschiede weniger innerhalb ihrer eigenen Organisation bündeln, muss das Parteiensystem diese Unterschiede stärker durch Wettbewerb, Koalitionen und parlamentarische Kompromisse zwischen mehreren Parteien integrieren.

Mitgliederorganisation und gesellschaftliche Vermittlung

Zur strukturellen Krise gehört auch die Veränderung der Parteiorganisationen. Die großen Parteien verfügten historisch über dichte lokale Strukturen und große Mitgliederbestände. Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und kommunale Mandatsträger stellten dauerhafte Verbindungen zwischen gesellschaftlichem Alltag und politischer Organisation her.

Mit sinkenden beziehungsweise alternden Mitgliederbeständen verändert sich diese Vermittlungsfunktion. Parteien bleiben organisatorisch präsent, erreichen aber bestimmte gesellschaftliche Gruppen weniger unmittelbar. Gleichzeitig gewinnen digitale Kommunikation, professionelle Kampagnenführung und mediale Spitzenpersonalisierung an Bedeutung.

Dadurch kann eine paradoxe Situation entstehen: Parteien kommunizieren technisch mit sehr vielen Menschen, verfügen aber teilweise über weniger dauerhafte soziale Beziehungen zu ihnen. Reichweite und gesellschaftliche Verankerung sind nicht dasselbe.

Für Volksparteien ist diese Entwicklung besonders bedeutsam, weil ihr historischer Anspruch gerade auf breiter gesellschaftlicher Präsenz beruhte. Die organisatorische Transformation ist deshalb Teil ihrer strukturellen Krise und nicht lediglich ein internes Verwaltungsproblem.

Regierungsverantwortung und die Belastung breiter Integrationsparteien

Volksparteien waren über Jahrzehnte besonders häufig an Regierungen beteiligt. Regierungsfähigkeit gehörte zu ihrem Selbstverständnis und zu ihrer politischen Attraktivität. Unter Bedingungen gesellschaftlicher Fragmentierung kann diese Stärke jedoch zusätzliche Belastungen erzeugen. Regierungsparteien müssen Entscheidungen treffen, Zielkonflikte bearbeiten und Kompromisse eingehen, während kleinere oder stärker profilierte Parteien einzelne gesellschaftliche Interessen eindeutiger vertreten können.

Besonders in Koalitionen entstehen Entscheidungen, die keiner beteiligten Partei vollständig entsprechen. Für eine ohnehin heterogene Volkspartei kann dies problematisch sein, weil unterschiedliche Teile ihrer Wählerschaft verschiedene Kompromisse als Aufgabe zentraler Positionen interpretieren können.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Regierungsverantwortung erzeugt damit unter fragmentierten Bedingungen stärkere innerparteiliche und elektorale Spannungen.

Dies bedeutet nicht, dass Opposition automatisch erfolgreicher wäre. Es zeigt vielmehr, dass die traditionelle Verbindung von gesellschaftlicher Breite und dauerhafter Regierungsverantwortung anspruchsvoller wird, wenn Wählerbindungen schwächer und politische Konflikte vielfältiger werden.

Die Krise als Repräsentations- und nicht nur als Organisationsproblem

Eine rein organisatorische Erklärung greift deshalb zu kurz. Mehr Mitglieder, modernere Kampagnen oder veränderte Kommunikationsformen können Parteien stärken, lösen aber nicht automatisch das grundlegende Repräsentationsproblem. Entscheidend ist, welche gesellschaftlichen Gruppen innerhalb eines gemeinsamen politischen Projektes dauerhaft miteinander verbunden werden können.

Die historische Volkspartei verfügte über eine relativ klare Antwort auf diese Frage. Sie verband gesellschaftliche Großgruppen innerhalb eines breiten politischen Lagers. Die heutige Gesellschaft bietet weniger eindeutige Bündelungsstrukturen. Neue politische Koalitionen müssen deshalb stärker aktiv hergestellt werden.

Damit verschiebt sich die strategische Kernfrage von der bloßen Rückgewinnung früherer Wähler zu einer umfassenderen Aufgabe:

Welche unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen können unter den Bedingungen eines mehrdimensionalen Konfliktraumes noch dauerhaft innerhalb eines gemeinsamen politischen Angebotes miteinander verbunden werden?

Diese Frage betrifft sowohl CDU/CSU als auch SPD, obwohl ihre gesellschaftlichen Ausgangslagen und politischen Antworten unterschiedlich sind.

Krise oder Transformation der Volkspartei?

Der Begriff Krise darf nicht zu der Annahme führen, Volksparteien seien zwangsläufig historische Auslaufmodelle. Auch eine differenzierte Gesellschaft benötigt politische Bündelung. Gerade ein fragmentiertes Parteiensystem kann Parteien begünstigen, die unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen verbinden und Koalitionsfähigkeit herstellen können.

Möglich ist deshalb nicht nur der Niedergang, sondern auch eine Transformation der Volkspartei. Eine moderne Volkspartei müsste gesellschaftliche Breite weniger über traditionelle Milieubindung und stärker über politisch hergestellte Bündnisse organisieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ihre Integrationsfähigkeit würde dann nicht mehr primär aus historisch gewachsenen Loyalitäten entstehen, sondern müsste durch programmatische Verbindung unterschiedlicher Interessen, glaubwürdige politische Prioritäten und gesellschaftliche Anschlussfähigkeit fortlaufend erneuert werden.

Der Unterschied ist erheblich. Die traditionelle Volkspartei konnte auf gesellschaftliche Bindungen zurückgreifen, die außerhalb der Partei entstanden und ihre Stabilität unterstützten. Die transformierte Volkspartei müsste einen größeren Teil dieser Bindungsarbeit selbst leisten.

Die Volkspartei verschwindet nicht zwangsläufig mit der Auflösung traditioneller Milieus. Ihre gesellschaftliche Integrationsfunktion muss jedoch unter Bedingungen schwächerer Bindungen und vielfältigerer Konfliktlinien neu hergestellt werden.

Ein Strukturmodell der Volksparteienkrise

Die verschiedenen Entwicklungen lassen sich in einem gemeinsamen Zusammenhang darstellen:

Säkularisierung + Wandel der Arbeitsgesellschaft + Bildungsexpansion + Individualisierung + kulturelle Pluralisierung + regionale und generationelle Differenzierung → Schwächung traditioneller gesellschaftlicher Milieus → Abnahme langfristiger Parteibindungen → heterogenere und beweglichere Wählerschaften → zusätzliche soziale und kulturelle Konfliktlinien → zunehmende Spannung zwischen Profilbildung und gesellschaftlicher Breite → Entstehung eigenständiger Parteienangebote → sinkende Konzentration auf CDU/CSU und SPD → komplexere Koalitions- und Repräsentationsstrukturen → weiterer Anpassungsdruck auf die Volksparteien.

Dieser Zusammenhang besitzt eine Rückkopplungswirkung. Verlieren Volksparteien gesellschaftliche Gruppen, gewinnen andere Parteien zusätzliche organisatorische und öffentliche Bedeutung. Dadurch können neue Konfliktlinien stärker sichtbar werden, was wiederum die Positionierung der Volksparteien verändert. Programmatische Anpassungen können neue Wähler erreichen, aber gleichzeitig andere Gruppen entfremden.

Die Krise reproduziert sich deshalb teilweise selbst, solange keine neuen stabilen Integrationsbündnisse entstehen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die zentrale Erkenntnis

Die Krise der Volksparteien ist keine bloße Geschichte sinkender Stimmenanteile. Sie ist Ausdruck einer grundlegenden Transformation der gesellschaftlichen Repräsentationsbedingungen. CDU/CSU und SPD entstanden und entwickelten ihre größte Stärke in einer Gesellschaft, deren Milieus, soziale Großgruppen und politische Konfliktlinien eine vergleichsweise dauerhafte Bündelung ermöglichten. Diese Voraussetzungen sind schwächer geworden.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Krise der Volksparteien ist ein Strukturphänomen, weil sich nicht nur die Parteien, sondern vor allem die Gesellschaft verändert hat, die sie integrieren sollen. Schwächere Milieubindungen, heterogenere Lebenswelten, neue Konfliktlinien und beweglichere Wähler erschweren die dauerhafte Verbindung großer gesellschaftlicher Gruppen innerhalb eines einzigen politischen Angebotes. Der Bedeutungsverlust von CDU/CSU und SPD ist deshalb Teil der Transformation des gesamten Parteiensystems und nicht allein Ergebnis einzelner programmatischer, personeller oder strategischer Entscheidungen.

Damit ist zugleich der analytische Rahmen für die folgenden Einzeluntersuchungen geschaffen. Die gemeinsame strukturelle Herausforderung trifft alle Parteien, aber nicht in gleicher Weise. Jede politische Kraft verfügt über eine eigene historische Entwicklung, gesellschaftliche Verankerung und spezifische Konfliktstruktur. Die folgenden Kapitel untersuchen deshalb, wie die einzelnen Parteien auf den veränderten gesellschaftlichen Raum reagieren und welche Teile des neuen Konfliktgefüges sie politisch repräsentieren.

Den Anfang bildet jene Partei, deren historische Stärke besonders ausgeprägt in der Verbindung konservativer Identität, christlich-sozialer Tradition, wirtschaftlicher Orientierung und breiter gesellschaftlicher Mitte lag – und die deshalb heute in besonderer Weise vor der Frage steht, wie politisches Profil und gesellschaftliche Anschlussfähigkeit neu miteinander verbunden werden können.

Kapitel 53 – Die CDU zwischen konservativem Profil und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die CDU nimmt innerhalb der Transformation des deutschen Parteiensystems eine besondere Stellung ein. Über Jahrzehnte gelang es ihr, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen innerhalb eines breiten politischen Bündnisses zusammenzuführen: christlich gebundene Wähler, konservative Milieus, wirtschaftsliberale Teile des Bürgertums, Arbeitnehmer, Mittelstand, ländliche Räume und Teile der gesellschaftlichen Mitte. Diese Fähigkeit zur Integration unterschiedlicher Interessen war eine wesentliche Grundlage ihrer außergewöhnlichen politischen Kontinuität und ihrer häufigen Regierungsverantwortung.

Gerade diese historische Stärke wird unter den Bedingungen gesellschaftlicher Fragmentierung jedoch zu einer besonderen Herausforderung. Die Milieus, auf denen die frühere Integrationsleistung beruhte, sind schwächer geworden. Gleichzeitig haben sich innerhalb des bürgerlich-konservativen Raumes neue Konflikte entwickelt. Migration, nationale Identität, europäische Integration, Klima- und Energiepolitik, wirtschaftliche Transformation, soziale Sicherheit und gesellschaftspolitischer Wertewandel erzeugen politische Positionskombinationen, die sich nicht mehr selbstverständlich innerhalb eines gemeinsamen Parteiprofils bündeln lassen. Für die CDU stellt sich deshalb eine strategische und strukturelle Kernfrage: Wie kann sie ein erkennbares konservatives und christdemokratisches Profil bewahren oder neu bestimmen und zugleich jene gesellschaftliche Breite erhalten, die sie historisch zur Volkspartei gemacht hat?

Die zentrale Herausforderung der CDU liegt nicht in einer einfachen Entscheidung zwischen konservativer Profilierung und politischer Mitte. Sie besteht darin, unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ein politisches Integrationsangebot zu entwickeln, das erkennbares Profil mit gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit verbindet.

Die historische Integrationsleistung der CDU

Die Gründung der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg stellte gegenüber früheren deutschen Parteitradiationen eine wichtige politische Neuerung dar. Sie sollte die konfessionelle Begrenzung des politischen Katholizismus überwinden und katholische wie protestantische Christen innerhalb einer gemeinsamen Partei zusammenführen. Gleichzeitig entwickelte sie sich zu einer politischen Kraft, die konservative, christlich-soziale und wirtschaftlich marktorientierte Positionen miteinander verband.

Diese Verbindung war von Beginn an spannungsreich. Wirtschaftspolitisch liberale Vorstellungen mussten mit sozialpolitischen Traditionen vereinbart, konservative Wertorientierungen mit gesellschaftlicher Modernisierung und regionale Interessen innerhalb einer bundesweiten Organisation zusammengeführt werden.

Die CDU war deshalb nie eine politisch homogene konservative Partei. Ihre historische Stärke bestand vielmehr darin, unterschiedliche Strömungen innerhalb eines gemeinsamen christdemokratischen Rahmens zu organisieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Diese Integrationsfähigkeit ermöglichte ihr eine breite gesellschaftliche Reichweite. Gerade weil die CDU mehrere politische Strömungen miteinander verband, konnte sie weit über ein eng definiertes konservatives Kernmilieu hinaus Wähler erreichen.

Konservatismus und gesellschaftliche Mitte

Der Begriff konservativ besitzt innerhalb der CDU deshalb keine vollständig eindeutige Bedeutung. Konservative Politik kann die Bewahrung gesellschaftlicher Institutionen, kultureller Traditionen, innerer Sicherheit und staatlicher Ordnung betonen. Christdemokratische Politik verbindet diese Orientierung jedoch historisch mit sozialer Verantwortung, gesellschaftlicher Integration und der Bereitschaft, Veränderungen institutionell zu gestalten.

Daraus entsteht ein grundlegendes Spannungsverhältnis. Eine Volkspartei kann gesellschaftliche Veränderung nicht einfach zurückweisen, wenn sie dauerhaft breite Bevölkerungsschichten repräsentieren will. Sie muss zugleich erklären können, welche Kontinuitäten sie erhalten und nach welchen Grundsätzen sie Veränderung gestalten möchte.

Konservative Profilbildung bedeutet deshalb nicht zwangsläufig eine Bewegung an den äußersten Rand des politischen Wettbewerbs. Für eine christdemokratische Volkspartei kann sie vielmehr in der Verbindung von Veränderungsbereitschaft und institutioneller Kontinuität bestehen.

Konservative Politik innerhalb einer Volkspartei gewinnt ihre gesellschaftliche Integrationskraft nicht allein aus der Bewahrung des Bestehenden, sondern aus dem Versprechen, notwendige Veränderung mit Ordnung, Kontinuität und gesellschaftlicher Sicherheit zu verbinden.

Säkularisierung und die Schwächung christlicher Bindungsräume

Eine der tiefgreifendsten Veränderungen der gesellschaftlichen Grundlage der CDU ist die Säkularisierung. Kirchliche Bindungen haben abgenommen, konfessionelle Milieus besitzen weniger gesellschaftliche Geschlossenheit und religiöse Zugehörigkeit führt deutlich weniger selbstverständlich zu einer bestimmten parteipolitischen Orientierung.

Damit verliert das „C“ im Parteinamen nicht zwangsläufig seine politische Bedeutung, aber seine Funktion verändert sich. Christliche Orientierung kann immer weniger als

vorausgesetzte Milieubindung wirken und muss stärker als politisches Werteangebot begründet werden. Menschenwürde, Verantwortung, Solidarität, Subsidiarität und die Verbindung individueller Freiheit mit gesellschaftlicher Verpflichtung können weiterhin programmatische Orientierung bieten, sind aber nicht mehr automatisch an eine gesellschaftlich dominante konfessionelle Organisationsstruktur gekoppelt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für die CDU bedeutet dies einen Übergang von **sozial vererbter Bindung zu politisch neu zu begründender Wertebindung**. Damit wird ein wesentlicher Bestandteil ihrer historischen Identität stärker Gegenstand aktiver politischer Selbstdefinition.

Wirtschaftspolitik, Sozialstaat und die innere Breite der Union

Ein zweiter historischer Integrationsraum liegt im Verhältnis von Markt und sozialer Sicherheit. Die CDU verbindet marktwirtschaftliche Traditionen mit der politischen Idee der sozialen Marktwirtschaft. Gerade diese Verbindung ermöglichte es ihr, Unternehmer, Selbstständige und wirtschaftsliberal orientierte Wähler ebenso anzusprechen wie Arbeitnehmer und sozialpolitisch stärker sicherheitsorientierte Gruppen.

Unter den Bedingungen wirtschaftlicher Transformation wird diese Balance schwieriger. Digitalisierung, internationale Konkurrenz, Energiepolitik, Fachkräftemangel und demografischer Wandel erzeugen gleichzeitig Forderungen nach wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Absicherung. Eine stärkere Betonung wirtschaftlicher Liberalisierung kann Teile der mittelständischen und unternehmerischen Basis ansprechen, während andere Wähler stärker auf soziale Sicherheit und Schutz vor Transformationsrisiken achten.

Die wirtschaftspolitische Herausforderung der CDU besteht deshalb nicht allein in der Entscheidung zwischen „mehr Markt“ und „mehr Staat“. Sie muss ein Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Dynamik, staatlicher Rahmensetzung und sozialer Sicherheit definieren, das unterschiedliche Teile ihres potenziellen Wählerranges miteinander verbinden kann.

Migration und die Neuordnung des konservativen Konfliktraumes

Migration gehört zu den Konfliktfeldern, an denen sich die innere Spannung des modernen christdemokratischen Integrationsraumes besonders deutlich zeigt. Humanitäre Verantwortung, wirtschaftlicher Bedarf an Zuwanderung, europäische Verpflichtungen, staatliche Kontrolle, kommunale Belastbarkeit, innere Sicherheit und gesellschaftliche Integration treffen hier unmittelbar aufeinander.

Für die CDU entsteht daraus eine doppelte Erwartung. Einerseits gehört die Betonung staatlicher Ordnung, verbindlicher Regeln und kontrollierter Zuwanderung zu einem wesentlichen Teil ihres politischen Profils.

Andererseits muss eine gesellschaftlich breite christdemokratische Partei Zuwanderung, Integration und die Zugehörigkeit von Menschen unterschiedlicher Herkunft innerhalb einer gemeinsamen demokratischen Ordnung politisch gestalten.

Das Spannungsverhältnis lässt sich deshalb nicht durch eine rein quantitative Debatte über mehr oder weniger Migration auflösen. Entscheidend ist, ob die CDU **Humanität, Ordnung,**

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Begrenzung, wirtschaftliche Notwendigkeit und Integration innerhalb eines nachvollziehbaren politischen Konzeptes miteinander verbinden kann.

Gerade hier zeigt sich die Verbindung zwischen Parteientwicklung und dem in Teil III herausgearbeiteten Konfliktgefüge. Migration ist nicht nur ein einzelnes Politikfeld, sondern berührt Fragen kultureller Sicherheit, staatlicher Kontrolle, sozialer Verteilung und nationaler Zugehörigkeit gleichzeitig.

Die AfD und die Konkurrenz um den politischen Raum rechts der Mitte

Mit der Etablierung der AfD hat sich die Wettbewerbsstruktur für die CDU grundlegend verändert. Rechts von ihr existiert nun dauerhaft ein eigenständiges Parteienangebot, das insbesondere migrations-, identitäts-, europa- und systemkritische Positionen aufgreift und Teile ehemaliger oder potenzieller Unionswähler anspricht. Damit steht die CDU vor einer Konkurrenzsituation, die während eines großen Teils der Geschichte der Bundesrepublik in dieser Form nicht bestand.

Die Reaktion darauf ist strategisch schwierig. Eine stärkere Übernahme von Themen und Positionen, die für AfD-Wähler relevant sind, kann den Versuch darstellen, verlorene konservative Wähler zurückzugewinnen. Sie kann jedoch zugleich andere Teile der bisherigen Unionswählerschaft entfremden oder die politische Agenda der Konkurrenz weiter aufwerten. Eine deutliche Abgrenzung kann umgekehrt das eigene demokratische Profil stabilisieren, löst aber nicht automatisch die Repräsentationsprobleme jener Wähler, die sich aus Unzufriedenheit von der CDU entfernt haben.

Die Frage kann deshalb nicht auf die Alternative reduziert werden, ob die CDU „nach rechts“ oder „in die Mitte“ rücken sollte. Strukturell entscheidender ist, welche gesellschaftlichen Interessen und Unsicherheiten hinter den Wählerbewegungen stehen und ob die CDU hierfür ein eigenständiges demokratisch-konservatives Angebot entwickeln kann.

Die Konkurrenz mit der AfD stellt die CDU vor die Aufgabe, konservative Repräsentationslücken zu bearbeiten, ohne die Grenzen ihres eigenen demokratischen und gesellschaftlich integrativen Selbstverständnisses aufzugeben.

Gesellschaftlicher Wertewandel und die Grenzen traditioneller Lager

Die gesellschaftspolitische Modernisierung stellt die CDU vor eine weitere Integrationsaufgabe. Familienformen, Geschlechterrollen, individuelle Lebensentwürfe und gesellschaftliche Wertvorstellungen haben sich erheblich verändert. Teile der traditionellen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Unionswählerschaft verbinden konservative Vorstellungen mit diesen Fragen, während andere CDU-Wähler gesellschaftliche Liberalisierung weitgehend akzeptieren oder selbst vertreten.

Damit wird deutlich, dass auch der konservative politische Raum pluraler geworden ist. Wirtschaftspolitisch konservativ oder marktwirtschaftlich orientierte Menschen müssen gesellschaftspolitisch nicht konservativ sein. Umgekehrt können kulturell konservative Wähler sozial- und wirtschaftspolitisch stärker staatliche Absicherung befürworten.

Für eine Volkspartei besteht die Herausforderung darin, aus diesen unterschiedlichen Positionen keine künstliche Homogenität zu erzeugen. Ihre Integrationsfähigkeit hängt vielmehr davon ab, ob sie einen gemeinsamen politischen Rahmen formulieren kann, innerhalb dessen unterschiedliche gesellschaftliche Lebensweisen mit gemeinsamen Vorstellungen von Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt vereinbar bleiben.

Klima, Energie und wirtschaftliche Transformation

Klima- und Energiepolitik verbinden mehrere Konfliktlinien, die für die CDU von besonderer Bedeutung sind. Einerseits besteht ein breiter gesellschaftlicher Anspruch auf langfristige ökologische Modernisierung. Andererseits gehören Industrie, Mittelstand, ländliche Räume, Pendler und Eigentümer zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen ihres Wählerranges, die von konkreten Transformationsmaßnahmen unterschiedlich betroffen sind.

Für die CDU eröffnet sich dadurch ein politischer Raum zwischen grundsätzlicher Transformationsverweigerung und einer Politik, die Anpassungskosten nicht ausreichend berücksichtigt. Ein christdemokratisches Angebot kann versuchen, ökologische Ziele mit technologischer Offenheit, wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Tragfähigkeit zu verbinden.

Gerade dieser Bereich verdeutlicht, wie sich die historische Funktion der CDU verändern könnte. Ihre Integrationsleistung müsste zunehmend darin bestehen, gesellschaftliche Transformationsziele mit dem Bedürfnis nach wirtschaftlicher und sozialer Kontinuität zu vermitteln. Konservatives Profil könnte damit weniger als Widerstand gegen Veränderung und stärker als Anspruch auf **geordnete Veränderung** verstanden werden.

Regionale Breite und unterschiedliche Erfahrungsräume

Die CDU ist bundesweit organisiert, trifft aber auf sehr unterschiedliche regionale Gesellschaften. Großstädtische Räume, ländliche Regionen, wirtschaftsstarke Gebiete, strukturschwächere Räume sowie ost- und westdeutsche Erfahrungswelten erzeugen unterschiedliche politische Erwartungen. Ein einheitliches nationales Profil muss deshalb regionale Differenzen integrieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Besonders die Entwicklung in Ostdeutschland stellt die Partei vor erhebliche Herausforderungen. Dort treffen schwächere traditionelle Parteibindungen, spezifische Transformationserfahrungen und teilweise deutlich andere Parteienkonstellationen aufeinander. Gleichzeitig kann die Situation einzelner westdeutscher Großstädte oder wirtschaftsstarker Regionen völlig andere strategische Anforderungen erzeugen.

Die CDU muss daher nationale programmatische Erkennbarkeit mit regionaler Anschlussfähigkeit verbinden. Föderale Parteistrukturen können dabei eine Stärke darstellen, weil sie unterschiedliche gesellschaftliche Räume repräsentieren. Sie können allerdings auch zu sichtbaren innerparteilichen Spannungen führen, wenn regionale Strategien und bundespolitische Positionierung auseinanderfallen.

Regierungspartei, Oppositionspartei und Erwartungsmanagement

Die lange Regierungsverantwortung der CDU hat ihre politische Identität stark geprägt. Sie wurde über Jahrzehnte nicht nur als Interessenpartei, sondern als Regierungs- und Stabilitätspartei wahrgenommen. Daraus entsteht eine besondere Erwartung an Pragmatismus, Verantwortungsfähigkeit und institutionelle Verlässlichkeit.

Gerade diese Stärke kann jedoch die Profilbildung erschweren. Regierungsverantwortung verlangt Kompromisse und die Anpassung politischer Positionen an konkrete institutionelle Bedingungen. Langjährige Regierungsparteien können dadurch in der Wahrnehmung eines Teils ihrer Wählerschaft programmatische Konturen verlieren. In Oppositionsphasen entsteht umgekehrt die Möglichkeit stärkerer Abgrenzung, zugleich aber die Notwendigkeit, weiterhin als realistische Regierungsalternative wahrgenommen zu werden.

Für die CDU ist daher nicht nur entscheidend, welche Positionen sie vertritt, sondern welche Vorstellung politischer Verantwortung sie mit diesen Positionen verbindet. Ihre historische Stärke beruhte wesentlich darauf, gesellschaftliche Breite mit dem Anspruch praktischer Regierungsfähigkeit zu verbinden.

Profil und Anschlussfähigkeit als dauerhafte Balance

Die häufig diskutierte Alternative zwischen konservativem Profil und gesellschaftlicher Mitte führt analytisch in die Irre, wenn beide Begriffe als Gegensätze behandelt werden. Eine Volkspartei benötigt Profil, weil Bürger erkennen müssen, welche Grundorientierungen sie vertritt. Gleichzeitig benötigt sie gesellschaftliche Anschlussfähigkeit, weil sie unterschiedliche Gruppen integrieren und parlamentarische Mehrheiten ermöglichen will.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die eigentliche Frage lautet daher, welche politischen Grundprinzipien unterschiedliche Positionen verbinden können. Für die CDU können Ordnung und Freiheit, soziale Marktwirtschaft, gesellschaftliche Verantwortung, Subsidiarität, europäische Zusammenarbeit, innere Sicherheit und demokratische Rechtsstaatlichkeit solche verbindenden Elemente darstellen. Ihre konkrete Ausgestaltung bleibt politisch umstritten und muss unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu bestimmt werden.

Das strukturelle Spannungsverhältnis bleibt dennoch bestehen:

Zu geringe Profilierung kann Bindung und politische Erkennbarkeit schwächen. Zu enge Profilierung kann gesellschaftliche Reichweite und Integrationsfähigkeit begrenzen. Die strategische Aufgabe einer Volkspartei besteht darin, beides nicht gegeneinander auszuspielen, sondern innerhalb eines erkennbaren politischen Projektes miteinander zu verbinden.

Ein Transformationsmodell der CDU

Die Entwicklung der CDU lässt sich innerhalb des Gesamtmodells dieser Untersuchung als längerfristiger Anpassungsprozess verstehen:

Christlich-konfessionelle und bürgerlich-konservative Milieus + soziale Marktwirtschaft + breite gesellschaftliche Organisationsbindung → hohe Integrationsfähigkeit unterschiedlicher Wählergruppen → langfristige Stellung als Volks- und Regierungspartei → Säkularisierung + Individualisierung + wirtschaftlicher Strukturwandel + kulturelle Pluralisierung + Migration + neue Transformationskonflikte → Schwächung traditioneller Bindungsräume und zunehmende Heterogenität des bürgerlich-konservativen Wählerraumes → Konkurrenz durch Grüne, FDP und insbesondere AfD sowie weitere Parteien → Spannung zwischen Profilbildung und gesellschaftlicher Breite → programmatische und strategische Neuorientierung → mögliche Neubildung eines christdemokratisch-konservativen Integrationsraumes.

Dieser Prozess besitzt keinen vorgegebenen Ausgang. Die CDU kann Teile ihrer früheren gesellschaftlichen Breite verlieren, neue Wählergruppen erschließen oder unterschiedliche Gruppen innerhalb eines erneuerten politischen Bündnisses zusammenführen. Entscheidend ist, ob ihre programmatische Entwicklung mit den veränderten Konfliktstrukturen der Gesellschaft korrespondiert.

Die zentrale Erkenntnis

Die Transformation der CDU ist ein besonders deutliches Beispiel dafür, wie die Krise der Volksparteien aus gesellschaftlicher Veränderung hervorgeht. Ihre historische Stärke beruhte

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

auf der Fähigkeit, konfessionelle, konservative, soziale, wirtschaftsliberale und bürgerliche Interessen innerhalb eines breiten politischen Bündnisses zu integrieren. Viele dieser Interessen bestehen weiterhin, doch ihre gesellschaftlichen Träger sind weniger dauerhaft miteinander verbunden und werden von mehreren Parteien gleichzeitig angesprochen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Zukunft der CDU entscheidet sich nicht allein daran, ob sie konservativer oder moderater auftritt. Entscheidend ist, ob es ihr gelingt, unter den Bedingungen einer fragmentierten Gesellschaft einen neuen politischen Integrationsraum zu schaffen, in dem konservative Orientierung, gesellschaftliche Modernisierung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit, staatliche Ordnung und demokratische Offenheit miteinander verbunden werden können.

Damit wird die CDU zu einem exemplarischen Fall der Transformation der Volkspartei. Ihre Herausforderung besteht darin, gesellschaftliche Breite nicht durch programmatische Unbestimmtheit und politisches Profil nicht durch gesellschaftliche Verengung zu erkaufen. Ob eine solche erneuerte Integrationsleistung gelingt, wird wesentlich darüber entscheiden, welche Stellung die Union im zukünftigen deutschen Parteiensystem einnehmen kann.

Eine verwandte, aber historisch und gesellschaftlich anders gelagerte Transformationsaufgabe stellt sich der zweiten großen Volkspartei. Auch die SPD muss ihre traditionelle gesellschaftliche Grundlage unter Bedingungen einer veränderten Arbeitswelt, schwächerer Milieubindungen und neuer kultureller Konfliktlinien neu bestimmen. Dabei berührt ihre Entwicklung unmittelbar die Frage, ob die historische Verbindung von Arbeitnehmerinteressen, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Mitte in einer fragmentierten Gesellschaft neu hergestellt werden kann.

Kapitel 54 – Die SPD zwischen Arbeiterpartei und gesellschaftlicher Mitte

Die SPD gehört zu den Parteien, an deren Entwicklung sich die gesellschaftliche Transformation Deutschlands besonders deutlich ablesen lässt. Ihre historische Entstehung ist untrennbar mit Industrialisierung, Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und dem Kampf um politische und soziale Teilhabe verbunden. Über viele Jahrzehnte verfügte sie deshalb über eine vergleichsweise klar erkennbare gesellschaftliche Grundlage. Zugleich bestand ihre Entwicklung nach 1945 wesentlich darin, diese historische Verankerung zu erweitern und sich von einer vor allem im Arbeitermilieu verwurzelten Partei zu einer gesellschaftlich breiten Volks- und Regierungspartei zu entwickeln.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gerade aus diesem Erfolg entsteht heute ein grundlegendes Spannungsverhältnis. Die traditionelle Industriearbeiterschaft ist kleiner und heterogener geworden, während die moderne Arbeitnehmerschaft sehr unterschiedliche berufliche, soziale und kulturelle Lebenswelten umfasst. Gleichzeitig konkurrieren mehrere Parteien um Wählergruppen, die früher stärker innerhalb des sozialdemokratischen Integrationsraumes verbunden waren. Für die SPD stellt sich deshalb nicht lediglich die Frage, wie sie frühere Wähler zurückgewinnen kann. Grundlegender ist die Frage, **welche gesellschaftlichen Gruppen eine moderne sozialdemokratische Partei unter den Bedingungen einer fragmentierten Arbeits-, Bildungs- und Dienstleistungsgesellschaft noch dauerhaft innerhalb eines gemeinsamen politischen Projektes verbinden kann.**

Die zentrale Herausforderung der SPD besteht nicht in der Entscheidung zwischen Arbeiterpartei und Partei der gesellschaftlichen Mitte. Sie besteht darin, soziale Interessen einer stark ausdifferenzierten Gesellschaft so miteinander zu verbinden, dass soziale Sicherheit, Aufstieg, wirtschaftliche Modernisierung und gesellschaftliche Offenheit erneut einen gemeinsamen politischen Integrationsraum bilden können.

Die historische Verankerung in Arbeiterbewegung und Gewerkschaften

Die historische Identität der SPD entstand aus der sozialen Frage der Industriegesellschaft. Abhängige Beschäftigung, wirtschaftliche Unsicherheit, begrenzte politische Teilhabe und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterschaft bildeten einen gemeinsamen Erfahrungsraum, aus dem Gewerkschaften, Arbeitervereine und sozialdemokratische Organisationen hervorgingen. Partei und gesellschaftliches Milieu waren dadurch über lange Zeit eng miteinander verbunden.

Diese Verankerung reichte weit über einzelne politische Forderungen hinaus. Sozialdemokratische Zugehörigkeit konnte Bestandteil einer umfassenderen sozialen Identität sein, die durch Familie, Betrieb, Gewerkschaft und lokale Organisationen vermittelt wurde. Die Partei repräsentierte nicht lediglich einzelne sozialpolitische Interessen, sondern verband diese mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Anerkennung und politische Gleichberechtigung.

Nach 1945 blieb diese historische Grundlage bedeutsam. Zugleich musste sich die SPD in einer Gesellschaft behaupten, deren soziale Struktur sich bereits veränderte. Wirtschaftlicher Aufstieg, wachsende Mittelschichten und eine zunehmende Differenzierung der Beschäftigung machten eine Erweiterung des sozialdemokratischen Integrationsraumes notwendig.

Vom Arbeitermilieu zur Volkspartei

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Das Godesberger Programm von 1959 symbolisierte den Übergang von der klassischen Arbeiterpartei zu einer breiteren Volkspartei. Die SPD akzeptierte die marktwirtschaftliche Ordnung stärker und öffnete sich ausdrücklich gesellschaftlichen Gruppen jenseits ihrer traditionellen sozialen Basis. Damit wurde soziale Herkunft weniger zum ausschließlichen Bezugspunkt sozialdemokratischer Politik.

Diese Öffnung war keine vollständige Abkehr von der historischen Identität. Vielmehr wurde der sozialdemokratische Anspruch erweitert. Soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und gesellschaftliche Teilhabe sollten mit wirtschaftlicher Modernisierung, Bildung, individueller Freiheit und breiter gesellschaftlicher Aufstiegsmöglichkeit verbunden werden. Die Partei konnte dadurch Arbeitnehmer, Angestellte, Beamte, Teile der Mittelschichten und später stärker akademisch geprägte Gruppen gleichzeitig ansprechen.

Der Erfolg dieser Entwicklung machte die SPD zu einer klassischen Volkspartei. Ihre Integrationsfähigkeit beruhte zunehmend darauf, unterschiedliche soziale Gruppen innerhalb eines gemeinsamen Fortschritts- und Teilhabeversprechens zu verbinden.

Die historische Erweiterung der SPD bestand nicht darin, die soziale Frage aufzugeben, sondern darin, sie von der Interessenvertretung eines bestimmten Milieus zu einem breiteren gesellschaftlichen Versprechen von Teilhabe, Sicherheit und Aufstieg weiterzuentwickeln.

Die Transformation der Arbeitsgesellschaft

Die gesellschaftliche Grundlage dieses Modells hat sich inzwischen erheblich verändert. Der klassische industrielle Produktionssektor besitzt nicht mehr dieselbe gesellschaftliche Dominanz, während Dienstleistungen, Wissensarbeit, Pflege, Bildung, Logistik, digitale Tätigkeiten und andere Beschäftigungsformen an Bedeutung gewonnen haben. Gleichzeitig bestehen industrielle Kerne fort und bleiben wirtschaftlich wie politisch bedeutsam.

Damit ist die Arbeitnehmerschaft keineswegs verschwunden. Sie ist vielmehr heterogener geworden. Facharbeiter in einem Industriebetrieb, Beschäftigte in der Pflege, Angestellte eines Technologieunternehmens, Verkäuferinnen, Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung und akademisch qualifizierte Dienstleister gehören sämtlich zur modernen Arbeitsgesellschaft, unterscheiden sich jedoch erheblich hinsichtlich Einkommen, Bildung, Arbeitsplatzsicherheit, regionalem Umfeld und kultureller Orientierung.

Für die SPD ergibt sich daraus ein strukturelles Problem. Die gemeinsame Stellung als Arbeitnehmer erzeugt weiterhin soziale Interessen, führt aber nicht mehr automatisch zu einer gemeinsamen politischen Identität. Die Partei muss deshalb aus einer differenzierten Arbeitsgesellschaft politische Gemeinsamkeiten herstellen, die früher stärker durch das Arbeitermilieu selbst erzeugt wurden.

Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Aufstieg

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die traditionelle Stärke sozialdemokratischer Politik bestand nicht allein in der Absicherung sozialer Risiken. Ebenso wichtig war das Versprechen gesellschaftlichen Aufstiegs. Gute Arbeit, Bildung, sozialstaatliche Sicherheit und wirtschaftlicher Fortschritt sollten es Menschen ermöglichen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ihren Kindern zusätzliche Chancen zu eröffnen.

Unter den Bedingungen gegenwärtiger Transformation verändert sich dieses Versprechen. Arbeitsplatzsicherheit hängt stärker von Qualifikation und Anpassungsfähigkeit ab, Wohnkosten können gesellschaftlichen Aufstieg begrenzen, Vermögensunterschiede gewinnen an Bedeutung und technologische Veränderungen erzeugen neue berufliche Unsicherheiten. Gleichzeitig stellen demografischer Wandel und steigende Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme die Frage, wie soziale Sicherheit langfristig finanziert werden kann.

Eine moderne sozialdemokratische Integrationspolitik muss deshalb Schutz und Befähigung miteinander verbinden. Sie kann nicht ausschließlich bestehende Strukturen absichern, sondern muss zugleich Voraussetzungen schaffen, unter denen Menschen gesellschaftliche Veränderung bewältigen können.

Soziale Sicherheit gewinnt unter Transformationsbedingungen ihre integrative Kraft dort, wo sie nicht nur vor Verlust schützt, sondern Menschen dazu befähigt, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel ohne dauerhaften Statusverlust zu bewältigen.

Die Agenda-Politik und die Frage sozialdemokratischer Glaubwürdigkeit

Kaum eine Phase der jüngeren SPD-Geschichte verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen Regierungsverantwortung und sozialer Identität stärker als die Reformpolitik der frühen 2000er Jahre. Die unter sozialdemokratischer Regierungsführung vorgenommenen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen sollten auf wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Probleme reagieren. Innerhalb der Partei und ihrer Wählerschaft wurden Teile dieser Politik jedoch als Bruch mit traditionellen sozialdemokratischen Schutz- und Gerechtigkeitsvorstellungen wahrgenommen.

Für die langfristige Parteienentwicklung ist weniger eine eindimensionale Bewertung einzelner Reformmaßnahmen entscheidend als ihre Wirkung auf politische Bindung und Selbstverständnis. Die SPD stand vor dem Problem, wirtschaftspolitische Anpassung mit sozialer Sicherheit verbinden zu müssen. Wo diese Verbindung von Teilen der eigenen gesellschaftlichen Basis nicht mehr erkannt wurde, konnte Regierungsfähigkeit in Spannung zur historischen Repräsentationsfunktion geraten.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Entwicklung zeigt damit ein allgemeineres Problem der Volkspartei. Strukturelle Reformen können aus Regierungsperspektive als notwendig betrachtet werden und zugleich gesellschaftliche Gruppen entfremden, die ihre Interessen gerade durch diese Partei geschützt sehen wollten. Politische Entscheidungen wirken dadurch nicht nur unmittelbar, sondern können langfristige Parteibindungen verändern.

Neue Mittelschichten und die Konkurrenz mit den Grünen

Die Bildungsexpansion und der gesellschaftliche Wertewandel eröffneten der SPD zunächst neue Wählergruppen. Akademisch geprägte Mittelschichten, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und gesellschaftlich liberal orientierte Milieus konnten sozialdemokratische Modernisierungs- und Fortschrittsvorstellungen unterstützen. Mit der dauerhaften Etablierung der Grünen entstand jedoch eine eigenständige Konkurrenz um Teile dieses politischen Raumes.

Für die SPD ergibt sich daraus eine schwierige Mehrfachposition. Sie konkurriert einerseits mit den Grünen um gesellschaftlich liberale, urbane und bildungsorientierte Wähler. Andererseits muss sie Arbeitnehmergruppen erreichen, deren politische Prioritäten stärker von Industrie, sozialer Sicherheit, Migration, Energiepreisen oder regionalem Strukturwandel geprägt sein können. Hinzu kommt Konkurrenz im linken sozialpolitischen Raum.

Die SPD kann deshalb ihre gesellschaftliche Mitte nicht einfach als geografische Position zwischen anderen Parteien definieren. Sie muss unterschiedliche soziale Lebenswelten politisch miteinander verbinden. Genau darin liegt der Unterschied zwischen einer bloßen Mitteposition und einer tatsächlichen Volkspartei.

Die Linke, das BSW und die Konkurrenz um soziale Repräsentation

Mit der Entstehung der Linken erhielt die SPD zusätzliche Konkurrenz im sozialpolitischen Raum. Teile jener Wähler, die sozialdemokratische Reformpolitik als Abkehr von traditionellen Verteilungs- und Schutzvorstellungen wahrnahmen, fanden ein alternatives parteipolitisches Angebot. Besonders in Ostdeutschland verband sich diese Konkurrenz zusätzlich mit spezifischen historischen und regionalen Repräsentationsstrukturen.

Das BSW erweitert diese Konkurrenz in einer anderen Weise. Seine politische Bedeutung liegt für die SPD insbesondere darin, dass soziale Schutzorientierung mit Positionen verbunden werden kann, die in migrations-, kultur- oder außenpolitischen Fragen von Teilen des gegenwärtigen sozialdemokratischen Spektrums abweichen. Damit wird sichtbar, dass ein traditionell als links verstandener sozialökonomischer Wählerraum kulturell und gesellschaftspolitisch keineswegs einheitlich ist.

Für die SPD verschärft dies die zentrale Integrationsfrage. Ein sozialstaatliches Profil allein garantiert keine Rückkehr früherer Wähler, wenn deren politische Orientierung inzwischen durch mehrere Konfliktdimensionen geprägt wird. Die Partei muss deshalb berücksichtigen,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

dass soziale Lage, kulturelle Orientierung und gesellschaftliche Zugehörigkeit keine identischen politischen Lager mehr erzeugen.

Migration, kulturelle Offenheit und die Arbeitnehmerfrage

Migration verdeutlicht diese Überlagerung besonders deutlich. Die SPD verbindet historisch internationale Solidarität und gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Anspruch auf soziale Sicherheit. Gleichzeitig können Arbeitnehmer in Bereichen mit angespannten Wohnungsmärkten, kommunaler Infrastruktur oder niedrigeren Einkommen gesellschaftliche Veränderungen anders wahrnehmen als stärker mobile und wirtschaftlich abgesicherte Gruppen.

Eine sozialdemokratische Politik steht deshalb vor der Aufgabe, humanitäre Verantwortung und gesellschaftliche Offenheit mit staatlicher Steuerung, funktionierender Integration und dem Schutz sozialer Standards zu verbinden. Werden diese Dimensionen gegeneinander ausgespielt, können unterschiedliche Teile der potenziellen sozialdemokratischen Wählerschaft auseinanderdriften.

Gerade für die SPD besitzt die Verbindung von Migration und Arbeitsmarkt zusätzliche Bedeutung. Zuwanderung kann unter Bedingungen des demografischen Wandels wirtschaftlich notwendig sein, darf aber nicht zu einer Umgehung sozialer Standards oder einer Verschärfung prekärer Arbeitsbedingungen führen. Integration in den Arbeitsmarkt und sozialstaatliche Ordnung müssen deshalb gemeinsam betrachtet werden.

Industrie, Klima und die sozialdemokratische Transformationsfrage

Eine ähnliche Spannung entsteht in der Klima- und Transformationspolitik. Teile der sozialdemokratischen Wählerschaft arbeiten in Branchen, die von Energie-, Industrie- und Technologiepolitik unmittelbar betroffen sind. Gleichzeitig unterstützen andere Teile der Wählerschaft ambitionierte ökologische Transformation und erwarten eine aktive Modernisierungspolitik.

Für die SPD kann daraus ein spezifisches sozialdemokratisches Transformationsangebot entstehen: ökologische Modernisierung nicht gegen industrielle Beschäftigung, sondern durch Investitionen, technologische Innovation, Qualifikation und soziale Absicherung zu organisieren. Entscheidend ist dabei die Verteilung von Anpassungsrisiken.

Werden Transformationskosten überwiegend von Gruppen getragen, deren berufliche Sicherheit unmittelbar betroffen ist, kann ökologische Modernisierung als soziale Bedrohung wahrgenommen werden. Werden dagegen langfristige Beschäftigungsperspektiven glaubwürdig geschaffen, können wirtschaftliche und ökologische Modernisierung miteinander verbunden werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die sozialdemokratische Transformationsfrage lautet nicht, ob wirtschaftlicher Wandel verhindert werden kann, sondern ob seine Chancen, Risiken und Anpassungskosten so verteilt werden, dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht mit dauerhaftem sozialen Abstieg einzelner Gruppen erkauft wird.

Ost und West als unterschiedliche sozialdemokratische Erfahrungsräume

Die SPD trifft in Ost- und Westdeutschland auf unterschiedliche historische Voraussetzungen. Ihre traditionelle gesellschaftliche Verankerung in Gewerkschaften und Arbeitermilieus entwickelte sich in Westdeutschland über Jahrzehnte unter den Bedingungen der Bundesrepublik. In Ostdeutschland konnte sie nach der Wiedervereinigung nicht auf dieselben gewachsenen Organisations- und Bindungsstrukturen zurückgreifen.

Zugleich wirkten dort die Erfahrungen des wirtschaftlichen Umbruchs nach 1990, regionale Abwanderung, veränderte Berufsbiografien und Fragen gesellschaftlicher Anerkennung auf politische Orientierung ein. Konkurrenz durch PDS beziehungsweise Linke und später durch AfD und BSW entwickelte sich deshalb innerhalb eines besonderen regionalen Parteienraumes.

Für die SPD zeigt sich daran, dass soziale Interessen nicht unabhängig von historischen Erfahrungen und regionaler Zugehörigkeit repräsentiert werden können. Eine bundesweite sozialdemokratische Politik muss gemeinsame soziale Grundfragen formulieren und zugleich unterschiedliche regionale Erfahrungshorizonte berücksichtigen.

Regierungsfähigkeit und die Schwierigkeit sozialdemokratischer Profilbildung

Wie die Union war auch die SPD über lange Zeit Regierungspartei. Für eine sozialdemokratische Volkspartei entsteht daraus ein besonderes Spannungsverhältnis. Einerseits will sie gesellschaftliche Verhältnisse verändern und soziale Interessen repräsentieren. Andererseits muss sie als Regierungspartei wirtschaftliche, finanzielle, europäische und institutionelle Rahmenbedingungen berücksichtigen und politische Kompromisse eingehen.

Diese Spannung ist grundsätzlich Bestandteil demokratischer Regierungsverantwortung. Problematisch wird sie dort, wo die Kompromisse für die eigene Wählerschaft nicht mehr als Ausdruck sozialdemokratischer Prioritäten erkennbar sind. Dann kann Regierungsfähigkeit als programmatische Unschärfe wahrgenommen werden.

In einem fragmentierten Parteiensystem verschärft sich dieses Problem, weil stärker profilierte Parteien einzelne Interessen eindeutiger vertreten können. Die SPD muss deshalb zeigen, weshalb Kompromissfähigkeit und sozialdemokratisches Profil keine Gegensätze sein

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

müssen. Ihre Integrationsleistung besteht gerade darin, unterschiedliche Interessen in praktisch regierungsfähige Politik zu übersetzen.

Ein neuer sozialdemokratischer Integrationsraum

Die Vorstellung, die SPD könne ihre frühere Stärke allein durch eine Rückkehr zum historischen Arbeitermilieu wiederherstellen, unterschätzt die gesellschaftliche Transformation. Dieses Milieu existiert in seiner früheren Geschlossenheit nicht mehr. Ebenso wenig dürfte eine ausschließliche Konzentration auf urbane, akademische und gesellschaftsliberale Mittelschichten dem historischen Anspruch einer Volkspartei entsprechen.

Die zentrale Aufgabe besteht vielmehr darin, einen neuen Integrationsraum innerhalb der modernen Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Dieser müsste Industriearbeiter und Dienstleistungsbeschäftigte, Fachkräfte und geringer Qualifizierte, sozial abgesicherte Mittelschichten und Menschen mit Aufstiegsunsicherheit ebenso ansprechen können wie jüngere bildungsorientierte Gruppen. Die verbindende Grundlage kann nicht mehr in einer einheitlichen sozialen Herkunft liegen.

Sie müsste politisch hergestellt werden: durch eine gemeinsame Vorstellung von guter Arbeit, sozialer Sicherheit, Bildung und Aufstieg, bezahlbarem Wohnen, öffentlicher Infrastruktur, wirtschaftlicher Modernisierung und gesellschaftlicher Teilhabe. Hinzu kommt die Aufgabe, kulturelle Unterschiede innerhalb dieses sozialen Bündnisses auszuhalten, ohne den gemeinsamen demokratischen Rahmen aufzugeben.

Eine moderne sozialdemokratische Volkspartei müsste gesellschaftliche Mitte nicht als Abkehr von Arbeitnehmerinteressen verstehen, sondern als Erweiterung des sozialen Integrationsraumes einer ausdifferenzierten Arbeitsgesellschaft.

Ein Transformationsmodell der SPD

Die langfristige Entwicklung der SPD lässt sich innerhalb des Gesamtmodells dieser Untersuchung folgendermaßen zusammenführen:

Arbeiterbewegung + Gewerkschaften + industrielle Arbeitsgesellschaft → starke sozialdemokratische Milieubindung → Öffnung zur Volkspartei und gesellschaftlichen Mitte → Verbindung von Arbeitnehmerinteressen, Sozialstaat, Aufstieg und wirtschaftlicher Modernisierung → Strukturwandel der Arbeit + Bildungsexpansion + Individualisierung + Säkularisierung + kulturelle Pluralisierung → Schwächung des traditionellen Arbeitermilieus und Ausdifferenzierung der Arbeitnehmerschaft → neue soziale und kulturelle Konfliktkombinationen → Konkurrenz durch Grüne, Linke, AfD, BSW und andere politische Angebote → Spannung zwischen sozialem Kernprofil, gesellschaftlicher Offenheit und Regierungsfähigkeit → Suche nach einem neuen sozialdemokratischen Integrationsraum.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Der Prozess zeigt, dass der Bedeutungsverlust der SPD nicht auf eine einzelne politische Entscheidung reduziert werden kann. Strategische und programmatische Entscheidungen sind bedeutsam, wirken jedoch innerhalb einer Gesellschaft, deren frühere sozialdemokratische Bindungsstruktur selbst tiefgreifend verändert wurde.

Die zentrale Erkenntnis

Die SPD steht exemplarisch für die Transformation einer Partei, deren historische gesellschaftliche Basis nicht verschwunden, aber grundlegend ausdifferenziert ist. Arbeit, soziale Sicherheit und Verteilung bleiben zentrale politische Konfliktfelder. Doch Arbeitnehmer bilden kein einheitliches politisches Milieu mehr, und soziale Interessen verbinden sich heute mit unterschiedlichen kulturellen, regionalen, generationellen und bildungsbezogenen Orientierungen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Zukunft der SPD entscheidet sich nicht zwischen einer Rückkehr zur Arbeiterpartei und einer weiteren Bewegung in eine abstrakte politische Mitte. Entscheidend ist, ob sie einen neuen gesellschaftlichen Integrationsraum schaffen kann, der die unterschiedlichen Teile der modernen Arbeitsgesellschaft durch ein glaubwürdiges Versprechen von sozialer Sicherheit, Aufstieg, wirtschaftlicher Modernisierung, gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischer Zugehörigkeit miteinander verbindet.

Damit zeigen CDU und SPD trotz ihrer unterschiedlichen historischen Grundlagen ein gemeinsames Strukturproblem. Beide können ihre frühere gesellschaftliche Breite nicht einfach durch die Wiederherstellung vergangener Milieus zurückgewinnen. Sie müssen unter neuen Bedingungen politische Bündnisse schaffen, die früher stärker gesellschaftlich vorstrukturiert waren.

Die Transformation des Parteiensystems betrifft jedoch nicht nur den Bedeutungsverlust der klassischen Volksparteien. Sie bringt zugleich politische Kräfte hervor, deren Aufstieg unmittelbar mit neuen gesellschaftlichen Milieus und Konfliktlinien verbunden ist. Besonders deutlich zeigt sich dies an einer Partei, deren Entwicklung aus Umweltbewegung, gesellschaftlicher Liberalisierung und neuen bildungsgeprägten Milieus hervorging und die inzwischen selbst zu einer etablierten Kraft des deutschen Parteiensystems geworden ist.

Kapitel 55 – Bündnis 90/Die Grünen und der Wandel gesellschaftlicher Milieus

Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen gehört zu den deutlichsten Beispielen dafür, wie gesellschaftlicher Wandel neue politische Repräsentationsräume hervorbringen und

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

dadurch ein bestehendes Parteiensystem dauerhaft verändern kann. Während CDU/CSU und SPD aus älteren gesellschaftlichen Konfliktstrukturen hervorgingen und ihre historische Stärke wesentlich aus der Integration großer sozialer und konfessioneller Milieus bezogen, entstanden die Grünen aus gesellschaftlichen Bewegungen, Wertorientierungen und politischen Konflikten, die innerhalb des klassischen Parteiensystems zunächst nur begrenzt repräsentiert wurden. Umwelt- und Friedensbewegung, Anti-Atomkraft-Proteste, Frauenbewegung, neue soziale Bewegungen und alternative Vorstellungen politischer Beteiligung bildeten einen gesellschaftlichen Raum, aus dem sich eine eigenständige politische Kraft entwickeln konnte.

Mit ihrer dauerhaften Etablierung veränderten die Grünen jedoch nicht nur das Parteiensystem. Sie veränderten sich selbst. Aus einer zunächst stark bewegungsorientierten und systemkritischen Partei wurde eine parlamentarisch etablierte politische Kraft mit kommunaler, landespolitischer und bundespolitischer Regierungsverantwortung. Gleichzeitig wandelte sich ihre gesellschaftliche Basis. Aus den alternativen Milieus der Gründungsphase entwickelte sich ein breiterer, häufig urbaner, bildungsorientierter und gesellschaftlich liberaler Wählerraum. Damit verkörpern die Grünen zugleich **gesellschaftlichen Milieuwandel, die Entstehung neuer Konfliktlinien und die Institutionalisierung einer zunächst außerparlamentarischen politischen Bewegung.**

Der Aufstieg der Grünen zeigt exemplarisch, wie gesellschaftliche Transformation politische Repräsentation verändert: Neue Werte, Lebensformen und Konflikte erzeugen zunächst gesellschaftliche Bewegungen, aus denen sich dauerhafte parteipolitische Repräsentationsräume entwickeln können.

Die Entstehung eines neuen politischen Konfliktraumes

Die Entstehung der Grünen lässt sich nur vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre verstehen. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildungsexpansion, gesellschaftliche Liberalisierung und eine zunehmende Individualisierung veränderten die politischen Erwartungen eines Teils der Bevölkerung. Neben klassischen Verteilungsfragen gewannen Umwelt, Frieden, individuelle Selbstbestimmung, Geschlechterverhältnisse und neue Vorstellungen demokratischer Beteiligung an Bedeutung.

Diese Themen ließen sich nicht vollständig innerhalb der traditionellen Arbeit-Kapital-Konfliktlinie einordnen. Sie stellten teilweise die gesellschaftlichen Vorstellungen beider großen Volksparteien infrage und eröffneten einen neuen politischen Raum. Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen organisierten Interessen zunehmend außerhalb der etablierten Parteien.

Die Gründung der Grünen bedeutete deshalb mehr als die Entstehung einer zusätzlichen Partei. Sie war Ausdruck einer Veränderung des politischen Konfliktsystems.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gesellschaftliche Modernisierung brachte Interessen und Wertorientierungen hervor, die eine eigenständige politische Organisation entwickelten und damit die bisherige Bündelungsfähigkeit des konzentrierten Parteiensystems begrenzten.

Von der sozialen Bewegung zur parlamentarischen Partei

Die frühe Identität der Grünen war stark durch ihre Herkunft aus sozialen Bewegungen geprägt. Skepsis gegenüber etablierten Parteistrukturen, basisdemokratische Vorstellungen, Rotationsprinzipien und eine bewusste Distanz zu traditionellen politischen Organisationsformen sollten verhindern, dass die neue Partei selbst Teil jener politischen Strukturen wurde, die sie kritisierte.

Mit dem Eintritt in Parlamente entstand jedoch ein grundlegendes Spannungsverhältnis zwischen Bewegungsorientierung und institutioneller Politik. Parlamentarische Arbeit verlangt kontinuierliche Organisation, politische Spezialisierung, Mehrheitsbildung und Kompromissfähigkeit. Regierungsbeteiligung verstärkt diese Anforderungen zusätzlich.

Die Entwicklung der Grünen zeigt deshalb einen klassischen Institutionalisierungsprozess. Eine Partei, die aus der Kritik etablierter Politik entstand, wurde selbst Bestandteil der parlamentarischen Ordnung.

Dabei verschwanden ihre ursprünglichen politischen Ziele nicht, wurden jedoch zunehmend innerhalb institutioneller Verfahren verfolgt.

Die Institutionalisierung der Grünen zeigt, dass demokratische Systeme neue gesellschaftliche Konflikte nicht nur durch Anpassung bestehender Parteien aufnehmen können. Sie können auch neue politische Kräfte integrieren, die anschließend selbst Teil der institutionellen Konfliktvermittlung werden.

Bündnis 90 und die gesamtdeutsche Erweiterung

Die Vereinigung mit Bündnis 90 fügte der grünen Parteientwicklung eine weitere historische Dimension hinzu. Die ostdeutschen Bürgerrechtsbewegungen waren aus einem anderen gesellschaftlichen und politischen Erfahrungsraum hervorgegangen als die westdeutschen neuen sozialen Bewegungen. Bürgerrechte, demokratische Selbstbestimmung und die Erfahrung oppositionellen Handelns innerhalb der DDR bildeten wichtige Bestandteile dieser Tradition.

Mit Bündnis 90/Die Grünen wurden damit unterschiedliche politische Entstehungsgeschichten miteinander verbunden. Umwelt- und Gesellschaftspolitik trafen auf Bürgerrechts- und Demokratieerfahrungen aus der friedlichen Revolution. Diese Verbindung erweiterte das programmatische Selbstverständnis der Partei, führte jedoch nicht automatisch zu einer gleichmäßigen gesellschaftlichen Verankerung in Ost- und Westdeutschland.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die bis heute unterschiedlichen regionalen Wahlergebnisse zeigen, dass gesellschaftliche Milieus und historische Erfahrungshorizonte für die Parteienentwicklung weiterhin bedeutsam sind. Bundesweite Programmatik allein erzeugt noch keine gleichmäßige gesellschaftliche Anschlussfähigkeit.

Der Aufstieg bildungsorientierter und urbaner Milieus

Mit Bildungsexpansion und wirtschaftlichem Strukturwandel entstanden gesellschaftliche Gruppen, deren Lebenswelten sich von den klassischen Industrie- und konfessionellen Milieus unterschieden. Höhere Bildungsabschlüsse, Dienstleistungs- und Wissensberufe, größere räumliche Mobilität und urbanere Lebensformen gingen teilweise mit neuen politischen Wertorientierungen einher.

Bündnis 90/Die Grünen konnte in diesem gesellschaftlichen Raum eine starke politische Verankerung entwickeln. Umwelt- und Klimaschutz, gesellschaftliche Liberalität, Gleichstellung, europäische Integration und eine grundsätzlich positive Bewertung gesellschaftlicher Vielfalt bilden für Teile dieser Wählerschaft miteinander verbundene politische Orientierungen.

Diese Entwicklung darf allerdings nicht zu einer simplen Gleichsetzung von Bildungsniveau und grüner Parteipräferenz führen. Weder akademisch geprägte noch urbane Bevölkerungsschichten bilden homogene politische Milieus. Entscheidend ist vielmehr, dass sich bestimmte gesellschaftliche Merkmale häufiger überlagern und dadurch politische Erfahrungsräume entstehen, in denen grüne Angebote besonders anschlussfähig sind.

Damit wird bei den Grünen besonders sichtbar, wie die in Teil III untersuchten neuen Konfliktlinien in das Parteiensystem übersetzt werden.

Vom Umweltkonflikt zur umfassenden Transformationspolitik

Umweltpolitik bildete einen zentralen Ausgangspunkt der grünen Parteientwicklung. Mit der zunehmenden Bedeutung des Klimawandels hat sich dieses Politikfeld jedoch erheblich erweitert. Energieversorgung, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Wohnen und technologische Modernisierung werden inzwischen unmittelbar mit ökologischen Transformationsfragen verbunden.

Damit verändert sich auch die politische Rolle der Grünen. Eine Partei, die ökologische Interessen zunächst vor allem gegen etablierte Wirtschafts- und Infrastrukturmodelle artikulierte, muss unter Regierungsbedingungen zunehmend selbst beantworten, wie ökologische Ziele wirtschaftlich, sozial und institutionell umgesetzt werden können.

Hier entsteht ein neues Spannungsverhältnis. Ambitionierte Transformationsziele können zum identitätsstiftenden Kern der Partei gehören. Ihre gesellschaftliche Akzeptanz hängt jedoch davon ab, wie konkrete Kosten, Eingriffe und Anpassungsanforderungen verteilt werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Besonders dort, wo Haushalte, Unternehmen oder Regionen unterschiedliche Möglichkeiten zur Anpassung besitzen, wird ökologische Politik zu einer sozialen und wirtschaftlichen Verteilungsfrage.

Mit dem Übergang von Umweltpolitik zu umfassender Transformationspolitik verändert sich die grüne Herausforderung: Nicht mehr allein das politische Ziel, sondern zunehmend die gesellschaftliche Organisation des Weges zu diesem Ziel entscheidet über politische Anschlussfähigkeit.

Gesellschaftliche Liberalität und kulturelle Konfliktlinien

Neben ökologischen Fragen besitzt gesellschaftliche Liberalität eine zentrale Bedeutung für das grüne Profil. Individuelle Selbstbestimmung, Gleichstellung, Minderheitenrechte, kulturelle Vielfalt und eine offene Gesellschaft gehören zu den politischen Orientierungen, mit denen sich die Partei von konservativeren Gesellschaftsvorstellungen unterscheidet.

Diese Positionen haben mit gesellschaftlicher Liberalisierung erheblich an Reichweite gewonnen. Zugleich sind sie Bestandteil neuer kultureller Konfliktlinien geworden. Was innerhalb bestimmter urbaner oder bildungsorientierter Milieus als selbstverständliche gesellschaftliche Modernisierung wahrgenommen wird, kann in anderen Gruppen als beschleunigte Veränderung kultureller Normen oder als Distanz zu vertrauten Lebenswelten erscheinen.

Für die Grünen entsteht daraus eine besondere Repräsentationsfrage. Eine Partei kann klare gesellschaftsliberale Positionen vertreten und zugleich versuchen, Menschen zu erreichen, die Veränderungen langsamer oder skeptischer beurteilen. Entscheidend ist, ob politische Differenz als legitimer demokratischer Konflikt behandelt oder moralisch hierarchisiert wird.

Gerade eine Partei, die gesellschaftliche Vielfalt betont, steht deshalb vor der Aufgabe, auch die Vielfalt gesellschaftlicher Veränderungsgeschwindigkeiten politisch wahrzunehmen.

Migration und das grüne Verständnis einer offenen Gesellschaft

Migration und Integration gehören ebenfalls zu jenen Feldern, in denen das grüne Selbstverständnis gesellschaftlicher Offenheit besonders deutlich hervortritt. Humanitäre Verantwortung, gleiche Rechte, gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Vielfalt bilden wichtige Bestandteile dieses politischen Ansatzes.

Mit wachsender politischer Bedeutung der Migration wird jedoch auch für die Grünen die Verbindung von Offenheit und staatlicher Ordnung wichtiger. Aufnahmefähigkeit, kommunale Infrastruktur, Wohnraum, Bildung, Arbeitsmarktintegration und die

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Durchsetzung rechtlicher Regeln sind nicht von humanitären Grundsätzen zu trennen. Eine dauerhaft tragfähige Migrationspolitik muss beide Dimensionen miteinander verbinden.

Für die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit der Grünen ist dabei bedeutsam, dass Migration in unterschiedlichen sozialen und regionalen Räumen verschieden erfahren wird. Eine Politik, die gesellschaftliche Offenheit verteidigt, muss deshalb zugleich konkrete Integrationsbedingungen und institutionelle Kapazitäten berücksichtigen.

Die Herausforderung besteht darin, normative Grundüberzeugungen nicht aufzugeben und dennoch anzuerkennen, dass politische Akzeptanz auch von der praktischen Funktionsfähigkeit staatlicher und kommunaler Strukturen abhängt.

Die soziale Frage im grünen Transformationsprojekt

Mit zunehmender Regierungsverantwortung gewinnt die soziale Dimension grüner Politik an Bedeutung. Ökologische Transformation betrifft Menschen mit unterschiedlichen Einkommen, Vermögen, Wohnsituationen und beruflichen Möglichkeiten. Eine Investition, die für einen einkommensstarken Haushalt problemlos finanzierbar ist, kann für andere erhebliche Belastungen erzeugen. Auch der Zugang zu öffentlichem Verkehr oder alternativen Technologien unterscheidet sich regional.

Damit kann ökologische Politik nicht unabhängig von sozialer Verteilung betrachtet werden. Für Bündnis 90/Die Grünen entsteht daraus die Aufgabe, Klimaschutz mit sozialer Tragfähigkeit zu verbinden, ohne das eigene ökologische Profil zu verlieren.

Hier überschneiden sich grüne und sozialdemokratische Politik teilweise, während unterschiedliche Vorstellungen über staatliche Regulierung, Marktmechanismen und individuelle Verantwortung fortbestehen können. Diese Überschneidung zeigt zugleich, wie die neue Parteienkonkurrenz funktioniert: Parteien konkurrieren nicht mehr ausschließlich entlang einer einzigen gesellschaftlichen Konfliktlinie, sondern bieten unterschiedliche Kombinationen mehrerer Konfliktdimensionen an.

Stadt, Land und die Grenzen grüner Milieuverankerung

Die räumliche Verteilung grüner Unterstützung verweist auf eine der wichtigsten Grenzen ihrer bisherigen gesellschaftlichen Reichweite. In vielen größeren Städten und akademisch geprägten Regionen treffen grüne Positionen auf besonders anschlussfähige gesellschaftliche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Milieus. In ländlichen und stärker industriell oder traditionell geprägten Räumen können andere politische Prioritäten dominieren.

Dies ist nicht allein eine kulturelle Differenz. Mobilität, Energieversorgung, Wohnformen, Landwirtschaft, Infrastruktur und berufliche Strukturen unterscheiden sich räumlich erheblich. Politische Maßnahmen besitzen deshalb unterschiedliche konkrete Auswirkungen. Was in einer dicht besiedelten Stadt praktikabel erscheint, kann in einem ländlichen Raum andere Voraussetzungen benötigen.

Für eine Partei mit umfassendem Gestaltungsanspruch stellt sich deshalb die Frage, ob sie über ihre stärksten gesellschaftlichen Milieus hinaus unterschiedliche Lebensrealitäten integrieren kann. Die Entwicklung von einer Milieupartei zu einer breiteren politischen Kraft hängt wesentlich davon ab, ob politische Ziele in unterschiedliche regionale Bedingungen übersetzt werden können.

Regierungsverantwortung und der Wandel des Selbstverständnisses

Mit Regierungsbeteiligungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene haben sich Bündnis 90/Die Grünen weit von ihrer ursprünglichen Rolle als Protest- und Bewegungspartei entfernt. Regierungsverantwortung verlangt Prioritätensetzung, Haushaltsentscheidungen, Kompromisse und die Berücksichtigung institutioneller sowie wirtschaftlicher Nebenfolgen.

Dieser Übergang kann unterschiedliche Wirkungen entfalten. Er kann die Partei für Wähler attraktiver machen, die politische Gestaltungs- und Regierungsfähigkeit erwarten. Gleichzeitig kann er Teile einer stärker bewegungsorientierten Basis enttäuschen, wenn politische Kompromisse als Abweichung von programmatischen Zielen wahrgenommen werden.

Die Grünen stehen damit inzwischen vor einem Problem, das ursprünglich vor allem die großen Volksparteien prägte: der Verbindung von programmatischer Identität und praktischer Regierungsfähigkeit. Ihre Institutionalisierung ist insofern ein Zeichen ihres politischen Erfolges, verändert aber zugleich die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Mobilisierung.

Je stärker eine aus gesellschaftlichen Bewegungen hervorgegangene Partei selbst politische Verantwortung übernimmt, desto stärker muss sie den Übergang von der Forderung nach Veränderung zur Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen dieser Veränderung bewältigen.

Zwischen Milieupartei und breiter gesellschaftlicher Kraft

Die weitere Entwicklung der Grünen hängt wesentlich davon ab, ob ihre gesellschaftliche Basis dauerhaft auf bestimmte bildungsorientierte, urbane und gesellschaftsliberale Milieus

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

konzentriert bleibt oder ob die Partei zusätzliche Gruppen erreichen kann. Beide Entwicklungsmöglichkeiten besitzen unterschiedliche strategische Konsequenzen.

Eine starke Milieuverankerung kann programmatische Klarheit und politische Loyalität fördern. Sie kann zugleich eine gesellschaftliche Reichweitengrenze erzeugen. Eine breitere Öffnung würde dagegen verlangen, unterschiedliche wirtschaftliche, regionale und kulturelle Interessen stärker innerhalb der Partei zu vermitteln. Damit würde sich auch für die Grünen jene Spannung zwischen Profil und Integrationsbreite verstärken, die CDU und SPD bereits seit längerer Zeit prägt.

Die Frage lautet deshalb nicht, ob die Grünen zu einer klassischen Volkspartei nach historischem Muster werden. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Parteityps haben sich ohnehin verändert. Entscheidend ist vielmehr, ob sich eine neue Form gesellschaftlicher Integrationspartei entwickeln kann, die aus einem klar erkennbaren Milieu hervorgeht, aber dauerhaft über dessen Grenzen hinaus politische Anschlussfähigkeit gewinnt.

Ein Transformationsmodell der Grünen

Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen lässt sich innerhalb des Gesamtmodells dieser Untersuchung folgendermaßen zusammenführen:

Bildungsexpansion + gesellschaftliche Liberalisierung + neue soziale Bewegungen + Umwelt- und Friedenskonflikte → Entstehung neuer gesellschaftlicher Wertorientierungen und Milieus → unzureichende Repräsentation innerhalb des konzentrierten Parteiensystems → Gründung und parlamentarische Etablierung der Grünen → Institutionalisierung und Regierungsbeteiligung → Verbindung mit Bürgerrechts- und Demokratieerfahrungen von Bündnis 90 → Ausweitung ökologischer Politik zu umfassender Transformationspolitik → starke Verankerung in urbanen, bildungsorientierten und gesellschaftsliberalen Milieus → zunehmende Konkurrenz um breitere gesellschaftliche Gruppen → Spannung zwischen programmatischem Transformationsanspruch, sozialer Tragfähigkeit und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit.

Dieses Modell zeigt zugleich einen wichtigen Unterschied zu CDU und SPD. Bei den klassischen Volksparteien führt gesellschaftlicher Wandel zunächst zur Schwächung historischer Bindungsräume. Bei den Grünen war derselbe gesellschaftliche Wandel zunächst eine Voraussetzung ihres Aufstiegs. Mit zunehmender Etablierung stehen jedoch auch sie vor der Frage, wie dauerhaft gesellschaftliche Bindungen hergestellt werden können, wenn sich die Milieus weiter verändern.

Die zentrale Erkenntnis

Bündnis 90/Die Grünen sind nicht lediglich eine zusätzliche Partei innerhalb eines ansonsten unveränderten Systems. Ihre Entstehung und Etablierung markieren eine strukturelle

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Veränderung politischer Repräsentation. Neue gesellschaftliche Milieus, postmaterielle und ökologische Konflikte, Bildungsexpansion und gesellschaftliche Liberalisierung entwickelten einen eigenständigen politischen Ausdruck und trugen damit zur Erweiterung des deutschen Parteiensystems bei.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Der Aufstieg der Grünen zeigt, dass gesellschaftliche Transformation nicht nur bestehende Parteibindungen auflösen, sondern neue politische Bindungsräume hervorbringen kann. Die zukünftige Stellung von Bündnis 90/Die Grünen hängt wesentlich davon ab, ob es der Partei gelingt, ihren ökologischen und gesellschaftsliberalen Identitätskern mit den sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Anforderungen einer breiteren Gesellschaft zu verbinden.

Damit wird eine weitere Dimension der Transformation des deutschen Parteiensystems sichtbar. Während CDU und SPD um die Erneuerung historisch breiter Integrationsräume ringen, zeigen die Grünen, wie aus neuen gesellschaftlichen Konflikten zunächst ein eigenständiges Milieu und anschließend eine etablierte politische Kraft entstehen kann. Doch auch diese Entwicklung führt langfristig zur Frage nach Profil, gesellschaftlicher Reichweite und Regierungsfähigkeit.

Eine wiederum andere Entwicklung zeigt die FDP. Ihre historische Stellung beruht weder auf einem klassischen Großmilieu noch auf einer aus sozialen Bewegungen entstandenen neuen gesellschaftlichen Basis. Als liberale Partei bewegte sie sich über Jahrzehnte zwischen eigenständigem programmatischem Profil, strategischer Koalitionsfunktion und der wiederkehrenden Herausforderung, in einem sich verändernden Parteiensystem eine ausreichend breite gesellschaftliche Grundlage für ihre parlamentarische Existenz zu sichern.

Kapitel 56 – Die FDP zwischen Liberalismus, Regierungsverantwortung und Existenzrisiko

Die FDP nimmt innerhalb des deutschen Parteiensystems eine besondere Stellung ein. Anders als CDU/CSU und SPD verfügte sie nie über den Anspruch oder die gesellschaftliche Grundlage einer klassischen Volkspartei. Anders als Bündnis 90/Die Grünen entstand sie auch nicht aus einer neuen sozialen Bewegung, die einen zuvor kaum repräsentierten gesellschaftlichen Konfliktraum dauerhaft politisch organisierte. Ihre historische Kontinuität beruht vielmehr auf der Fähigkeit, unterschiedliche liberale Traditionen miteinander zu verbinden und innerhalb wechselnder gesellschaftlicher und parteipolitischer Konstellationen einen eigenständigen politischen Raum zu behaupten.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gerade daraus entsteht ihre strukturelle Verwundbarkeit. Die FDP verfügt über ein erkennbares liberales Profil, muss dieses jedoch in einem Parteiensystem behaupten, in dem wirtschaftliche Freiheit, Bürgerrechte, gesellschaftliche Liberalität, Digitalisierung, europäische Integration und staatspolitische Verantwortung längst nicht mehr ausschließlich von ihr vertreten werden. Gleichzeitig liegt ihre parlamentarische Existenz aufgrund ihrer Größenordnung häufiger als bei größeren Parteien in unmittelbarer Nähe zur Sperrklausel. Phasen erheblicher politischer Gestaltungsmacht wechseln deshalb mit existenziellen Wahlniederlagen. Die FDP ist damit ein besonders ausgeprägtes Beispiel dafür, dass **politischer Einfluss, gesellschaftliche Verankerung und elektorale Größe nicht identisch sein müssen.**

Die strukturelle Herausforderung der FDP besteht darin, ein eigenständiges liberales Profil zu bewahren, obwohl zentrale liberale Positionen längst Bestandteil mehrerer Parteien geworden sind, und zugleich Regierungsverantwortung zu übernehmen, ohne in Koalitionen ihre politische Unterscheidbarkeit zu verlieren.

Die FDP als eigenständige liberale Kraft

Die FDP entstand aus unterschiedlichen liberalen Traditionen, die wirtschaftliche Freiheit, individuelle Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Begrenzung staatlicher Macht miteinander verbanden, dabei aber keineswegs immer dieselben politischen Schwerpunkte setzten. Wirtschaftsliberale, nationalliberale und stärker bürgerrechtlich orientierte Strömungen gehörten in unterschiedlichen Phasen zu ihrem politischen Spektrum. Diese innere Vielfalt machte die Partei anschlussfähig an verschiedene gesellschaftliche Gruppen, erzeugte aber zugleich wiederkehrende Auseinandersetzungen über ihre programmatische Identität.

Im konzentrierten Parteiensystem der Bundesrepublik entwickelte sich daraus eine besondere Funktion. Zwischen den beiden großen Volksparteien konnte die FDP eigenständig auftreten und zugleich für unterschiedliche Regierungsmehrheiten Bedeutung gewinnen. Ihr politisches Gewicht war dadurch zeitweise wesentlich größer, als es allein aus ihrem Stimmenanteil abzuleiten gewesen wäre.

Diese Stellung beruhte jedoch auf einer bestimmten Parteienkonstellation. Solange CDU/CSU und SPD den Wettbewerb dominierten und die Zahl realistischer Koalitionspartner begrenzt blieb, konnte eine kleinere liberale Partei eine herausgehobene strategische Position einnehmen. Mit der Fragmentierung des Parteiensystems verändert sich diese Voraussetzung.

Liberalismus zwischen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Freiheit

Die programmatische Identität der FDP wird wesentlich durch den Begriff der Freiheit zusammengehalten. Dieser Begriff umfasst jedoch unterschiedliche politische Dimensionen. Wirtschaftliche Freiheit richtet den Blick auf Eigentum, Unternehmertum, Wettbewerb, Eigenverantwortung und die Begrenzung staatlicher Regulierung. Bürgerrechtlicher

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Liberalismus betont individuelle Freiheitsrechte, Datenschutz, Rechtsstaatlichkeit und Schutz vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen. Gesellschaftlicher Liberalismus richtet sich stärker auf persönliche Lebensführung und individuelle Selbstbestimmung.

Diese Dimensionen können sich ergänzen, führen aber nicht automatisch zu derselben Wählerschaft. Ein wirtschaftlich liberal orientierter Selbstständiger kann gesellschaftspolitisch konservativ sein, während ein gesellschaftlich liberaler Großstadtwähler wirtschaftspolitisch stärker staatliche Regulierung befürworten kann. Gerade die mehrdimensionale Konfliktstruktur der Gegenwart erschwert deshalb die Vorstellung eines einheitlichen liberalen Milieus.

Für die FDP entsteht daraus eine grundlegende programmatische Aufgabe. Je stärker sie Liberalismus auf Wirtschafts- und Finanzpolitik konzentriert, desto eindeutiger kann ihr Profil in diesem Bereich werden, während andere Dimensionen liberaler Politik weniger sichtbar erscheinen. Je breiter sie Liberalismus dagegen gesellschaftspolitisch interpretiert, desto stärker konkurriert sie mit anderen Parteien um Wähler, die sich selbst ebenfalls als liberal verstehen.

Der politische Raum des Liberalismus ist größer als der Wählerraum der FDP. Gerade deshalb besteht ihre dauerhafte Herausforderung darin, unterschiedliche liberale Freiheitsvorstellungen in ein eigenständiges und gesellschaftlich erkennbares Parteienangebot zu übersetzen.

Die historische Scharnierfunktion im konzentrierten Parteiensystem

Über lange Zeit verfügte die FDP über eine besondere Koalitionsstellung. Da weder Union noch SPD dauerhaft allein regieren konnten, konnte sie gemeinsam mit unterschiedlichen großen Parteien parlamentarische Mehrheiten ermöglichen. Dadurch erhielt sie eine Scharnierfunktion zwischen den politischen Lagern.

Diese Position verlieh der Partei erheblichen Gestaltungseinfluss. Gleichzeitig erforderte sie eine hohe Koalitionsfähigkeit. Die FDP musste ein eigenständiges Profil besitzen, durfte ihre programmatische Beweglichkeit aber nicht vollständig verlieren. Ihre Geschichte zeigt deshalb früh jenes Spannungsverhältnis, das in einem fragmentierten Parteiensystem zunehmend auch andere Parteien betrifft: **Abgrenzung im Wettbewerb und Zusammenarbeit bei der Regierungsbildung.**

Die Scharnierfunktion war jedoch nie ohne Risiko. Ein Wechsel des Koalitionspartners konnte von Teilen der Wählerschaft als Ausdruck politischer Flexibilität, von anderen dagegen als strategische Beliebigkeit wahrgenommen werden. Die Frage, wofür die FDP unabhängig von ihrer jeweiligen Koalition steht, war deshalb für ihre langfristige Identität von besonderer Bedeutung.

Der Verlust der exklusiven Schlüsselstellung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Mit der dauerhaften Etablierung der Grünen und später weiterer Parteien veränderte sich die strategische Position der FDP. Sie blieb ein möglicher Koalitionspartner, verlor aber ihre frühere nahezu exklusive Funktion als kleinere Partei, die zwischen den beiden großen politischen Kräften Regierungsmehrheiten ermöglichen konnte.

Im fragmentierten Parteiensystem entstehen mehrere denkbare Koalitionskonstellationen. Dadurch kann die FDP einerseits neue strategische Möglichkeiten gewinnen. Andererseits muss sie ihre Bedeutung mit anderen Parteien teilen. Koalitionsfähigkeit allein reicht deshalb weniger als früher aus, um ihre politische Stellung zu begründen.

Diese Veränderung ist strukturell bedeutsam. Eine Partei, deren historischer Einfluss teilweise aus ihrer besonderen Position innerhalb des Parteiensystems hervorging, muss ihre gesellschaftliche Bedeutung stärker aus einem eigenständigen politischen Angebot ableiten. Die Transformation des Parteiensystems verändert damit nicht nur die Zahl möglicher Koalitionen, sondern auch den politischen Wert bestimmter strategischer Positionen.

Die gesellschaftliche Basis des liberalen Wählerraumes

Die FDP findet traditionell überdurchschnittliche Anschlussfähigkeit bei Selbstständigen, Unternehmern, wirtschaftlich orientierten Mittelschichten und Teilen höher qualifizierter sowie aufstiegsorientierter Wählergruppen. Diese gesellschaftliche Grundlage ist jedoch weniger geschlossen als klassische konfessionelle oder arbeitertbewegte Milieus.

Wirtschaftlicher Strukturwandel erweitert zugleich potenziell den liberalen Raum. Digitalisierung, Unternehmensgründungen, neue Formen selbstständiger Arbeit und die Wissensökonomie können politische Interessen an Innovation, Wettbewerb, Bürokratieabbau und individueller Gestaltungsmöglichkeit stärken. Gleichzeitig können gerade neue Beschäftigungsformen Unsicherheit erzeugen und dadurch sozialstaatliche Absicherungsinteressen verstärken.

Die FDP befindet sich deshalb in einem gesellschaftlichen Raum, der Chancen und Risiken zugleich enthält. Individualisierung kann liberale Vorstellungen persönlicher Freiheit stärken, führt aber nicht automatisch zu wirtschaftsliberalen Wahlentscheidungen. Höhere Bildung kann gesellschaftsliberale Einstellungen fördern, ohne dass daraus eine Bindung an die FDP entsteht. Der potenzielle liberale Wählerraum bleibt damit größer und heterogener als die tatsächliche parteipolitische Basis.

Wirtschaftliche Freiheit und soziale Sicherheit

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Besonders deutlich zeigt sich die Herausforderung der FDP im Verhältnis von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit. Liberale Politik betont traditionell Eigenverantwortung, Wettbewerb und die Begrenzung staatlicher Regulierung. Unter Bedingungen gesellschaftlicher Transformation entstehen jedoch gleichzeitig neue Unsicherheiten durch technologischen Wandel, internationale Konkurrenz, demografische Veränderungen und steigende Anforderungen an berufliche Anpassung.

Eine moderne liberale Partei muss deshalb beantworten, wie individuelle Verantwortung unter Bedingungen unterschiedlicher Ausgangschancen verstanden werden kann. Wirtschaftliche Freiheit besitzt nur dann breite gesellschaftliche Anschlussfähigkeit, wenn Menschen realistische Möglichkeiten haben, diese Freiheit zu nutzen. Bildung, funktionierende Infrastruktur und faire Wettbewerbsbedingungen werden dadurch auch aus liberaler Perspektive zu zentralen Voraussetzungen gesellschaftlicher Teilhabe.

Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit muss deshalb nicht als einfacher Gegensatz verstanden werden. Die eigentliche liberale Konfliktfrage lautet, welche Sicherungen individuelle Selbstständigkeit ermöglichen und an welchem Punkt staatliche Absicherung in Abhängigkeit, Überregulierung oder eine Einschränkung wirtschaftlicher Dynamik übergeht.

Digitalisierung als potenzieller liberaler Zukunftsraum

Digitalisierung bietet der FDP einen politischen Raum, in dem mehrere ihrer traditionellen Grundorientierungen miteinander verbunden werden können. Technologische Innovation, unternehmerische Freiheit, moderne Verwaltung, Datenschutz, Bildung und individuelle Selbstbestimmung treffen hier unmittelbar aufeinander.

Gerade weil Digitalisierung nicht nur Wirtschaftspolitik betrifft, könnte sie einen breiteren liberalen Modernisierungsbegriff ermöglichen. Eine digitalisierte Verwaltung kann Bürokratie reduzieren und staatliche Leistungen zugleich zugänglicher machen. Technologische Innovation kann wirtschaftliches Wachstum fördern, während Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung klassische bürgerrechtliche Fragen neu formulieren.

Gleichzeitig konkurriert die FDP auch auf diesem Feld mit anderen Parteien. Digitalisierung besitzt keine eindeutige parteipolitische Zuordnung. Ein glaubwürdiges liberales Profil muss deshalb über die bloße Forderung nach technologischem Fortschritt hinausgehen und erklären, wie technologische Modernisierung, wirtschaftliche Dynamik und individuelle Freiheitsrechte miteinander verbunden werden sollen.

Regierungsverantwortung als Chance und Risiko

Für eine kleinere Partei besitzt Regierungsbeteiligung eine besondere Ambivalenz. Sie eröffnet politische Gestaltungsmöglichkeiten und kann Kompetenz sichtbar machen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Partei innerhalb einer Koalition weniger erkennbar wird oder für Kompromisse verantwortlich gemacht wird, die nicht ihrem eigenen programmatischen Profil entsprechen.

Dieses Problem betrifft grundsätzlich alle Koalitionsparteien, ist für kleinere Parteien jedoch besonders ausgeprägt. Eine große Partei verfügt häufig über eine breitere gesellschaftliche Verankerung und kann politische Verluste eher ausgleichen. Für die FDP können bereits vergleichsweise geringe Wählerbewegungen parlamentarisch existenzielle Folgen haben.

Daraus entsteht ein schwieriges strategisches Verhältnis zwischen Kompromiss und Profil. Verweigert sich eine Partei notwendigen Kompromissen, kann ihre Regierungsfähigkeit infrage gestellt werden. Geht sie zu weitgehende Kompromisse ein, kann ihre politische Unterscheidbarkeit leiden.

Für eine kleinere Regierungspartei besteht die besondere Herausforderung darin, kompromissfähig genug für gemeinsames Regieren und zugleich unterscheidbar genug für eigenständige politische Repräsentation zu bleiben.

Das wiederkehrende Existenzrisiko

Die parlamentarische Geschichte der FDP ist stärker als die der großen Parteien von erheblichen Schwankungen geprägt. Ihre Größenordnung führt dazu, dass politische Verluste nicht lediglich eine Verringerung parlamentarischer Stärke bedeuten können, sondern die parlamentarische Repräsentation selbst gefährden. Das Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag 2013 machte diese strukturelle Verwundbarkeit besonders deutlich.

Die anschließende Rückkehr zeigte zugleich, dass eine solche Niederlage nicht zwangsläufig das Ende einer etablierten Partei bedeutet. Ein weiterhin vorhandener politischer Repräsentationsraum, organisatorische Kontinuität und programmatische Neuaufstellung können eine Wiederetablierung ermöglichen.

Damit unterscheidet sich das Existenzrisiko der FDP von der Krise einer Volkspartei. CDU/CSU oder SPD können erhebliche Stimmenverluste erleiden und dennoch große parlamentarische Kräfte bleiben. Bei der FDP kann bereits eine wesentlich kleinere Verschiebung darüber entscheiden, ob sie überhaupt parlamentarisch vertreten ist. Wahlstrategische Entscheidungen erhalten dadurch eine andere existentielle Dimension.

Die Konkurrenz um liberale Wähler

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die FDP besitzt kein Monopol auf liberale Politik. Wirtschaftsliberale Wähler können sich teilweise auch innerhalb der Union wiederfinden. Gesellschaftsliberale und europäisch orientierte Gruppen können zu Grünen oder SPD tendieren. Bürgerrechtliche Positionen können ebenfalls von mehreren Parteien vertreten werden. Selbst wirtschaftliche Modernisierung und Digitalisierung sind längst keine exklusiven Themen der FDP.

Diese Konkurrenz unterscheidet die Partei von politischen Kräften, die einen stärker abgegrenzten Konfliktraum besetzen. Die FDP muss deshalb eine Kombination politischer Positionen anbieten, die ausreichend eigenständig erscheint, obwohl ihre einzelnen Bestandteile auch bei anderen Parteien vorhanden sind.

Darin liegt zugleich eine mögliche Stärke. Gerade weil liberale Orientierungen mehrere gesellschaftliche Konfliktlinien kreuzen, kann die FDP Wähler aus unterschiedlichen politischen Herkunftsräumen ansprechen. Voraussetzung ist allerdings, dass diese unterschiedlichen Freiheitsdimensionen als zusammenhängendes politisches Projekt erkennbar werden.

Fragmentierung als Chance und Gefährdung

Das fragmentierte Parteiensystem verändert die Bedingungen liberaler Politik widersprüchlich. Einerseits sinkt die Dominanz der großen Volksparteien, wodurch kleinere Parteien grundsätzlich größere Repräsentationsräume erhalten. Mehrparteienkoalitionen können der FDP erheblichen politischen Einfluss verschaffen. Beweglichere Wähler erleichtern zudem den Zugang zu gesellschaftlichen Gruppen, die nicht dauerhaft an andere Parteien gebunden sind.

Andererseits steigt die Konkurrenz. Mehr Parteien werben um dieselben beweglichen Wähler, und unterschiedliche Kombinationen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Positionen stehen zur Auswahl. Die FDP muss sich deshalb nicht mehr nur gegenüber Union und SPD profilieren, sondern innerhalb eines wesentlich komplexeren politischen Angebotsraumes.

Fragmentierung schützt kleinere Parteien somit nicht vor Bedeutungsverlust. Sie eröffnet ihnen Chancen, erhöht aber zugleich den permanenten Wettbewerb um politische Unterscheidbarkeit.

Zwischen Interessenpartei und umfassendem Liberalismus

Für die langfristige Entwicklung der FDP ist deshalb entscheidend, ob sie vor allem als Vertreterin bestimmter wirtschaftlicher Interessen wahrgenommen wird oder einen breiteren gesellschaftlichen Liberalismus verkörpern kann. Ein enges wirtschaftspolitisches Profil kann eine stabile Kernwählerschaft mobilisieren, zugleich aber die gesellschaftliche Reichweite begrenzen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ein umfassenderes liberales Angebot müsste wirtschaftliche Freiheit, Bürgerrechte, Bildung, gesellschaftliche Selbstbestimmung, technologische Modernisierung und Generationengerechtigkeit miteinander verbinden. Dadurch könnte Liberalismus als gesellschaftliches Ordnungsmodell und nicht lediglich als wirtschaftspolitisches Programm sichtbar werden.

Eine solche Erweiterung birgt wiederum das Risiko programmatischer Unschärfe. Die FDP steht damit vor einer Variante desselben Problems, das auch andere Parteien des fragmentierten Systems betrifft: **politische Eindeutigkeit und gesellschaftliche Reichweite müssen gleichzeitig hergestellt werden.**

Ein Transformationsmodell der FDP

Die Entwicklung der FDP lässt sich innerhalb des Gesamtzusammenhangs folgendermaßen verdichten:

Liberaler politische Tradition + begrenzte, aber eigenständige gesellschaftliche Basis → Etablierung als kleinere parlamentarische Kraft → Scharnierfunktion zwischen den großen Volksparteien → überproportionaler Einfluss auf Regierungsbildung → gesellschaftliche Individualisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel → Ausweitung potenziell liberaler Orientierungen bei gleichzeitiger parteipolitischer Konkurrenz um diese Wähler → Fragmentierung des Parteiensystems und Verlust der exklusiven Scharnierfunktion → zunehmende Bedeutung eigenständiger Profilbildung → wiederkehrende Spannung zwischen Regierungsverantwortung und politischer Unterscheidbarkeit → hohe elektorale Schwankungsanfälligkeit und parlamentarisches Existenzrisiko → fortlaufende Notwendigkeit zur Neubestimmung eines eigenständigen liberalen Repräsentationsraumes.

Das Modell verdeutlicht, weshalb die FDP zugleich von gesellschaftlicher Individualisierung profitieren und dennoch strukturell verwundbar bleiben kann. Liberalere Lebensformen führen nicht automatisch zu liberaler Parteibindung. Der Erfolg hängt davon ab, ob gesellschaftliche Freiheitsorientierungen in ein ausreichend eigenständiges politisches Angebot übersetzt werden können.

Die zentrale Erkenntnis

Die FDP ist ein besonderer Fall innerhalb der Transformation des deutschen Parteiensystems. Sie besitzt eine lange institutionelle Tradition und konnte trotz ihrer vergleichsweise begrenzten Größe wiederholt erheblichen politischen Einfluss ausüben. Ihre historische Scharnierfunktion verliert im fragmentierten Parteiensystem jedoch einen Teil ihrer Exklusivität, während mehrere Parteien gleichzeitig um wirtschaftlich, gesellschaftlich und bürgerrechtlich liberale Wähler konkurrieren.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Zukunft der FDP hängt weniger davon ab, ob liberale Einstellungen in der deutschen Gesellschaft fortbestehen – dafür spricht die gesellschaftliche Entwicklung in vielerlei Hinsicht –, sondern davon, ob es ihr gelingt, unterschiedliche Dimensionen von Freiheit zu einem eigenständigen politischen Angebot zu verbinden, das auch unter Regierungsbedingungen erkennbar bleibt. Ihr strukturelles Existenzrisiko entsteht aus der Kombination einer begrenzten festen Wählerbasis, hoher Konkurrenz um liberale Wähler und der besonderen Schwierigkeit, als kleinere Koalitionspartei gleichzeitig Einfluss und politische Unterscheidbarkeit zu bewahren.

Damit zeigt die FDP eine weitere Form parteipolitischer Transformation. Während CDU und SPD um die Erneuerung historischer Großintegration ringen und die Grünen aus neuen gesellschaftlichen Milieus hervorgegangen sind, muss die FDP einen vergleichsweise kleinen, aber gesellschaftlich weit verzweigten politischen Raum dauerhaft organisatorisch binden.

Eine wiederum andere Entwicklung zeigt sich auf der politischen Linken. Dort verbindet sich die Transformation traditioneller sozialer Konflikte mit der besonderen Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, ostdeutschen Repräsentationsstrukturen, sozialpolitischer Opposition und späteren inneren Konflikten über gesellschaftliche, migrations- und außenpolitische Fragen. Diese Entwicklung steht im Mittelpunkt des folgenden Kapitels.

Kapitel 57 – Die Linke und die Transformation des linken politischen Raums

Die Entwicklung der Partei Die Linke unterscheidet sich grundlegend von den bisherigen Parteienanalysen. Ihre Entstehung lässt sich weder allein aus der Ausdifferenzierung neuer gesellschaftlicher Milieus noch ausschließlich aus der Schwächung der SPD erklären. Sie verbindet mehrere historische und gesellschaftliche Entwicklungslinien: die Transformation des ostdeutschen Parteiensystems nach 1990, die politische Repräsentation spezifischer ostdeutscher Erfahrungen, sozialpolitischen Protest gegen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Reformen sowie den Versuch, unterschiedliche Strömungen der politischen Linken innerhalb einer gemeinsamen Partei zu organisieren.

Gerade diese Verbindung machte die Partei zeitweise zu einer wichtigen Kraft im deutschen Parteiensystem, erzeugte jedoch zugleich erhebliche innere Spannungen. Ostdeutsche Regionalverankerung, gewerkschaftlich und sozialstaatlich orientierte Gruppen, westdeutsche Protestmilieus, gesellschaftspolitisch progressive Strömungen sowie unterschiedliche Positionen zu Migration, Außenpolitik, kulturellen Konflikten und gesellschaftlicher

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Transformation ließen sich nicht dauerhaft widerspruchsfrei miteinander verbinden. Die Entwicklung der Linken ist deshalb zugleich eine Untersuchung darüber, wie sich der **linke politische Raum selbst verändert hat**.

Die Krise der Linken ist nicht allein die Krise einer Partei. Sie verweist auf die zunehmende Schwierigkeit, soziale Verteilungsfragen, kulturelle Konflikte, ostdeutsche Repräsentationsbedürfnisse und gesellschaftspolitisch progressive Positionen innerhalb eines gemeinsamen linken politischen Integrationsraumes zu verbinden.

Die besondere historische Ausgangslage

Die Entwicklung der Linken kann nicht verstanden werden, ohne ihre ostdeutsche Vorgeschichte zu berücksichtigen. Mit dem Ende der DDR und der deutschen Wiedervereinigung entstand nicht einfach eine Angleichung des ostdeutschen an das westdeutsche Parteiensystem. Vielmehr entwickelte sich mit der PDS eine politische Kraft, die aus der SED hervorging, sich programmatisch und organisatorisch transformierte und zugleich einen spezifischen ostdeutschen Repräsentationsraum besetzte.

Diese Herkunft war für die Partei dauerhaft ambivalent. Einerseits belastete die SED-Vergangenheit ihre demokratische Legitimation und begrenzte ihre Anschlussfähigkeit insbesondere in Teilen Westdeutschlands. Andererseits entwickelte sich die PDS für Teile der ostdeutschen Bevölkerung zu einer politischen Repräsentantin von Erfahrungen, die sie innerhalb der etablierten westdeutschen Parteien nicht ausreichend vertreten sahen.

Die Partei konnte dadurch soziale Interessen mit regionaler Identität und Anerkennungsfragen verbinden. Ihre Unterstützung beruhte nicht ausschließlich auf klassischen linken Verteilungspositionen. Sie war teilweise auch Ausdruck einer besonderen politischen Erfahrung der Wiedervereinigung und der gesellschaftlichen Transformation Ostdeutschlands.

Ostdeutsche Transformation als Repräsentationsraum

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche nach 1990 waren in Ostdeutschland von außergewöhnlicher Intensität. Betriebe verschwanden oder wurden grundlegend umstrukturiert, Berufsbiografien verloren ihre bisherige Kontinuität, Abwanderung veränderte Regionen und gesellschaftliche Institutionen wurden innerhalb kurzer Zeit durch das System der Bundesrepublik ersetzt. Für viele Menschen bedeutete die Wiedervereinigung politische Freiheit und neue Möglichkeiten, gleichzeitig aber auch biografische Unsicherheit und Statusveränderungen.

Die PDS konnte einen Teil dieser Erfahrungen politisch aufnehmen. Dadurch entstand eine besondere Verbindung von Sozialpolitik, regionaler Repräsentation und Anerkennungsfragen. Die Partei wurde für einen Teil ihrer Wählerschaft nicht nur aufgrund einzelner Programme gewählt, sondern weil sie als politische Stimme ostdeutscher Erfahrungen wahrgenommen wurde.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Hier zeigt sich ein Mechanismus, der bereits bei der Analyse der Ost-West-Konfliktlinie deutlich wurde: Politische Repräsentation betrifft nicht nur materielle Interessen. Sie betrifft auch die Frage, ob gesellschaftliche Erfahrungen innerhalb des politischen Systems sichtbar und anerkannt werden.

Die frühe Stärke der PDS beruhte teilweise darauf, soziale Interessen mit einer politischen Repräsentation ostdeutscher Transformationserfahrungen zu verbinden. Damit wurde regionale Erfahrung selbst zu einer Grundlage parteipolitischer Bindung.

Von der ostdeutschen Regionalpartei zur gesamtdeutschen Linken

Die spätere Entstehung der Partei Die Linke erweiterte diesen politischen Raum erheblich. Mit der Verbindung von PDS beziehungsweise Linkspartei.PDS und WASG trafen zwei unterschiedliche Entwicklungslinien zusammen. Die eine war stark durch Ostdeutschland und die Transformation nach der Wiedervereinigung geprägt, die andere entstand wesentlich aus sozialpolitischer Opposition und Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Sozialdemokratie.

Damit entstand die Möglichkeit einer gesamtdeutschen politischen Kraft links von der SPD. Sozialstaatliche Sicherung, Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitnehmerinteressen und Kritik an wirtschaftlicher Ungleichheit konnten mit ostdeutschen Repräsentationsstrukturen verbunden werden. Für eine Zeit gelang es dadurch, einen politischen Raum zu organisieren, der weder allein regional noch ausschließlich sozialstrukturell bestimmt war.

Dieser Zusammenschluss war jedoch nicht nur organisatorische Stärke, sondern enthielt von Beginn an unterschiedliche politische Traditionen. Regionale Interessen, gewerkschaftliche Orientierung, sozialistische Programmatik, Protestpolitik und neue gesellschaftspolitische Bewegungen mussten innerhalb derselben Partei miteinander vermittelt werden. Solange gemeinsame sozialpolitische Konflikte dominierten, konnten diese Unterschiede teilweise überbrückt werden. Mit der zunehmenden Bedeutung weiterer Konfliktlinien wurden die inneren Spannungen deutlicher.

Die soziale Frage als gemeinsamer Identitätskern

Der stabilste programmatische Bezugspunkt der Linken liegt in der sozialen Frage. Einkommens- und Vermögensverteilung, soziale Sicherung, Arbeitsbedingungen, Renten, bezahlbares Wohnen und die Kritik an sozialer Ungleichheit bilden einen politischen Kern, der unterschiedliche Strömungen der Partei miteinander verbinden konnte.

Damit besetzt Die Linke einen Konfliktraum, der trotz gesellschaftlicher Modernisierung keineswegs verschwunden ist. Wie die vorherigen Kapitel gezeigt haben, bestehen soziale Ungleichheiten und unterschiedliche materielle Lebenslagen fort. Wirtschaftliche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Transformation, steigende Wohnkosten, prekäre Beschäftigung und Statusunsicherheit können sozialpolitische Konflikte sogar erneut verstärken.

Das strukturelle Problem besteht deshalb nicht darin, dass die soziale Frage politisch bedeutungslos geworden wäre. Vielmehr wird sie heute von anderen Konflikten überlagert. Ein Wähler kann sozialpolitisch stark umverteilungsorientiert sein und gleichzeitig in Migrations-, Klima-, gesellschafts- oder außenpolitischen Fragen Positionen vertreten, die nicht mit dem gesamten programmatischen Angebot der Linken übereinstimmen.

Die soziale Konfliktlinie erzeugt damit weniger eindeutig als früher ein geschlossenes politisches Lager.

Die Konkurrenz mit der SPD

Die Beziehung zwischen SPD und Linken war von Beginn an sowohl programmatische Konkurrenz als auch Ausdruck der Transformation des linken Parteienspektrums. Die Linke konnte insbesondere dort Unterstützung gewinnen, wo sozialdemokratische Politik von Teilen der Wählerschaft als zu markt- oder regierungsorientiert wahrgenommen wurde. Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen der frühen 2000er Jahre verstärkten diesen Prozess.

Dadurch entstand links von der SPD ein dauerhaft relevanter Repräsentationsraum. Die SPD besaß nicht länger die nahezu alleinige Fähigkeit, sozialstaatlich und umverteilungsorientierte Wähler innerhalb einer großen linken Volkspartei zu bündeln. Ein Teil der Konflikte, die früher innerhalb der Sozialdemokratie ausgetragen worden waren, wurde nun zwischen SPD und Linken organisiert.

Diese Entwicklung entspricht dem allgemeinen Fragmentierungsmechanismus des Parteiensystems: Gesellschaftliche und programmatische Unterschiede, die zuvor innerhalb einer großen Partei vermittelt wurden, erhalten eigenständige organisatorische Repräsentation.

Die spätere Entwicklung zeigt jedoch zugleich, dass die Existenz eines solchen Repräsentationsraumes noch keine dauerhafte Bindung an eine bestimmte Partei garantiert. Auch Die Linke wurde zunehmend mit Konkurrenz innerhalb ihres eigenen politischen Raumes konfrontiert.

Von der sozialen zur kulturellen Mehrdimensionalität

Besonders folgenreich für die Linke ist die zunehmende Überlagerung sozialer und kultureller Konfliktlinien. Teile der politischen Linken verbinden soziale Gleichheit mit

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gesellschaftlicher Liberalität, Antidiskriminierung, kultureller Vielfalt, ökologischer Transformation und einer grundsätzlich offenen Migrationspolitik. Andere sozialstaatlich orientierte Wähler bewerten einzelne dieser Themen deutlich anders.

Damit entsteht innerhalb des linken politischen Raumes eine Konfliktstruktur, die sich nicht mehr entlang einer einzigen Links-Rechts-Achse ordnen lässt. Zwei Wähler können nahezu identische Vorstellungen über Mindestlöhne, Renten oder Vermögensverteilung besitzen und dennoch bei Migration, nationaler Zugehörigkeit, gesellschaftspolitischen Fragen oder Außenpolitik weit auseinanderliegen.

Für Die Linke wird daraus ein fundamentales Integrationsproblem. Eine stärkere Orientierung an gesellschaftlich progressiven urbanen Milieus kann bestimmte Wählergruppen binden, zugleich aber sozialpolitisch linke Wähler mit kulturell konservativeren Orientierungen entfremden. Eine stärkere Betonung sozialer und kultureller Schutzbedürfnisse kann umgekehrt Konflikte mit gesellschaftsliberalen Teilen der Partei hervorrufen.

Die Fragmentierung des linken politischen Raumes entsteht nicht aus dem Verschwinden sozialer Konflikte, sondern aus ihrer Überlagerung durch kulturelle, identitätsbezogene, migrationspolitische und außenpolitische Konfliktlinien.

Migration als innerlinke Konfliktlinie

Migration verdeutlicht diese Spannung besonders stark. Innerhalb eines universalistisch geprägten linken Politikverständnisses stehen gleiche Rechte, internationale Solidarität und der Schutz von Migranten und Geflüchteten im Mittelpunkt. Aus einer stärker arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Perspektive können dagegen Fragen der Steuerung von Zuwanderung, der Belastbarkeit kommunaler Strukturen, des Wohnungsmarktes und möglicher Konkurrenz innerhalb bestimmter Arbeitsmarktsegmente stärker gewichtet werden.

Beide Perspektiven müssen sich nicht zwangsläufig widersprechen. Eine politische Verbindung könnte darin bestehen, Migration mit konsequenter Integration, starken sozialen Standards, funktionierender Infrastruktur und staatlicher Steuerung zu verbinden. Innerhalb der politischen Auseinandersetzung wurden die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen jedoch zunehmend identitätsprägend.

Damit wird Migration auch innerhalb der Linken zu einem Beispiel dafür, wie ein einzelnes Politikfeld mehrere Konfliktdimensionen gleichzeitig aktiviert. Soziale Verteilung, kulturelle Offenheit, internationale Solidarität, staatliche Kontrolle und gesellschaftliche Zugehörigkeit treffen unmittelbar aufeinander.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für eine Partei, die unterschiedliche linke Traditionen integrieren möchte, wird die Fähigkeit zur Vermittlung dieser Dimensionen deshalb zu einer zentralen Voraussetzung gesellschaftlicher Breite.

Klima, Transformation und unterschiedliche soziale Erfahrungsräume

Auch die ökologische Transformation verändert den linken politischen Raum. Klimapolitik kann mit klassischen linken Vorstellungen verbunden werden, wenn Investitionen, soziale Verteilung und der Schutz von Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig können konkrete Transformationsmaßnahmen von sozial schwächeren Haushalten oder Beschäftigten in betroffenen Branchen als zusätzliche Belastung wahrgenommen werden.

Die Linke steht deshalb vor einer ähnlichen, wenn auch anders gelagerten Herausforderung wie SPD und Grüne. Ökologische Transformation muss mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden. Für eine Partei mit starkem sozialpolitischem Anspruch bedeutet dies insbesondere, unterschiedliche Anpassungsfähigkeiten und Verteilungswirkungen zu berücksichtigen.

Die zentrale Konfliktfrage lautet nicht, ob ökologische und soziale Politik grundsätzlich miteinander vereinbar sind. Entscheidend ist, wie die Kosten und Chancen gesellschaftlicher Transformation verteilt werden und ob betroffene Gruppen das Gefühl besitzen, innerhalb dieses Prozesses politisch repräsentiert zu sein.

Damit berührt auch die Klimapolitik die zentrale Frage von Anerkennung und Status, die für die Entwicklung des gesamten Parteiensystems zunehmend bedeutsam geworden ist.

Außenpolitik als identitätsprägender Konflikt

Eine besondere Bedeutung besitzt innerhalb der Linken traditionell die Außen- und Sicherheitspolitik. Friedenspolitische und militärkritische Positionen gehören zu wichtigen Teilen ihrer politischen Identität. Gleichzeitig haben veränderte europäische Sicherheitsbedingungen und internationale Konflikte die innerparteilichen Spannungen über die konkrete Auslegung dieser Tradition verstärkt.

Die Auseinandersetzungen reichen dabei über einzelne außenpolitische Entscheidungen hinaus. Sie betreffen unterschiedliche Vorstellungen internationaler Ordnung, militärischer Abschreckung, Bündnispolitik und der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt.

Dadurch kann Außenpolitik innerhalb der Partei eine größere identitätspolitische Bedeutung gewinnen, als es ihre unmittelbare Bedeutung für das Wahlverhalten aller Bürger vermuten ließe.

Für die Analyse der Parteientransformation ist entscheidend, dass sich damit eine weitere Konfliktlinie mit sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen überlagert. Die innerparteiliche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Bündelung wird schwieriger, weil Zustimmung in der Sozialpolitik nicht automatisch gemeinsame Positionen in der Außenpolitik erzeugt.

Die Veränderung der ostdeutschen Verankerung

Die Linke konnte über lange Zeit von ihrer besonderen Stellung in Ostdeutschland profitieren. Diese Verankerung war jedoch selbst einem Generationen- und Parteienwandel unterworfen. Jüngere Wähler besitzen keine eigene Erinnerung an die DDR oder die unmittelbare Transformationsphase nach 1990. Gleichzeitig entstanden mit der AfD und später dem BSW neue politische Angebote, die ebenfalls Teile ostdeutscher Unzufriedenheit und Repräsentationsbedürfnisse mobilisieren können.

Damit verliert Die Linke die frühere relative Exklusivität als politische Ausdrucksform spezifischer ostdeutscher Erfahrungen. Die Ost-West-Konfliktlinie bleibt politisch relevant, ihre parteipolitische Repräsentation wird jedoch vielfältiger.

Dieser Prozess zeigt erneut, dass gesellschaftliche Konflikträume nicht dauerhaft einer bestimmten Partei gehören. Parteien können sie organisieren und prägen, aber neue politische Akteure können bestehende Verbindungen aufbrechen und andere Kombinationen von Interessen, Identitäten und Protestmotiven anbieten.

Für Die Linke bedeutet dies, dass weder soziale Programmatik noch historische ostdeutsche Verankerung allein eine dauerhafte politische Basis garantieren.

Das BSW und die sichtbare Spaltung des linken Repräsentationsraumes

Die Entstehung des Bündnis Sahra Wagenknecht macht die innere Fragmentierung des linken politischen Raumes besonders sichtbar. Mit ihr wurde ein Konflikt organisatorisch verselbstständigt, der zuvor innerhalb der Linken ausgetragen worden war. Sozialpolitisch stark staatliche und umverteilungsorientierte Positionen wurden mit einer kritischeren Haltung zu Teilen gesellschaftsliberaler Politik, Migration und bestimmten außenpolitischen Fragen verbunden.

Damit entstand eine neue politische Kombination, die sich nicht problemlos in das traditionelle Links-Rechts-Schema einordnen lässt. Gerade darin liegt ihre Bedeutung für die vorliegende Untersuchung. Sie zeigt, dass gesellschaftliche Konfliktlinien heute unterschiedliche politische Kombinationen ermöglichen und dadurch bestehende Parteien von innen heraus verändern können.

Die Entstehung des BSW ist deshalb nicht ausschließlich als personeller Konflikt innerhalb der Linken zu verstehen. Persönlichkeiten und innerparteiliche Auseinandersetzungen waren für die konkrete Parteigründung zweifellos bedeutsam. Strukturell konnte die neue Partei jedoch nur deshalb einen eigenständigen politischen Raum ansprechen, weil entsprechende

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Konfliktkombinationen bereits innerhalb der Gesellschaft und der Wählerschaft vorhanden waren.

Parteispaltungen werden dauerhaft politisch relevant, wenn organisatorische Konflikte auf einen gesellschaftlichen Repräsentationsraum treffen, der durch die bisherige Parteienstruktur nicht mehr ausreichend gebündelt wird.

Zwischen Bewegungsorientierung und parlamentarischer Gestaltung

Die Linke steht zugleich vor der Frage ihres institutionellen Selbstverständnisses. Teile ihrer politischen Tradition betonen Protest, soziale Bewegungen und grundlegende Kritik bestehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen. Gleichzeitig hat die Partei auf kommunaler und Landesebene parlamentarische Verantwortung übernommen und sich an Regierungen beteiligt.

Daraus entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen oppositioneller Profilbildung und institutioneller Gestaltung. Eine starke Protestorientierung kann politische Identität und Mobilisierung fördern, zugleich aber Koalitionsmöglichkeiten begrenzen. Regierungsbeteiligung kann konkrete politische Gestaltung ermöglichen, verlangt jedoch Kompromisse, die Teile der eigenen Basis als programmatische Abschwächung wahrnehmen können.

Diese Spannung ist nicht ausschließlich ein Problem der Linken. Im fragmentierten Parteiensystem betrifft sie zahlreiche Parteien. Bei der Linken ist sie jedoch besonders ausgeprägt, weil grundlegende Systemkritik und praktische Regierungsbeteiligung innerhalb derselben politischen Tradition miteinander vermittelt werden müssen.

Die Suche nach einem neuen linken Integrationsraum

Die entscheidende Zukunftsfrage besteht deshalb nicht lediglich darin, ob Die Linke ihre frühere Wählerschaft zurückgewinnen kann. Auch hier wäre die Vorstellung einer einfachen Rückkehr zu früheren gesellschaftlichen Verhältnissen irreführend. Der politische Raum links der Mitte hat sich strukturell verändert.

Eine erneuerte linke Integrationsstrategie müsste soziale Ungleichheit, Arbeit, Wohnen, öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit mit den gesellschaftlichen Konflikten einer pluralisierten Demokratie verbinden. Dabei müsste sie unterschiedliche kulturelle Orientierungen innerhalb sozial ähnlich gelagerter Gruppen berücksichtigen, ohne demokratische und menschenrechtliche Grundprinzipien relativieren zu müssen.

Die Schwierigkeit liegt darin, gesellschaftliche Unterschiede nicht dadurch zu lösen, dass eine Seite des Konfliktes aus dem politischen Integrationsraum ausgeschlossen wird. Eine breitere

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

linke Repräsentation müsste vielmehr erklären, welche gemeinsamen materiellen und demokratischen Interessen Menschen trotz unterschiedlicher kultureller Orientierungen miteinander verbinden können.

Damit kehrt auch bei der Linken jene Grundfrage zurück, die die gesamte Transformation des Parteiensystems durchzieht: **Wie können heterogene gesellschaftliche Gruppen innerhalb eines erkennbaren politischen Projektes verbunden werden?**

Ein Transformationsmodell der Linken

Die Entwicklung der Linken lässt sich im Rahmen dieser Untersuchung folgendermaßen zusammenführen:

SED/PDS-Transformation + besondere ostdeutsche Erfahrungs- und Repräsentationsräume → regionale politische Verankerung → sozialpolitische Opposition und Entstehung der WASG → Verbindung beider Entwicklungslinien zur gesamtdeutschen Linken → Ausweitung des sozialpolitischen Repräsentationsraumes links der SPD → zunehmende Überlagerung sozialer Konflikte durch kulturelle, migrationspolitische, ökologische und außenpolitische Konfliktlinien → wachsende innere Heterogenität → Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Vorstellungen linker Politik → Schwächung traditioneller ostdeutscher Bindungen + Konkurrenz durch andere Parteien → organisatorische Spaltung und Entstehung des BSW → erneute Fragmentierung des linken politischen Repräsentationsraumes → Suche nach einer neuen gesellschaftlichen und programmatischen Integrationsbasis.

Das Modell zeigt, dass der Bedeutungsverlust der Linken nicht durch einen einzelnen Faktor erklärt werden kann. Historische Herkunft, regionale Verankerung, gesellschaftlicher Strukturwandel, neue Konfliktlinien, innerparteiliche Auseinandersetzungen und die Veränderung des gesamten Parteiensystems wirken miteinander.

Die zentrale Erkenntnis

Die Entwicklung der Linken zeigt besonders deutlich, dass die Fragmentierung des deutschen Parteiensystems inzwischen auch jene politischen Räume erfasst, die selbst aus einer früheren Fragmentierung hervorgegangen waren. Die Partei entstand aus der Verbindung eines ostdeutschen Repräsentationsraumes mit sozialpolitischer Opposition gegen die Entwicklung der Sozialdemokratie. Sie konnte dadurch einen eigenständigen Platz links der SPD

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

etablieren. Mit der zunehmenden Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Konflikte wurde jedoch auch dieser politische Raum heterogener.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Transformation der Linken ist Ausdruck einer tiefergehenden Neuordnung des linken politischen Raumes. Soziale Verteilungsfragen besitzen weiterhin erhebliche politische Bedeutung, erzeugen aber keine einheitliche parteipolitische Zugehörigkeit mehr. Kulturelle Orientierung, Migration, regionale Erfahrung, gesellschaftliche Liberalität, ökologische Transformation und Außenpolitik überlagern die klassische soziale Konfliktlinie und erzeugen unterschiedliche Kombinationen linker politischer Orientierung.

Damit wird verständlich, weshalb die Krise der Linken nicht allein durch organisatorische Stabilisierung oder eine stärkere Betonung einzelner Themen überwunden werden kann. Die strukturelle Herausforderung besteht darin, einen politischen Integrationsraum zu definieren, der unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ausreichend breit und zugleich programmatisch erkennbar ist.

Die Transformation des linken politischen Raumes führt zugleich unmittelbar zur nächsten großen Veränderung des deutschen Parteiensystems. Während Die Linke aus sozialer Opposition und spezifischen ostdeutschen Repräsentationsstrukturen hervorging, etablierte sich seit den 2010er Jahren mit der AfD eine neue politische Kraft auf der rechten Seite des Parteiensystems. Ihr Aufstieg verweist auf eine andere Kombination gesellschaftlicher Konflikte: Migration, nationale Identität, kulturelle Unsicherheit, europäische Integration, Protest, institutionelles Misstrauen und regionale Transformationserfahrungen verbinden sich zu einem eigenständigen politischen Mobilisierungsraum.

Kapitel 58 – Die AfD und die Entstehung eines neuen rechten Wählerraums

Die Etablierung der Alternative für Deutschland gehört zu den tiefgreifendsten Veränderungen des deutschen Parteiensystems seit der dauerhaften parlamentarischen Verankerung der Grünen. Mit ihr entstand rechts von CDU und CSU ein eigenständiger politischer Repräsentationsraum, der sich nicht auf eine einzelne gesellschaftliche Gruppe oder ein einzelnes Konfliktthema reduzieren lässt. Wirtschaftliche und europapolitische Kritik bildeten einen Ausgangspunkt der Partei, doch ihre weitere Entwicklung verlagerte den

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

politischen Schwerpunkt zunehmend auf Migration, nationale Identität, kulturellen Wandel, innere Sicherheit, Kritik an politischen Institutionen und Medien sowie eine grundsätzlichere Opposition gegen Teile der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik.

Für die vorliegende Untersuchung ist die AfD deshalb nicht allein als einzelne Partei von Interesse. Ihr Aufstieg zeigt besonders deutlich, wie gesellschaftliche Unsicherheit, veränderte Konfliktlinien, schwächere traditionelle Parteibindungen und neue politische Mobilisierungsangebote miteinander verbunden werden können. Der neue rechte Wählerraum ist dabei weder sozial noch regional homogen. Er umfasst unterschiedliche Motive und politische Orientierungen, die durch bestimmte Konflikte miteinander verbunden werden. Die entscheidende analytische Frage lautet daher nicht lediglich, warum einzelne Bürger die AfD wählen, sondern **unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen aus unterschiedlichen Unzufriedenheiten und Konflikten ein dauerhaft mobilisierbarer rechter politischer Repräsentationsraum entstehen konnte.**

Die Etablierung der AfD lässt sich nicht durch eine einzelne Ursache erklären. Sie ist Ergebnis des Zusammentreffens veränderter gesellschaftlicher Konfliktlinien, schwächerer traditioneller Parteibindungen, vorhandener Repräsentationslücken und einer politischen Mobilisierung, die unterschiedliche Erfahrungen von Unsicherheit, Kontrollverlust, kultureller Veränderung und institutionellem Misstrauen innerhalb eines gemeinsamen oppositionellen Deutungsrahmens verbindet.

Die Entstehung einer dauerhaften Konkurrenz rechts der Union

Über einen großen Teil der Geschichte der Bundesrepublik gelang es CDU und CSU, den demokratisch-konservativen und einen erheblichen Teil des rechten politischen Raumes innerhalb der Union zu integrieren. Parteien rechts von ihr konnten zwar zeitweise regionale oder begrenzte Wahlerfolge erzielen, etablierten sich jedoch lange nicht dauerhaft als bundesweit relevante parlamentarische Kraft. Diese Bündelungsfähigkeit war ein wesentliches Merkmal des konzentrierten westdeutschen Parteiensystems.

Mit der AfD veränderte sich diese Konstellation. Ihre Gründung erfolgte zunächst vor allem vor dem Hintergrund der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise und der Kritik an der Eurorettungspolitik. Damit war der Ausgangspunkt stärker wirtschafts-, währungs- und europapolitisch geprägt als die spätere Entwicklung der Partei. Bereits diese Entstehungsphase zeigte jedoch, dass innerhalb des bürgerlichen und konservativen politischen Raumes Positionen vorhanden waren, die sich durch die bestehenden Parteien nicht ausreichend repräsentiert sahen.

In den folgenden Jahren veränderte sich die Partei programmatisch, personell und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Mobilisierungsbasis erheblich. Migration und Asylpolitik, nationale Identität und gesellschaftlicher Wertewandel rückten stärker in den Mittelpunkt. Aus einer

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

zunächst überwiegend eurokritischen Partei entwickelte sich damit eine politische Kraft, die einen wesentlich breiteren rechten Protest- und Repräsentationsraum organisierte.

Die Migrationsentwicklung als politischer Beschleuniger

Die starke politische Bedeutung von Flucht und Migration seit der Mitte der 2010er Jahre bildete einen entscheidenden Beschleuniger dieser Entwicklung. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung betraf dabei nicht nur die Zahl der aufgenommenen Menschen. Sie verband Fragen humanitärer Verantwortung mit staatlicher Kontrolle, Grenzpolitik, europäischer Zusammenarbeit, kommunaler Belastbarkeit, innerer Sicherheit, Integration und kultureller Zugehörigkeit.

Die AfD konnte diese unterschiedlichen Fragen innerhalb eines politischen Narrativs bündeln, in dessen Mittelpunkt die Vorstellung unzureichender staatlicher Kontrolle und einer grundlegenden Fehlentwicklung der bisherigen Politik stand. Damit erhielt sie Zugang zu Wählern, für die Migration nicht lediglich ein einzelnes Politikfeld, sondern Ausdruck einer umfassenderen Veränderung von Gesellschaft und Staat geworden war.

Dies bedeutet nicht, dass migrationspolitische Skepsis automatisch zu einer Unterstützung der AfD führt. Unterschiedliche Parteien vertreten unterschiedliche Vorstellungen über Begrenzung, Steuerung und Integration. Entscheidend für den Aufstieg der AfD war vielmehr, dass sie migrationspolitische Kritik mit weitergehenden Fragen von Identität, politischem Vertrauen und Opposition gegen etablierte Parteien verbinden konnte.

Migration wurde für die AfD deshalb besonders mobilisierungsfähig, weil das Thema mit anderen Konflikten verbunden werden konnte: staatliche Kontrolle, kulturelle Zugehörigkeit, soziale Belastung, Sicherheit und Vertrauen in die politische Ordnung wurden innerhalb eines gemeinsamen Deutungsrahmens zusammengeführt.

Nationale Identität und kulturelle Sicherheit

Der Aufstieg der AfD steht zugleich in engem Zusammenhang mit der zunehmenden politischen Bedeutung kultureller Konfliktlinien. Gesellschaftliche Liberalisierung, Migration, europäische Integration und pluralere Lebensformen verändern Vorstellungen darüber, was nationale Zugehörigkeit bedeutet und welche kulturellen Gemeinsamkeiten eine Gesellschaft benötigt.

Wie in Kapitel 40 herausgearbeitet wurde, muss nationale Identität in einer Demokratie nicht im Gegensatz zu gesellschaftlicher Offenheit stehen. Politisch konfliktträchtig wird die Frage jedoch dort, wo gesellschaftliche Veränderungen als Verlust vertrauter kultureller Ordnungen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

interpretiert werden. Für Teile der Bevölkerung kann das Bedürfnis nach kultureller Kontinuität und Zugehörigkeit dadurch größere politische Bedeutung erhalten.

Die AfD greift solche Wahrnehmungen auf und verbindet sie mit einer starken Betonung nationaler Identität. Dadurch besetzt sie einen Konfliktraum, den die klassischen sozialen Kategorien allein nicht erklären können. Ein Wähler kann wirtschaftlich abgesichert sein und dennoch kulturelle Veränderungen als problematisch wahrnehmen; umgekehrt können materielle Unsicherheit und kulturelle Verunsicherung miteinander zusammentreffen und sich gegenseitig verstärken.

Protest und Repräsentationswahrnehmung

Ein weiterer Bestandteil des AfD-Wählerraumes ist politischer Protest. Protestwahl bedeutet allerdings nicht zwangsläufig politische Gleichgültigkeit. Sie kann gerade aus einer starken Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und aus dem Eindruck entstehen, dass etablierte Parteien bestimmte Interessen oder Erfahrungen nicht ausreichend berücksichtigen.

Die AfD bietet hierfür eine politische Repräsentationsmöglichkeit, die sich bewusst gegen wesentliche Teile des etablierten Parteienwettbewerbs richtet. Die Gegenüberstellung von etablierten politischen Akteuren und einer angeblich nicht gehörten Bevölkerung kann dabei selbst zu einem Mobilisierungsmechanismus werden. Unterschiedliche Sachfragen werden dadurch in eine übergeordnete Repräsentationsfrage übersetzt: **Wer spricht für diejenigen, die sich politisch nicht mehr vertreten fühlen?**

Damit knüpft der Erfolg der Partei unmittelbar an die zuvor untersuchten Prozesse politischer Entfremdung an. Ein tatsächliches oder wahrgenommenes Repräsentationsdefizit führt nicht automatisch zur AfD. Es eröffnet jedoch einen politischen Raum, in dem ein oppositionelles Angebot besonders anschlussfähig werden kann.

Ostdeutschland und unterschiedliche Transformationserfahrungen

Die regionale Verteilung der AfD-Unterstützung macht deutlich, dass ihr Aufstieg nicht unabhängig von unterschiedlichen gesellschaftlichen Erfahrungsräumen betrachtet werden kann. Besonders in Teilen Ostdeutschlands konnte die Partei eine starke Verankerung entwickeln. Eine monokausale Erklärung durch die DDR-Vergangenheit oder die Transformation nach 1990 wäre jedoch unzureichend.

Bedeutsamer ist das Zusammenwirken mehrerer Faktoren. Die ostdeutsche Gesellschaft durchlief nach der Wiedervereinigung einen außergewöhnlich verdichteten wirtschaftlichen und institutionellen Wandel. Berufsbiografien wurden unterbrochen, Regionen verloren Bevölkerung, gesellschaftliche Organisationen veränderten sich und westdeutsche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Institutionen und Führungseliten gewannen erheblichen Einfluss. Gleichzeitig entwickelten sich schwächere langfristige Bindungen an das westdeutsche Volksparteiensystem.

Diese Erfahrungen bestimmen heutige Wahlentscheidungen nicht unmittelbar. Sie können jedoch politische Wahrnehmungsmuster beeinflussen, insbesondere wenn gegenwärtige Veränderungen erneut als von außen bestimmt oder unzureichend beeinflussbar erlebt werden. Hinzu kommen regionale Unterschiede in Infrastruktur, demografischer Entwicklung und staatlicher Präsenz.

Ostdeutsche Transformationserfahrungen erklären die Stärke der AfD nicht allein. Sie bilden jedoch in Teilen Ostdeutschlands einen besonderen gesellschaftlichen Erfahrungsraum, innerhalb dessen Fragen von Anerkennung, politischer Repräsentation und Kontrolle eine erhöhte Mobilisierungsfähigkeit entwickeln können.

Der rechte Wählerraum ist sozial heterogen

Die Vorstellung einer einheitlichen sozialen AfD-Wählerschaft würde die Entwicklung unzulässig vereinfachen. Der neue rechte Wählerraum umfasst unterschiedliche soziale Lagen, Bildungsgruppen, Altersgruppen und berufliche Erfahrungen. Materielle Benachteiligung kann eine Rolle spielen, ist aber keine notwendige Voraussetzung für die Unterstützung der Partei.

Entscheidender ist häufig die Kombination unterschiedlicher Wahrnehmungen. Wirtschaftliche Unsicherheit kann mit kultureller Verunsicherung zusammentreffen; Abstiegsängste können auch bei Menschen vorhanden sein, die objektiv nicht zu den wirtschaftlich schwächsten Gruppen gehören. Ebenso können Fragen von Migration oder nationaler Identität unabhängig von der eigenen materiellen Lage hohe politische Priorität erhalten.

Damit bestätigt die AfD-Entwicklung eine zentrale These dieser Untersuchung: Politische Mobilisierung kann nicht unmittelbar aus objektiver sozialer Lage abgeleitet werden. Zwischen gesellschaftlicher Struktur und Wahlentscheidung liegen Wahrnehmung, Interpretation, Anerkennung, politische Kommunikation und Repräsentationsangebote.

Anerkennung, Status und Kontrollwahrnehmung

Die in Kapitel 44 untersuchten Kategorien Anerkennung und Status besitzen für das Verständnis des neuen rechten Wählerraumes besondere Bedeutung. Gesellschaftliche Transformation kann nicht nur materielle Gewinner und Verlierer hervorbringen. Sie kann auch verändern, welche Lebensweisen, Berufe, Regionen und kulturellen Orientierungen gesellschaftlich sichtbar und anerkannt erscheinen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Menschen können ihre eigene Lebensleistung als entwertet wahrnehmen, obwohl sich ihre materielle Situation nicht unmittelbar verschlechtert hat. Veränderungen gesellschaftlicher Sprache, kultureller Normen oder politischer Prioritäten können dabei als Hinweis interpretiert werden, dass die eigene Lebenswelt an gesellschaftlicher Bedeutung verliert. Solche Wahrnehmungen sind subjektiv, besitzen aber reale politische Folgen.

Die AfD kann an diese Erfahrungen anschließen, indem sie unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Unzufriedenheit als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Entwicklung interpretiert. Dadurch werden materielle, kulturelle und politische Erfahrungen miteinander verbunden.

Politisch mobilisierbarer Statusverlust entsteht nicht ausschließlich aus wirtschaftlichem Abstieg. Er kann auch aus der Wahrnehmung hervorgehen, dass die eigene Lebensweise, kulturelle Orientierung oder gesellschaftliche Erfahrung innerhalb der politischen Ordnung an Anerkennung verliert.

Die AfD als Akteur der Konfliktverdichtung

Die AfD reagiert jedoch nicht lediglich auf vorhandene gesellschaftliche Konflikte. Wie jede politische Partei strukturiert sie diese durch Auswahl, Interpretation und Kommunikation. Bestimmte Ereignisse werden hervorgehoben, miteinander verbunden und in umfassendere politische Narrative eingeordnet. Migration kann dadurch mit Kriminalität, staatlicher Handlungsfähigkeit, Sozialpolitik oder nationaler Identität verknüpft werden; europäische Politik kann als Frage nationaler Selbstbestimmung interpretiert werden.

Dieser Mechanismus entspricht dem in Teil III entwickelten Verständnis politischer Konfliktlinien. Gesellschaftliche Unterschiede werden erst dann zu dauerhaft relevanten politischen Konflikten, wenn sie interpretiert, organisiert und mobilisiert werden. Parteien sind deshalb nicht nur Empfänger gesellschaftlicher Interessen, sondern aktive Produzenten politischer Konfliktstrukturen.

Für die AfD ist diese Funktion besonders bedeutsam, weil ihr Aufstieg auf der Verbindung verschiedener Konflikte beruht. Aus einzelnen Unzufriedenheiten kann dadurch ein umfassenderes oppositionelles Weltbild entstehen. Diese Verdichtung erhöht politische Bindung, kann aber zugleich Polarisierung verstärken.

Digitale Öffentlichkeit und oppositionelle Mobilisierung

Die Entwicklung der AfD fällt in eine Phase grundlegender Veränderung politischer Öffentlichkeit. Soziale Medien ermöglichen Parteien, Bewegungen und einzelnen Akteuren

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

eine direkte Kommunikation mit ihren Anhängern, ohne vollständig von traditionellen journalistischen Vermittlungsstrukturen abhängig zu sein. Konfliktreiche, emotionalisierte und zugespitzte Inhalte können dabei besonders hohe Aufmerksamkeit erzielen.

Für eine oppositionell und protestorientiert auftretende Partei eröffnet diese Kommunikationsstruktur erhebliche Mobilisierungsmöglichkeiten. Kritik an etablierten Medien kann zugleich dazu führen, dass alternative Kommunikationsräume eine stärkere Bedeutung für die eigene Anhängerschaft erhalten. Politische Informationen werden dann zunehmend innerhalb voneinander getrennter Öffentlichkeiten verarbeitet.

Digitale Kommunikation erklärt den Aufstieg der AfD nicht. Sie verändert jedoch die Bedingungen, unter denen oppositionelle politische Mobilisierung stattfinden kann. Vorhandene gesellschaftliche Konflikte können schneller sichtbar gemacht, emotional verstärkt und dauerhaft in politischen Gemeinschaften organisiert werden.

Die AfD und die Transformation der CDU

Die dauerhafte Etablierung der AfD verändert zugleich die strategischen Bedingungen der Union. CDU und CSU müssen nun mit einer Partei konkurrieren, die rechts von ihnen einen eigenständigen Wählerraum besetzt. Dadurch werden Konflikte, die früher stärker innerhalb der Union vermittelt wurden, zunehmend zwischen zwei unterschiedlichen Parteien ausgetragen.

Die Union steht damit vor einer schwierigen strategischen Konstellation. Eine stärkere konservative Profilierung kann versuchen, ehemalige Wähler zurückzugewinnen, birgt aber das Risiko, andere gesellschaftliche Gruppen zu verlieren. Eine stärkere Orientierung an der politischen Mitte kann dort Anschlussfähigkeit erhalten, zugleich jedoch Repräsentationsräume rechts der Union offenlassen.

Der Aufstieg der AfD wirkt damit auf das gesamte Parteiensystem zurück. Andere Parteien müssen ihre Positionen zu Migration, Sicherheit, nationaler Identität und gesellschaftlicher Integration neu bestimmen. Die AfD ist folglich nicht nur Ergebnis einer veränderten Wettbewerbsordnung, sondern selbst ein Faktor ihrer weiteren Veränderung.

Zwischen Protestpartei und dauerhafter Milieubildung

Eine zentrale Frage für die weitere Entwicklung besteht darin, ob die AfD vor allem von wechselnder Protestmobilisierung getragen wird oder ob sich ein dauerhaft gebundener rechter politischer Wählerraum herausbildet. Diese Unterscheidung ist für die Struktur des Parteiensystems entscheidend.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Protestwähler können bei veränderten politischen Bedingungen zu anderen Parteien zurückkehren. Entsteht dagegen eine dauerhafte politische Identifikation, kann sich ein neues gesellschaftlich-politisches Milieu entwickeln. Parteiunterstützung wird dann nicht mehr ausschließlich durch einzelne Sachfragen bestimmt, sondern Teil einer stabileren politischen Zugehörigkeit.

Dazu können gemeinsame Kommunikationsräume, wiederkehrende politische Narrative und die Abgrenzung gegenüber anderen politischen Lagern beitragen. Ein solcher Prozess würde eine bemerkenswerte Umkehr gegenüber der allgemeinen Auflösung traditioneller Parteimilieus darstellen: Während ältere Bindungsmilieus schwächer werden, könnten sich gleichzeitig neue politische Identitätsmilieus herausbilden.

Gesellschaftliche Individualisierung führt nicht zwangsläufig zu dauerhaft bindungslosen Wählern. Unter Bedingungen starker Konfliktmobilisierung können neue politische Zugehörigkeiten entstehen, deren Bindung weniger auf traditionellen sozialen Organisationen und stärker auf gemeinsamen politischen Identitäten und Deutungsmustern beruht.

Fragmentierung, Polarisierung und demokratische Abgrenzung

Die AfD besitzt für die demokratische Ordnung eine zusätzliche Bedeutung, weil ihre Entwicklung nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt gewöhnlicher Parteienkonkurrenz diskutiert wird. Innerhalb der Partei und ihres Umfeldes bestehen unterschiedliche

Strömungen und Positionen, deren Verhältnis zu liberal-demokratischen Normen Gegenstand erheblicher gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Auseinandersetzungen ist. Für eine wissenschaftliche Analyse ist es deshalb notwendig, zwischen Wählermotiven, Parteiprogrammatik, einzelnen Strömungen und konkreten Aussagen beziehungsweise Handlungen zu unterscheiden.

Ebenso wenig darf die Unterstützung einer Partei automatisch mit einer einheitlichen ideologischen Haltung aller ihrer Wähler gleichgesetzt werden. Protest, migrationspolitische Präferenzen, kulturelle Orientierungen, wirtschaftliche Interessen und grundsätzlichere Systemkritik können in unterschiedlichen Kombinationen auftreten. Diese analytische Differenzierung bedeutet nicht, demokratiepolitisch problematische Positionen zu relativieren. Sie ist vielmehr Voraussetzung dafür, ihre Ursachen und Wirkungen präzise zu untersuchen.

Für das Parteiensystem entsteht daraus ein Spannungsverhältnis zwischen Repräsentation, politischer Konkurrenz und demokratischer Grenzziehung. Demokratische Parteien müssen gesellschaftliche Konflikte aufnehmen können, ohne deshalb Positionen zu übernehmen, die sie selbst als mit demokratischen Grundprinzipien unvereinbar ansehen. Die Auseinandersetzung mit der AfD betrifft deshalb sowohl den Parteienwettbewerb als auch die Frage, welche normativen Grenzen demokratische Konkurrenz besitzt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ein Transformationsmodell des neuen rechten Wählerraums

Die Entstehung und Stabilisierung dieses politischen Raumes lässt sich innerhalb des Gesamtmodells der Untersuchung folgendermaßen zusammenführen:

Gesellschaftlicher Strukturwandel + Schwächung traditioneller Parteibindungen + neue Konflikte um Migration, nationale Identität, europäische Integration und kulturellen Wandel + regionale Transformationserfahrungen + Wahrnehmungen von Unsicherheit, Statusverlust und begrenzter politischer Kontrolle → Entstehung beziehungsweise Wahrnehmung politischer Repräsentationslücken → neues parteipolitisches Angebot rechts der Union → Bündelung unterschiedlicher Unzufriedenheiten innerhalb gemeinsamer oppositioneller Deutungsmuster → stärkere politische Mobilisierung → dauerhafte parlamentarische Repräsentation → Veränderung des Wettbewerbs im rechten Parteienspektrum → Reaktionen der etablierten Parteien → weitere Politisierung der zugrunde liegenden Konfliktlinien → mögliche Stabilisierung eines eigenständigen rechten politischen Wählerraumes.

Dieses Modell macht deutlich, dass weder gesellschaftliche Struktur noch Parteistrategie allein ausreichen, um den Aufstieg der AfD zu erklären. Erst ihr Zusammenspiel erzeugt eine dauerhafte Veränderung des Parteiensystems. Repräsentationsangebote benötigen gesellschaftliche Anschlussfähigkeit; gesellschaftliche Unzufriedenheit benötigt wiederum politische Organisation, wenn daraus dauerhafte parteipolitische Repräsentation entstehen soll.

Die zentrale Erkenntnis

Die AfD ist Ausdruck und zugleich Verstärker der Transformation des deutschen Parteiensystems. Ihr Aufstieg wurde durch die Schwächung traditioneller Parteibindungen und die zunehmende Bedeutung kultureller, migrationspolitischer, territorialer und identitätsbezogener Konflikte ermöglicht. Gleichzeitig hat ihre dauerhafte Präsenz diese Konflikte stärker in den Parteienwettbewerb eingeschrieben und die strategischen Bedingungen insbesondere für CDU und CSU, aber auch für die übrigen Parteien verändert.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Der neue rechte Wählerraum ist nicht aus einer einzigen gesellschaftlichen Gruppe oder einem einzelnen politischen Konflikt entstanden. Er bildet sich dort, wo unterschiedliche Erfahrungen von gesellschaftlicher Veränderung, kultureller Unsicherheit, politischer Nichtrepräsentation, Status- und Kontrollverlust sowie institutionellem Misstrauen durch ein gemeinsames politisches Angebot miteinander verbunden werden. Die AfD konnte diesen Raum organisatorisch erschließen und dadurch einen Teil der gesellschaftlichen Fragmentierung in dauerhafte parteipolitische Repräsentation übersetzen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für die weitere Analyse ist damit ein entscheidender Punkt erreicht. Das deutsche Parteiensystem besteht nicht mehr lediglich aus traditionellen politischen Lagern, die durch zusätzliche Parteien ergänzt wurden. Es entstehen neue Kombinationen sozialer und kultureller Positionen, die quer zu älteren Links-Rechts-Zuordnungen verlaufen können. Besonders deutlich wird diese Entwicklung bei einer noch jüngeren Partei, deren Entstehung unmittelbar aus der Spaltung eines bereits fragmentierten politischen Raumes hervorgegangen ist und die sozialstaatliche Orientierung mit migrations-, kultur- und außenpolitischen Positionen verbindet, die sich von großen Teilen des etablierten linken Parteienspektrums unterscheiden.

Kapitel 59 – Das BSW und die Neuordnung politischer Konfliktlinien

Die Entstehung des Bündnis Sahra Wagenknecht markiert eine weitere Stufe der Fragmentierung des deutschen Parteiensystems. Während die Grünen wesentlich aus neuen sozialen Bewegungen hervorgingen, Die Linke einen ostdeutschen Repräsentationsraum mit sozialpolitischer Opposition verband und die AfD einen neuen rechten politischen Wählerraum erschloss, entsteht mit dem BSW eine Parteienkonstellation, die sich einer eindeutigen Einordnung entlang der traditionellen Links-Rechts-Achse teilweise entzieht. Sozial- und wirtschaftspolitische Positionen, die klassisch dem linken Spektrum zugerechnet werden, werden mit migrationspolitischen, gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Positionen verbunden, die sich von großen Teilen des etablierten linken Parteienspektrums unterscheiden.

Gerade darin liegt die analytische Bedeutung des BSW für diese Untersuchung. Seine Entstehung zeigt, dass die Transformation des Parteiensystems nicht mehr allein durch die Ausdifferenzierung traditioneller politischer Lager beschrieben werden kann. Vielmehr entstehen neue Kombinationen politischer Positionen quer zu bisherigen Lagergrenzen. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien Arbeit und soziale Sicherheit, Migration und Zugehörigkeit, kulturelle Offenheit und Schutzbedürfnis, nationale und europäische Politik sowie Krieg, Frieden und internationale Ordnung werden in einer Weise miteinander verbunden, die ältere parteipolitische Zuordnungen infrage stellt. Das BSW ist damit zugleich **Folge der Fragmentierung und Ausdruck einer möglichen Neuordnung politischer Konfliktlinien.**

Die besondere Bedeutung des BSW liegt nicht allein in der Entstehung einer weiteren Partei. Sie liegt darin, dass politische Positionen miteinander verbunden werden, die im bisherigen Parteiensystem zunehmend unterschiedlichen Lagern zugeordnet waren. Damit wird sichtbar, dass sich nicht nur Parteien verändern, sondern die politische Ordnung gesellschaftlicher Konflikte selbst.

Die Entstehung aus der Krise der Linken

Die unmittelbare Entstehungsgeschichte des BSW ist eng mit den inneren Konflikten der Partei Die Linke verbunden. Unterschiedliche Vorstellungen über soziale Repräsentation, Migration, gesellschaftspolitische Fragen, außenpolitische Orientierung und strategische

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Zielgruppen hatten dort über längere Zeit Spannungen erzeugt. Mit der Abspaltung um Sahara Wagenknecht wurden diese Konflikte organisatorisch verselbstständigt.

Eine rein personelle Erklärung würde jedoch zu kurz greifen. Persönlichkeiten besitzen für Parteigründungen erhebliche Bedeutung, insbesondere wenn sie öffentliche Bekanntheit, kommunikative Reichweite und politische Identifikation bündeln können. Dauerhafte parteipolitische Relevanz kann daraus aber nur entstehen, wenn ein gesellschaftlicher Repräsentationsraum vorhanden ist, an den das neue Angebot anschließen kann.

Das BSW verweist deshalb auf ein grundlegendes Problem des bisherigen linken Integrationsraumes. Teile sozialpolitisch links orientierter Wähler teilen nicht zwangsläufig die gesellschaftspolitischen, migrationspolitischen oder außenpolitischen Positionen, die innerhalb anderer linker und progressiver Parteien stärker geworden sind. Die Parteigründung übersetzt diese Differenz in ein eigenständiges organisatorisches Angebot.

Sozialpolitische Orientierung jenseits klassischer Lagerbildung

Ein zentraler Bestandteil des BSW-Profiles liegt in der Betonung sozialer Sicherheit, wirtschaftlicher Absicherung und staatlicher Verantwortung. Fragen von Löhnen, Renten,

Energiepreisen, Wohnkosten und wirtschaftlicher Stabilität können insbesondere für Wähler anschlussfähig sein, die gesellschaftlichen Wandel primär unter dem Gesichtspunkt konkreter Auswirkungen auf ihren Alltag beurteilen.

Damit knüpft die Partei an klassische soziale Konfliktlinien an. Gleichzeitig unterscheidet sich ihre politische Kombination von einem Teil des gegenwärtigen progressiven Spektrums. Wirtschaftliche und soziale Schutzorientierung wird nicht zwingend mit weitreichender gesellschaftlicher oder kultureller Liberalisierung verbunden.

Genau dies ist für die Transformation des Parteiensystems bedeutsam. Die klassische Vorstellung, wirtschaftlich linke Positionen seien regelmäßig mit gesellschaftlich progressiven Orientierungen verbunden, erweist sich für einen Teil der Wählerschaft als unzureichend. Soziale und kulturelle Positionen können unabhängig voneinander kombiniert werden.

Wirtschaftliche Verteilungspräferenzen bestimmen nicht automatisch kulturelle und gesellschaftspolitische Orientierungen. Die Entstehung des BSW macht diese Entkopplung parteipolitisch sichtbar.

Soziale und kulturelle Sicherheit als politische Verbindung

Die in Kapitel 43 entwickelte Unterscheidung zwischen sozialer und kultureller Sicherheit erhält beim BSW besondere Bedeutung. Soziale Sicherheit betrifft Einkommen, Arbeit, Wohnen, Alterssicherung und materielle Zukunftserwartungen. Kulturelle Sicherheit bezieht

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

sich stärker auf Zugehörigkeit, gesellschaftliche Kontinuität, vertraute Normen und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderung.

Diese beiden Dimensionen wurden im traditionellen Links-Rechts-Schema häufig unterschiedlichen politischen Lagern zugeordnet. Linke Parteien konzentrierten sich stärker auf soziale Ungleichheit, während konservative und rechte Parteien kulturelle Ordnung und nationale Zugehörigkeit stärker betonten. Die gesellschaftliche Wirklichkeit folgt dieser Trennung jedoch nicht zwingend.

Menschen können einen starken Sozialstaat wünschen und gleichzeitig gesellschaftliche oder kulturelle Veränderungen skeptischer beurteilen. Sie können wirtschaftliche Globalisierung kritisieren und zugleich staatliche Kontrolle von Migration fordern. Sie können Arbeitnehmerinteressen vertreten und kulturell stärker auf Kontinuität orientiert sein. Das BSW versucht, genau solche Positionen innerhalb eines gemeinsamen politischen Angebotes zusammenzuführen.

Migration und die Verschiebung linker Konfliktstrukturen

Migration bildet deshalb einen wichtigen Bestandteil der Neuordnung. Innerhalb großer Teile des linken und gesellschaftsliberalen Parteienspektrums werden humanitäre Verantwortung, Antidiskriminierung und gesellschaftliche Offenheit stark betont. Das BSW verbindet sozialpolitische Orientierung dagegen mit einer stärker auf Begrenzung, staatliche Steuerung und gesellschaftliche Aufnahmefähigkeit ausgerichteten Migrationspolitik.

Damit wird ein Konflikt sichtbar, der bereits innerhalb der Linken bestand. Aus einer universalistischen Perspektive steht die Gleichheit individueller Rechte unabhängig von Herkunft im Mittelpunkt. Aus einer stärker sozialstaatlich orientierten Perspektive können zugleich Fragen nach Wohnraum, kommunaler Infrastruktur, Arbeitsmarkt, sozialer Sicherung und staatlicher Kontrollfähigkeit stärker gewichtet werden.

Diese Perspektiven müssen sich theoretisch nicht ausschließen. Politisch können sie jedoch unterschiedliche Prioritäten hervorbringen. Das BSW versucht, die Forderung nach sozialer Absicherung mit einer restriktiveren Steuerung von Migration zu verbinden und erschließt damit einen politischen Raum, der innerhalb des bisherigen linken Parteienspektrums nur begrenzt eigenständig repräsentiert wurde.

Wirtschaftliche Globalisierung und das Schutzmotiv

Auch gegenüber wirtschaftlicher Globalisierung kann das BSW einen politischen Schutzgedanken formulieren. Während wirtschaftliche Offenheit lange sowohl von

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

markoliberalen als auch von Teilen sozialdemokratischer und grüner Politik als Bestandteil von Modernisierung und europäischer Integration betrachtet wurde, können internationale Abhängigkeiten, Strukturwandel und wirtschaftliche Krisen die Nachfrage nach stärkerer staatlicher Absicherung erhöhen.

Das BSW kann dabei sozialstaatliche Vorstellungen mit Kritik an wirtschaftlicher Deregulierung, internationalem Wettbewerbsdruck und bestimmten Transformationspolitiken verbinden. Politisch entsteht daraus ein Angebot, das weder klassisch wirtschaftsliberal noch eindeutig dem gesellschaftsliberalen linken Spektrum entspricht.

Auch hier zeigt sich das übergeordnete Muster dieser Untersuchung: Die Konfliktlinie Offenheit gegen Schutz verläuft quer zu traditionellen Parteigrenzen. Offenheit kann wirtschaftlich, kulturell oder international unterschiedlich bewertet werden. Schutz kann sich auf Arbeitsplätze, soziale Sicherung, nationale Entscheidungsräume oder kulturelle Kontinuität beziehen. Neue Parteien können erfolgreich sein, wenn sie diese unterschiedlichen Dimensionen auf neue Weise kombinieren.

Ostdeutschland als besonderer Resonanzraum

Für die Entwicklung des BSW besitzt Ostdeutschland besondere Bedeutung. Dies lässt sich nicht allein durch wirtschaftliche Faktoren erklären. Wie bereits bei Linken und AfD sichtbar wurde, treffen dort spezifische Transformationserfahrungen, schwächere traditionelle Bindungen an das westdeutsche Parteiensystem, regionale Anerkennungsfragen und teilweise andere außen- und gesellschaftspolitische Einstellungen zusammen.

Das BSW kann in diesem Raum unterschiedliche politische Motive miteinander verbinden. Sozialpolitische Schutzorientierung trifft auf Skepsis gegenüber bestimmten Transformationsprozessen, Kritik an etablierten Parteien und eine teilweise größere Distanz zu politischen Deutungsmustern, die in westdeutschen oder großstädtischen Milieus stärker verbreitet sind.

Die besondere Anschlussfähigkeit darf jedoch nicht zu der Annahme führen, das BSW sei ausschließlich ein ostdeutsches Phänomen. Die zugrunde liegenden Konfliktkombinationen können auch in Westdeutschland auftreten. Ostdeutschland macht sie aufgrund seiner besonderen politischen und historischen Erfahrungsstruktur lediglich besonders deutlich.

Ostdeutschland wirkt bei neuen Parteien wiederholt als politischer Resonanzraum, weil gesellschaftliche Transformation, schwächere traditionelle Parteibindungen und spezifische Anerkennungs- und Repräsentationserfahrungen dort in besonderer Dichte zusammentreffen.

Außen- und Sicherheitspolitik als eigenständige Mobilisierungsdimension

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Eine weitere Besonderheit des BSW liegt in der hohen Bedeutung außen- und sicherheitspolitischer Fragen für sein Profil. Positionen zu Krieg und Frieden, militärischer Unterstützung, Sanktionen, internationaler Konfrontation und der Rolle Deutschlands werden stärker als bei vielen anderen neuen Parteien zu einem Bestandteil politischer Identität.

Damit wird eine Konfliktlinie parteipolitisch sichtbar, die sich ebenfalls nur begrenzt mit der klassischen Links-Rechts-Achse erfassen lässt. Skepsis gegenüber militärischer Machtpolitik besitzt historische Wurzeln in Teilen der politischen Linken, kann aber gleichzeitig mit Vorstellungen nationaler Interessen oder einer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber außenpolitischen Positionen etablierter Parteien verbunden werden.

Für die Analyse ist entscheidend, dass Außenpolitik dadurch mit innenpolitischen Repräsentationsfragen verknüpft werden kann. Internationale Entscheidungen werden nicht nur hinsichtlich ihrer außenpolitischen Wirkung bewertet, sondern auch hinsichtlich wirtschaftlicher Kosten, gesellschaftlicher Prioritäten und der Frage, ob politische Eliten die Interessen der eigenen Bevölkerung angemessen berücksichtigen.

Die Bedeutung solcher Positionen kann deshalb über klassische außenpolitische Fachdebatten hinausreichen und Teil einer umfassenderen Kritik an politischen Prioritätensetzungen werden.

Das BSW zwischen Linken, SPD und AfD

Die ungewöhnliche Kombination politischer Positionen führt dazu, dass das BSW mit mehreren Parteien gleichzeitig um unterschiedliche Teile der Wählerschaft konkurrieren kann. Im sozialpolitischen Bereich bestehen Überschneidungen mit Linken und SPD. In migrationspolitischen, kulturellen oder protestorientierten Fragen können zugleich Wähler angesprochen werden, die auch für Angebote der AfD erreichbar sind. In anderen Politikbereichen bleiben erhebliche Unterschiede bestehen.

Gerade diese Mehrfachkonkurrenz ist Ausdruck des neuen Konfliktraumes. Wählerwanderungen müssen nicht mehr innerhalb traditioneller Lager stattfinden. Ein Wähler kann zwischen Parteien wechseln, die auf einer klassischen Links-Rechts-Skala weit auseinanderliegen, wenn für ihn bestimmte Konflikte wichtiger werden als andere.

Damit wird die Parteienkonkurrenz zunehmend **mehrdimensional**. Parteien stehen nicht nur links oder rechts voneinander, sondern unterscheiden sich gleichzeitig hinsichtlich wirtschaftlicher, kultureller, migrationspolitischer, europäischer und außenpolitischer Positionen.

Das BSW macht diese Entwicklung besonders sichtbar, weil sein politisches Angebot unterschiedliche Dimensionen in einer Weise kombiniert, die ältere Lagergrenzen durchschneidet.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Personalisierung als Stärke und strukturelles Risiko

Bereits der Name der Partei verweist auf eine außergewöhnlich starke Personalisierung. Sahra Wagenknecht verfügt über hohe öffentliche Bekanntheit und verkörpert einen wesentlichen Teil der politischen Identität des BSW. Für eine neu gegründete Partei kann eine solche Personalisierung erhebliche Vorteile besitzen. Sie erleichtert öffentliche Wahrnehmung, vermittelt politische Positionen und schafft Wiedererkennbarkeit, ohne dass zunächst über Jahrzehnte gewachsene Organisationsstrukturen vorhanden sein müssen.

Langfristig kann dieselbe Stärke jedoch zu einem strukturellen Risiko werden. Eine dauerhaft etablierte Partei benötigt regionale Organisationen, Mitglieder, Nachwuchs, kommunale Verankerung, innerparteiliche Entscheidungsstrukturen und die Fähigkeit, politische Identität über einzelne Führungspersonen hinaus zu reproduzieren.

Damit berührt das BSW eine grundlegende Frage moderner Parteienentwicklung. In einer medialisierten und personalisierten Öffentlichkeit kann politische Mobilisierung sehr schnell um einzelne Personen entstehen. Institutionelle Stabilität benötigt dagegen organisatorische Strukturen, die wesentlich langsamer aufgebaut werden.

Personalisierung kann Parteigründung beschleunigen; dauerhafte Institutionalisierung kann sie nicht ersetzen.

Neue politische Milieus oder bewegliche Protestkoalition?

Für die langfristige Bedeutung des BSW ist entscheidend, ob sich aus seiner gegenwärtigen Wählerunterstützung eine dauerhaftere politische Bindung entwickelt. Dabei sind unterschiedliche Entwicklungspfade denkbar. Die Partei könnte einen stabilen Repräsentationsraum sozialpolitisch schutzorientierter und kulturell weniger progressiver Wähler organisieren. Sie könnte sich aber auch als stärker situationsabhängige Protest- und Personenpartei erweisen, deren Unterstützung bei veränderten politischen Bedingungen wieder stärker zwischen anderen Parteien wandert.

Diese Frage kann in einer noch jungen Parteientwicklung nicht abschließend beantwortet werden. Gerade deshalb ist analytische Zurückhaltung notwendig. Wahlerfolge oder Rückschläge einzelner Jahre reichen nicht aus, um eine dauerhafte gesellschaftliche Milieubildung festzustellen.

Strukturell relevant ist jedoch bereits die Existenz des angesprochenen Konfliktraumes. Selbst wenn sich die organisatorische Form langfristig verändern sollte, bleibt die zugrunde liegende politische Kombination bedeutsam: sozialstaatliche Orientierung, kulturelle Schutzbedürfnisse, Migrationsskepsis, Kritik an bestimmten Transformationsprozessen und

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

eine eigenständige außenpolitische Orientierung können innerhalb eines Teils der Wählerschaft gemeinsam auftreten.

Die Neuordnung der Links-Rechts-Achse

Das BSW verdeutlicht damit die Grenzen einer eindimensionalen Links-Rechts-Klassifikation. Diese Achse bleibt politisch bedeutsam, insbesondere bei Verteilung, Sozialstaat und wirtschaftlicher Ordnung. Sie reicht jedoch nicht mehr aus, um sämtliche relevanten Konflikte und Wählerbewegungen zu erklären.

Ein differenzierteres Modell benötigt mindestens eine soziale beziehungsweise wirtschaftliche und eine kulturell-gesellschaftspolitische Dimension. Hinzu können außenpolitische, europäische und territoriale Konflikte treten. Parteien und Wähler lassen sich dann nicht mehr als Punkte auf einer einzigen Linie verstehen, sondern als unterschiedliche Kombinationen innerhalb eines mehrdimensionalen politischen Raumes.

Das BSW ist für diese Untersuchung deshalb besonders aufschlussreich. Seine Entstehung zeigt nicht, dass links und rechts bedeutungslos geworden wären. Sie zeigt vielmehr, dass politische Positionen entlang verschiedener Konfliktachsen neu kombiniert werden können.

Das traditionelle Links-Rechts-Schema verschwindet nicht. Es verliert jedoch seine Fähigkeit, den gesamten politischen Konfliktraum allein zu strukturieren. Parteienkonkurrenz entsteht zunehmend aus unterschiedlichen Kombinationen sozialer, kultureller, territorialer und internationaler Konfliktpositionen.

Ein Transformationsmodell des BSW

Die Entstehung des BSW lässt sich innerhalb des Gesamtmodells dieser Untersuchung folgendermaßen verdichten:

Fortbestehende soziale Verteilungs- und Sicherheitskonflikte + zunehmende kulturelle, migrationspolitische und außenpolitische Konflikte → unterschiedliche politische Positionen innerhalb des traditionellen linken Wählerraumes → wachsende Spannung innerhalb der Partei Die Linke → Entkopplung sozialpolitisch linker und gesellschaftspolitisch progressiver Orientierung bei Teilen der Wählerschaft → organisatorische Abspaltung → starke personelle Bündelung durch Sahra Wagenknecht → Verbindung sozialstaatlicher Schutzorientierung mit migrations-, kultur- und außenpolitisch eigenständigen Positionen → Ansprache von Wählern aus unterschiedlichen bisherigen Parteienlagern → zusätzliche Fragmentierung des Parteiensystems → mögliche Herausbildung eines neuen politischen Repräsentationsraumes → Rückwirkungen auf Linke, SPD, AfD und die Struktur des Parteienwettbewerbs.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Der entscheidende Mechanismus liegt damit nicht allein in einer zusätzlichen Partei, sondern in der **Rekombination politischer Konfliktlinien**. Gesellschaftliche Positionen, die innerhalb des bisherigen Parteienwettbewerbs häufiger getrennt repräsentiert wurden, werden innerhalb eines neuen Angebotes miteinander verbunden.

Die zentrale Erkenntnis

Das BSW ist aufgrund seiner jungen Entwicklung ein anderer Untersuchungsfall als die seit Jahrzehnten etablierten Parteien. Aussagen über seine langfristige organisatorische Stabilität, dauerhafte gesellschaftliche Verankerung oder zukünftige Stellung im Parteiensystem müssen deshalb vorsichtig bleiben. Seine analytische Bedeutung für die Transformation des deutschen Parteiensystems ist dennoch erheblich.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Entstehung des BSW zeigt, dass die Fragmentierung des deutschen Parteiensystems eine neue Phase erreicht hat. Nicht mehr nur zusätzliche Parteien entstehen entlang neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien; zunehmend werden bereits bestehende Konfliktlinien neu miteinander kombiniert. Sozialpolitische Orientierung, kulturelle Schutzbedürfnisse, Migrationspolitik, regionale Erfahrungen und außenpolitische Einstellungen können politische Bündnisse hervorbringen, die quer zu traditionellen Links-Rechts-Lagern verlaufen.

Damit verändert sich die Fragestellung der Parteienanalyse. Nachdem die einzelnen Parteien zunächst hinsichtlich ihrer historischen Entwicklung und ihrer gesellschaftlichen Repräsentationsräume betrachtet wurden, muss nun untersucht werden, **wie sich die Wähler selbst zwischen diesen politischen Angeboten bewegen**. Gerade die Auflösung traditioneller Parteibindungen und die Entstehung neuer Konfliktkombinationen führen dazu, dass Wählerwanderungen nicht mehr ausschließlich innerhalb stabiler politischer Lager stattfinden.

Der nächste Schritt der Untersuchung richtet den Blick deshalb von den Parteien auf die Bewegungen zwischen ihnen. Dabei wird sichtbar, ob sich trotz zunehmender Fragmentierung neue politische Lager herausbilden oder ob die Wählerschaft dauerhaft durch wechselnde, themenabhängige und teilweise lagerübergreifende Entscheidungen gekennzeichnet bleibt.

Kapitel 60 – Wählerwanderungen und neue politische Lager

Die Transformation des deutschen Parteiensystems zeigt sich nicht nur in der wachsenden Zahl relevanter Parteien. Ebenso bedeutsam ist die zunehmende Beweglichkeit der Wählerschaft zwischen diesen Parteien. Wo langfristige gesellschaftliche Milieus und stabile

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Parteibindungen schwächer werden, verlieren Wahlentscheidungen einen Teil ihrer früheren sozialen Vorstrukturierung. Bürger können ihre politische Entscheidung stärker von aktuellen Themen, wahrgenommener Regierungsleistung, Kandidaten, gesellschaftlichen Konflikten oder strategischen Überlegungen abhängig machen. Dadurch verändern sich nicht nur die Stimmenanteile einzelner Parteien, sondern auch die Beziehungen zwischen den politischen Lagern.

Wählerwanderungen sind deshalb mehr als kurzfristige Verschiebungen zwischen zwei Wahlen. Über längere Zeiträume betrachtet zeigen sie, welche gesellschaftlichen Bindungen schwächer werden, welche neuen Konflikte politische Bedeutung gewinnen und welche Parteien miteinander um ähnliche oder teilweise überlappende Wählergruppen konkurrieren. Besonders aufschlussreich sind Wanderungen, die traditionelle Lagergrenzen überschreiten. Sie verdeutlichen, dass soziale, kulturelle, regionale und generationelle Konfliktlinien heute andere politische Kombinationen hervorbringen können als in der klassischen Ordnung des Volksparteiensystems.

Wählerwanderungen sind ein Seismograf der Transformation des Parteiensystems. Sie zeigen nicht nur, welche Partei gewinnt oder verliert, sondern welche gesellschaftlichen Bindungen sich lösen, welche Konflikte neu gewichtet werden und welche politischen Repräsentationsräume sich verändern.

Von langfristiger Loyalität zu beweglicher politischer Entscheidung

Im konzentrierten Parteiensystem waren Wahlentscheidungen stärker durch langfristige Bindungen geprägt. Konfessionelle Zugehörigkeit, berufliches Milieu, Gewerkschaftsnähe, regionale Tradition und familiäre politische Sozialisation konnten über Jahrzehnte relativ stabile politische Orientierungen erzeugen. Wahlkämpfe waren wichtig, bewegten sich aber innerhalb eines Systems, in dem ein erheblicher Teil der Wählerschaft bereits eine dauerhafte Nähe zu einer bestimmten Partei besaß.

Mit der Auflösung traditioneller Milieus verändert sich diese Ausgangslage. Politische Präferenzen müssen häufiger neu hergestellt werden. Ein Wähler kann einer Partei grundsätzlich nahestehen und dennoch bei einer bestimmten Wahl eine andere Partei unterstützen. Andere Bürger verfügen überhaupt nicht mehr über eine dauerhaft bevorzugte politische Organisation. Die Entscheidung wird dadurch stärker situations- und themenabhängig.

Diese Entwicklung bedeutet nicht zwangsläufig eine geringere politische Orientierung. Ein beweglicher Wähler kann sehr klare politische Vorstellungen besitzen und gerade deshalb zwischen Parteien wechseln, wenn sich deren Programme, Führungspersonal oder politische Prioritäten verändern. Die zunehmende Wählerbeweglichkeit ist daher zunächst Ausdruck einer veränderten Form politischer Bindung.

Wählerwanderung als Folge mehrdimensionaler Konfliktstrukturen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die höhere Beweglichkeit wird durch die Mehrdimensionalität des politischen Konfliktraumes verstärkt. Solange soziale Lage und politische Orientierung stärker miteinander verbunden waren, lagen bestimmte Parteienwechsel näher als andere. In einem mehrdimensionalen Konfliktraum kann dagegen die Gewichtung einzelner Themen darüber entscheiden, welche Partei einem Wähler bei einer bestimmten Wahl am nächsten erscheint.

Ein sozialpolitisch schutzorientierter Wähler kann beispielsweise in kulturellen oder migrationspolitischen Fragen konservativer eingestellt sein. Ein wirtschaftlich liberaler Wähler kann gesellschaftspolitisch progressive Positionen vertreten.

Ein ökologisch orientierter Bürger kann zugleich wirtschaftspolitisch marktfreundlich sein. Solche Kombinationen lassen sich nicht eindeutig einem traditionellen Lager zuordnen.

Verändert sich die persönliche Bedeutung einzelner Konflikte, kann sich deshalb auch die Wahlentscheidung verändern. Migration, Inflation, soziale Sicherheit, Klima, wirtschaftliche Entwicklung oder außenpolitische Konflikte können in unterschiedlichen Wahlperioden verschieden stark gewichtet werden. Wählerwanderungen spiegeln somit nicht nur veränderte Parteipräferenzen, sondern auch eine **veränderte Rangordnung politischer Konflikte**.

Die Volksparteien als Ausgangspunkt vielfältiger Wählerbewegungen

Die langfristige Schwächung von CDU/CSU und SPD besitzt für Wählerwanderungen besondere Bedeutung, weil beide Parteien über Jahrzehnte außergewöhnlich breite gesellschaftliche Koalitionen gebildet hatten. Wenn sich diese Bindungen lösen, entstehen potenziell große Gruppen politisch beweglicher Wähler. Ihre früheren Unterstützer wandern jedoch nicht geschlossen zu einer einzigen neuen Partei.

Bei der Union können wirtschaftsliberal orientierte Wähler zur FDP tendieren, gesellschaftsliberale oder ökologisch orientierte Gruppen zu den Grünen, während konservativere und migrationskritische Wähler für die AfD erreichbar werden können. Gleichzeitig bleiben Rückwanderungen möglich, wenn sich politische Prioritäten oder die Wahrnehmung der Parteien verändern.

Ähnlich vielfältig ist die Entwicklung bei der SPD. Wähler können sich aufgrund sozialpolitischer Fragen zur Linken oder zum BSW orientieren, gesellschaftlich progressive Gruppen können die Grünen unterstützen, während andere frühere sozialdemokratische Wähler aufgrund migrations-, identitäts- oder protestbezogener Motive auch Parteien rechts der traditionellen Lagergrenze wählen können. Die Krise der Volksparteien erzeugt deshalb keinen einfachen Transfer von einem alten zu einem neuen Lager. Sie setzt unterschiedliche Teile früherer Großkoalitionen politisch frei.

Der Bedeutungsverlust der Volksparteien führt nicht zur einfachen Übertragung ihrer früheren Wählermilieus auf einzelne Nachfolgeparteien. Er setzt heterogene

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Wählergruppen frei, die sich entlang unterschiedlicher sozialer und kultureller Konfliktlinien neu orientieren.

Lagerübergreifende Wanderungen als Ausdruck neuer Konfliktkombinationen

Besonders bedeutsam sind Wählerbewegungen, die mit dem traditionellen Links-Rechts-Schema nur schwer zu erklären sind. Wechsel zwischen SPD, Linken oder BSW auf der einen und AfD auf der anderen Seite erscheinen aus einer ausschließlich sozialökonomischen Perspektive widersprüchlich. Werden jedoch kulturelle, migrationspolitische, regionale und protestbezogene Konflikte einbezogen, werden solche Bewegungen analytisch verständlicher.

Ein Bürger kann sozialstaatliche Umverteilung befürworten und zugleich eine restriktivere Migrationspolitik wünschen. Ein anderer kann wirtschaftspolitisch marktorientiert und gesellschaftspolitisch liberal sein. Wieder andere verbinden ökologische Modernisierung mit wirtschaftlicher Offenheit oder soziale Absicherung mit Skepsis gegenüber bestimmten internationalen Entwicklungen.

Die politische Bedeutung solcher Kombinationen besteht darin, dass sie die Grenzen klassischer Lager durchlässiger machen. Parteien konkurrieren nicht mehr ausschließlich mit ihren unmittelbaren ideologischen Nachbarn. Sie können bei einzelnen gesellschaftlichen Gruppen mit Parteien in Konkurrenz treten, die auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Achse weit entfernt erscheinen.

Nichtwahl als Bestandteil der Wählerbewegung

Die Analyse von Wählerwanderungen darf sich nicht auf Wechsel zwischen Parteien beschränken. Auch die Bewegung zwischen Wahlteilnahme und Nichtwahl gehört zum Transformationsprozess. Ein Teil der Wählerschaft reagiert auf politische Unzufriedenheit nicht durch die Unterstützung einer anderen Partei, sondern durch Rückzug aus der Wahlentscheidung. Umgekehrt können neue Parteien Menschen mobilisieren, die zuvor nicht oder nur unregelmäßig gewählt haben.

Damit wird die Wahlbeteiligung selbst zu einem Bestandteil politischer Repräsentation. Eine Partei kann Stimmen gewinnen, ohne sie einer anderen Partei unmittelbar abzunehmen, wenn sie bisherige Nichtwähler mobilisiert. Ebenso kann eine Partei erhebliche Unterstützung verlieren, weil frühere Wähler nicht zu einem Konkurrenten wechseln, sondern der Wahl fernbleiben.

Gerade Protestparteien können von der Mobilisierung bisher politisch distanzierter Bürger profitieren. Dies macht deutlich, dass die Entstehung neuer Parteien nicht lediglich vorhandene Stimmen neu verteilt. Sie kann auch die Grenzen der politisch aktivierten Wählerschaft verändern.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Regionale Wählerwanderungen und unterschiedliche Parteienräume

Wählerbewegungen verlaufen regional nicht einheitlich. Die in früheren Kapiteln untersuchten Unterschiede zwischen Ost und West sowie Stadt und Land wirken auch auf die Struktur des Parteienwettbewerbs. Parteien verfügen in verschiedenen Regionen über unterschiedlich starke Ausgangspositionen, und politische Wechsel finden innerhalb unterschiedlicher regionaler Konkurrenzsysteme statt.

In Teilen Ostdeutschlands können AfD, BSW und Linke eine andere Bedeutung besitzen als in vielen westdeutschen Regionen. In größeren Städten können Grüne, SPD oder andere Parteien auf gesellschaftliche Milieus treffen, deren politische Konfliktstruktur sich von ländlichen Räumen unterscheidet. Wirtschaftlich starke Regionen besitzen wiederum andere Erfahrungsbedingungen als Gebiete mit langfristigem Strukturwandel.

Das bundesweite Parteiensystem besteht deshalb zunehmend aus überlagerten regionalen Parteienräumen. Nationale Wahlergebnisse bündeln diese Unterschiede, können sie aber nicht vollständig erklären. Für die Analyse politischer Lagerbildung ist entscheidend, dass sich neue Lager regional unterschiedlich zusammensetzen können.

Wählerwanderungen als Reaktion auf Regierung und Opposition

Neben langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen beeinflusst auch die Stellung einer Partei als Regierung oder Opposition die Wählerbewegung. Regierungsparteien werden für konkrete politische Ergebnisse, Krisenentscheidungen und Koalitionskompromisse verantwortlich gemacht. Oppositionsparteien können dagegen stärker Kritik bündeln und alternative Positionen vertreten, ohne dieselben Entscheidungszwänge tragen zu müssen.

Dadurch können Wählerwanderungen kurzfristig erheblich von der Bewertung politischer Leistung beeinflusst werden. Diese Bewegungen dürfen nicht vollständig als Ausdruck langfristiger gesellschaftlicher Neuordnung interpretiert werden. Eine Regierung kann Unterstützung verlieren und später zurückgewinnen, ohne dass sich die grundlegenden Konfliktstrukturen der Gesellschaft verändert haben.

Für die Untersuchung ist deshalb zwischen **konjunktureller Wählerbewegung und struktureller Wählerwanderung** zu unterscheiden. Kurzfristige Verschiebungen reagieren stärker auf politische Ereignisse, Personen und Regierungsbewertungen. Strukturelle Wanderungen werden dort sichtbar, wo frühere Bindungsmuster über mehrere Wahlperioden schwächer werden und neue Parteien dauerhaft in ehemals geschlossene Wählerräume eindringen.

Strategisches Wählen in einem fragmentierten System

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Mit wachsender Parteienzahl kann auch strategisches Wahlverhalten an Bedeutung gewinnen. Bürger entscheiden dann nicht ausschließlich danach, welche Partei ihren politischen Überzeugungen am nächsten steht, sondern berücksichtigen mögliche Koalitionen, parlamentarische Mehrheiten oder die Chancen kleinerer Parteien auf den Einzug in ein Parlament.

Ein Wähler kann eine kleinere Partei unterstützen, um ihre parlamentarische Existenz zu sichern, oder eine größere Partei wählen, weil er eine bestimmte Regierungskoalition bevorzugt. Andere versuchen, eine unerwünschte Koalition zu verhindern oder das Gewicht einer bestimmten Partei innerhalb einer möglichen Regierung zu beeinflussen. Gerade die Kombination von Erst- und Zweitstimme eröffnet im deutschen Wahlsystem zusätzliche strategische Möglichkeiten.

Wählerwanderung ist deshalb nicht immer Ausdruck einer veränderten politischen Grundüberzeugung. Sie kann auch Ergebnis einer rationalen Entscheidung innerhalb einer komplexeren Wettbewerbs- und Koalitionsstruktur sein. Je fragmentierter das Parteiensystem wird, desto wichtiger wird diese Unterscheidung.

Entstehen neue politische Lager?

Die zunehmende Wählerbeweglichkeit bedeutet nicht zwangsläufig, dass politische Lager verschwinden. Vielmehr können sich neue Lagerstrukturen herausbilden. Diese müssen jedoch nicht den traditionellen sozialen und konfessionellen Lagern entsprechen. Sie können stärker durch kulturelle Orientierungen, Bildung, Region, Generation oder unterschiedliche Vorstellungen gesellschaftlicher Offenheit und Sicherheit geprägt sein.

Denkbar sind beispielsweise politische Verdichtungen zwischen stärker urbanen, bildungsorientierten, europäisch und gesellschaftsliberal eingestellten Gruppen einerseits und stärker auf nationale, kulturelle oder ordnungspolitische Kontinuität orientierten Gruppen andererseits. Gleichzeitig durchschneidet die soziale Konfliktlinie solche kulturellen Lager. Einkommens- und Sicherheitsinteressen bleiben innerhalb beider Seiten unterschiedlich verteilt.

Genau deshalb sollte nicht vorschnell von zwei neuen geschlossenen Lagern ausgegangen werden. Das deutsche Parteiensystem weist vielmehr mehrere mögliche Bündelungsachsen auf. Soziale, kulturelle und wirtschaftliche Konflikte kreuzen sich weiterhin. Die Offenheit dieser Kreuzungen entscheidet wesentlich darüber, ob flexible Koalitionen möglich bleiben oder sich langfristig voneinander abgeschottete politische Blöcke herausbilden.

Neue politische Lager entstehen nicht allein dadurch, dass Parteien dauerhaft miteinander konkurrieren. Sie entstehen dort, wo mehrere gesellschaftliche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Konfliktlinien dieselben Gruppen wiederholt auf dieselben Seiten des politischen Wettbewerbs führen.

Lagerbildung und Polarisierungsrisiko

Neue Lager können politische Orientierung erleichtern. Bürger erkennen deutlicher, welche Parteien grundsätzlich miteinander kooperationsfähig sind und welche politischen Alternativen bestehen. Demokratischer Wettbewerb benötigt schließlich erkennbare Unterschiede. Lagerbildung ist deshalb nicht grundsätzlich problematisch.

Anders verhält es sich, wenn politische Lager zu geschlossenen Identitätsgemeinschaften werden. Werden politische Gegner nicht mehr als legitime Konkurrenten, sondern als grundsätzlich illegitime gesellschaftliche Gruppen betrachtet, kann aus Lagerbildung Polarisierung entstehen. Wählerentscheidungen beruhen dann zunehmend nicht nur auf Zustimmung zur eigenen Partei, sondern auf starker Ablehnung der jeweils anderen Seite.

Diese **negative politische Bindung** kann in einer Gesellschaft mit schwächeren traditionellen Parteibindungen eine neue Form politischer Stabilisierung erzeugen. Menschen wählen eine Partei möglicherweise weniger aus dauerhafter Identifikation als aus dem Wunsch, eine andere Partei oder ein anderes politisches Lager zu verhindern. Damit kann starke politische Bindung entstehen, obwohl die klassische Milieubindung weiter zurückgeht.

Das Parteiensystem als dynamischer Wählermarkt

Aus der Gesamtheit dieser Entwicklungen entsteht ein wesentlich beweglicherer Parteienwettbewerb. Parteien verfügen weiterhin über unterschiedlich starke Kernwählerschaften, müssen aber zugleich um größere Gruppen potenziell wechselbereiter Bürger konkurrieren. Wahlergebnisse werden dadurch empfindlicher gegenüber gesellschaftlichen Konflikten, politischen Ereignissen und der wahrgenommenen Leistungsfähigkeit einzelner Parteien.

Dieser Wettbewerb besitzt eine demokratische Funktion. Parteien können sich weniger selbstverständlich auf historisch gewachsene Loyalitäten verlassen und müssen gesellschaftliche Zustimmung fortlaufend erneuern. Gleichzeitig erhöht sich der Druck zu kurzfristiger Kommunikation und strategischer Positionierung. Parteien können versucht sein, besonders mobilisierungsfähige Konflikte hervorzuheben, selbst wenn diese gesellschaftliche Polarisierung verstärken.

Damit entsteht ein Rückkopplungssystem zwischen Wählerbeweglichkeit und Parteienstrategie. Beweglichere Wähler erhöhen den Konkurrenzdruck; stärkerer Konkurrenzdruck verändert politische Angebote; veränderte Angebote beeinflussen wiederum die Konfliktwahrnehmung und die nächsten Wahlentscheidungen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ein Modell der neuen Wählerbeweglichkeit

Die Entwicklung lässt sich als mehrstufiger Transformationsprozess darstellen:

Gesellschaftlicher Strukturwandel → Schwächung traditioneller Milieus und langfristiger Parteibindungen → mehrdimensionale soziale, kulturelle, regionale und generationelle Konfliktlagen → größere individuelle Freiheit der politischen Orientierung → stärkere Bedeutung aktueller Themen, politischer Leistung und persönlicher Prioritäten → höhere Bereitschaft zum Parteienwechsel beziehungsweise zur Nichtwahl → neue Parteienangebote und lagerübergreifende Wählerbewegungen → fragmentierterer Parteienwettbewerb → komplexere Koalitionsmöglichkeiten → strategisches Wahlverhalten und neue politische Bündelungen → mögliche Herausbildung neuer Lager → Rückwirkungen auf Parteienstrategien und politische Konfliktlinien.

Dieses Modell verdeutlicht, dass Wählerbeweglichkeit nicht ausschließlich Ursache oder ausschließlich Folge der Parteienfragmentierung ist. Beide Prozesse verstärken sich gegenseitig. Schwächere Bindungen ermöglichen neue Parteien; neue Parteien erweitern die Wahlmöglichkeiten; zusätzliche Wahlmöglichkeiten erleichtern wiederum politische Wechsel.

Die zentrale Erkenntnis

Wählerwanderungen machen die Transformation des deutschen Parteiensystems auf der Ebene individueller politischer Entscheidungen sichtbar. Die früher relativ stabile Verbindung zwischen gesellschaftlicher Zugehörigkeit und parteipolitischer Loyalität wird durch ein beweglicheres Verhältnis ersetzt. Diese Entwicklung bedeutet jedoch nicht, dass politische Orientierung verschwindet. Sie wird vielmehr stärker von der individuellen Kombination unterschiedlicher Interessen, Werte, Erfahrungen und politischen Prioritäten abhängig.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die neue Wählerbeweglichkeit ist Ausdruck einer Gesellschaft, deren politische Konflikte nicht mehr dauerhaft innerhalb weniger stabiler Milieus gebündelt werden. Wähler können zwischen Parteien wechseln, weil soziale Lage, kulturelle Orientierung, regionale Erfahrung, Generation, Sicherheitsbedürfnis und gesellschaftspolitische Einstellungen unterschiedliche politische Kombinationen hervorbringen. Dadurch werden traditionelle Lagergrenzen durchlässiger, während zugleich neue politische

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Lager entstehen können, wenn mehrere Konfliktlinien dauerhaft dieselben gesellschaftlichen Gruppen miteinander verbinden.

Damit ist allerdings noch nicht beantwortet, ob die zunehmende Beweglichkeit lediglich eine Übergangsphase zwischen alten und neuen Bindungen darstellt oder zu einem dauerhaften Merkmal des deutschen Parteiensystems wird. Genau diese Frage führt zur nächsten analytischen Ebene. Nicht einzelne Wählerwanderungen, sondern die langfristige Schwankungsanfälligkeit politischer Unterstützung rückt nun in den Mittelpunkt. Entscheidend ist, wie sich eine Demokratie verändert, wenn Parteien ihre Wählerschaft bei nahezu jeder Wahl stärker neu mobilisieren müssen und Wahlergebnisse dadurch weniger vorhersehbar werden.

Kapitel 61 – Volatilität und abnehmende langfristige Parteibindung

Die zunehmende Volatilität des Wahlverhaltens gehört zu den wichtigsten Folgen der Transformation des deutschen Parteiensystems. Während Kapitel 60 die Bewegungen zwischen einzelnen Parteien und die mögliche Entstehung neuer politischer Lager betrachtet hat, richtet sich der Blick nun auf die dahinterliegende strukturelle Veränderung: Politische Unterstützung wird weniger dauerhaft an einzelne Parteien gebunden und muss häufiger neu hergestellt werden. Wahlergebnisse können dadurch stärker schwanken, neue Parteien schneller aufsteigen und etablierte Parteien innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit erhebliche Teile ihrer Unterstützung verlieren oder zurückgewinnen.

Volatilität darf dabei nicht mit politischer Orientierungslosigkeit gleichgesetzt werden. Sie kann gerade daraus entstehen, dass Bürger ihre Wahlentscheidung stärker an konkreten politischen Fragen, wahrgenommener Regierungsleistung oder veränderten gesellschaftlichen Prioritäten ausrichten. Entscheidend ist vielmehr, dass die langfristige Bindung zwischen sozialer Zugehörigkeit und Partei schwächer geworden ist. Damit verändert sich ein wesentliches Stabilisierungselement des früheren Volksparteiensystems.

Volatilität bezeichnet nicht das Verschwinden politischer Orientierung, sondern die zunehmende Beweglichkeit politischer Unterstützung in einem Parteiensystem, in dem gesellschaftliche Zugehörigkeit immer seltener automatisch zu langfristiger Parteibindung führt.

Volatilität als Strukturmerkmal des veränderten Parteienwettbewerbs

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Unter Volatilität lässt sich zunächst die Veränderung der Stärke politischer Parteien zwischen aufeinanderfolgenden Wahlen verstehen. Je größer die Verschiebungen der Stimmenanteile, desto volatiler ist ein Parteiensystem. Hinter dieser statistisch beobachtbaren Bewegung

stehen jedoch unterschiedliche gesellschaftliche und politische Prozesse. Wähler können zwischen Parteien wechseln, neu zur Wahl mobilisiert werden oder sich in die Nichtwahl zurückziehen. Neue Parteien können hinzukommen, bestehende Parteien können an Bedeutung verlieren oder politische Konflikte können ihre Rangordnung verändern.

Für die vorliegende Untersuchung ist deshalb weniger der einzelne Messwert entscheidend als der strukturelle Zusammenhang. Volatilität zeigt an, dass politische Unterstützung weniger stark durch dauerhafte gesellschaftliche Bindungen stabilisiert wird. Ein volatileres Parteiensystem reagiert empfindlicher auf gesellschaftliche Veränderungen, politische Ereignisse und die Wahrnehmung politischer Leistungen.

Damit besitzt Volatilität eine doppelte Bedeutung. Sie ist einerseits **Folge** schwächerer Parteibindungen. Andererseits verstärkt sie den Anpassungsdruck auf Parteien und wird dadurch selbst zu einer **Ursache weiterer Veränderungen des Parteienwettbewerbs**.

Die frühere Stabilisierung durch gesellschaftliche Milieus

Die vergleichsweise geringe Beweglichkeit des früheren Parteiensystems beruhte nicht allein auf politischer Zufriedenheit. Sie war wesentlich durch gesellschaftliche Strukturen abgesichert. Konfessionelle Milieus, gewerkschaftliche Bindungen, berufliche Lebenswelten, lokale Parteiorganisationen und familiäre politische Sozialisation erzeugten langfristige politische Zugehörigkeiten.

Eine Partei musste deshalb nicht bei jeder Wahl ihre gesamte Wählerschaft neu gewinnen. Ein erheblicher Teil ihrer Unterstützung war gesellschaftlich vorstrukturiert. Aktuelle politische Ereignisse konnten Wahlergebnisse verändern, bewegten sich jedoch innerhalb relativ stabiler Bindungsräume.

Mit der Auflösung dieser Milieus verschwindet politische Sozialisation nicht. Ihre Wirkung wird aber vielfältiger. Familie, Beruf, Religion oder regionale Zugehörigkeit führen weniger eindeutig zu einer bestimmten Partei. Gleichzeitig treten Bildung, Mediennutzung, individuelle Lebensentwürfe und aktuelle politische Konflikte stärker neben traditionelle Bindungsfaktoren.

Damit verändert sich die Grundlage politischer Stabilität: Sie muss stärker durch aktuelle Zustimmung und weniger durch gesellschaftlich überlieferte Loyalität hergestellt werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Parteibindung wird bedingter

Die abnehmende langfristige Bindung bedeutet nicht, dass Bürger keinerlei Nähe zu Parteien mehr entwickeln. Vielmehr wird diese Nähe häufiger **bedingt**. Unterstützung besteht, solange eine Partei bestimmte Erwartungen erfüllt, politische Prioritäten glaubwürdig vertritt oder als kompetente Repräsentantin wichtiger Interessen wahrgenommen wird.

Diese Form politischer Bindung kann durchaus über mehrere Wahlen bestehen. Sie besitzt jedoch eine niedrigere Austrittsschwelle. Verändert sich das Parteiprofil, tritt ein neues Konfliktthema in den Vordergrund oder erscheint ein anderes Angebot attraktiver, wird ein Wechsel wahrscheinlicher.

Dadurch verschiebt sich das Verhältnis zwischen Partei und Wähler. Historische Loyalität verliert an Gewicht, während wahrgenommene programmatische Übereinstimmung und politische Leistung wichtiger werden.

Die moderne Parteibindung verschwindet nicht vollständig. Sie verändert sich von einer stärker sozial verankerten Dauerbindung zu einer häufiger überprüften politischen Vertrauensbeziehung.

Diese Entwicklung erhöht den Wettbewerb um Zustimmung und damit grundsätzlich die demokratische Reaktionsfähigkeit. Sie macht Parteien zugleich stärker von kurzfristigen politischen Wahrnehmungen abhängig.

Gesellschaftliche Individualisierung und politische Wahlfreiheit

Die zunehmende Volatilität steht in engem Zusammenhang mit der Individualisierung gesellschaftlicher Lebenswelten. Bürger sind weniger stark in geschlossene soziale Milieus eingebunden und verfügen über größere Möglichkeiten, politische Identitäten selbst zusammenzustellen. Diese Entwicklung erweitert individuelle politische Wahlfreiheit.

Ein Bürger kann wirtschaftspolitisch liberale, gesellschaftspolitisch progressive und migrationspolitisch restriktivere Positionen miteinander verbinden. Eine andere Person kann sozialstaatliche Sicherheit, ökologische Transformation und kulturell konservativere Vorstellungen gleichzeitig vertreten. Solche Kombinationen passen nicht zwingend vollständig zum Programm einer einzelnen Partei.

Wahlentscheidungen können deshalb stärker davon abhängen, welche Konfliktdimension bei einer konkreten Wahl besonders wichtig erscheint. Ändert sich die Priorität, kann sich auch die Parteipräferenz verändern, ohne dass der Wähler seine grundlegenden Werte vollständig verändert hat.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Volatilität ist damit teilweise die parteipolitische Folge gesellschaftlicher Individualisierung: Je vielfältiger politische Präferenzkombinationen werden, desto schwieriger wird dauerhafte vollständige Identifikation mit einem einzigen Parteienangebot.

Themenkonjunkturen und wechselnde politische Prioritäten

Nicht alle politischen Themen besitzen zu jedem Zeitpunkt dieselbe Bedeutung. Wirtschaftliche Krisen können Beschäftigung und soziale Sicherheit in den Mittelpunkt rücken, starke Migrationsbewegungen können Fragen von Integration und staatlicher Kontrolle politisieren, während Klimaereignisse oder energiepolitische Veränderungen ökologische Transformationsfragen stärker gewichten können. Internationale Konflikte können wiederum Sicherheits- und Außenpolitik in den Vordergrund treten lassen.

In einer stärker gebundenen Wählerschaft verändern solche Themenkonjunkturen die Wahlentscheidung nur begrenzt, weil die grundsätzliche Parteizugehörigkeit stabil bleibt. Bei schwächeren Bindungen können sie wesentlich stärkere Wählerbewegungen auslösen. Parteien profitieren dann zeitweise davon, dass ein Konfliktfeld, auf dem ihnen besondere Kompetenz oder Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird, hohe politische Priorität besitzt.

Daraus können erhebliche Schwankungen entstehen, ohne dass sich die grundlegende gesellschaftliche Struktur innerhalb weniger Jahre vollständig verändert hätte. Kurzfristige Volatilität und langfristige Transformation müssen deshalb analytisch unterschieden werden. Die langfristige Transformation schafft den Raum für größere Beweglichkeit; aktuelle Konflikte entscheiden häufig darüber, wohin sich diese Beweglichkeit konkret richtet.

Neue Parteien und die Beschleunigung des Wettbewerbs

Die größere Offenheit der Wählerschaft erleichtert die Entstehung neuer Parteien. Wo große Gruppen nicht dauerhaft gebunden sind, können neue politische Angebote schneller Unterstützung gewinnen, wenn sie einen gesellschaftlich relevanten Konflikt glaubwürdig besetzen. Die Entwicklung von Grünen, Linken, AfD und BSW zeigt in unterschiedlichen historischen Situationen, wie neue Repräsentationsräume entstehen können.

Umgekehrt verstärkt die Existenz zusätzlicher Parteien die Volatilität. Bürger besitzen mehr realistische Alternativen. Ein Wechsel muss nicht mehr zwischen zwei großen politischen Lagern stattfinden, sondern kann innerhalb eines wesentlich differenzierteren Angebotsraumes erfolgen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Damit entsteht eine Rückkopplung:

Schwächere Parteibindung erleichtert neue Parteienangebote – neue Parteienangebote erweitern politische Wahlmöglichkeiten – größere Wahlmöglichkeiten erleichtern Wählerwechsel – zunehmende Wählerwechsel erhöhen wiederum den Anpassungsdruck auf alle Parteien.

Die Fragmentierung des Parteiensystems und die Volatilität der Wählerschaft entwickeln sich somit nicht unabhängig voneinander. Sie sind unterschiedliche Erscheinungsformen derselben Transformation politischer Repräsentation.

Regierungsleistung und beschleunigte politische Bewertung

Mit schwächeren Parteibindungen gewinnt die Bewertung konkreter politischer Leistung an Bedeutung. Regierungen können nicht in gleichem Maße darauf vertrauen, dass traditionelle Stammwähler trotz Unzufriedenheit dauerhaft bei ihnen bleiben. Entscheidungen, Krisenmanagement, wirtschaftliche Entwicklung und die wahrgenommene Umsetzung politischer Versprechen können unmittelbarer auf die Wahlabsicht wirken.

Das erhöht demokratische Verantwortlichkeit, kann aber zugleich politische Kurzfristigkeit fördern. Parteien und Regierungen stehen unter stärkerem Druck, Wirkungen ihrer Politik schnell sichtbar zu machen. Langfristige Reformen können dagegen zunächst Belastungen erzeugen und ihre positiven Wirkungen erst später entfalten.

Daraus entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen langfristiger Politik und kurzfristiger Zustimmung. In einer volatilen Wählerschaft kann die Versuchung steigen, politische Entscheidungen stärker an aktuellen Stimmungen auszurichten. Umgekehrt können Bürger sehr schnell auf wahrgenommenes politisches Versagen reagieren.

Volatilität verändert damit nicht nur Wahlkämpfe, sondern möglicherweise auch die zeitliche Logik politischer Konkurrenz.

Kommunikation, Öffentlichkeit und kurzfristige Dynamiken

Die Veränderung politischer Öffentlichkeit verstärkt diese Entwicklung. Digitale Medien beschleunigen politische Kommunikation und erhöhen die Sichtbarkeit einzelner Konflikte. Ereignisse können innerhalb kurzer Zeit erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und die Wahrnehmung von Parteien verändern.

Dies bedeutet nicht, dass soziale Medien Wahlentscheidungen determinieren. Sie verkürzen jedoch politische Aufmerksamkeitszyklen und erhöhen die Geschwindigkeit, mit der politische Bewertungen entstehen, verbreitet und verändert werden können. Parteien reagieren darauf mit stärkerer kontinuierlicher Kommunikation und versuchen, auch außerhalb klassischer Wahlkämpfe politische Deutungshoheit zu gewinnen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für langfristige Parteibindung kann dies ambivalent wirken. Direkte digitale Kommunikation ermöglicht neue Formen politischer Nähe und Mobilisierung. Gleichzeitig fördert eine ereignisgetriebene Öffentlichkeit stärker situationsabhängige politische Bewertungen. Zustimmung kann schneller aufgebaut, aber ebenso schnell wieder verloren werden.

Die langfristige soziale Verankerung einer Partei und ihre kurzfristige kommunikative Reichweite sind deshalb analytisch voneinander zu unterscheiden.

Volatilität ist nicht automatisch Instabilität

Ein volatileres Wahlverhalten bedeutet nicht automatisch eine instabile Demokratie. Im Gegenteil kann die Möglichkeit, politische Unterstützung relativ schnell zu verändern, Ausdruck funktionierender demokratischer Konkurrenz sein. Bürger sind nicht verpflichtet, Parteien dauerhaft loyal zu bleiben. Machtwechsel und Wählerbewegungen gehören zum demokratischen Prozess.

Problematisch würde Volatilität erst unter zusätzlichen Bedingungen. Wenn Parteienunterstützung so stark schwankt, dass dauerhafte politische Organisation erschwert wird, wenn Mehrheitsbildung zunehmend unmöglich wird oder wenn kurzfristige Protestmobilisierung langfristige demokratische Bindungen vollständig verdrängt, können zusätzliche Stabilitätsprobleme entstehen.

Entscheidend ist deshalb die institutionelle Verarbeitung von Beweglichkeit. Ein demokratisches Parteiensystem muss gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen können, ohne seine Fähigkeit zur Mehrheitsbildung und politischen Vermittlung zu verlieren.

Wählerbeweglichkeit ist zunächst Ausdruck demokratischer Freiheit. Zur institutionellen Herausforderung wird sie dort, wo politische Repräsentation dauerhaft beweglicher wird, ohne dass neue Formen stabiler demokratischer Vermittlung entstehen.

Neue Bindungen können alte Bindungen ersetzen

Die Auflösung traditioneller Parteibindungen muss nicht zu einer dauerhaft bindungslosen Gesellschaft führen. Neue politische Milieus können entstehen. Bei den Grünen haben sich über längere Zeit neue gesellschaftliche Bindungsräume entwickelt. Auch andere Parteien können starke politische Identifikationen hervorbringen, die weniger auf Religion, Klasse oder Gewerkschaft und stärker auf Bildung, kultureller Orientierung, nationaler Identität, ökologischen Überzeugungen oder gemeinsamen politischen Deutungsmustern beruhen.

Damit verändert sich möglicherweise die **Form** der Parteibindung stärker als ihre grundsätzliche Existenz. Ältere Bindungen waren häufig durch soziale Organisationen vermittelt. Neuere Bindungen können stärker durch politische Identität, Kommunikationsräume und gemeinsame Konfliktwahrnehmungen entstehen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Solche Bindungen können sogar besonders intensiv werden, wenn politische Zugehörigkeit stark durch die Abgrenzung von anderen Gruppen definiert wird. Dann kann aus schwächerer klassischer Parteibindung eine neue Form politischer Lagerbindung entstehen. Die zentrale Frage lautet deshalb nicht nur, ob Bindungen schwächer werden, sondern **welche neuen Bindungen an ihre Stelle treten.**

Die Folgen für die Parteien

Für Parteien verändert Volatilität die organisatorischen und strategischen Bedingungen erheblich. Ein kleinerer verlässlicher Kern von Unterstützern bedeutet, dass bei jeder Wahl größere Teile der Wählerschaft erneut überzeugt und mobilisiert werden müssen. Wahlkämpfe gewinnen dadurch an Bedeutung, ebenso Kandidaten, aktuelle Themen und kommunikative Reichweite.

Gleichzeitig besteht die Gefahr übermäßiger taktischer Anpassung. Reagiert eine Partei auf jede kurzfristige Veränderung der öffentlichen Meinung mit programmatischen Verschiebungen, kann ihre langfristige Erkennbarkeit leiden. Hält sie dagegen zu starr an bestehenden Positionen fest, kann sie gesellschaftliche Veränderungen übersehen.

Parteien stehen deshalb vor einer neuen Balance zwischen Kontinuität und Anpassung. Gerade unter Bedingungen hoher Wählerbeweglichkeit kann ein klares Grundprofil langfristige Orientierung bieten. Dieses Profil muss jedoch ausreichend offen sein, um veränderte gesellschaftliche Interessen aufnehmen zu können.

Die strukturelle Aufgabe lautet damit:

Politische Bindung muss zunehmend aktiv erzeugt werden, ohne dass die fortlaufende Suche nach Zustimmung die programmatische Identität der Partei auflöst.

Ein Modell zunehmender elektoraler Volatilität

Die Entwicklung kann als Rückkopplungsprozess zwischen Gesellschaft, Wählerschaft und Parteiensystem zusammengeführt werden:

Auflösung traditioneller Milieus + Individualisierung + Bildungsexpansion + gesellschaftliche Mobilität + mehrdimensionale Konfliktlinien → schwächere langfristige Parteibindung → stärkere Bedeutung aktueller Themen, politischer Leistung und individueller Prioritäten → größere Bereitschaft zum Parteienwechsel oder zur wechselnden Wahlteilnahme → höhere elektorale Volatilität → bessere Chancen neuer und kleinerer Parteien → weitere Fragmentierung des

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Parteienangebotes → zusätzliche Wahlmöglichkeiten und komplexere politische Konkurrenz → verstärkter Anpassungs- und Kommunikationsdruck auf Parteien → weitere Veränderung politischer Bindungsmuster.

Der Prozess ist nicht deterministisch. Neue Parteien können wiederum stabile Bindungen entwickeln, gesellschaftliche Konflikte können sich langfristig neu bündeln und aus einer Phase hoher Beweglichkeit können neue politische Lager entstehen. Volatilität kann deshalb sowohl ein dauerhaftes Merkmal als auch Bestandteil einer Übergangsphase zwischen unterschiedlichen Formen politischer Bindung sein.

Gerade diese Offenheit macht sie für die Analyse der gegenwärtigen Transformation bedeutsam.

Die zentrale Erkenntnis

Die zunehmende Volatilität des deutschen Wahlverhaltens ist Ausdruck einer grundlegenden Veränderung der Beziehung zwischen Gesellschaft und Parteien. Die traditionelle Verbindung von sozialem Milieu, politischer Identität und langfristiger Parteitreue wird schwächer. An ihre Stelle tritt eine beweglichere Form politischer Unterstützung, in der aktuelle Konflikte, wahrgenommene politische Leistung und individuelle Kombinationen sozialer und kultureller Präferenzen größere Bedeutung besitzen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Abnehmende langfristige Parteibindung führt nicht zum Ende politischer Bindung, sondern zu ihrer Transformation. Politische Unterstützung wird weniger gesellschaftlich vorausgesetzt und muss stärker durch Repräsentation, programmatische Glaubwürdigkeit, politische Leistung und Identifikation immer wieder neu hergestellt werden. Dadurch steigt die Volatilität des Wahlverhaltens und mit ihr die Anpassungsfähigkeit, aber auch die Unvorhersehbarkeit des Parteienwettbewerbs.

Damit ist zugleich die Verbindung zum nächsten Strukturproblem hergestellt. Wenn Stimmenanteile beweglicher werden und sich politische Unterstützung auf mehr Parteien verteilt, verändert sich nicht nur der Wettbewerb um Wähler.

Es verändert sich auch die Bildung parlamentarischer Mehrheiten. Ein fragmentiertes und volatileres Parteiensystem muss aus einer größeren Zahl eigenständiger politischer Kräfte handlungsfähige Regierungsbündnisse bilden. Der politische Kompromiss, der im klassischen Volksparteiensystem zu einem erheblichen Teil innerhalb der großen Parteien stattfand, verlagert sich damit weiter in die Verhandlungen zwischen mehreren Parteien.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kapitel 62 – Koalitionsbildung im fragmentierten Parteiensystem

Die Fragmentierung des deutschen Parteiensystems verändert nicht nur den Wettbewerb um Wähler, sondern auch die Bedingungen parlamentarischer Mehrheitsbildung. Solange CDU/CSU und SPD gemeinsam einen sehr großen Teil der Wählerschaft repräsentierten und die FDP über lange Zeit die wichtigste kleinere Koalitionspartei bildete, waren die Möglichkeiten der Regierungsbildung vergleichsweise überschaubar. Mit der dauerhaften Etablierung weiterer Parteien und dem relativen Bedeutungsverlust der Volksparteien hat sich diese Struktur grundlegend verändert. Mehr Parteien verfügen über parlamentarisches Gewicht, traditionelle Lagergrenzen werden durchlässiger, zugleich entstehen neue politische Abgrenzungen. Regierungsbildung wird dadurch zu einem komplexeren Prozess der Verbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Repräsentationsräume.

Diese Entwicklung ist nicht lediglich ein parlamentarisch-technisches Problem. Koalitionen sind ein zentraler Mechanismus demokratischer Integration. Sie übersetzen die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen und parteipolitischer Angebote in politische Mehrheiten. Je weniger gesellschaftliche Konflikte innerhalb großer Volksparteien gebündelt werden, desto stärker muss diese Integrationsleistung zwischen mehreren Parteien stattfinden. Damit verschiebt sich ein wesentlicher Teil demokratischer Kompromissbildung aus den Parteien selbst in Koalitionsverhandlungen und gemeinsame Regierungsführung.

Die Fragmentierung des Parteiensystems beseitigt politische Integration nicht. Sie verändert ihren Ort: Was früher zu einem erheblichen Teil innerhalb großer Volksparteien ausgehandelt wurde, muss zunehmend zwischen mehreren eigenständigen Parteien in Koalitionen vermittelt werden.

Vom überschaubaren Koalitionssystem zur Mehrparteienkonstellation

Das frühere Parteiensystem der Bundesrepublik war über lange Zeit durch eine relativ begrenzte Zahl realistischer Regierungsalternativen gekennzeichnet. CDU/CSU und SPD bildeten die beiden großen politischen Integrationspole, während insbesondere die FDP Koalitionen mit unterschiedlichen Partnern ermöglichen konnte. Später erweiterten die Grünen das Spektrum möglicher Bündnisse. Trotz dieser Erweiterung blieb die Grundstruktur zunächst vergleichsweise übersichtlich.

Mit der zunehmenden Fragmentierung verändert sich diese Situation. Sinkende Stimmenanteile der großen Parteien und die parlamentarische Etablierung zusätzlicher Kräfte führen dazu, dass Zweierkoalitionen schwieriger werden können und Bündnisse aus drei Parteien größere Bedeutung erhalten. Gleichzeitig wächst die Zahl mathematisch möglicher Kombinationen, ohne dass deshalb jede rechnerische Mehrheit politisch realistisch oder programmatisch tragfähig wäre.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Damit muss zwischen **arithmetischer und politischer Koalitionsfähigkeit** unterschieden werden. Eine parlamentarische Mehrheit kann rechnerisch vorhanden sein und dennoch an erheblichen programmatischen Differenzen, strategischen Abgrenzungen oder fehlendem gegenseitigem Vertrauen scheitern. Die tatsächliche Zahl politisch verfügbarer Mehrheiten kann deshalb wesentlich kleiner sein als die rechnerische Zahl möglicher Parteienkombinationen.

Koalitionen als demokratische Vermittlungsinstitution

Koalitionsbildung wird häufig vor allem als strategische Aushandlung zwischen Parteiführungen betrachtet. Diese Perspektive greift zu kurz. In einem parlamentarischen System erfüllen Koalitionen eine grundlegende Vermittlungsfunktion: Sie verbinden unterschiedliche Wählergruppen und politische Programme zu einer gemeinsamen Regierungsmehrheit.

Im klassischen Volksparteiensystem fand ein erheblicher Teil dieser Vermittlung bereits vor der Wahl innerhalb der großen Parteien statt. Arbeitnehmer und Selbstständige, unterschiedliche konfessionelle Gruppen, verschiedene Regionen und gesellschaftspolitische Strömungen konnten innerhalb derselben Partei organisiert sein. Die Partei musste ihre inneren Gegensätze zu einem gemeinsamen Programm verdichten, bevor sie in den Wettbewerb mit anderen Parteien eintrat.

In einem fragmentierten System erhalten gesellschaftliche Unterschiede häufiger eigenständige parteipolitische Repräsentation. Dadurch verschiebt sich die Kompromissbildung zeitlich und institutionell. Sie findet stärker nach der Wahl zwischen Parteien statt. Koalitionsverhandlungen werden damit zu einem Ort, an dem gesellschaftliche Konflikte erneut zusammengeführt werden müssen.

Je stärker gesellschaftliche Differenzierung in eigenständige Parteien übersetzt wird, desto größer wird die Bedeutung von Koalitionen als nachgelagerter Mechanismus politischer Integration.

Mehr Parteien bedeuten mehr Verhandlungsebenen

Mit jedem zusätzlichen Koalitionspartner steigt die Komplexität gemeinsamer Regierungsbildung. Zwei Parteien müssen unterschiedliche Programme, Interessen und Wählererwartungen miteinander verbinden. Bei drei Parteien entstehen zusätzliche Beziehungen zwischen allen beteiligten Akteuren. Ein Kompromiss zwischen zwei Partnern kann die Interessen des dritten berühren, und politische Entscheidungen müssen innerhalb eines größeren programmatischen Spannungsfeldes abgestimmt werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dies betrifft nicht nur einzelne Sachfragen. Parteien bringen unterschiedliche politische Identitäten in eine Koalition ein. Eine Partei kann wirtschaftliche Modernisierung stärker marktpolitisch interpretieren, eine andere ökologisch und eine dritte sozialpolitisch. Migration kann unter Gesichtspunkten von Offenheit, Steuerung, Integration, Sicherheit oder Arbeitsmarkt betrachtet werden. Finanzpolitik berührt gleichzeitig Investitionen, soziale Leistungen, Steuern und staatliche Verschuldung.

Mehrparteienkoalitionen sind deshalb nicht zwangsläufig instabil, ihre interne Koordination ist jedoch anspruchsvoller. Sie benötigen Verfahren, die politische Differenzen nicht permanent in Regierungskrisen verwandeln und zugleich verhindern, dass notwendige Kompromisse die Profile der beteiligten Parteien vollständig verwischen.

Der Koalitionsvertrag als Integrationsinstrument

Unter diesen Bedingungen gewinnt der Koalitionsvertrag besondere Bedeutung. Er dient nicht nur der Auflistung gemeinsamer Vorhaben, sondern der politischen Vorstrukturierung möglicher Konflikte. Parteien legen fest, welche Projekte gemeinsam verfolgt werden, welche Prioritäten gelten und welche unterschiedlichen Positionen innerhalb der gemeinsamen Regierung miteinander vereinbart werden können.

Je heterogener eine Koalition ist, desto größer kann das Bedürfnis nach detaillierter Vorabkoordination werden. Darin liegt jedoch ein Spannungsverhältnis. Ein sehr detaillierter Koalitionsvertrag kann Stabilität schaffen, weil er Konflikte im Voraus bearbeitet. Gleichzeitig kann er die politische Anpassungsfähigkeit einschränken, wenn unerwartete Krisen oder gesellschaftliche Veränderungen Entscheidungen verlangen, die bei Regierungsbildung nicht vorhersehbar waren.

Koalitionsfähigkeit erfordert deshalb mehr als programmatische Schnittmengen. Sie benötigt institutionalisierte Konfliktfähigkeit. Parteien müssen auch bei nicht vorhergesehenen Problemen zu gemeinsamen Entscheidungen gelangen können. Dauerhafte Regierungsfähigkeit entsteht nicht durch die Abwesenheit interner Differenzen, sondern durch Verfahren, mit denen diese Differenzen politisch verarbeitet werden.

Profilbildung und Kompromissfähigkeit

Für die einzelnen Parteien erzeugt Koalitionsbildung ein grundlegendes Dilemma. In einem fragmentierten Wettbewerb müssen Parteien ihr eigenes Profil deutlich machen, um Wähler zu mobilisieren. Nach der Wahl müssen sie zugleich bereit sein, von einzelnen Forderungen abzuweichen, wenn eine gemeinsame Regierung entstehen soll.

Je stärker eine Partei ihre Wahlkampfmobilisierung auf eindeutige Abgrenzung zu Konkurrenten stützt, desto schwieriger kann anschließend die Vermittlung eines

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kompromisses werden. Wähler können den Eindruck gewinnen, zentrale Wahlversprechen seien aufgegeben worden. Umgekehrt kann eine Partei, die bereits im Wahlkampf jede Position relativiert, Schwierigkeiten haben, ein erkennbares politisches Profil zu entwickeln.

Damit entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis:

Wettbewerbsfähigkeit verlangt politische Unterscheidbarkeit – Koalitionsfähigkeit verlangt politische Kompromissbereitschaft.

Dieses Spannungsverhältnis ist kein Fehler parlamentarischer Demokratie. Es gehört zu ihrer Funktionsweise. Unter Bedingungen stärkerer Fragmentierung wird es jedoch sichtbarer, weil mehr Parteien gleichzeitig ihre Eigenständigkeit und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit beweisen müssen.

Die veränderte Rolle der kleineren Parteien

Im konzentrierten Parteiensystem konnten kleinere Parteien durch ihre Koalitionsstellung erheblichen Einfluss gewinnen. Die FDP war dafür über Jahrzehnte das deutlichste Beispiel. Mit der Ausdifferenzierung des Parteiensystems verändert sich diese Funktion. Mehrere kleinere und mittelgroße Parteien können für unterschiedliche Mehrheiten relevant werden, wodurch die strategische Schlüsselstellung einer einzelnen Partei weniger selbstverständlich wird.

Gleichzeitig kann die Bedeutung kleinerer Parteien innerhalb einer konkreten Koalition erheblich sein. Wenn ihre parlamentarische Unterstützung für die Mehrheit unverzichtbar ist, können sie zentrale programmatische Anliegen in Koalitionsverhandlungen einbringen. Dies entspricht grundsätzlich der Logik parlamentarischer Mehrheitsbildung: Politischer Einfluss wird nicht allein durch absolute Größe bestimmt, sondern auch durch die Position einer Partei innerhalb möglicher Mehrheiten.

Für kleinere Parteien entsteht daraus allerdings das bereits bei der FDP untersuchte Risiko. Regierungsbeteiligung eröffnet Gestaltungsmacht, kann aber die eigene Unterscheidbarkeit beeinträchtigen. Besonders in heterogenen Koalitionen müssen sie gleichzeitig als Teil der gemeinsamen Regierung und als eigenständige politische Organisation auftreten.

Politische Abgrenzungen und die Verkleinerung des Koalitionsraumes

Die Zahl parlamentarischer Parteien allein bestimmt noch nicht die Schwierigkeit der Regierungsbildung. Entscheidend ist zusätzlich, welche Parteien grundsätzlich zur

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Zusammenarbeit bereit sind. Politische und normative Abgrenzungen können den tatsächlich verfügbaren Koalitionsraum erheblich verkleinern.

Besonders deutlich wird dies im Verhältnis zur AfD. Die übrigen Parteien haben Koalitionen mit ihr auf Bundesebene ausgeschlossen. Dadurch kann eine rechnerisch große Zahl parlamentarischer Sitze für die praktische Mehrheitsbildung nicht ohne Weiteres genutzt werden. Je stärker eine Partei außerhalb des Koalitionsraumes wird, desto größer kann deshalb die Zahl der Stimmen sein, die zwar parlamentarisch repräsentiert sind, aber nicht unmittelbar zur Bildung einer Regierungsmehrheit beitragen.

Dies ist demokratisch nicht automatisch illegitim. Parteien besitzen das Recht, aufgrund programmatischer oder grundsätzlicher Differenzen Kooperationen abzulehnen. Keine Partei hat allein aufgrund ihres Wahlergebnisses einen Anspruch darauf, von anderen Parteien als Koalitionspartner akzeptiert zu werden. Gleichzeitig hat eine dauerhafte Verengung des Koalitionsraumes erhebliche strukturelle Folgen für die Mehrheitsbildung.

Damit entsteht eine wichtige Unterscheidung:

Parlamentarische Repräsentation und koalitionspolitische Integration sind nicht identisch. Eine Partei kann einen erheblichen Teil der Wählerschaft repräsentieren und dennoch außerhalb der verfügbaren Regierungskoalitionen stehen.

Je größer dieser Bereich wird, desto stärker müssen die übrigen Parteien untereinander Mehrheiten organisieren, auch wenn ihre programmatischen Unterschiede erheblich sind.

Mehrparteienkoalitionen und politische Verantwortungszuschreibung

Komplexere Koalitionen verändern zugleich die Wahrnehmung politischer Verantwortung. In einer Einparteienregierung ist vergleichsweise klar, welche politische Kraft für Entscheidungen verantwortlich ist. Bereits in Zweierkoalitionen werden Erfolge und Misserfolge zwischen mehreren Akteuren verteilt. In Dreierkoalitionen kann diese Zuordnung noch schwieriger werden.

Parteien können versuchen, Erfolge sich selbst und unpopuläre Kompromisse den Koalitionspartnern zuzuschreiben. Öffentliche Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung können dadurch strategisch attraktiv erscheinen, weil sie die eigene Unterscheidbarkeit demonstrieren. Was kurzfristig dem Parteiprofil dienen kann, kann langfristig jedoch das Vertrauen in die gemeinsame Regierungsfähigkeit beeinträchtigen.

Für Bürger entsteht zudem die Frage, wie Wahlentscheidungen in konkrete Regierungspolitik übersetzt werden. Wenn keine Partei ihr Programm allein verwirklichen kann, besteht Regierungspolitik zwangsläufig aus Kompromissen. Demokratische Legitimität hängt dann wesentlich davon ab, ob diese Kompromisse nachvollziehbar erklärt werden können.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Kommunikation des Kompromisses wird damit selbst zu einer demokratischen Aufgabe.

Der politische Kompromiss unter Legitimationsdruck

In einer pluralistischen Demokratie ist der Kompromiss kein Zeichen politischer Schwäche, sondern eine notwendige Folge unterschiedlicher legitimer Interessen. Gerade in einem fragmentierten Parteiensystem wird er zum zentralen Mechanismus der Mehrheitsbildung. Gleichzeitig kann er gesellschaftlich schwieriger vermittelbar werden.

Parteien treten im Wahlkampf mit unterschiedlichen Programmen an. Nach der Wahl müssen sie Teile dieser Programme miteinander verbinden. Bürger, die eine Partei aufgrund einer bestimmten Forderung gewählt haben, können deren Abschwächung als enttäuschend empfinden. Besonders problematisch wird dies, wenn politische Kommunikation zuvor den Eindruck erweckt hat, Kompromissbereitschaft sei Verrat an grundlegenden Überzeugungen.

Eine demokratische Kultur des Kompromisses benötigt deshalb die Anerkennung, dass politische Repräsentation nicht mit vollständiger Durchsetzung gleichgesetzt werden kann. Wahlen entscheiden über Machtverhältnisse, aber in einem Mehrparteiensystem selten darüber, dass ein einzelnes Programm vollständig umgesetzt wird.

Je fragmentierter die politische Repräsentation, desto wichtiger wird die gesellschaftliche Akzeptanz des demokratischen Kompromisses. Ohne sie kann aus erfolgreicher parlamentarischer Mehrheitsbildung eine wahrgenommene Krise politischer Repräsentation entstehen.

Koalitionen zwischen unterschiedlichen politischen Milieus

Die neuen Koalitionsmöglichkeiten besitzen zugleich eine integrative gesellschaftliche Dimension. Wenn Parteien mit unterschiedlichen Wählergruppen gemeinsam regieren, können gesellschaftliche Milieus miteinander verbunden werden, die im politischen

Wettbewerb zunächst getrennt auftreten. Koalitionen können dadurch eine ähnliche Vermittlungsfunktion übernehmen, die früher teilweise innerhalb der Volksparteien stattfand.

Diese Form der Integration ist allerdings anspruchsvoller. Die gesellschaftlichen Gruppen bleiben organisatorisch unterschiedlichen Parteien zugeordnet. Politische Konflikte zwischen ihnen werden deshalb öffentlich sichtbar ausgetragen. Der Kompromiss entsteht nicht innerhalb einer gemeinsamen Partei, sondern zwischen Parteien, die ihre jeweilige Wählerschaft weiterhin eigenständig mobilisieren müssen.

Darin liegt eine zentrale Veränderung demokratischer Integration. Die Bundesrepublik bewegt sich von einem System, in dem gesellschaftliche Heterogenität stark durch wenige große Parteien gebündelt wurde, zu einer Ordnung, in der unterschiedliche gesellschaftliche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gruppen zunächst eigenständiger repräsentiert und anschließend durch Koalitionen miteinander verbunden werden.

Fragmentierung zwischen Anpassungsfähigkeit und Blockaderisiko

Die zunehmende Bedeutung von Koalitionen sollte weder grundsätzlich als Krisensymptom noch automatisch als Fortschritt bewertet werden. Ein fragmentierteres Parteiensystem kann gesellschaftliche Vielfalt präziser repräsentieren. Unterschiedliche Interessen erhalten eigene politische Stimmen, und neue Konflikte können parlamentarisch integriert werden. In diesem Sinne kann Fragmentierung Ausdruck demokratischer Anpassungsfähigkeit sein.

Das Risiko entsteht dort, wo Repräsentationsvielfalt nicht mehr in stabile Mehrheiten übersetzt werden kann. Wenn programmatische Distanzen wachsen, politische Abgrenzungen den Koalitionsraum verkleinern und Kompromisse von Wählern zunehmend als Identitätsverlust bewertet werden, kann Regierungsbildung schwieriger werden. Dann entsteht eine Spannung zwischen repräsentativer Differenzierung und institutioneller Integration.

Für die demokratische Stabilität ist deshalb nicht die Zahl der Parteien allein entscheidend. Wesentlich ist die **Kooperationsfähigkeit des Parteiensystems**.

Fragmentierung wird zur institutionellen Belastung, wenn die Differenzierung politischer Repräsentation schneller wächst als die Fähigkeit der Parteien, aus dieser Vielfalt tragfähige demokratische Mehrheiten zu bilden.

Ein Transformationsmodell der Koalitionsbildung

Die Veränderung der Regierungsbildung lässt sich innerhalb des Gesamtmodells der Untersuchung folgendermaßen zusammenführen:

Gesellschaftliche Differenzierung → Schwächung traditioneller Milieus und Volksparteibindungen → mehrdimensionale politische Konfliktlinien → größere Wählerbeweglichkeit → Verteilung politischer Unterstützung auf mehr Parteien → sinkende Konzentration des Parteiensystems → geringere Wahrscheinlichkeit einfacher parlamentarischer Mehrheiten → zunehmende Bedeutung von Mehrparteienkoalitionen → Verlagerung politischer Integrationsleistung von der innerparteilichen auf die zwischenparteiliche Ebene → höhere Anforderungen an Verhandlung, Kompromiss und Koordination → komplexere politische Verantwortungszuschreibung → steigende Bedeutung der gesellschaftlichen Vermittlung von Koalitionskompromissen → Rückwirkungen auf Vertrauen, Parteienbindung und zukünftige Wahlentscheidungen.

Damit schließt sich ein wichtiger Rückkopplungskreis. Fragmentierung führt zu komplexeren Koalitionen. Die Wahrnehmung dieser Koalitionen beeinflusst wiederum die Bewertung der

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

beteiligten Parteien. Wähler können Kompromisse als verantwortungsvolle Zusammenarbeit oder als Verlust politischer Klarheit interpretieren. Diese Bewertung wirkt auf die nächste Wahl zurück und kann die Fragmentierung abschwächen oder weiter verstärken.

Die zentrale Erkenntnis

Die Koalitionsbildung im fragmentierten Parteiensystem ist mehr als eine zunehmend komplizierte parlamentarische Rechenaufgabe. Sie ist Ausdruck einer grundlegenden Veränderung demokratischer Repräsentation. Gesellschaftliche Interessen und Konflikte werden stärker auf mehrere Parteien verteilt und müssen anschließend innerhalb parlamentarischer Mehrheiten wieder zusammengeführt werden.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Mit der Fragmentierung des Parteiensystems verschiebt sich die politische Integrationsleistung. Gesellschaftliche Unterschiede, die früher teilweise innerhalb großer Volksparteien vermittelt wurden, werden zunehmend durch eigenständige Parteien repräsentiert und müssen anschließend durch Koalitionen zu handlungsfähigen Mehrheiten verbunden werden. Die Stabilität eines fragmentierten Parteiensystems hängt deshalb nicht allein von seiner Repräsentationsbreite, sondern wesentlich von seiner Kooperations- und Kompromissfähigkeit ab.

Damit wird zugleich eine tiefere Frage sichtbar. Ein Parteiensystem kann gesellschaftliche Vielfalt sehr differenziert abbilden und dennoch Menschen hervorbringen, die sich politisch nicht angemessen vertreten fühlen. Mehr Parteien bedeuten nicht automatisch vollständigere Repräsentation. Neue politische Angebote können bestehende Lücken schließen und zugleich andere entstehen lassen. Entscheidend ist deshalb nicht nur, **wie viele Parteien vorhanden sind**, sondern welche gesellschaftlichen Interessen, Erfahrungen und Identitäten innerhalb des politischen Systems tatsächlich Anschluss finden.

Genau dieser Frage widmet sich das folgende Kapitel.

Kapitel 63 – Repräsentationslücken und politische Anschlussfähigkeit

Die zunehmende Vielfalt des deutschen Parteiensystems könnte zunächst den Eindruck vermitteln, dass gesellschaftliche Interessen heute umfassender repräsentiert werden als während der langen Phase des konzentrierten Volksparteiensystems. Tatsächlich ermöglicht die größere Zahl politisch relevanter Parteien eine differenziertere Abbildung gesellschaftlicher Konflikte. Ökologische, sozialstaatliche, wirtschaftsliberale, konservative, gesellschaftsliberale, migrationskritische und weitere politische Orientierungen verfügen über eigenständigere organisatorische Ausdrucksmöglichkeiten. Dennoch bedeutet eine größere

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Zahl von Parteien nicht automatisch, dass sich mehr Menschen angemessen politisch repräsentiert fühlen.

Gerade in einer gesellschaftlich stark ausdifferenzierten Ordnung können neue Repräsentationslücken entstehen. Bürger vertreten häufig Kombinationen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Positionen, die von keiner Partei vollständig abgebildet werden. Andere erkennen einzelne ihrer Interessen zwar in Parteien wieder, fühlen sich aber hinsichtlich ihrer Lebenswirklichkeit, ihrer regionalen Erfahrungen oder ihrer gesellschaftlichen Anerkennung nicht angesprochen. Politische Anschlussfähigkeit bezeichnet deshalb mehr als programmatische Übereinstimmung. Sie beschreibt die Fähigkeit einer Partei, unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen aufzunehmen, in politische Angebote zu übersetzen und Menschen das Gefühl zu vermitteln, innerhalb des demokratischen Wettbewerbs eine legitime politische Stimme zu besitzen.

Repräsentationslücken entstehen nicht erst dort, wo gesellschaftliche Interessen überhaupt keine politische Stimme besitzen. Sie können bereits dort entstehen, wo Menschen zwar zwischen mehreren Parteien wählen können, ihre spezifische Verbindung von Interessen, Wertorientierungen und gesellschaftlichen Erfahrungen jedoch in keinem politischen Angebot ausreichend wiederfinden.

Politische Repräsentation zwischen Angebot und gesellschaftlicher Erfahrung

Repräsentation ist kein einfaches Abbildungsverhältnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Eine demokratische Gesellschaft ist zu komplex, als dass für jede soziale Lage, kulturelle Orientierung oder politische Forderung eine eigene Partei existieren könnte. Parteien müssen Interessen auswählen, miteinander verbinden, gewichten und in ein politisch handlungsfähiges Programm übersetzen. Repräsentation enthält deshalb notwendigerweise Verdichtung und Kompromiss.

Eine Repräsentationslücke kann folglich nicht schon daraus abgeleitet werden, dass ein Bürger mit keiner Partei vollständig übereinstimmt. Vollständige programmatische Übereinstimmung ist in einer pluralistischen Demokratie weder realistisch noch erforderlich. Problematischer wird die Situation, wenn größere gesellschaftliche Gruppen über längere Zeit den Eindruck entwickeln, dass zentrale Interessen oder Erfahrungen innerhalb des politischen Wettbewerbs kaum vorkommen oder von den vorhandenen Parteien nicht glaubwürdig vertreten werden.

Damit besitzt Repräsentation sowohl eine objektive als auch eine subjektive Dimension. Politische Interessen können institutionell vertreten sein, ohne dass die Betroffenen diese Vertretung als solche wahrnehmen. Umgekehrt können Parteien erfolgreich das Gefühl politischer Repräsentation erzeugen, obwohl ihre konkreten politischen Handlungsmöglichkeiten begrenzt bleiben. Zwischen politischem Angebot und gesellschaftlicher Wahrnehmung liegt deshalb ein eigenständiger Vermittlungsprozess.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Auflösung der früheren Repräsentationsordnung

Das klassische Volksparteiensystem löste das Repräsentationsproblem durch breite gesellschaftliche Bündelung. CDU/CSU und SPD mussten nicht jede gesellschaftliche Position vollständig abbilden. Ihre Stärke bestand vielmehr darin, unterschiedliche Gruppen innerhalb größerer politischer Integrationsräume miteinander zu verbinden. Konflikte zwischen Arbeitnehmern und wirtschaftlichen Interessen, konservativen und moderneren gesellschaftlichen Orientierungen oder unterschiedlichen regionalen Bedürfnissen wurden teilweise bereits innerhalb der Parteien ausgehandelt.

Mit der Schwächung traditioneller Milieus wird dieses Modell schwieriger. Gesellschaftliche Gruppen sind weniger eindeutig politisch zuzuordnen, während gleichzeitig zusätzliche Konfliktlinien an Bedeutung gewinnen. Parteien müssen heute soziale Sicherheit, wirtschaftliche Modernisierung, Migration, Klima, kulturelle Zugehörigkeit, individuelle Freiheit, europäische Integration und zahlreiche weitere Fragen miteinander verbinden.

Dadurch entstehen politische Kombinationen, die sich nicht mehr selbstverständlich in den traditionellen Parteien wiederfinden. Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems ist eine Reaktion auf diesen Prozess. Sie löst das Problem jedoch nicht vollständig, weil gesellschaftliche Differenzierung grundsätzlich weiter reicht als parteipolitische Differenzierung.

Das moderne Repräsentationsproblem entsteht nicht aus einem Mangel an gesellschaftlicher Vielfalt, sondern aus der Schwierigkeit, eine immer vielfältigere Gesellschaft in eine begrenzte Zahl politisch handlungsfähiger Parteienangebote zu übersetzen.

Mehrdimensionale Konflikte erzeugen neue Repräsentationslücken

Die in Teil III untersuchten Konfliktlinien verdeutlichen dieses Problem. Ein Bürger kann wirtschaftlich markoliberal und gesellschaftspolitisch progressiv sein, sozialstaatliche Sicherheit befürworten und gleichzeitig eine restriktivere Migrationspolitik wünschen oder ökologischen Wandel unterstützen, dessen konkrete Belastungen jedoch skeptisch beurteilen. Solche Kombinationen sind innerhalb einer individualisierten Gesellschaft keineswegs ungewöhnlich.

Je mehr Konfliktdimensionen gleichzeitig politisch relevant werden, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, dass ein einzelnes Parteienprogramm mit sämtlichen Prioritäten eines Wählers übereinstimmt. Die politische Entscheidung verlangt deshalb zunehmend eine Gewichtung: Welches Thema ist wichtiger? Welche Abweichung von den eigenen Positionen kann akzeptiert werden? Welcher Partei wird trotz einzelner Differenzen insgesamt die größte Nähe zugeschrieben?

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Repräsentationslücken können entstehen, wenn diese Abweichungen aus Sicht des Wählers zu groß werden. Besonders relevant sind dabei nicht unbedingt die meisten, sondern die subjektiv wichtigsten politischen Fragen. Eine weitgehende Übereinstimmung in vielen Politikfeldern kann durch eine starke Differenz in einem identitätsprägenden Konflikt überlagert werden.

Repräsentation von Interessen und Repräsentation von Erfahrungen

Politische Anschlussfähigkeit hängt jedoch nicht ausschließlich von programmatischen Positionen ab. Menschen wollen nicht nur ihre Interessen vertreten sehen, sondern häufig auch ihre gesellschaftlichen Erfahrungen wiedererkennen. Dies betrifft beispielsweise regionale Lebensbedingungen, berufliche Veränderungen, wirtschaftliche Unsicherheit, Erfahrungen mit Migration und Integration oder die Wahrnehmung staatlicher Infrastruktur.

Eine Partei kann sachpolitisch Positionen vertreten, die den materiellen Interessen einer Gruppe entsprechen, und dennoch als gesellschaftlich weit entfernt wahrgenommen werden. Sprache, Auftreten, soziale Zusammensetzung politischer Eliten und die Auswahl politischer Themen beeinflussen, ob Menschen eine Partei als Teil ihrer eigenen gesellschaftlichen Wirklichkeit erleben.

Hier gewinnt der Begriff der politischen Anschlussfähigkeit besondere Bedeutung. Anschlussfähig ist eine Partei nicht deshalb, weil sie jede gesellschaftliche Wahrnehmung bestätigt. Sie muss jedoch in der Lage sein, unterschiedliche Erfahrungen zu verstehen, politisch einzuordnen und in eine gemeinsame demokratische Sprache zu übersetzen.

Politische Repräsentation benötigt nicht nur programmatische Angebote, sondern gesellschaftliche Übersetzungsfähigkeit: Parteien müssen verstehen können, wie politische Veränderungen in unterschiedlichen Lebenswelten erfahren werden.

Anerkennung als Bestandteil politischer Repräsentation

Die Verbindung von Repräsentation und Anerkennung wurde bereits bei der Untersuchung gesellschaftlicher Entfremdung sichtbar. Menschen können politische Entscheidungen ablehnen und sich dennoch grundsätzlich als legitimer Teil der demokratischen Ordnung erleben. Problematischer wird es, wenn politische Niederlage mit der Wahrnehmung verbunden wird, die eigene gesellschaftliche Gruppe werde grundsätzlich nicht gehört oder respektiert.

Anerkennung bedeutet dabei nicht, dass jede Forderung politisch erfüllt werden muss. Demokratische Politik kann widersprüchliche Interessen niemals gleichzeitig vollständig verwirklichen. Anerkennung bedeutet vielmehr, dass Interessen als legitim artikulierbar gelten, Argumente geprüft werden und politische Differenzen nicht automatisch zur gesellschaftlichen Abwertung führen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gerade unter Bedingungen kultureller Polarisierung gewinnt diese Unterscheidung an Bedeutung. Wird eine politische Position nicht nur kritisiert, sondern ihre gesellschaftliche Trägergruppe grundsätzlich moralisch abgewertet, kann aus politischer Niederlage eine Erfahrung gesellschaftlicher Ausgrenzung entstehen. Umgekehrt dürfen Forderungen nach Anerkennung nicht dazu führen, demokratiefeindliche oder menschenverachtende Positionen von Kritik auszunehmen.

Demokratische Anschlussfähigkeit benötigt deshalb gleichzeitig **Offenheit für gesellschaftliche Erfahrungen und klare normative Grenzen demokratischer Politik.**

Regionale Repräsentationslücken

Repräsentationsprobleme können eine ausgeprägte räumliche Dimension besitzen. Die bisherigen Analysen von Ost und West sowie Stadt und Land haben gezeigt, dass gesellschaftliche Transformation regional sehr unterschiedlich erfahren wird. Wirtschaftliche Struktur, Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur, Migration, Wohnungsmarkt und staatliche Präsenz unterscheiden sich teilweise erheblich.

Wenn politische Debatten überwiegend aus den Erfahrungsräumen großer Städte oder nationaler Institutionen geführt werden, können andere Regionen den Eindruck entwickeln, ihre spezifischen Bedingungen würden nicht ausreichend berücksichtigt. Umgekehrt kann eine starke Konzentration auf ländliche oder strukturschwächere Regionen die Probleme wachsender urbaner Räume aus dem Blick verlieren.

Besonders bedeutsam ist deshalb die kommunale und regionale Verankerung von Parteien. Ortsverbände, kommunale Mandatsträger und regionale Organisationen erfüllen eine Vermittlungsfunktion zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und nationaler Politik. Werden solche Strukturen schwächer, verliert das Parteiensystem einen Teil seiner Fähigkeit, lokale Wahrnehmungen frühzeitig aufzunehmen.

Politische Anschlussfähigkeit ist damit nicht ausschließlich eine Frage bundespolitischer Programmatik. Sie besitzt eine organisatorische und territoriale Grundlage.

Soziale Repräsentation in einer veränderten Arbeitsgesellschaft

Auch die Transformation der Arbeitsgesellschaft erzeugt neue Herausforderungen. Das frühere Bild relativ klar voneinander abgrenzbarer sozialer Großgruppen entspricht der heutigen Berufs- und Lebenswirklichkeit immer weniger. Industriearbeiter, Beschäftigte im Dienstleistungssektor, Pflegekräfte, Selbstständige, Beschäftigte in Wissensberufen, prekär Beschäftigte, Facharbeiter, Beamte und Unternehmer besitzen unterschiedliche Interessen und Zukunftserwartungen.

Die traditionelle Verbindung bestimmter Berufsgruppen mit einzelnen Parteien wird dadurch schwächer. Gleichzeitig bleibt Arbeit eine zentrale Quelle von Einkommen, Status, sozialer

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Sicherheit und gesellschaftlicher Anerkennung. Parteien müssen deshalb soziale Interessen in einer Gesellschaft repräsentieren, deren Arbeitswelten wesentlich heterogener geworden sind.

Gerade hier können Repräsentationslücken entstehen, wenn politische Angebote entweder zu abstrakt oder zu stark auf einzelne gesellschaftliche Milieus zugeschnitten erscheinen. Eine moderne Partei muss wirtschaftliche Transformation aus unterschiedlichen Perspektiven verstehen können: aus Sicht des Unternehmers ebenso wie des Beschäftigten, des hochqualifizierten mobilen Arbeitnehmers ebenso wie des Menschen, dessen Beruf durch Strukturwandel unmittelbar bedroht ist.

Repräsentationslücken als Raum für neue Parteien

Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems zeigt, dass dauerhafte Repräsentationslücken politische Innovation ermöglichen. Die Grünen konnten neue ökologische und gesellschaftspolitische Konflikte organisieren, die innerhalb des früheren Parteiensystems nur begrenzt repräsentiert wurden. Die Linke verband sozialpolitische Opposition mit spezifischen ostdeutschen Repräsentationsräumen. Die AfD erschloss einen rechten politischen Raum, in dem migrationspolitische, kulturelle, nationale und protestbezogene Motive zusammengeführt wurden. Das BSW wiederum verbindet Konfliktpositionen, die innerhalb der bisherigen Links-Rechts-Struktur häufig getrennt organisiert waren.

Neue Parteien entstehen allerdings nicht automatisch aus jeder Repräsentationslücke. Es benötigt politische Akteure, organisatorische Ressourcen, öffentliche Sichtbarkeit und ein ausreichend großes gesellschaftliches Potenzial. Erst wenn gesellschaftliche Unzufriedenheit durch ein glaubwürdig wahrgenommenes Angebot politisch gebündelt werden kann, entsteht eine dauerhafte Herausforderung für bestehende Parteien.

Damit besitzt das Parteiensystem einen selbstkorrigierenden Mechanismus. Repräsentationslücken können neue Angebote hervorbringen. Gleichzeitig erhöht jede neue Partei die Fragmentierung und damit die Anforderungen an die spätere politische Integration.

Neue Parteien können Repräsentationslücken schließen, aber jede zusätzliche Differenzierung der Repräsentation verlagert einen weiteren Teil demokratischer Integrationsarbeit in Koalitionen und institutionelle Kompromisse.

Politische Anschlussfähigkeit ohne programmatische Beliebigkeit

Für etablierte Parteien liegt eine mögliche Antwort auf Repräsentationslücken in größerer gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit. Dies darf jedoch nicht mit der Übernahme jeder populären Forderung verwechselt werden. Eine Partei, die ihre Positionen ständig an kurzfristige Stimmungen anpasst, kann gerade dadurch Glaubwürdigkeit und langfristige Bindungsfähigkeit verlieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Anschlussfähigkeit verlangt vielmehr, gesellschaftliche Interessen und Erfahrungen in die eigene politische Grundorientierung übersetzen zu können. Eine konservative Partei muss gesellschaftlichen Wandel anders interpretieren können als eine sozialdemokratische, grüne oder liberale Partei. Politischer Pluralismus setzt unterschiedliche Antworten voraus. Entscheidend ist, dass diese Antworten auf reale gesellschaftliche Erfahrungen bezogen bleiben.

Damit entsteht erneut die bereits bei den einzelnen Parteien erkennbare Spannung zwischen Profil und Breite. Ein klares Profil ermöglicht politische Orientierung. Gesellschaftliche Breite ermöglicht Integration. Eine dauerhaft erfolgreiche Partei muss beide Funktionen miteinander verbinden.

Politische Anschlussfähigkeit bedeutet nicht, möglichst wenig Position zu besitzen. Sie bedeutet, ein erkennbares politisches Profil so zu formulieren, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ihre Erfahrungen darin politisch einordnen können.

Repräsentationslücke und demokratische Entfremdung

Nicht jede Repräsentationslücke führt zu politischer Entfremdung. Bürger können akzeptieren, dass keine Partei sämtliche eigenen Vorstellungen vertritt. Diese Kompromissfähigkeit gehört zu einer pluralistischen politischen Kultur. Kritisch wird die Entwicklung dort, wo das Gefühl fehlender Repräsentation dauerhaft mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber dem politischen System verbunden wird.

Der Übergang kann schrittweise verlaufen. Zunächst besteht Unzufriedenheit mit einer Partei, anschließend möglicherweise mit mehreren politischen Akteuren. Daraus kann die Wahrnehmung entstehen, die etablierten Parteien unterscheiden sich in entscheidenden Fragen überhaupt nicht. Wird schließlich auch den Institutionen die Fähigkeit oder Bereitschaft abgesprochen, bestimmte gesellschaftliche Interessen aufzunehmen, kann aus Parteienunzufriedenheit umfassendere politische Entfremdung entstehen.

Dieser Prozess ist nicht zwangsläufig. Gerade die Offenheit eines demokratischen Parteiensystems ermöglicht neue Parteien, programmatische Veränderungen und politische Machtwechsel. Entscheidend ist, ob Bürger weiterhin die Erfahrung machen, dass politische Konkurrenz reale Alternativen und Einflussmöglichkeiten eröffnet.

Repräsentationsfähigkeit ist deshalb eine wichtige Verbindung zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und demokratischer Legitimität.

Parteien als gesellschaftliche Sensoren

Parteien erfüllen in einer Demokratie nicht nur die Aufgabe, Programme zu formulieren und Wahlen zu gewinnen. Sie müssen gesellschaftliche Entwicklungen wahrnehmen, bevor diese vollständig institutionalisiert oder in Wahlergebnissen sichtbar werden. Mitglieder,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

kommunale Mandatsträger, Parteiorganisationen und gesellschaftliche Netzwerke können dabei als Sensoren gesellschaftlicher Veränderung wirken.

Schwächere Mitgliederzahlen und eine geringere organisatorische Verankerung können diese Funktion beeinträchtigen. Digitale Kommunikation ermöglicht zwar unmittelbare Rückmeldungen und große Reichweiten, ersetzt jedoch nicht vollständig die kontinuierliche Begegnung mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebenswelten. Online sichtbare politische Stimmungen müssen nicht repräsentativ für die gesamte Gesellschaft sein.

Die Fähigkeit einer Partei, unterschiedliche soziale Räume tatsächlich zu erreichen, wird deshalb zu einer strategischen und demokratischen Ressource. Gesellschaftliche Anschlussfähigkeit entsteht nicht erst im Wahlkampf. Sie entwickelt sich durch dauerhafte Präsenz und Kommunikation.

Eine Partei, die gesellschaftliche Veränderung erst dann wahrnimmt, wenn sie massive Wählerverluste verursacht, hat einen wesentlichen Teil ihrer Vermittlungsfunktion bereits eingebüßt.

Ein Modell von Repräsentationslücke und Anschlussfähigkeit

Der Zusammenhang lässt sich innerhalb des Gesamtmodells dieser Untersuchung folgendermaßen darstellen:

Gesellschaftliche Differenzierung + Auflösung traditioneller Milieus + mehrdimensionale Konfliktlinien + regionale und soziale Erfahrungsunterschiede → vielfältigere Kombinationen politischer Interessen und Wertorientierungen → geringere vollständige Übereinstimmung mit bestehenden Parteienangeboten → mögliche Wahrnehmung politischer Repräsentationslücken → sinkende Parteibindung, Nichtwahl, Protest oder Suche nach alternativen politischen Angeboten → Entstehung beziehungsweise Wachstum neuer Parteien → stärkere Fragmentierung des Parteiensystems → differenziertere Repräsentation bei zugleich höheren Anforderungen an politische Integration → Anpassung bestehender Parteien und mögliche Neubildung gesellschaftlicher Bindungen.

Der entscheidende Rückkopplungsmechanismus liegt darin, dass Repräsentationslücken das Parteiensystem verändern können. Neue Parteien, programmatische Neuorientierungen und veränderte Koalitionen reagieren auf gesellschaftliche Entwicklungen. Diese Reaktionen verändern wiederum den politischen Angebotsraum und damit die Wahrnehmung gesellschaftlicher Repräsentation.

Demokratische Repräsentation ist deshalb kein statischer Zustand, sondern ein fortlaufender Anpassungsprozess zwischen gesellschaftlicher Veränderung und politischer Organisation.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die zentrale Erkenntnis

Die Fragmentierung des deutschen Parteiensystems hat die politische Auswahl erweitert, das Problem gesellschaftlicher Repräsentation jedoch nicht aufgehoben. Eine differenziertere Gesellschaft erzeugt immer neue Kombinationen von Interessen, Erfahrungen und Wertorientierungen, die sich nicht vollständig innerhalb einer begrenzten Zahl von Parteien abbilden lassen. Repräsentationslücken gehören deshalb in gewissem Umfang zu jeder pluralistischen Demokratie.

Entscheidend ist, ob diese Lücken politisch bearbeitbar bleiben. Parteien müssen gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen, unterschiedliche Erfahrungen in ihre politischen Deutungen integrieren und gleichzeitig ein erkennbares eigenes Profil bewahren. Bürger wiederum müssen politische Repräsentation als notwendigerweise unvollständige Vermittlung unterschiedlicher Interessen akzeptieren können.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Stabilität demokratischer Repräsentation hängt nicht davon ab, dass jeder Bürger eine Partei findet, die sämtliche seiner Positionen vollständig vertritt. Entscheidend ist, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen reale politische Anschlussmöglichkeiten besitzen, ihre Interessen als legitim artikulierbar erleben und darauf vertrauen können, dass demokratischer Wettbewerb Veränderungen politischer Repräsentation ermöglicht.

Damit führt die Analyse unmittelbar zur Zukunft der Volksparteien. Ihre historische Stärke beruhte gerade darauf, gesellschaftliche Unterschiede innerhalb breiter politischer Integrationsräume miteinander zu verbinden. Die Auflösung traditioneller Milieus bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass diese Integrationsfunktion dauerhaft verschwindet. Offen ist vielmehr, ob CDU/CSU und SPD – oder möglicherweise neue Formen breiter Parteien – unter den Bedingungen einer fragmentierten Gesellschaft erneut größere politische Bündnisse herstellen können.

Kapitel 64 – Die Zukunft der Volksparteien

Die Zukunft der Volksparteien gehört zu den zentralen Fragen der Transformation des deutschen Parteiensystems. CDU/CSU und SPD haben die politische Entwicklung der Bundesrepublik über Jahrzehnte geprägt, weil sie weit mehr waren als große Wahlparteien. Sie verbanden unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, übersetzten soziale Konflikte in innerparteiliche Aushandlungsprozesse und ermöglichten dadurch eine starke Konzentration politischer Repräsentation. Ihre historische Bedeutung beruhte nicht allein auf hohen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Stimmenanteilen, sondern auf ihrer Fähigkeit, gesellschaftliche Vielfalt innerhalb breiter politischer Integrationsräume zusammenzuführen.

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Modells haben sich jedoch grundlegend verändert. Traditionelle Milieus verlieren an Bindungskraft, konfessionelle und berufliche Zugehörigkeiten bestimmen politische Orientierung weniger eindeutig, Lebenswelten werden heterogener und gesellschaftliche Konflikte mehrdimensionaler. Gleichzeitig treten neue Parteien mit spezifischeren politischen Angeboten auf. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob die Volksparteien zu ihrer früheren Stärke zurückkehren können. Sie lautet vielmehr, **ob breite politische Integrationsparteien auch unter den Bedingungen einer fragmentierten und individualisierten Gesellschaft möglich bleiben – und welche Form sie dafür annehmen müssten.**

Die Zukunft der Volksparteien entscheidet sich nicht an der Wiederherstellung vergangener Milieus, sondern an ihrer Fähigkeit, unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen erneut breite politische Integrationsräume zu schaffen.

Das historische Modell ist nicht einfach wiederherstellbar

Die klassische Volkspartei war eng mit einer bestimmten gesellschaftlichen Struktur verbunden. Relativ stabile soziale Milieus, langfristige Parteibindungen, große Mitgliederorganisationen und eine überschaubarere Zahl politischer Konfliktlinien ermöglichten es CDU/CSU und SPD, sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen dauerhaft miteinander zu verbinden. Politische Loyalität wurde durch Familie, Beruf, Kirche, Gewerkschaften, Vereine und lokale Parteiorganisationen zusätzlich stabilisiert.

Diese gesellschaftliche Ordnung lässt sich nicht durch programmatische Entscheidungen zurückholen. Säkularisierung, Bildungsexpansion, Individualisierung, berufliche Mobilität, veränderte Arbeitswelten und kulturelle Pluralisierung haben die soziale Grundlage politischer Bindung dauerhaft verändert. Eine Strategie, die lediglich versucht, frühere Stammwählermilieus zurückzugewinnen, würde deshalb die strukturelle Dimension des Wandels verkennen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass breite Parteien historisch überholt sind. Überholt ist vielmehr die Vorstellung, ihre gesellschaftliche Breite könne weiterhin überwiegend aus bereits vorhandenen Milieubindungen entstehen. Künftige Integrationsfähigkeit muss stärker **politisch hergestellt** werden.

Von der geerbten zur aktiv hergestellten Bindung

Die traditionelle Volkspartei konnte auf Bindungen zurückgreifen, die teilweise außerhalb der Partei entstanden. Konfessionelle oder gewerkschaftliche Milieus vermittelten politische Orientierung und stabilisierten Parteipräferenzen. Eine moderne breite Partei kann solche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Loyalitäten wesentlich weniger voraussetzen. Sie muss Zustimmung immer wieder neu gewinnen.

Damit verändert sich das Verhältnis zwischen Partei und Wählerschaft. Politische Bindung entsteht stärker aus wahrgenommener Repräsentation, programmatischer Glaubwürdigkeit, politischer Leistung und der Fähigkeit, unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen innerhalb eines gemeinsamen politischen Projektes zu verbinden.

Dies ist anspruchsvoller als das historische Modell, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten. Parteien sind weniger an starre Milieugrenzen gebunden und können gesellschaftliche Koalitionen über traditionelle soziale Trennlinien hinweg aufbauen. Ein moderner politischer Integrationsraum könnte Arbeitnehmer und Selbstständige, städtische und ländliche Gruppen, jüngere und ältere Generationen oder unterschiedliche Bildungs- und Berufsgruppen miteinander verbinden, ohne dass diese zuvor einem gemeinsamen sozialen Milieu angehören.

Die Volkspartei der Zukunft würde ihre gesellschaftliche Breite weniger erben als politisch erzeugen. Ihre Integrationsfähigkeit müsste aus der glaubwürdigen Verbindung unterschiedlicher Interessen und Erfahrungen entstehen.

Profil und Breite als zentrale Spannung

Die bisherigen Parteienanalysen haben wiederholt dieselbe strukturelle Spannung sichtbar gemacht: Je breiter eine Partei unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ansprechen möchte, desto schwieriger kann es werden, ein eindeutig erkennbares Profil zu bewahren. Je stärker sie sich dagegen auf bestimmte Konflikte und Wählergruppen konzentriert, desto deutlicher wird ihr Profil, während ihre gesellschaftliche Reichweite begrenzt werden kann.

Für Volksparteien ist dieses Problem besonders ausgeprägt. Ihre Funktion besteht gerade darin, heterogene Interessen miteinander zu verbinden. Politische Breite darf deshalb nicht mit programmatischer Unbestimmtheit verwechselt werden. Eine Partei kann unterschiedliche Gruppen integrieren, wenn diese sich innerhalb eines gemeinsamen politischen Grundverständnisses wiederfinden.

Die entscheidende Aufgabe besteht darin, **Unterschiede innerhalb eines erkennbaren politischen Projektes zu organisieren**. Für die Union könnte dies beispielsweise die Verbindung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Sicherheit, gesellschaftlicher Ordnung und kontrollierter Modernisierung betreffen. Für die SPD könnte ein solcher Integrationsraum stärker um soziale Sicherheit, Aufstieg, Arbeit, Teilhabe und gesellschaftliche Modernisierung organisiert werden.

Volksparteien benötigen damit weiterhin Profil – gerade weil sie gesellschaftlich breit sein wollen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die politische Mitte verändert ihren Charakter

Historisch war die politische Mitte eng mit der Stärke der Volksparteien verbunden. CDU/CSU und SPD bewegten sich in vielen Politikfeldern aufeinander zu und konkurrierten um große Gruppen moderater Wähler. Daraus entstand zeitweise die Vorstellung, Wahlerfolge könnten vor allem durch die Besetzung einer geometrischen Mitte zwischen politischen Lagern erzielt werden.

In einem mehrdimensionalen Konfliktraum wird diese Vorstellung problematischer. Es existiert nicht mehr notwendigerweise eine einzige politische Mitte. Ein Bürger kann wirtschaftspolitisch mittlere Positionen vertreten, migrationspolitisch restriktiver und gesellschaftspolitisch liberaler eingestellt sein. Andere Kombinationen sind ebenso möglich.

Die politische Mitte muss deshalb stärker als **Integrationsraum unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen** verstanden werden. Eine erfolgreiche breite Partei besetzt nicht einfach einen Punkt zwischen anderen Parteien. Sie verbindet Positionen und Gruppen, die ohne diese Vermittlungsleistung möglicherweise unterschiedlichen politischen Angeboten folgen würden.

Damit verändert sich auch die strategische Bedeutung von Mittepolitik. Sie besteht weniger in programmatischer Annäherung aller Parteien als in der Fähigkeit, gesellschaftliche Unterschiede innerhalb eines demokratisch tragfähigen politischen Projektes zusammenzuführen.

Volksparteien in einer Gesellschaft neuer Konfliktlinien

Die klassische Stärke der Volksparteien beruhte auf der Integration weniger dominanter gesellschaftlicher Konflikte. Heute müssen sie gleichzeitig mit sozialen, kulturellen, ökologischen, regionalen, generationellen und migrationspolitischen Konflikten umgehen. Gerade deren Überlagerung erschwert breite politische Bündnisse.

Eine Partei kann beispielsweise Arbeitnehmerinteressen vertreten, muss aber zugleich berücksichtigen, dass Arbeitnehmer in kulturellen, migrationspolitischen oder ökologischen Fragen sehr unterschiedliche Positionen besitzen. Ebenso bilden bürgerliche Mittelschichten keinen einheitlichen politischen Raum mehr. Wirtschaftliche Interessen, gesellschaftspolitische Werte und Vorstellungen nationaler oder europäischer Politik können auseinanderfallen.

Für Volksparteien bedeutet dies, dass sie gesellschaftliche Integration nicht mehr entlang einer einzigen dominanten Konfliktachse organisieren können. Sie müssen unterschiedliche Konfliktlinien gleichzeitig bearbeiten und dabei vermeiden, dass einzelne Positionen ihre gesamte politische Identität bestimmen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Zukunft breiter Parteien hängt deshalb wesentlich davon ab, ob sie **mehrdimensionale politische Bündnisse** organisieren können.

Gesellschaftliche Anschlussfähigkeit als strategische Ressource

Kapitel 63 hat gezeigt, dass politische Anschlussfähigkeit über programmatische Übereinstimmung hinausgeht. Für Volksparteien wird diese Fähigkeit besonders wichtig. Ihre gesellschaftliche Reichweite hängt davon ab, ob unterschiedliche Gruppen ihre Erfahrungen innerhalb der politischen Sprache einer Partei wiedererkennen können.

Dies betrifft sowohl soziale als auch regionale Unterschiede. Eine Partei, die in großstädtischen akademischen Milieus glaubwürdig erscheint, muss nicht automatisch in

ländlichen oder industriell geprägten Regionen anschlussfähig sein. Umgekehrt kann eine starke Orientierung auf traditionelle oder ländliche Gruppen die Reichweite in wachsenden urbanen Milieus begrenzen.

Die Herausforderung besteht nicht darin, allen Gruppen dasselbe zu versprechen. Unterschiedliche Interessen können real miteinander konkurrieren. Eine breite Partei muss vielmehr sichtbar machen, nach welchen Grundsätzen sie solche Konflikte entscheidet und wie unterschiedliche gesellschaftliche Interessen innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens berücksichtigt werden.

Gesellschaftliche Anschlussfähigkeit entsteht damit aus einer Verbindung von **Präsenz, Verständnis, politischer Übersetzung und nachvollziehbarer Prioritätensetzung**.

Organisation und gesellschaftliche Verankerung

Die Zukunft der Volksparteien ist nicht allein eine Frage ihrer Programme. Ihre historische Stärke beruhte wesentlich auf ihrer organisatorischen Präsenz. Ortsverbände, Mitglieder, kommunale Mandatsträger, Parteitage und gesellschaftliche Vorfeldorganisationen stellten dauerhafte Verbindungen zwischen Bevölkerung und politischer Führung her.

Wenn diese Strukturen schwächer werden, verändert sich die Wahrnehmungsfähigkeit der Parteien. Professionelle Umfragen, digitale Kommunikation und soziale Medien können Informationen über gesellschaftliche Einstellungen liefern, ersetzen aber nicht vollständig die kontinuierliche Präsenz in unterschiedlichen Lebenswelten.

Gerade eine breite Integrationspartei benötigt gesellschaftliche Sensoren. Sie muss Veränderungen wahrnehmen können, bevor sie ausschließlich als Wahlniederlagen sichtbar werden. Kommunale Organisationen besitzen dabei besondere Bedeutung, weil gesellschaftliche Konflikte dort häufig zuerst konkret erfahrbar werden – etwa bei Wohnen, Schulen, Migration, Infrastruktur, wirtschaftlichem Strukturwandel oder demografischer Veränderung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Erneuerung breiter Parteien ist deshalb auch eine organisatorische Aufgabe. Eine Partei kann gesellschaftliche Breite auf Dauer nur schwer repräsentieren, wenn ihre eigene soziale und territoriale Präsenz immer schmaler wird.

Die Konkurrenz der profilierten Parteien

Die Zukunft der Volksparteien wird zusätzlich dadurch erschwert, dass kleinere und mittelgroße Parteien bestimmte Konflikt Räume klarer besetzen können. Grüne können ökologische und gesellschaftsliberale Positionen stärker profilieren, die FDP wirtschaftsliberale und freiheitsorientierte Themen, Die Linke sozialpolitische Opposition, die AfD migrations-, national- und protestbezogene Konflikte und das BSW eine neue Kombination sozialer und kultureller Schutzorientierungen.

Volksparteien können diese Angebote nicht einfach übernehmen, ohne ihre eigene Integrationsfunktion zu gefährden. Versuchen sie, eine profilierte Konkurrenzpartei vollständig zu imitieren, können sie andere Teile ihrer heterogenen Wählerschaft verlieren. Ignorieren sie neue Konflikte dagegen, können Repräsentationslücken entstehen.

Ihre strategische Antwort kann deshalb nicht in der bloßen Addition möglichst vieler Einzelpositionen bestehen. Entscheidend ist, neue Konflikte in eine übergeordnete politische Erzählung einzubetten. Eine breite Partei muss erklären können, wie unterschiedliche Politikfelder miteinander zusammenhängen und nach welchen Grundprinzipien sie Zielkonflikte auflösen will.

Volksparteien können spezialisierte Parteien nicht dauerhaft dadurch ersetzen, dass sie deren Positionen kopieren. Ihre besondere Funktion liegt darin, unterschiedliche Konflikte innerhalb eines breiteren politischen Integrationsangebotes miteinander zu verbinden.

Regierungsfähigkeit als Stärke und Belastung

CDU/CSU und SPD sind historisch besonders stark mit staatlicher Regierungsverantwortung verbunden. Diese Erfahrung kann weiterhin eine wichtige Ressource darstellen. In unsicheren Zeiten können organisatorische Kompetenz, institutionelle Erfahrung und die Erwartung politischer Verlässlichkeit erhebliches Gewicht besitzen.

Gleichzeitig kann dauerhafte Regierungsnähe zur Belastung werden. Große Parteien werden besonders stark mit bestehenden politischen Strukturen und langfristigen Entwicklungen identifiziert. Gesellschaftliche Unzufriedenheit richtet sich deshalb häufig gegen sie, selbst wenn die zugrunde liegenden Veränderungen nur teilweise politisch steuerbar sind.

Im fragmentierten System verschärft sich dieses Problem, weil Regierungskoalitionen häufiger aus mehreren Parteien bestehen. Volksparteien müssen Kompromisse eingehen und gleichzeitig ihre eigene politische Identität bewahren. Sie konkurrieren damit nicht nur um

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gesellschaftliche Breite, sondern müssen ihre Integrationsfähigkeit auch innerhalb komplexerer Koalitionen beweisen.

Regierungsfähigkeit bleibt folglich ein wichtiges Merkmal breiter Parteien, garantiert aber keine dauerhafte Wählerbindung.

Mögliche neue Formen der Volkspartei

Die zukünftige Volkspartei muss nicht dem organisatorischen und gesellschaftlichen Modell der 1960er oder 1970er Jahre entsprechen. Denkbar ist vielmehr eine Partei, deren Breite aus wechselnden, aber ausreichend stabilen gesellschaftlichen Koalitionen entsteht. Ihre Wählerschaft wäre weniger durch ein gemeinsames Milieu verbunden als durch die Zustimmung zu einem übergeordneten politischen Ordnungs- und Zukunftsangebot.

Eine solche Partei könnte intern heterogener sein und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bewusst als politische Teilräume organisieren. Sie müsste zugleich über einen ausreichend klaren gemeinsamen Kern verfügen, damit Vielfalt nicht in programmatische Beliebigkeit übergeht.

Damit würde sich die Volkspartei von einer **milieubasierten Integrationspartei** zu einer **koalitionsbasierten gesellschaftlichen Integrationspartei** entwickeln. Die politische Koalition unterschiedlicher Gruppen würde bereits innerhalb der Partei bewusst hergestellt, anstatt aus historisch gewachsenen sozialen Bindungen hervorzugehen.

Ob CDU/CSU und SPD diese Funktion dauerhaft ausfüllen oder ob sich langfristig andere Formen breiter Parteien entwickeln, bleibt offen. Die gesellschaftliche Funktion selbst dürfte jedoch fortbestehen: Auch eine fragmentierte Demokratie benötigt Akteure, die unterschiedliche Interessen miteinander verbinden.

Das Ende der Volksparteien ist kein notwendiger Entwicklungspfad

Aus dem langfristigen Rückgang der Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD lässt sich deshalb nicht automatisch das Ende der Volkspartei ableiten. Parteiensysteme entwickeln sich nicht linear. Neue Konflikte können Fragmentierung verstärken, andere Entwicklungen können erneut Bündelung begünstigen. Parteien können gesellschaftliche Bindungen verlieren und später neue aufbauen.

Ebenso ist offen, welches Stimmen- oder Mitgliederniveau eine Partei erreichen muss, um sinnvoll als Volkspartei bezeichnet werden zu können. Entscheidend ist weniger eine bestimmte Prozentzahl als ihre Funktion innerhalb des politischen Systems: Repräsentiert sie

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen? Besitzt sie regionale und soziale Breite? Kann sie konkurrierende Interessen intern vermitteln? Ist sie grundsätzlich in der Lage, unterschiedliche Teile der Gesellschaft innerhalb eines gemeinsamen Regierungsprojektes zusammenzuführen?

Unter dieser funktionalen Perspektive kann die Volkspartei fortbestehen, obwohl ihre quantitative Dominanz gegenüber früheren Jahrzehnten abnimmt.

Die Zukunft der Volkspartei entscheidet sich weniger an der Wiederkehr früherer Stimmenanteile als an der Fortexistenz ihrer gesellschaftlichen Integrationsfunktion.

Drei Entwicklungspfade breiter Parteien

Aus den bisherigen Befunden lassen sich drei grundsätzliche Entwicklungspfade ableiten. Der erste wäre eine weitere Erosion der Volksparteien. CDU/CSU und SPD könnten zusätzliche gesellschaftliche Gruppen an spezialisiertere Parteien verlieren, während das Parteiensystem dauerhaft stärker fragmentiert wird. Politische Integration würde dann zunehmend erst durch Mehrparteienkoalitionen stattfinden.

Ein zweiter Pfad wäre eine teilweise Rekonsolidierung. Große Parteien könnten neue gesellschaftliche Bündnisse entwickeln, ohne die frühere Dominanz vollständig wiederherzustellen. Das Parteiensystem bliebe pluraler als in der Vergangenheit, würde aber weiterhin von mehreren größeren Integrationsparteien strukturiert.

Ein dritter Pfad wäre eine grundlegende Transformation des Parteityps selbst. Breite Parteien könnten weniger auf dauerhafte Stammwählerschaften und stärker auf flexibel erneuerte gesellschaftliche Koalitionen setzen. Ihre Stabilität würde dann nicht aus unveränderlichen Milieus, sondern aus der wiederholten erfolgreichen Verbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen entstehen.

Diese Entwicklungspfade schließen sich nicht vollständig aus. Unterschiedliche Parteien können verschiedene Wege einschlagen, und ihre Entwicklung kann sich über längere Zeiträume mehrfach verändern.

Ein Transformationsmodell der Volkspartei

Die Entwicklung lässt sich innerhalb des Gesamtzusammenhangs folgendermaßen verdichten:

Stabile gesellschaftliche Milieus + langfristige Parteibindungen + starke gesellschaftliche Organisationen → breite innerparteiliche Interessenintegration → Dominanz der Volksparteien → gesellschaftliche Individualisierung + Säkularisierung + Wandel der Arbeitsgesellschaft + Bildungsexpansion + kulturelle Pluralisierung + neue Konfliktlinien → Schwächung traditioneller Bindungen → höhere Wählerbeweglichkeit und neue Parteienangebote → sinkende Konzentration des Parteiensystems → Verlust

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

automatischer gesellschaftlicher Integrationsräume → Notwendigkeit aktiv hergestellter politischer Bündnisse → mögliche Transformation von der milieubasierten zur politisch konstruierten Integrationspartei.

Der entscheidende Übergang liegt zwischen **geerbter und hergestellter gesellschaftlicher Breite**. Die Volksparteien der Vergangenheit konnten auf relativ stabile soziale Bindungsstrukturen zurückgreifen. Breite Parteien der Zukunft müssen gesellschaftliche Integration stärker selbst organisieren.

Dies verändert ihre politische Aufgabe, hebt sie aber nicht auf.

Die zentrale Erkenntnis

Die Krise der Volksparteien bedeutet nicht zwangsläufig das Ende breiter politischer Integrationsparteien. Sie bedeutet zunächst das Ende jener gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit, auf der ihre frühere Dominanz beruhte. CDU/CSU und SPD können sich nicht darauf verlassen, dass traditionelle soziale Gruppen dauerhaft an sie gebunden bleiben. Ihre gesellschaftliche Reichweite muss immer wieder neu hergestellt werden.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die Volkspartei der Zukunft kann nicht die Volkspartei der Vergangenheit sein. Ihre Integrationskraft wird weniger aus stabilen konfessionellen, beruflichen oder sozialen Milieus entstehen als aus der Fähigkeit, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen innerhalb eines erkennbaren politischen Projektes miteinander zu verbinden. Entscheidend wird deshalb nicht die Wiederherstellung alter Parteibindungen, sondern die Entwicklung neuer Formen gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit, politischer Bündelung und innerparteilicher Konfliktvermittlung.

Damit erreicht die Analyse des deutschen Parteiensystems ihren abschließenden Schritt. Die bisherigen Kapitel haben gezeigt, wie sich die historische Konzentration des Parteiensystems aufgelöst hat, wie neue Parteien entstanden sind, wie Wählerbeweglichkeit und Volatilität zunehmen, wie Koalitionsbildung komplexer wird und wie Repräsentationslücken neue politische Angebote hervorbringen können. Daraus ergibt sich jedoch kein bereits feststehender Endzustand.

Die Transformation bleibt offen. Das deutsche Parteiensystem kann sich weiter fragmentieren, neue Lager ausbilden, teilweise rekonzentrieren oder eine Kombination dieser Entwicklungen hervorbringen. Deshalb müssen zum Abschluss von Teil IV mehrere mögliche Entwicklungspfade systematisch gegenübergestellt werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

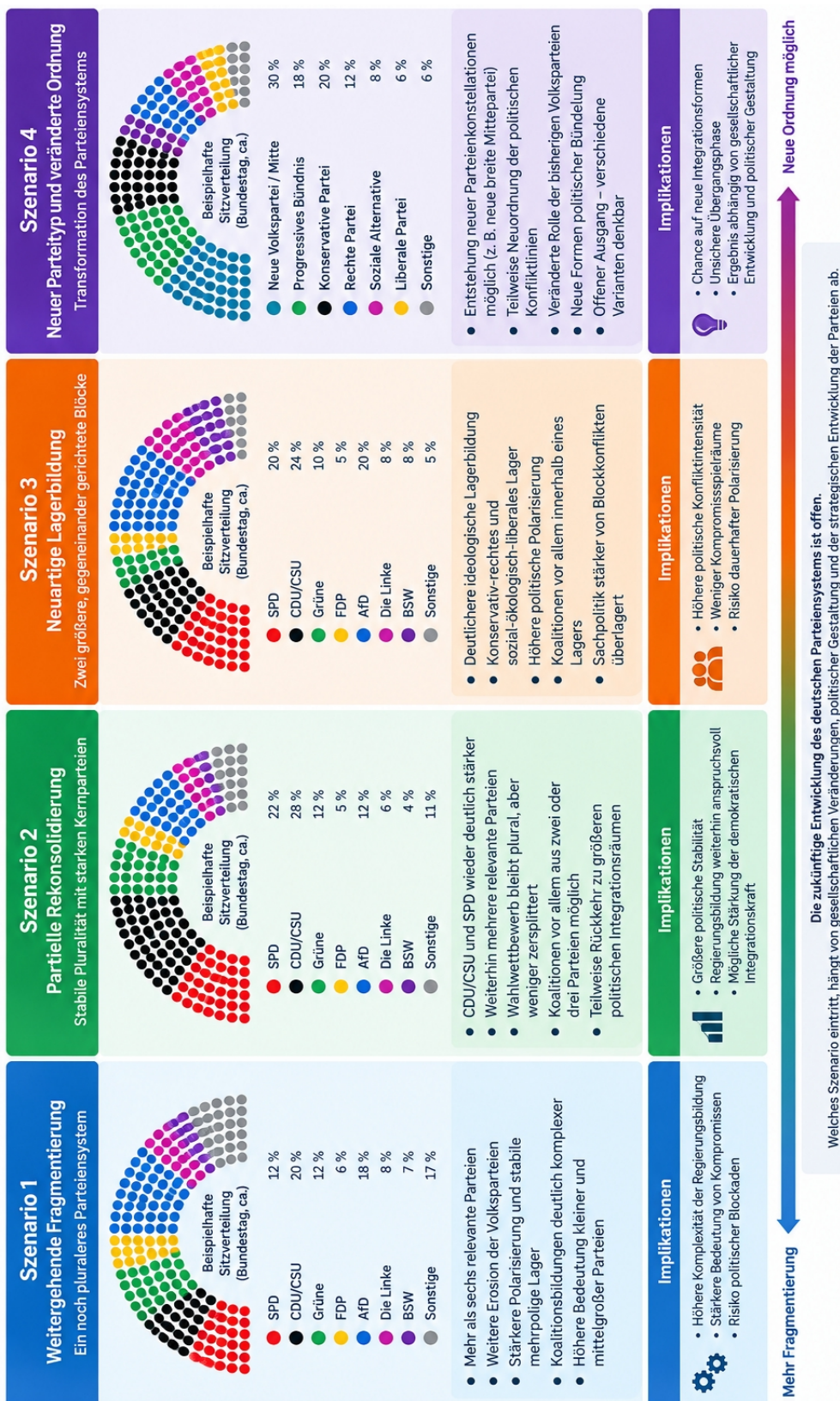
Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kapitel 65 – Szenarien für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems

Mögliche Zukunftspfade zwischen weiterer Fragmentierung, partieller Stabilisierung und neuer politischer Ordnung



Neue Ordnung möglich

Die zukünftige Entwicklung des deutschen Parteiensystems ist offen.

Welches Szenario eintritt, hängt von gesellschaftlichen Veränderungen, politischer Gestaltung und der strategischen Entwicklung der Parteien ab.

Mehr Fragmentierung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kapitel 65 – Szenarien für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems

Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass sich das deutsche Parteiensystem nicht in einem einzelnen, abgeschlossenen Umbruch befindet, sondern in einem offenen Transformationsprozess. Die lange Phase hoher Konzentration um CDU/CSU und SPD ist beendet, traditionelle Parteibindungen haben an Kraft verloren, neue Parteien haben sich etabliert und gesellschaftliche Konflikte werden heute stärker auf mehrere politische Organisationen verteilt. Gleichzeitig bleibt offen, ob diese Fragmentierung weiter zunimmt, sich teilweise wieder zurückbildet oder in eine neue Form politischer Lagerbildung übergeht.

Szenarien dürfen deshalb nicht als Prognosen verstanden werden. Sie beschreiben mögliche Entwicklungspfade, die aus den bislang untersuchten strukturellen Bedingungen hervorgehen können. Ihr Zweck besteht darin, unterschiedliche Kombinationen gesellschaftlicher, parteipolitischer und institutioneller Entwicklungen analytisch sichtbar zu machen. Kein Szenario muss in reiner Form eintreten. Wahrscheinlicher ist, dass sich einzelne Elemente verschiedener Entwicklungspfade miteinander verbinden und dass das Parteiensystem über längere Zeit zwischen unterschiedlichen Zuständen wechselt.

Die Zukunft des deutschen Parteiensystems ist nicht vorgegeben. Sie entsteht aus dem Zusammenwirken gesellschaftlicher Konfliktlinien, politischer Repräsentation, Wählerentscheidungen, Parteienstrategien und institutioneller Mehrheitsbildung.

Ausgangspunkt: ein Parteiensystem zwischen Auflösung und neuer Ordnung

Das gegenwärtige Parteiensystem befindet sich zwischen zwei historischen Ordnungen. Die frühere Konzentration auf wenige große Parteien ist deutlich geschwächt, eine neue stabile Struktur hat sich jedoch noch nicht vollständig herausgebildet. CDU/CSU und SPD besitzen weiterhin eine besondere historische und organisatorische Bedeutung, stehen aber wesentlich stärker im Wettbewerb mit Grünen, FDP, Linken, AfD und BSW. Die daraus entstehende politische Vielfalt ist strukturell stärker als in früheren Jahrzehnten.

Gleichzeitig bleiben die gesellschaftlichen Grundlagen dieser Parteienordnung beweglich. Neue Konflikte entstehen, bestehende verlieren oder gewinnen an Bedeutung, und Wähler können politische Positionen über verschiedene Konfliktachsen hinweg kombinieren. Die langfristige Parteienentwicklung hängt deshalb nicht allein davon ab, wie einzelne Parteien organisatorisch handeln. Sie hängt davon ab, welche gesellschaftlichen Konflikte dauerhaft mobilisierungsfähig werden und welche Parteien in der Lage sind, daraus stabile Repräsentationsräume zu entwickeln.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die entscheidende Frage lautet somit nicht, ob Deutschland zu einem bestimmten früheren Parteiensystem zurückkehren wird, sondern **welche neue Form politischer Bündelung aus einer dauerhaft differenzierteren Gesellschaft hervorgeht.**

Szenario 1: Weitergehende Fragmentierung

Im ersten Szenario setzt sich die bisherige Entwicklung fort. Traditionelle Parteibindungen werden weiter schwächer, die großen Parteien verlieren zusätzliche Teile ihrer früheren Integrationsfunktion und mehrere mittelgroße oder kleinere Parteien behaupten sich dauerhaft. Neue politische Angebote können entstehen, wenn bisher unzureichend repräsentierte Konfliktkombinationen sichtbar werden.

Ein solches Parteiensystem wäre durch eine hohe Vielfalt politischer Repräsentation gekennzeichnet. Unterschiedliche gesellschaftliche Milieus, politische Interessen und Wertorientierungen könnten relativ eigenständig organisiert werden. Parteien müssten weniger unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen innerhalb derselben Organisation verbinden und könnten spezifischere politische Profile entwickeln.

Die Kehrseite läge in steigenden Anforderungen an Koalitionsbildung und institutionelle Integration. Zweierkoalitionen würden seltener, Mehrparteienbündnisse häufiger. Politische Kompromisse müssten zunehmend zwischen mehreren Parteien ausgehandelt werden, deren Wähler jeweils ein klareres eigenes Profil erwarten. Die Repräsentationsleistung könnte dadurch steigen, während die Mehrheitsbildung komplexer wird.

Weitergehende Fragmentierung bedeutet mehr politische Differenzierung, aber zugleich eine stärkere Verlagerung demokratischer Integrationsarbeit in Koalitionen und parlamentarische Kompromisse.

Dieses Szenario wäre besonders wahrscheinlich, wenn gesellschaftliche Konfliktlinien dauerhaft multidimensional bleiben, neue Parteien stabile Wählerräume bilden und weder CDU/CSU noch SPD größere gesellschaftliche Bündnisse zurückgewinnen können.

Szenario 2: Partielle Rekonsolidierung

Ein zweiter Entwicklungspfad wäre eine teilweise Rekonsolidierung des Parteiensystems. Die frühere Dominanz von CDU/CSU und SPD würde dabei nicht vollständig zurückkehren. Eine oder mehrere größere Parteien könnten jedoch erneut breitere gesellschaftliche Integrationsräume aufbauen und dadurch Teile der bisherigen Fragmentierung zurücknehmen.

Eine solche Entwicklung könnte entstehen, wenn große Parteien neue politische Bündnisse zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erfolgreich herstellen.

Voraussetzung wäre weniger eine Rückkehr traditioneller Milieus als die Fähigkeit, neue soziale und kulturelle Konflikte innerhalb eines gemeinsamen politischen Projektes zu

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

verbinden. Damit würde sich das in Kapitel 64 entwickelte Modell einer modernisierten Integrationspartei bewähren.

Das Parteiensystem bliebe pluraler als in der klassischen Bundesrepublik. Grüne, liberale, linke oder rechte Parteien könnten weiterhin eigenständige politische Räume besetzen. Gleichzeitig könnten ein oder zwei größere Parteien erneut ausreichend stark werden, um Regierungsbildung zu vereinfachen und einen Teil gesellschaftlicher Konfliktvermittlung wieder stärker innerhalb ihrer eigenen Organisation zu leisten.

Partielle Rekonsolidierung wäre keine Rückkehr zum alten Volksparteiensystem, sondern die Entstehung neuer breiter Integrationsparteien innerhalb eines weiterhin pluralen Parteienwettbewerbs.

Dieses Szenario setzt voraus, dass gesellschaftliche Vielfalt politisch erneut stärker gebündelt werden kann. Es verlangt Parteien, die nicht nur ein enges Kernmilieu mobilisieren, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungsräume dauerhaft miteinander verbinden.

Szenario 3: Neue politische Lagerbildung

Ein dritter Entwicklungspfad wäre die stärkere Ausbildung neuer politischer Lager. Die Parteienzahl könnte dabei relativ hoch bleiben, während sich einzelne Parteien dauerhaft zu größeren politischen Blöcken ordnen. Entscheidend wäre weniger die Zahl der Parteien als die Frage, ob gesellschaftliche Konflikte zunehmend dieselben Gruppen auf dieselbe Seite des politischen Wettbewerbs führen.

Ein solches Lager könnte beispielsweise stärker durch gesellschaftliche Offenheit, ökologische Modernisierung, europäische Orientierung und kulturellen Liberalismus geprägt sein, während ein anderes stärker nationale Zugehörigkeit, Ordnung, Migrationsbegrenzung oder kulturelle Kontinuität betont. Die soziale Konfliktlinie würde diese Lager jedoch weiterhin durchschneiden. Deshalb wäre nicht zwangsläufig mit zwei vollständig homogenen Blöcken zu rechnen.

Neue Lagerbildung könnte politische Orientierung erleichtern, weil Regierungsalternativen und politische Konfliktlinien klarer erkennbar würden. Gleichzeitig wäre das Risiko größer, dass Parteienkoalitionen stark durch Lagergrenzen vorstrukturiert werden. Kompromissräume zwischen den Blöcken könnten kleiner werden, insbesondere wenn politische Zugehörigkeit zunehmend identitär aufgeladen wird.

Neue Lagerbildung stabilisiert ein fragmentiertes Parteiensystem nicht durch weniger Parteien, sondern durch eine stärkere Bündelung dieser Parteien in dauerhaft konkurrierende politische Blöcke.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die demokratische Bedeutung dieses Szenarios hinge wesentlich davon ab, ob Lagerkonkurrenz innerhalb eines gemeinsamen demokratischen Rahmens bleibt oder in antagonistische Polarisierung übergeht.

Szenario 4: Neuordnung quer zur klassischen Links-Rechts-Struktur

Ein besonders weitreichender Entwicklungspfad wäre eine grundlegende Neuordnung politischer Konfliktachsen. Die Entstehung des BSW zeigt bereits, dass soziale, kulturelle und außenpolitische Positionen in neuen Kombinationen auftreten können. Auch andere Parteien könnten ihre gesellschaftlichen Koalitionen langfristig neu zusammensetzen.

In diesem Szenario würde die klassische Links-Rechts-Achse ihre Bedeutung nicht vollständig verlieren, aber deutlich stärker von anderen Konfliktlinien überlagert. Politische Lager könnten beispielsweise stärker entlang von Offenheit und Schutz, Globalisierung und nationaler Kontrolle, ökologischer Transformation und wirtschaftlicher Sicherheit oder kultureller Liberalisierung und Kontinuität organisiert werden.

Dies könnte zur Entstehung neuer Parteitypen führen. Breite Parteien könnten gesellschaftliche Gruppen verbinden, die im bisherigen System unterschiedlichen Lagern angehören. Andere etablierte Parteien könnten dagegen an Bedeutung verlieren, wenn ihre historisch gewachsenen politischen Kombinationen nicht mehr zu den neuen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen passen.

Eine solche Neuordnung wäre weniger eine Erweiterung des vorhandenen Parteiensystems als eine Veränderung seiner politischen Grundarchitektur.

Szenario 5: Dauerhafte Volatilität ohne stabile Neuordnung

Neben Fragmentierung, Rekonsolidierung und Lagerbildung ist ein weiterer Entwicklungspfad denkbar: Das Parteiensystem könnte dauerhaft beweglich bleiben, ohne eine neue stabile Ordnung auszubilden. Parteien würden regelmäßig deutlich an Unterstützung gewinnen oder verlieren, neue Angebote könnten entstehen und wieder verschwinden, während größere Gruppen der Wählerschaft zwischen mehreren politischen Optionen wechseln.

Die zentrale Struktur wäre dann nicht eine neue stabile Parteienkonstellation, sondern **dauerhafte Volatilität**. Politische Bindung würde stärker von Themen, Personen, Regierungsbewertungen und kurzfristigen gesellschaftlichen Konflikten abhängen. Parteien müssten ihre Unterstützung bei jeder Wahl in erheblichem Umfang neu mobilisieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dieses Szenario könnte die demokratische Konkurrenz intensivieren und politische Anpassungsfähigkeit erhöhen. Gleichzeitig würde langfristige strategische Planung für Parteien schwieriger. Koalitionsmöglichkeiten könnten sich von Wahl zu Wahl erheblich verändern, und politische Organisationen stünden unter ständigem Druck, auf kurzfristige Stimmungen zu reagieren.

Dauerhafte Volatilität wäre damit eine eigenständige mögliche Ordnung – eine Ordnung, deren Stabilität gerade aus institutioneller Kontinuität bei gleichzeitig hoher elektoraler Beweglichkeit bestünde.

Die Rolle der Volksparteien als entscheidende Variable

Welche dieser Entwicklungen eintritt, hängt wesentlich von der Zukunft der großen Integrationsparteien ab. Wenn CDU/CSU und SPD ihre gesellschaftliche Reichweite weiter verlieren, wird Fragmentierung wahrscheinlicher. Gelingt mindestens einer dieser Parteien der Aufbau neuer breiter gesellschaftlicher Bündnisse, könnte sich das System teilweise rekonsolidieren.

Dabei ist entscheidend, dass gesellschaftliche Breite nicht durch programmatische Unbestimmtheit hergestellt werden kann. Parteien müssen ein erkennbares politisches Profil besitzen und gleichzeitig unterschiedliche Interessen miteinander verbinden. Gerade diese doppelte Aufgabe wird zum wichtigsten Prüfstein einer modernen Integrationspartei.

Die Entwicklung der Volksparteien beeinflusst damit nicht nur ihre eigenen Wahlergebnisse. Sie entscheidet mit darüber, **wo gesellschaftliche Konflikte integriert werden**: innerhalb großer Parteien oder zwischen mehreren Parteien durch Koalitionen.

Die Rolle neuer Parteien

Ebenso bedeutsam ist die Frage, ob neue Parteien dauerhafte gesellschaftliche Wählerräume entwickeln. Grüne und AfD zeigen, dass aus zunächst neuen politischen Angeboten stabile Bestandteile des Parteiensystems werden können. Die weitere Entwicklung von Linken, BSW und möglichen zukünftigen Parteien wird zeigen, welche Konflikträume langfristig eigenständige politische Organisationen tragen.

Neue Parteien können Repräsentationslücken schließen und damit die demokratische Anpassungsfähigkeit erhöhen. Sie können jedoch gleichzeitig die Fragmentierung verstärken. Entscheidend ist deshalb, ob neue politische Angebote lediglich kurzfristigen Protest organisieren oder langfristig stabile gesellschaftliche Interessen und politische Identitäten repräsentieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die langfristige Bedeutung einer neuen Partei entscheidet sich nicht an ihrem ersten Wahlerfolg, sondern daran, ob sie aus kurzfristiger Mobilisierung dauerhafte politische Repräsentation entwickeln kann.

Gerade an dieser Grenze zwischen Protest, Repräsentation und Institutionalisierung wird sich die zukünftige Struktur des Parteiensystems wesentlich entscheiden.

Gesellschaftliche Konfliktlinien als tieferliegende Ursache

Parteien können strategisch handeln, neue Programme entwickeln und ihre Organisation verändern. Die grundlegenden Entwicklungspfade des Parteiensystems werden jedoch wesentlich von der gesellschaftlichen Konfliktstruktur bestimmt. Wenn soziale, kulturelle, territoriale und generationelle Gegensätze dauerhaft voneinander getrennt bleiben, können unterschiedliche Parteien relativ eigenständige Wählergruppen organisieren. Überlagern sich diese Konflikte dagegen stärker, können neue Lager oder breite politische Bündnisse entstehen.

Besondere Bedeutung besitzt die Frage, ob Konfliktlinien sich **kreuzen oder verstärken**. Wenn wirtschaftlich unterschiedliche Gruppen kulturell ähnliche Positionen besitzen und kulturell unterschiedliche Gruppen gemeinsame soziale Interessen teilen, bleiben flexible politische Koalitionen möglich. Wenn dagegen dieselben sozialen, kulturellen, regionalen und identitätsbezogenen Unterschiede immer wieder dieselben politischen Gruppen voneinander trennen, können stabilere Lager entstehen.

Damit liegt eine zentrale Ursache zukünftiger Parteienentwicklung außerhalb der Parteien selbst: in der Struktur der Gesellschaft, die politisch repräsentiert werden muss.

Koalitionsfähigkeit als institutionelle Grenze der Fragmentierung

Auch institutionelle Bedingungen können die Entwicklung beeinflussen. Ein stark fragmentiertes Parteiensystem kann langfristig bestehen, wenn ausreichend viele Parteien bereit und fähig sind, miteinander zu koalieren. Mehrparteienkoalitionen können gesellschaftliche Vielfalt institutionell integrieren und stabile Regierungen ermöglichen.

Wenn jedoch die Zahl der Parteien außerhalb realistischer Koalitionsmöglichkeiten wächst oder programmatische Distanzen zwischen den verbleibenden Koalitionspartnern sehr groß werden, kann die Regierungsbildung zunehmend schwierig werden. Dann entsteht möglicherweise politischer Druck auf Parteien, größere Bündnisse zu bilden, sich programmatisch neu auszurichten oder neue Kooperationsformen zu entwickeln.

Die institutionelle Funktionsfähigkeit setzt der Fragmentierung deshalb keine feste mathematische Grenze, erzeugt aber politischen Anpassungsdruck.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ein Parteiensystem kann sehr plural sein, solange politische Differenzierung in handlungsfähige demokratische Mehrheiten übersetzt werden kann.

Damit wird Koalitionsfähigkeit zu einer der entscheidenden Variablen zukünftiger Systementwicklung.

Repräsentation und Integration als gegenläufige Anforderungen

Hinter sämtlichen Szenarien steht ein grundlegendes Spannungsverhältnis. Je differenzierter ein Parteiensystem gesellschaftliche Interessen abbildet, desto größer kann seine Repräsentationsgenauigkeit sein. Gleichzeitig steigt die Notwendigkeit, diese Interessen anschließend wieder miteinander zu verbinden.

Ein konzentriertes Parteiensystem integriert viel gesellschaftliche Differenz bereits innerhalb weniger großer Parteien, kann dabei jedoch bestimmte Interessen nur unzureichend sichtbar machen. Ein fragmentiertes System ermöglicht spezifischere Repräsentation, verlagert aber politische Integration stärker in Koalitionen und Institutionen.

Die Zukunft des Parteiensystems wird deshalb nicht durch die einfache Frage entschieden, ob viele oder wenige Parteien besser sind. Entscheidend ist das Verhältnis zwischen beiden demokratischen Funktionen:

Repräsentative Differenzierung ↔ politische Integration

Ein dauerhaft stabiles Parteiensystem muss beide Anforderungen gleichzeitig erfüllen. Es muss gesellschaftliche Vielfalt sichtbar machen, ohne daraus politische Handlungsunfähigkeit entstehen zu lassen.

Ein integriertes Szenarienmodell

Aus den bisherigen Befunden lässt sich die Entwicklung des Parteiensystems als offener Entscheidungsraum darstellen:

Gesellschaftlicher Strukturwandel + Auflösung traditioneller Milieus + mehrdimensionale Konfliktlinien → abnehmende langfristige Parteibindung und höhere Volatilität → neue Parteienangebote und veränderte politische Repräsentationsräume → zunehmende Fragmentierung → mehrere mögliche Entwicklungspfade:

- 1. Weitergehende Fragmentierung**, wenn gesellschaftliche Konflikte dauerhaft eigenständig organisiert bleiben;
- 2. Partielle Rekonsolidierung**, wenn größere Parteien neue gesellschaftliche Integrationsräume aufbauen;
- 3. Neue Lagerbildung**, wenn mehrere Konfliktlinien dauerhaft dieselben politischen Blöcke erzeugen;

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

4. Neuordnung politischer Konfliktachsen, wenn neue Kombinationen gesellschaftlicher Interessen die bisherige Links-Rechts-Struktur verändern;

5. Dauerhafte Volatilität, wenn politische Unterstützung beweglich bleibt und sich keine neue stabile Parteienordnung herausbildet.

Welcher Pfad dominiert, beeinflusst wiederum Koalitionsbildung, politische Repräsentation, Vertrauen und die weitere Entwicklung gesellschaftlicher Konflikte.

Das Modell verdeutlicht den rückgekoppelten Charakter der Transformation. Parteien reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen, verändern durch ihre Strategien aber zugleich den politischen Konfliktraum. Wahlergebnisse bestimmen Koalitionen, Koalitionen beeinflussen politische Entscheidungen, Entscheidungen verändern gesellschaftliche Wahrnehmungen und diese wirken wiederum auf die nächste Wahl zurück.

Keine Rückkehr zu einem statischen Parteiensystem

Unabhängig davon, welches Szenario langfristig stärker hervortritt, erscheint eine vollständige Rückkehr zur politischen Struktur der früheren Bundesrepublik wenig plausibel. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen haben sich zu stark verändert. Individualisierung, Bildungsexpansion, demografischer Wandel, Migration, kulturelle Pluralisierung, Digitalisierung und veränderte Arbeitswelten erzeugen dauerhaft vielfältigere politische Erfahrungsräume.

Dies bedeutet nicht, dass das Parteiensystem immer weiter fragmentieren muss. Neue Formen politischer Bündelung können entstehen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass zukünftige Stabilität anders organisiert sein wird als früher. Sie könnte auf neuen gesellschaftlichen Koalitionen, neuen Lagerstrukturen oder flexibleren Formen politischer Bindung beruhen.

Stabilität wäre dann nicht das Ergebnis unveränderlicher Parteibindungen, sondern die Fähigkeit des Systems, gesellschaftliche Veränderung kontinuierlich in politische Repräsentation und demokratische Mehrheitsbildung zu übersetzen.

Die zentrale Erkenntnis

Die Analyse des deutschen Parteiensystems führt nicht zu einer eindeutigen Prognose. Gerade dies ist ein wesentliches Ergebnis. Gesellschaftliche Transformation erzeugt politische Offenheit. Alte Bindungsstrukturen verlieren an Kraft, ohne dass bereits feststeht, welche neuen Strukturen dauerhaft an ihre Stelle treten.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Das deutsche Parteiensystem befindet sich nicht einfach auf dem Weg von einer alten zu einer bereits erkennbaren neuen Ordnung. Es bewegt sich innerhalb eines offenen Transformationsraumes, in dem weitergehende Fragmentierung, partielle

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Rekonsolidierung, neue Lagerbildung, neue Konfliktkombinationen und dauerhafte Volatilität gleichzeitig mögliche Entwicklungspfade darstellen. Entscheidend wird sein, ob politische Parteien gesellschaftliche Vielfalt so repräsentieren können, dass daraus weiterhin tragfähige demokratische Mehrheiten entstehen.

Damit ist **Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems** abgeschlossen. Die Analyse hat gezeigt, wie sich aus gesellschaftlichem Strukturwandel und veränderten Konfliktlinien eine neue Parteienordnung entwickelt: traditionelle Bindungen werden schwächer, neue Repräsentationsräume entstehen, das Parteiensystem fragmentiert sich, Wähler werden beweglicher und politische Integration verlagert sich stärker in Koalitionen und institutionelle Aushandlung.

Doch politische Repräsentation entsteht nicht allein aus gesellschaftlichen Interessen und Parteienangeboten. Zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und politischer Entscheidung liegt ein weiterer zentraler Raum: **die Wahrnehmung politischer Wirklichkeit**. Ob Menschen Institutionen vertrauen, Parteien als glaubwürdige Vertreter erleben und politische Konflikte als legitim oder als Ausdruck grundlegenden Systemversagens interpretieren, hängt wesentlich von Öffentlichkeit, Kommunikation und Vertrauen ab.

Damit beginnt der nächste große Untersuchungsschritt.

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Kapitel 66 – Politisches Vertrauen als Grundlage demokratischer Ordnung

Mit dem Übergang von der Analyse des Parteiensystems zur Untersuchung von Vertrauen, Öffentlichkeit und politischer Mobilisierung verändert sich die Perspektive. Im Mittelpunkt stehen nun nicht mehr primär Parteien, Wählerbewegungen und Koalitionen, sondern die Beziehungen, durch die Bürger politische Institutionen, Entscheidungen und Akteure wahrnehmen und bewerten. Diese Ebene ist für die Stabilität demokratischer Ordnung von grundlegender Bedeutung. Demokratie kann dauerhaft weder allein durch rechtliche Institutionen noch ausschließlich durch regelmäßige Wahlen stabilisiert werden. Sie benötigt eine gesellschaftliche Bereitschaft, demokratische Verfahren grundsätzlich anzuerkennen,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

politische Entscheidungen auch bei eigener Niederlage als legitim zustande gekommen zu akzeptieren und Institutionen eine begrenzte, überprüfbare Erwartung von Verlässlichkeit entgegenzubringen.

Politisches Vertrauen bedeutet dabei nicht Zustimmung zu jeder Regierung oder jeder politischen Entscheidung. Eine demokratische Ordnung lebt gerade von Kritik, Opposition, Machtwechsel und öffentlicher Kontrolle. Vertrauen und Kritik sind deshalb keine Gegensätze. Demokratisches Vertrauen ist vielmehr ein **institutionell begrenztes Vertrauen unter Bedingungen möglicher Kontrolle**. Bürger müssen politischen Akteuren nicht vorbehaltlos vertrauen; sie müssen jedoch darauf vertrauen können, dass Regeln gelten, Verfahren grundsätzlich funktionieren, Macht kontrollierbar bleibt und politische Veränderung innerhalb der demokratischen Ordnung möglich ist.

Demokratie benötigt kein blindes Vertrauen. Sie benötigt ein belastbares Grundvertrauen darin, dass politische Konflikte nach anerkannten Regeln ausgetragen, Macht begrenzt, Entscheidungen überprüfbar und politische Alternativen grundsätzlich möglich bleiben.

Vertrauen als Verbindung zwischen Bürger und politischer Ordnung

Politische Institutionen sind für den einzelnen Bürger nur teilweise unmittelbar erfahrbar. Die meisten politischen Entscheidungen entstehen in komplexen Verfahren, an denen Parlamente, Regierungen, Verwaltungen, Gerichte, Parteien, Länder, Kommunen und teilweise europäische Institutionen beteiligt sind. Bürger können diese Prozesse nicht fortlaufend

vollständig beobachten. Jede demokratische Ordnung benötigt deshalb ein Mindestmaß an Vertrauen, das politische Handlungsfähigkeit ermöglicht, obwohl nicht jeder einzelne Entscheidungsschritt individuell kontrolliert werden kann.

Dieses Vertrauen besitzt eine wichtige Entlastungsfunktion. Wer grundsätzlich davon ausgehen kann, dass Institutionen regelgebunden arbeiten, muss nicht jede politische Handlung als potenziellen Machtmissbrauch betrachten. Gleichzeitig darf demokratisches Vertrauen niemals grenzenlos sein. Gewaltenteilung, parlamentarische Opposition, unabhängige Gerichte, freie Medien und öffentliche Kontrolle beruhen gerade auf der Einsicht, dass politische Macht überprüft werden muss.

Die demokratische Besonderheit besteht deshalb in der Verbindung von Vertrauen und institutionalisierter Skepsis. Bürger können der politischen Ordnung vertrauen, weil sie wissen, dass Macht nicht ausschließlich auf persönlicher Vertrauenswürdigkeit beruht, sondern rechtlich und institutionell begrenzt wird.

Vertrauen besitzt unterschiedliche Ebenen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politisches Vertrauen ist kein einheitlicher Zustand. Bürger können einer bestimmten Regierung misstrauen und gleichzeitig großes Vertrauen in die demokratische Ordnung besitzen. Sie können einzelne Parteien ablehnen und dennoch Parlament, Verfassungsordnung oder Gerichte grundsätzlich anerkennen. Ebenso können sie mit konkreten politischen Entscheidungen zufrieden sein, ohne deshalb ein besonders starkes allgemeines Institutionenvertrauen zu entwickeln.

Für die Analyse muss deshalb zwischen mehreren Ebenen unterschieden werden: Vertrauen in einzelne politische Personen, Vertrauen in Parteien und Regierungen, Vertrauen in politische Institutionen und Vertrauen in die demokratische Ordnung als solche. Diese Ebenen können sich gegenseitig beeinflussen, müssen aber analytisch getrennt bleiben.

Gerade diese Differenzierung verhindert eine vorschnelle Krisendiagnose. Sinkende Zustimmung zu einer Regierung bedeutet noch keine demokratische Vertrauenskrise. Auch starke Kritik an Parteien kann Ausdruck lebendigen demokratischen Wettbewerbs sein. Erst wenn Misstrauen dauerhaft von konkreten Akteuren auf Institutionen und schließlich auf die demokratische Ordnung selbst übertragen wird, verändert sich die Qualität des Problems.

Regierungsunzufriedenheit ist nicht Institutionenmisstrauen, und Institutionenmisstrauen ist nicht automatisch Systemmisstrauen. Für die Beurteilung demokratischer Stabilität ist diese Unterscheidung grundlegend.

Vom politischen Unmut zum Systemmisstrauen

Vertrauensverlust kann sich schrittweise entwickeln. Ausgangspunkt kann die Enttäuschung über eine konkrete politische Entscheidung sein. Wird diese Enttäuschung wiederholt oder mit anderen Erfahrungen verbunden, kann daraus eine grundsätzlichere Skepsis gegenüber politischen Akteuren entstehen. Werden Parteien schließlich als austauschbar oder nicht responsiv wahrgenommen, kann sich Misstrauen auf parlamentarische und staatliche Institutionen ausweiten.

Der mögliche Verlauf lässt sich als abgestufter Prozess darstellen:

Politische Unzufriedenheit → Akteursmisstrauen → Parteien- und Regierungsdistanz → Institutionenmisstrauen → mögliches Systemmisstrauen.

Diese Entwicklung ist keineswegs zwangsläufig. Demokratische Systeme verfügen über zahlreiche Möglichkeiten der Korrektur. Wahlen können Regierungen ablösen, Parteien können ihre Programme verändern, Gerichte können Entscheidungen überprüfen und öffentliche Kritik kann politische Reaktionen auslösen. Gerade diese Korrekturmöglichkeiten

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

können verhindern, dass konkrete Unzufriedenheit zu grundsätzlicher Ablehnung der demokratischen Ordnung wird.

Problematisch wird es dort, wo Bürger nicht mehr nur eine Entscheidung oder Regierung ablehnen, sondern zu der Überzeugung gelangen, politische Veränderung sei innerhalb der bestehenden Ordnung grundsätzlich nicht möglich. Dann kann aus Kritik politische Entfremdung entstehen.

Vertrauen und politische Repräsentation

Die Ergebnisse von Teil IV zeigen, dass politisches Vertrauen eng mit der Wahrnehmung politischer Repräsentation verbunden ist. Menschen müssen nicht erwarten, dass ihre bevorzugte Partei immer regiert oder ihre politischen Vorstellungen vollständig umgesetzt werden. Sie benötigen jedoch die Erfahrung, dass ihre Interessen grundsätzlich artikulierbar sind und innerhalb des politischen Wettbewerbs berücksichtigt werden können.

Repräsentationslücken können deshalb Vertrauensprobleme verstärken. Wenn Bürger über längere Zeit keine Partei als anschlussfähig wahrnehmen oder den Eindruck gewinnen, bestimmte gesellschaftliche Erfahrungen würden von politischen Akteuren grundsätzlich nicht verstanden, kann sich Distanz entwickeln. Diese Distanz richtet sich zunächst häufig gegen Parteien, kann aber auf politische Institutionen übertragen werden.

Umgekehrt können neue Parteien Vertrauen in demokratische Repräsentation auch wiederherstellen, indem sie bislang unzureichend repräsentierte Interessen in das parlamentarische System integrieren. Parteienfragmentierung besitzt deshalb auch auf der Vertrauensebene eine ambivalente Bedeutung. Sie kann Ausdruck gesellschaftlicher Distanz sein, zugleich aber einen demokratischen Anpassungsmechanismus darstellen.

Entscheidend bleibt, ob politische Konkurrenz innerhalb eines gemeinsam anerkannten demokratischen Rahmens stattfindet.

Verfahren, Ergebnis und wahrgenommene Fairness

Politische Vertrauenserfahrungen entstehen nicht allein durch die inhaltlichen Ergebnisse staatlichen Handelns. Ebenso wichtig ist die Wahrnehmung der Verfahren, durch die Entscheidungen zustande kommen. Bürger können eine Entscheidung ablehnen und sie dennoch akzeptieren, wenn sie den Entscheidungsprozess als rechtmäßig, transparent und grundsätzlich fair beurteilen.

Demokratische Legitimität besitzt deshalb mindestens drei miteinander verbundene Dimensionen. Erstens geht es um politische Beteiligung und Repräsentation: Werden gesellschaftliche Interessen aufgenommen? Zweitens geht es um die Qualität der Verfahren:

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Sind Entscheidungen nachvollziehbar, regelgebunden und kontrollierbar? Drittens geht es um Ergebnisse: Ist das politische System in der Lage, gesellschaftlich relevante Probleme angemessen zu bearbeiten?

Diese Dimensionen können sich gegenseitig teilweise ausgleichen, aber nicht dauerhaft ersetzen. Gute politische Ergebnisse können mangelnde Verfahrenslegitimität nicht unbegrenzt kompensieren. Umgekehrt reicht ein formal korrektes Verfahren langfristig nicht aus, wenn politische Institutionen als dauerhaft wirkungslos wahrgenommen werden.

Demokratisches Vertrauen entsteht im Zusammenspiel von wahrgenommener Repräsentation, fairen und nachvollziehbaren Verfahren sowie der Erfahrung, dass politische Institutionen grundsätzlich in der Lage sind, gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten.

Komplexität und die Schwierigkeit der Verantwortungszuschreibung

Die institutionelle Komplexität moderner Demokratien stellt Vertrauen vor besondere Herausforderungen. Politische Entscheidungen entstehen häufig über mehrere Ebenen hinweg. Bund, Länder, Kommunen und Europäische Union können gleichzeitig beteiligt sein. Hinzu kommen Verwaltungen, Gerichte, unabhängige Institutionen und gesellschaftliche Akteure. Diese Arbeitsteilung kann sachlich notwendig und institutionell sinnvoll sein, erschwert jedoch die eindeutige Zuschreibung politischer Verantwortung.

Wenn Bürger nicht erkennen können, wer für eine Entscheidung verantwortlich ist, kann politische Unzufriedenheit diffus werden. Unterschiedliche Akteure können Verantwortung weiterreichen oder Erfolge sich selbst und Misserfolge anderen Ebenen zuschreiben. Dadurch entsteht eine Wahrnehmung politischer Undurchsichtigkeit, obwohl die einzelnen institutionellen Verfahren formal funktionieren.

Gerade deshalb besitzt Verständlichkeit eine demokratische Funktion. Komplexität lässt sich nicht vollständig beseitigen, aber politische Verantwortlichkeit muss trotz komplexer Entscheidungsstrukturen erkennbar bleiben. Vertrauen benötigt nicht vollständige Einfachheit, wohl aber nachvollziehbare Zuständigkeit.

Politische Leistung und die Erwartung staatlicher Problemlösung

Vertrauen wird außerdem davon beeinflusst, welche Erwartungen Bürger an politische Institutionen richten. Moderne Staaten übernehmen Verantwortung in einer großen Zahl gesellschaftlicher Bereiche. Dadurch steigt zugleich die Erwartung, dass Politik wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit, Infrastruktur, innere Sicherheit, Migration, Bildung, Energieversorgung und zahlreiche weitere Herausforderungen wirksam bearbeiten kann.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und tatsächlichen politischen Handlungsmöglichkeiten kann jedoch eine erhebliche Lücke entstehen. Viele Probleme besitzen langfristige Ursachen, unterliegen internationalen Entwicklungen oder erfordern Zielkonflikte, die keine vollständig befriedigende Lösung ermöglichen. Politik kann beispielsweise gleichzeitig wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, soziale Absicherung, ökologische Transformation und niedrige Belastungen anstreben, diese Ziele aber nicht immer konfliktfrei verwirklichen.

Werden politische Möglichkeiten systematisch überschätzt, können unerfüllbare Erwartungen dauerhaftes Misstrauen erzeugen. Umgekehrt darf Komplexität nicht als pauschale Entschuldigung für politische Fehlleistungen dienen. Demokratisches Vertrauen benötigt deshalb eine realistische Kommunikation darüber, **was Politik leisten kann, welche Zielkonflikte bestehen und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.**

Gesellschaftliche Erfahrung und institutionelles Vertrauen

Politisches Vertrauen entsteht nicht nur durch nationale politische Debatten. Für viele Menschen entwickelt es sich in konkreten Alltagserfahrungen mit staatlichen und öffentlichen Institutionen. Schulen, kommunale Verwaltungen, Polizei, öffentliche Verkehrsmittel, soziale Dienste, Gesundheitsversorgung und lokale Infrastruktur prägen die Wahrnehmung staatlicher Funktionsfähigkeit unmittelbar.

Wenn solche Institutionen erreichbar, verlässlich und respektvoll handeln, kann daraus Vertrauen entstehen. Werden öffentliche Leistungen dagegen dauerhaft als unzugänglich, überfordert oder ungerecht wahrgenommen, können einzelne Erfahrungen auf das politische System insgesamt übertragen werden. Die Kommune besitzt deshalb als unmittelbarer demokratischer Erfahrungsraum besondere Bedeutung.

Dies erklärt zugleich, warum regionale Unterschiede politische Vertrauensstrukturen beeinflussen können. Gesellschaften erleben staatliche Leistungsfähigkeit nicht überall gleich. Ein funktionierendes institutionelles Zentrum kann neben Regionen bestehen, in denen Bürger Rückzug, Infrastrukturverlust oder mangelnde öffentliche Präsenz erfahren. Nationale Vertrauenswerte verdecken solche Unterschiede teilweise.

Anerkennung, Status und Vertrauen

Vertrauen besitzt neben seiner institutionellen auch eine soziale Dimension. Bürger beurteilen politische Ordnung nicht ausschließlich danach, welche materiellen Leistungen sie erhalten. Sie fragen ebenso, ob ihre Lebensweise, ihre Arbeit, ihre Region und ihre gesellschaftlichen Erfahrungen wahrgenommen und respektiert werden.

Das in früheren Kapiteln untersuchte Problem von Anerkennung und Statusverlust wird deshalb für politisches Vertrauen relevant. Wer gesellschaftliche Veränderung als Verlust eigener Anerkennung erlebt, kann politische Institutionen als Teil dieses

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Veränderungsprozesses wahrnehmen. Besonders dann, wenn politische Kommunikation bestimmte Gruppen pauschalisiert oder moralisch abwertet, können sachpolitische Konflikte in umfassendere Entfremdung übergehen.

Demokratische Anerkennung bedeutet wiederum nicht, jede Wahrnehmung oder Forderung zu bestätigen. Sie verlangt jedoch, Menschen als politische Subjekte ernst zu nehmen und Konflikte innerhalb eines gemeinsamen demokratischen Rahmens auszutragen. Die Erfahrung, gehört zu werden, kann Vertrauen stabilisieren, selbst wenn die eigene Position politisch nicht durchgesetzt wird.

Vertrauen in einer polarisierten Öffentlichkeit

Die Veränderung der Medienöffentlichkeit beeinflusst politische Vertrauensbildung erheblich. In einer fragmentierten digitalen Öffentlichkeit begegnen Bürger unterschiedlichen Informationsräumen, politischen Deutungen und Bewertungen institutioneller Wirklichkeit. Dieselbe politische Entscheidung kann dadurch in völlig unterschiedlichen Kontexten erscheinen.

Problematisch wird dies, wenn Vertrauen zunehmend lagergebunden wird. Institutionen werden dann nicht mehr nach relativ gemeinsamen Kriterien beurteilt, sondern danach, ob ihre Entscheidungen mit den Erwartungen des eigenen politischen Lagers übereinstimmen. Gerichte, Medien, Wissenschaft oder Verwaltung können ihre Glaubwürdigkeit aus Sicht einzelner Gruppen verlieren, sobald ihre Ergebnisse politisch unerwünscht erscheinen.

Aus allgemeinem Institutionenvertrauen kann dadurch **selektives Lagervertrauen** werden. Die eigene politische Seite gilt als glaubwürdig, während Institutionen und Akteure der Gegenseite grundsätzlich verdächtigt werden. Eine solche Entwicklung erschwert demokratische Konfliktverarbeitung, weil die gemeinsame Grundlage zur Beurteilung politischer Verfahren schwächer wird.

Die kommenden Kapitel werden deshalb genauer untersuchen müssen, wie Öffentlichkeit, Medienstrukturen und politische Kommunikation auf Vertrauen und Wahrnehmung einwirken.

Misstrauen als notwendiges demokratisches Korrektiv

Eine Analyse politischen Vertrauens darf Misstrauen nicht grundsätzlich negativ bewerten. Demokratie entstand historisch gerade aus der Einsicht, dass politische Macht kontrolliert werden muss. Opposition, investigative Medien, parlamentarische Kontrolle und unabhängige Gerichte institutionalisieren Misstrauen gegenüber Macht.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kritische Bürger können demokratische Institutionen stabilisieren, indem sie Fehlentwicklungen erkennen, Transparenz verlangen und politische Verantwortung einfordern. Entscheidend ist deshalb die Form des Misstrauens. Demokratisches Misstrauen verlangt Begründung, Kontrolle und gegebenenfalls Korrektur. Systemisches Misstrauen geht dagegen davon aus, dass Verfahren unabhängig von überprüfbaren Tatsachen grundsätzlich manipuliert oder illegitim seien.

Die Grenze verläuft somit nicht zwischen Vertrauen und Misstrauen, sondern zwischen **kritischem Vertrauen und pauschaler Delegitimierung**.

Eine demokratische Ordnung benötigt Bürger, die Institutionen weder blind vertrauen noch grundsätzlich verdächtigen. Ihre Stabilität beruht auf der Verbindung von grundsätzlicher Anerkennung, kritischer Kontrolle und realer Möglichkeit politischer Korrektur.

Ein Modell politischer Vertrauensbildung

Politisches Vertrauen kann innerhalb des Gesamtmodells dieser Untersuchung als rückgekoppelter Prozess verstanden werden:

Gesellschaftliche Lebensbedingungen und persönliche Erfahrungen → Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderung → politische Erwartungen → Erfahrung politischer Repräsentation → Wahrnehmung institutioneller Verfahren und politischer Entscheidungen → öffentliche und mediale Deutung → Bewertung politischer Akteure und Institutionen → Entstehung beziehungsweise Veränderung politischen Vertrauens → politische Beteiligung, Wahlentscheidung, Protest oder Rückzug → Veränderung politischer Repräsentation und institutioneller Mehrheiten → neue politische Entscheidungen und gesellschaftliche Erfahrungen.

Damit ist Vertrauen weder ausschließlich individuelle Einstellung noch unmittelbares Ergebnis politischer Leistung. Es entsteht aus der Verbindung gesellschaftlicher Erfahrung, politischer Wahrnehmung, institutioneller Verfahren und öffentlicher Interpretation.

Gerade deshalb kann Vertrauen relativ stabil sein und dennoch durch längerfristige Erfahrungen verändert werden. Einzelne politische Konflikte führen nicht zwangsläufig zu einer Vertrauenskrise. Werden jedoch wiederholte negative Erfahrungen innerhalb eines gemeinsamen Deutungsmusters miteinander verbunden, kann sich aus konkreter Unzufriedenheit ein umfassenderes Misstrauen entwickeln.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die zentrale Erkenntnis

Politisches Vertrauen ist keine bedingungslose Zustimmung zu politischen Akteuren und keine Voraussetzung dafür, dass Bürger mit politischen Entscheidungen zufrieden sein müssen. Es ist eine grundlegende Erwartung institutioneller Verlässlichkeit innerhalb einer Ordnung, die Kritik, Kontrolle und Machtwechsel ausdrücklich ermöglicht.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Demokratische Stabilität benötigt weder vollständige politische Zustimmung noch unkritisches Institutionenvertrauen. Sie benötigt ein belastbares Grundvertrauen darin, dass politische Konflikte innerhalb anerkannter Regeln ausgetragen werden, gesellschaftliche Interessen grundsätzlich repräsentierbar bleiben, Macht kontrolliert werden kann und politische Veränderung innerhalb der demokratischen Ordnung möglich ist.

Gerade deshalb muss im nächsten Schritt genauer unterschieden werden, **wem** Bürger politisch vertrauen oder misstrauen. Vertrauen in die Demokratie als Ordnung kann

fortbestehen, während Vertrauen in Parteien, Parlament oder Regierung unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Ebenso können Vertrauensverluste bei einzelnen Akteuren auf andere Institutionen übergreifen, ohne dass dies zwangsläufig geschieht.

Diese Differenzierung bildet den Ausgangspunkt des folgenden Kapitels.

Kapitel 67 – Vertrauen in Parteien, Parlamente und Regierung

Politisches Vertrauen richtet sich nicht auf „die Politik“ als einheitlichen Gegenstand. Bürger unterscheiden zwischen Parteien, Parlamenten, Regierungen, einzelnen politischen Persönlichkeiten und der demokratischen Ordnung insgesamt. Diese Differenzierung ist für die Analyse unverzichtbar, weil Vertrauensverluste auf einer Ebene nicht automatisch auf andere Ebenen übergreifen. Ein Bürger kann eine Regierung ablehnen und dennoch großes Vertrauen in das Parlament besitzen. Er kann Parteien kritisch beurteilen und gleichzeitig demokratische Wahlen und institutionelle Verfahren grundsätzlich anerkennen. Ebenso kann Vertrauen in einzelne politische Akteure relativ hoch sein, obwohl gegenüber Parteien als Organisationen größere Distanz besteht.

Die verschiedenen Vertrauensebenen erfüllen zudem unterschiedliche demokratische Funktionen. Parteien organisieren politische Alternativen und gesellschaftliche Interessen, Parlamente bündeln diese Repräsentation innerhalb institutionalisierter Entscheidungsverfahren, und Regierungen tragen Verantwortung für konkrete politische

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Entscheidungen und deren Umsetzung. Vertrauen entsteht deshalb jeweils unter anderen Bedingungen. Parteien werden stärker hinsichtlich Repräsentation und Glaubwürdigkeit beurteilt, Parlamente hinsichtlich demokratischer Fairness und öffentlicher Debatte, Regierungen stärker hinsichtlich Führung, Leistung und Problemlösungsfähigkeit. Für die Stabilität demokratischer Ordnung ist entscheidend, dass Kritik an einzelnen Akteuren nicht dauerhaft in die Überzeugung übergeht, das gesamte institutionelle System sei grundsätzlich nicht vertrauenswürdig.

Demokratisches Vertrauen ist institutionell differenziert. Parteien, Parlamente und Regierungen erfüllen unterschiedliche Aufgaben und werden deshalb nach unterschiedlichen Erwartungen beurteilt. Vertrauensverlust muss ebenso differenziert analysiert werden wie Vertrauen selbst.

Parteienvertrauen und gesellschaftliche Repräsentation

Parteien stehen an einer besonders sensiblen Schnittstelle zwischen Gesellschaft und politischer Institution. Sie sollen Interessen aufnehmen, politische Alternativen formulieren, Personal auswählen, Wahlen bestreiten und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess integrieren. Gerade deshalb werden sie häufig besonders kritisch beurteilt. Bürger erleben Parteien nicht nur als staatliche Institutionen, sondern als konkurrierende Organisationen mit strategischen Interessen, innerparteilichen Machtkämpfen und eigenständigen Kommunikationszielen.

Vertrauen in Parteien hängt wesentlich davon ab, ob sie als glaubwürdige Vertreter gesellschaftlicher Interessen wahrgenommen werden. Dabei spielt nicht nur programmatische Übereinstimmung eine Rolle. Ebenso wichtig ist, ob politische Positionen als konsistent, nachvollziehbar und gesellschaftlich anschlussfähig erscheinen. Parteien verlieren Vertrauen, wenn zwischen angekündigten und tatsächlichen politischen Entscheidungen große Unterschiede wahrgenommen werden oder wenn ihre Kommunikation stärker taktisch als inhaltlich begründet erscheint.

Die in Teil IV untersuchte Auflösung langfristiger Parteibindungen verändert diese Vertrauensbeziehung zusätzlich. Parteien können Loyalität weniger voraussetzen und müssen Glaubwürdigkeit stärker fortlaufend herstellen. Damit wird Vertrauen beweglicher und zugleich anspruchsvoller.

Parteien zwischen notwendigem Wettbewerb und öffentlicher Skepsis

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ein strukturelles Problem des Parteienvertrauens liegt darin, dass demokratischer Wettbewerb zwangsläufig strategisches Verhalten erzeugt. Parteien müssen sich unterscheiden, Mehrheiten gewinnen, eigene Themen hervorheben und politische Konkurrenten kritisieren. Dieses Verhalten ist funktional notwendig, kann aus gesellschaftlicher Perspektive jedoch als Machtorientierung oder parteipolitische Selbstbezogenheit wahrgenommen werden.

Besonders dann, wenn parteipolitische Auseinandersetzungen stark personalisiert oder konfliktorientiert erscheinen, kann der Eindruck entstehen, Parteien beschäftigen sich stärker miteinander als mit gesellschaftlichen Problemen. Diese Wahrnehmung muss nicht der tatsächlichen politischen Arbeit entsprechen, kann aber Vertrauen beeinflussen.

Parteien stehen deshalb vor einer schwierigen Aufgabe: Sie müssen Wettbewerb sichtbar machen, ohne den Eindruck zu erzeugen, demokratische Politik bestehe ausschließlich aus taktischer Konkurrenz. Vertrauen entsteht dort eher, wo Bürger erkennen können, dass parteipolitische Differenz reale politische Alternativen ausdrückt und nicht lediglich strategische Abgrenzung.

Parteien benötigen politische Unterscheidbarkeit, dürfen aber nicht den Eindruck erzeugen, dass Wettbewerb zum Selbstzweck geworden ist. Glaubwürdigkeit entsteht dort, wo programmatische Differenz mit nachvollziehbarer Verantwortung verbunden bleibt.

Das Parlament als Ort organisierter politischer Differenz

Parlamente besitzen eine andere Vertrauensgrundlage. Ihre demokratische Funktion besteht gerade darin, unterschiedliche Interessen und politische Positionen öffentlich zusammenzuführen. Konflikt ist deshalb kein Zeichen parlamentarischen Versagens, sondern Ausdruck pluralistischer Repräsentation. Ein Parlament ohne politische Auseinandersetzung wäre keine besonders stabile Demokratie, sondern würde die gesellschaftliche Vielfalt unsichtbar machen.

Vertrauen in Parlamente hängt deshalb nicht davon ab, dass dort Einigkeit herrscht. Entscheidend ist vielmehr, ob politische Differenzen innerhalb anerkannter Regeln ausgetragen werden, oppositionelle Rechte respektiert bleiben und Entscheidungen transparent sowie nachvollziehbar zustande kommen. Bürger müssen erkennen können, dass politische Minderheiten gehört werden, auch wenn sie am Ende unterliegen.

Parlamentarische Auseinandersetzungen können jedoch unterschiedlich wahrgenommen werden. Sachlich begründeter Streit kann demokratische Legitimität stärken. Dauerhafte Inszenierung, persönliche Herabsetzung oder reine Blockade können dagegen den Eindruck institutioneller Dysfunktion erzeugen. Für das parlamentarische Vertrauen ist deshalb nicht die Abwesenheit von Konflikt entscheidend, sondern seine demokratische Qualität.

Mehrheitsentscheidung und Minderheitenrechte

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Vertrauen in parlamentarische Institutionen beruht wesentlich auf der Verbindung von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz. Eine demokratische Mehrheit benötigt das Recht, Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig darf sie oppositionelle Kräfte nicht aus dem politischen Prozess ausschließen oder ihre institutionellen Rechte untergraben.

Diese Balance ist für die Legitimität parlamentarischer Entscheidungen zentral. Bürger können politische Niederlagen akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass das Verfahren fair war, oppositionelle Positionen gehört wurden und bei zukünftigen Wahlen reale Möglichkeiten politischer Veränderung bestehen.

Die bereits entwickelte demokratische Grundregel gewinnt an dieser Stelle erneut Bedeutung:

Die Mehrheit besitzt das Recht zu entscheiden, aber nicht das Recht, die politische Existenz der Minderheit zu beseitigen. Die Minderheit besitzt das Recht auf Opposition, aber nicht das Recht, demokratisch zustande gekommene Entscheidungen allein deshalb grundsätzlich für illegitim zu erklären, weil sie unterlegen ist.

Wo diese gegenseitige Anerkennung erhalten bleibt, kann parlamentarische Konkurrenz Vertrauen stabilisieren. Wo sie verloren geht, können institutionelle Konflikte zu umfassenderen Legitimationsproblemen werden.

Regierungsvertrauen zwischen Leistung und politischer Verantwortung

Regierungen werden stärker als andere Institutionen nach konkreten politischen Ergebnissen beurteilt. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Sicherheit, Migration, öffentliche Infrastruktur, Energieversorgung, innere und äußere Sicherheit oder Krisenmanagement können unmittelbar auf Regierungsvertrauen wirken. Bürger schreiben Regierungen politische Verantwortung zu, selbst wenn viele Entwicklungen nur teilweise durch nationale Politik beeinflusst werden können.

Gerade darin liegt eine zentrale Herausforderung. Moderne Regierungen handeln innerhalb komplexer nationaler, europäischer und internationaler Abhängigkeiten. Gleichzeitig bleibt das politische Erwartungsmuster häufig stärker national: Regierungen sollen Probleme lösen und Verantwortung übernehmen. Wenn politische Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Erwartungen auseinanderfallen, kann Vertrauen schnell sinken.

Regierungsvertrauen ist deshalb besonders konjunkturabhängig. Es kann sich innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit verändern, ohne dass damit das Vertrauen in die demokratische Ordnung insgesamt zusammenbricht. Diese Beweglichkeit gehört zur Demokratie. Regierungen müssen kritisierbar und abwählbar sein.

Eine Demokratie benötigt keine dauerhaft vertrauenswürdige Regierung, sondern Institutionen, in denen Regierungen Vertrauen gewinnen, verlieren und durch politische Alternativen ersetzt werden können.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Koalitionsregierungen und geteilte Verantwortung

Die zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems verändert auch die Bedingungen von Regierungsvertrauen. Mehrparteienkoalitionen erschweren die eindeutige Zuordnung politischer Verantwortung. Bürger können häufig nur begrenzt erkennen, welche politische Entscheidung auf welchem Koalitionspartner beruht, welcher Kompromiss erforderlich war und welche Partei ihre ursprüngliche Position durchsetzen konnte.

Dies kann zu einem Vertrauensproblem führen, wenn politische Verantwortung innerhalb der Regierung kommunikativ aufgespalten wird. Parteien können versuchen, erfolgreiche Entscheidungen sich selbst zuzuschreiben und unpopuläre Kompromisse den Partnern anzulasten. Kurzfristig mag dies dem eigenen Profil dienen; langfristig kann es jedoch die gemeinsame Regierungsautorität schwächen.

Koalitionsregierungen benötigen deshalb eine besondere Form politischer Transparenz. Unterschiedliche Positionen dürfen sichtbar bleiben, aber gemeinsame Entscheidungen müssen als gemeinsam verantwortete Entscheidungen erkennbar sein. Andernfalls entsteht der Eindruck einer Regierung, die gleichzeitig entscheidet und sich von ihren eigenen Entscheidungen distanziert.

Parlament und Regierung im Spannungsverhältnis

In parlamentarischen Demokratien besteht zwischen Parlament und Regierung ein enges Verhältnis, das aus gesellschaftlicher Perspektive nicht immer leicht zu unterscheiden ist. Die Regierung stützt sich auf eine parlamentarische Mehrheit, während die Opposition die Regierung kontrolliert. Dadurch kann das Parlament teilweise als Verlängerung der Regierungsmehrheit wahrgenommen werden.

Für Vertrauen ist deshalb wichtig, dass parlamentarische Kontrolle tatsächlich sichtbar bleibt. Ausschüsse, Fragerechte, Untersuchungsausschüsse, öffentliche Debatten und oppositionelle Initiativen zeigen, dass Regierungshandeln nicht außerhalb institutioneller Kontrolle steht. Auch innerhalb der Regierungsfractionen muss parlamentarische Verantwortung mehr sein als automatische Zustimmung.

Das Vertrauen in das Parlament kann leiden, wenn der Eindruck entsteht, wesentliche Entscheidungen würden ausschließlich außerhalb parlamentarischer Debatten getroffen oder das Parlament bestätige lediglich bereits festgelegte Ergebnisse. Umgekehrt kann ein Parlament Vertrauen stärken, wenn politische Alternativen, Konflikte und Begründungen transparent sichtbar werden.

Personalisierung und Vertrauen in politische Führung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politisches Vertrauen richtet sich zunehmend auch auf einzelne Personen. Medienlogik, digitale Kommunikation und die Personalisierung von Wahlkämpfen verstärken diese Entwicklung. Parteien und Regierungen werden häufig über ihre führenden Persönlichkeiten wahrgenommen, wodurch persönliche Glaubwürdigkeit, Kommunikationsstil und wahrgenommene Kompetenz erhebliches Gewicht gewinnen.

Personenbezogenes Vertrauen kann politische Orientierung erleichtern. Bürger müssen nicht jedes Detail eines Programms kennen, sondern können politische Verantwortung teilweise an bekannte Repräsentanten binden. Gleichzeitig kann starke Personalisierung institutionelles Vertrauen anfälliger machen. Wenn die Wahrnehmung einer Partei oder Regierung fast vollständig von einzelnen Personen abhängt, können persönliche Krisen oder Führungswechsel das Vertrauen in die gesamte Organisation erheblich beeinflussen.

Eine stabile demokratische Ordnung sollte deshalb personenbezogenes Vertrauen ermöglichen, ohne institutionelle Legitimität davon abhängig zu machen. Persönlichkeiten repräsentieren Institutionen; sie dürfen sie jedoch nicht ersetzen.

Vertrauensverlust durch widersprüchliche Erwartungen

Parteien, Parlamente und Regierungen werden teilweise mit Erwartungen konfrontiert, die sich gegenseitig widersprechen. Parteien sollen klare Positionen vertreten und gleichzeitig kompromissfähig sein. Parlamente sollen intensive Debatten führen, aber nicht zerstritten wirken. Regierungen sollen schnell handeln, zugleich umfassend beraten, Beteiligung ermöglichen und keine Fehler machen.

Solche Erwartungskonflikte können Vertrauensprobleme verstärken. Ein politischer Kompromiss kann als verantwortungsvoll oder als Wortbruch interpretiert werden. Eine intensive parlamentarische Debatte kann als lebendige Demokratie oder als politische Zerstrittenheit erscheinen. Schnelles Regierungshandeln kann als Führung oder als mangelnde Beteiligung wahrgenommen werden.

Politisches Vertrauen hängt deshalb nicht nur vom Verhalten der Institutionen ab, sondern auch davon, welche Erwartungen Bürger an demokratische Politik richten. Eine realistische demokratische Kultur muss akzeptieren, dass Politik Zielkonflikte bearbeitet, Kompromisse benötigt und unter Unsicherheit entscheidet.

Transparenz und die Grenzen völliger Nachvollziehbarkeit

Transparenz gilt zu Recht als wichtige Voraussetzung politischen Vertrauens. Bürger sollten nachvollziehen können, wie Entscheidungen zustande kommen, welche Interessen beteiligt waren und wer politische Verantwortung trägt. Dennoch kann vollständige Transparenz nicht bedeuten, dass jeder politische Aushandlungsprozess permanent öffentlich stattfinden muss.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Verhandlungen benötigen teilweise vertrauliche Räume, in denen Akteure unterschiedliche Optionen prüfen und Kompromisse entwickeln können. Würde jede vorläufige Position sofort öffentlich bewertet, könnten Verhandlungen schwieriger werden, weil jede Bewegung als politischer Rückzug interpretiert werden könnte.

Demokratische Transparenz verlangt deshalb nicht vollständige Öffentlichkeit jedes Gesprächs, sondern **nachvollziehbare Verantwortung für das Ergebnis**. Politische Institutionen müssen erklären können, welche Entscheidung getroffen wurde, warum sie getroffen wurde und wer sie verantwortet.

Diese Form nachvollziehbarer Verantwortlichkeit ist für Vertrauen wichtiger als die Illusion vollständiger Einsicht in jeden politischen Entscheidungsprozess.

Vertrauen und demokratische Opposition

Eine funktionierende Opposition besitzt eine zentrale Bedeutung für Vertrauen. Sie bietet politische Alternativen, kontrolliert die Regierung und ermöglicht Bürgern, Unzufriedenheit innerhalb des demokratischen Systems auszudrücken. Wer die Regierung ablehnt, muss deshalb nicht die demokratische Ordnung ablehnen. Er kann seine Kritik auf eine oppositionelle Partei übertragen und auf einen zukünftigen Machtwechsel hoffen.

Opposition wirkt damit als institutioneller Kanal politischer Unzufriedenheit. Entscheidend ist jedoch, dass sie die Legitimität demokratischer Verfahren grundsätzlich anerkennt. Regierungskritik kann sehr scharf sein, ohne die institutionelle Ordnung infrage zu stellen.

Wenn dagegen jede Regierungsentscheidung als grundsätzlich illegitim dargestellt wird oder parlamentarische Prozesse unabhängig von ihrem tatsächlichen Verlauf pauschal als manipuliert gelten, verändert sich die Funktion der Opposition. Dann kann politische Mobilisierung dazu beitragen, Vertrauen nicht nur in die Regierung, sondern in die Institutionen selbst abzubauen.

Die demokratische Qualität von Opposition bemisst sich daher nicht an ihrer Milde, sondern an der Verbindung von **konsequenter Kontrolle und institutioneller Anerkennung**.

Vertrauen als dynamisches Verhältnis

Vertrauen in Parteien, Parlamente und Regierungen ist kein dauerhaft festgelegter Zustand. Bürger sammeln neue Erfahrungen, Parteien verändern ihre Programme, Regierungen wechseln und institutionelle Verfahren reagieren auf gesellschaftliche Entwicklungen. Vertrauen kann deshalb sinken, sich stabilisieren oder wiederhergestellt werden.

Gerade diese Veränderbarkeit ist demokratiethoretisch wichtig. Ein Vertrauensverlust muss nicht dauerhaft sein. Politische Korrekturen, glaubwürdige Führung, transparente Verfahren, verbesserte öffentliche Leistungen oder neue politische Angebote können Vertrauen wieder

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

erhöhen. Ebenso kann lange bestehendes Vertrauen durch wiederholte negative Erfahrungen verloren gehen.

Demokratische Stabilität beruht deshalb weniger auf konstant hohen Vertrauenswerten als auf der Fähigkeit des politischen Systems, **Vertrauen durch überprüfbare Erfahrungen immer wieder neu zu erzeugen.**

Ein Modell institutionell differenzierten Vertrauens

Der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Vertrauensebenen kann folgendermaßen zusammengeführt werden:

Gesellschaftliche Erfahrungen und politische Erwartungen → Wahrnehmung politischer Repräsentation → Bewertung von Parteien und politischen Akteuren → Wahrnehmung parlamentarischer Verfahren und oppositioneller Kontrolle → Bewertung konkreter Regierungsentscheidungen und politischer Ergebnisse → öffentliche und mediale Interpretation → differenziertes Vertrauen beziehungsweise Misstrauen gegenüber Parteien, Parlament und Regierung → politische Beteiligung, Wahlentscheidung, Protest oder Rückzug → Veränderung parlamentarischer Mehrheiten und politischer Führung → neue institutionelle und politische Erfahrungen.

Dabei können unterschiedliche Entwicklungspfade entstehen. Regierungsunzufriedenheit kann durch Wahlen kanalisiert werden und damit institutionelles Vertrauen sogar bestätigen. Parteienmisstrauen kann neue Parteien hervorbringen und die politische Repräsentation verändern. Problematisch wird die Entwicklung vor allem dann, wenn negative Erfahrungen systematisch verallgemeinert werden:

Kritik an Akteuren → pauschale Ablehnung von Parteien → Misstrauen gegenüber Parlament und Regierung → Infragestellung institutioneller Verfahren → mögliches Misstrauen gegenüber demokratischer Ordnung.

Auch dieser Verlauf ist nicht zwangsläufig. Die demokratische Fähigkeit zur Korrektur bildet gerade den Mechanismus, der eine solche Generalisierung verhindern kann.

Die zentrale Erkenntnis

Vertrauen in Parteien, Parlamente und Regierung besitzt unterschiedliche Grundlagen und muss entsprechend differenziert betrachtet werden. Parteien werden besonders danach beurteilt, ob sie gesellschaftliche Interessen glaubwürdig repräsentieren. Parlamente gewinnen Vertrauen durch faire, offene und kontrollierbare Konfliktverarbeitung. Regierungen werden

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

stärker an Verantwortung, Entscheidungen und wahrgenommener Problemlösungsfähigkeit gemessen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die demokratische Ordnung wird nicht dadurch instabil, dass Bürger einzelnen Parteien oder Regierungen misstrauen. Politischer Wechsel setzt gerade die Möglichkeit solcher Kritik voraus. Entscheidend ist, ob konkrete Unzufriedenheit innerhalb demokratischer Verfahren verarbeitet werden kann oder ob sie sich zu einem pauschalen Misstrauen gegenüber parlamentarischen Institutionen und schließlich der demokratischen Ordnung selbst verdichtet.

Damit rückt eine weitere Frage in den Mittelpunkt. Bürger reagieren nicht ausschließlich auf objektive politische Vorgänge. Sie reagieren auf eine **wahrgenommene politische Wirklichkeit**, die durch persönliche Erfahrungen, politische Kommunikation, Medien, soziale Netzwerke und bestehende Erwartungen geprägt wird. Tatsächliche politische Prozesse und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung können deshalb erheblich auseinanderfallen, ohne voneinander unabhängig zu sein.

Genau dieses Verhältnis bildet den Gegenstand des folgenden Kapitels.

Kapitel 68 – Wahrgenommene und tatsächliche politische Wirklichkeit

Politische Entscheidungen entfalten ihre gesellschaftliche Wirkung nicht ausschließlich durch ihre objektiven Inhalte. Ebenso entscheidend ist, wie diese Entscheidungen wahrgenommen, interpretiert und bewertet werden. Zwischen politischer Realität und politischer Wahrnehmung liegt deshalb ein eigenständiger Vermittlungsraum. Bürger erleben Politik nicht als vollständige Gesamtheit institutioneller Prozesse, Daten, Zielkonflikte und Entscheidungsbedingungen, sondern in Ausschnitten: durch persönliche Erfahrungen, Medienberichte, politische Kommunikation, soziale Netzwerke, Gespräche im eigenen Umfeld und bereits vorhandene Erwartungen. Aus diesen unterschiedlichen Quellen entsteht eine subjektiv und gesellschaftlich geformte politische Wirklichkeit.

Diese wahrgenommene Wirklichkeit ist nicht bedeutungslos, nur weil sie von objektiv überprüfbaren Entwicklungen abweichen kann. Politische Wahrnehmungen erzeugen reale Folgen. Menschen wählen, protestieren, vertrauen oder misstrauen auf der Grundlage dessen, was sie für politisch wirklich halten. Gleichzeitig darf daraus nicht der Schluss gezogen werden, jede Wahrnehmung besitze denselben empirischen Wahrheitsgehalt. Demokratische Analyse muss beides gleichzeitig berücksichtigen: **die Realität gesellschaftlicher**

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Wahrnehmungen und die Notwendigkeit, politische Aussagen an überprüfbaren Tatsachen zu messen.

Politische Wirklichkeit besitzt eine doppelte Dimension: Es gibt gesellschaftliche und institutionelle Entwicklungen, die unabhängig von ihrer Wahrnehmung stattfinden, und es gibt politische Wahrnehmungen, die unabhängig von ihrer empirischen Genauigkeit reale politische Wirkungen entfalten können.

Politische Realität ist komplexer als ihre gesellschaftliche Wahrnehmung

Moderne politische Entscheidungen entstehen innerhalb hochkomplexer Zusammenhänge. Wirtschaftliche Entwicklung, Migration, demografischer Wandel, Energieversorgung, Sozialpolitik oder internationale Konflikte lassen sich nur selten auf eine einzelne Ursache oder einen einzelnen politischen Akteur zurückführen. Unterschiedliche Ebenen staatlichen Handelns greifen ineinander, Entscheidungen besitzen unbeabsichtigte Nebenwirkungen und politische Ergebnisse entwickeln sich häufig erst über längere Zeiträume.

Für Bürger ist eine vollständige Rekonstruktion dieser Zusammenhänge kaum möglich. Politische Wahrnehmung muss deshalb notwendigerweise vereinfachen. Diese Vereinfachung ist zunächst kein Defizit, sondern eine Voraussetzung gesellschaftlicher Orientierung. Menschen können nicht sämtliche politischen Informationen kontinuierlich prüfen und müssen deshalb auswählen, gewichten und auf vorhandene Deutungsmuster zurückgreifen.

Problematisch wird Vereinfachung dort, wo komplexe Zusammenhänge dauerhaft auf falsche oder stark verkürzte Ursache-Wirkungs-Beziehungen reduziert werden. Dann kann zwischen tatsächlicher politischer Entwicklung und gesellschaftlicher Wahrnehmung eine größere Distanz entstehen.

Wahrnehmung ist keine passive Abbildung

Politische Wahrnehmung funktioniert nicht wie ein Spiegel. Informationen werden nicht neutral aufgenommen und unverändert gespeichert. Menschen interpretieren neue Ereignisse vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen, politischen Einstellungen, sozialen Zugehörigkeiten und Erwartungen.

Dies erklärt, warum dieselbe politische Entwicklung unterschiedlich beurteilt werden kann. Eine wirtschaftliche Reform kann von einem Teil der Gesellschaft als notwendige Modernisierung, von einem anderen als Bedrohung sozialer Sicherheit wahrgenommen werden. Migration kann als gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance, als humanitäre Verpflichtung, als integrationspolitische Herausforderung oder als Kontrollverlust interpretiert werden. Dieselben statistischen Entwicklungen können deshalb unterschiedliche politische Bedeutungen erhalten.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Wahrnehmung ist somit ein Prozess aktiver Interpretation. Zwischen Ereignis und politischer Bewertung liegen Auswahl, Vergleich, Erinnerung und Deutung.

Menschen reagieren politisch nicht unmittelbar auf gesellschaftliche Veränderungen, sondern auf die Bedeutung, die diese Veränderungen innerhalb ihrer eigenen Erfahrungs- und Deutungswelt erhalten.

Persönliche Erfahrung und gesellschaftliche Gesamtwahrnehmung

Eine wichtige Quelle politischer Wahrnehmung ist die unmittelbare persönliche Erfahrung. Wer Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche erlebt, einen Arbeitsplatzverlust befürchtet, mit einer überlasteten kommunalen Verwaltung konfrontiert ist oder positive Erfahrungen mit gesellschaftlicher Integration macht, entwickelt politische Einschätzungen nicht ausschließlich aus abstrakten Daten.

Persönliche Erfahrungen besitzen hohe subjektive Glaubwürdigkeit. Sie können jedoch nicht automatisch auf die gesamte Gesellschaft übertragen werden. Einzelne Lebenswelten bilden immer nur Ausschnitte gesellschaftlicher Wirklichkeit ab. Eine Region mit wirtschaftlichem Wachstum kann gleichzeitig neben Regionen mit Strukturproblemen bestehen. Eine Kommune kann hohe Integrationsbelastungen erfahren, während andere Orte kaum betroffen sind.

Politische Wahrnehmungsprobleme entstehen deshalb häufig dort, wo individuelle Erfahrung und gesellschaftliche Gesamtlage miteinander verwechselt werden. Umgekehrt darf statistische Gesamtlage nicht dazu führen, konkrete regionale oder soziale Erfahrungen zu entwerten. Demokratische Politik muss beide Ebenen miteinander verbinden.

Statistische Wirklichkeit und subjektives Erleben

Besonders deutlich wird die Differenz zwischen objektiven und subjektiven Entwicklungen bei wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen können positiv ausfallen, während einzelne Bevölkerungsgruppen reale Unsicherheit oder Statusverlust erfahren. Steigende Durchschnittseinkommen sagen wenig darüber aus, wie bestimmte Haushalte steigende Wohn-, Energie- oder Lebenshaltungskosten wahrnehmen. Ebenso kann eine statistisch geringe Veränderung gesellschaftlich stark wahrgenommen werden, wenn sie ein politisch oder kulturell besonders sensibles Thema betrifft.

Deshalb wäre es falsch, subjektive Wahrnehmung allein durch den Hinweis auf statistische Daten korrigieren zu wollen. Gleichzeitig wäre es ebenso problematisch, Wahrnehmungen ohne empirische Prüfung als objektive Realität zu behandeln.

Die entscheidende analytische Frage lautet vielmehr: **Warum entsteht eine bestimmte Wahrnehmung, welche objektiven Erfahrungen liegen ihr zugrunde, wo erfolgt Verallgemeinerung und welche politischen Deutungen verstärken sie?**

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Diese Unterscheidung ermöglicht eine politische Analyse, die weder Wahrnehmung abwertet noch Fakten relativiert.

Die Bedeutung von Vergleich und Erwartung

Politische Wahrnehmung entsteht häufig nicht aus dem absoluten Zustand einer Gesellschaft, sondern aus Vergleichen. Menschen vergleichen ihre gegenwärtige Lage mit früheren Lebensbedingungen, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, mit persönlichen Erwartungen oder mit Vorstellungen darüber, wie sich ihre Zukunft entwickeln sollte.

Ein objektiv relativ hoher Lebensstandard kann deshalb mit erheblicher Unzufriedenheit verbunden sein, wenn Menschen sozialen Abstieg erwarten oder das Gefühl haben, gegenüber anderen Gruppen zurückzufallen. Umgekehrt können schwierige Bedingungen akzeptiert werden, wenn eine glaubwürdige Aussicht auf Verbesserung besteht.

Politisch bedeutsam ist insbesondere die Differenz zwischen Erwartung und Erfahrung:

Politische Unzufriedenheit entsteht nicht ausschließlich aus schlechten Bedingungen. Sie kann auch aus der Wahrnehmung entstehen, dass gesellschaftliche Entwicklung schlechter verläuft als erwartet oder dass andere Gruppen stärker profitieren als die eigene.

Damit verbindet sich politische Wahrnehmung mit Fragen von Gerechtigkeit, Anerkennung und Zukunftserwartung.

Medien als Vermittler politischer Wirklichkeit

Da die meisten politischen Ereignisse nicht persönlich erlebt werden, besitzen Medien eine zentrale Vermittlungsfunktion. Journalistische Auswahl entscheidet mit darüber, welche Themen gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Nachrichtenwerte wie Konflikt, Neuigkeit, Personalisierung oder außergewöhnliche Ereignisse beeinflussen, welche Ausschnitte politischer Wirklichkeit sichtbar werden.

Dies bedeutet nicht, dass Medien politische Wirklichkeit frei erzeugen. Sie reagieren auf reale Ereignisse und gesellschaftliche Entwicklungen. Aber jede Berichterstattung muss auswählen. Kein Medium kann sämtliche politischen Vorgänge gleichzeitig darstellen. Dadurch entsteht zwangsläufig eine Differenz zwischen der Gesamtheit politischer Realität und dem öffentlich sichtbaren Ausschnitt.

Besonders außergewöhnliche, konfliktträchtige oder negative Ereignisse besitzen hohe Aufmerksamkeit. Langsame Verbesserungen oder langfristige strukturelle Entwicklungen sind kommunikativ häufig schwieriger darzustellen. Dadurch kann sich politische

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Wahrnehmung stärker an einzelnen Krisenereignissen orientieren als an längerfristigen Gesamtentwicklungen.

Digitale Öffentlichkeit und die Vervielfachung politischer Wirklichkeiten

Mit sozialen Medien verändert sich dieser Vermittlungsprozess grundlegend. Bürger erhalten Informationen nicht mehr ausschließlich über wenige große journalistische Institutionen. Parteien, Politiker, Aktivisten, Influencer, Organisationen und Privatpersonen können unmittelbar politische Inhalte verbreiten. Dadurch steigt die Vielfalt politischer Perspektiven und die Zugangsschwelle zur öffentlichen Kommunikation sinkt erheblich.

Diese Demokratisierung politischer Kommunikation besitzt große Chancen. Gleichzeitig entsteht eine stärker fragmentierte Informationsordnung. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen können über längere Zeit weitgehend unterschiedliche Themen, Quellen und Interpretationen politischer Wirklichkeit wahrnehmen.

Algorithmen verstärken Inhalte, die Aufmerksamkeit erzeugen. Emotionale, konfliktorientierte oder überraschende Informationen besitzen dadurch häufig besondere Reichweite. Das führt nicht zwangsläufig zu abgeschlossenen Informationsblasen, kann aber die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass gesellschaftliche Gruppen unterschiedliche politische Ereignisse für besonders bedeutsam halten.

Die Folge ist nicht nur Meinungsvielfalt, sondern teilweise eine **Differenz der politischen Wirklichkeitsgrundlagen**.

Selektive Wahrnehmung und Bestätigungsprozesse

Menschen neigen dazu, Informationen leichter aufzunehmen, wenn sie mit bereits vorhandenen Einstellungen übereinstimmen. Widersprechende Informationen werden häufiger kritisch geprüft, relativiert oder zurückgewiesen. Dieser Mechanismus ist kein exklusives Merkmal bestimmter politischer Gruppen, sondern ein allgemeines menschliches Wahrnehmungsmuster.

In einer pluralen Medienumgebung kann dieser Effekt verstärkt werden, weil Menschen zwischen zahlreichen Informationsquellen wählen können. Wer bestimmte politische Überzeugungen besitzt, findet leichter Medien, Beiträge oder soziale Netzwerke, die diese Sichtweise bestätigen.

Dadurch können sich selbstverstärkende Wahrnehmungskreisläufe bilden:

Vorhandene politische Orientierung → selektive Informationsauswahl → überwiegend bestätigende Informationen → stärkere Sicherheit der eigenen Deutung → noch selektivere Wahrnehmung zukünftiger Informationen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Solche Prozesse können politische Überzeugungen stabilisieren, auch wenn widersprechende empirische Informationen verfügbar sind. Sie erklären zugleich, warum reine Faktenkorrekturen häufig nur begrenzte Wirkung besitzen.

Politische Akteure als Produzenten von Deutungsangeboten

Parteien und politische Akteure reagieren nicht lediglich auf gesellschaftliche Wahrnehmungen. Sie versuchen aktiv, politische Ereignisse zu interpretieren. Sie entscheiden, welche Entwicklungen als Krise, Erfolg, Ungerechtigkeit, Kontrollverlust oder notwendige Transformation beschrieben werden.

Diese Deutungsangebote gehören zum legitimen politischen Wettbewerb. Demokratie besteht nicht nur aus unterschiedlichen Lösungen, sondern auch aus unterschiedlichen Interpretationen gesellschaftlicher Probleme. Parteien konkurrieren darum, welche Ursachen politisch relevant erscheinen und welche Lösungen daraus folgen.

Problematisch wird politische Deutung dort, wo überprüfbare Tatsachen bewusst verfälscht, wichtige Zusammenhänge systematisch verschwiegen oder unbelegte Behauptungen als gesicherte Realität dargestellt werden. Dann verschiebt sich der Wettbewerb von unterschiedlichen politischen Bewertungen zu einem Konflikt über die empirische Grundlage selbst.

Die demokratische Grenze verläuft deshalb nicht zwischen politischer Interpretation und vermeintlicher völliger Neutralität, sondern zwischen **legitimer Deutung auf gemeinsamer Tatsachengrundlage und bewusster Auflösung dieser Tatsachengrundlage**.

Wahrnehmungslücken und politisches Vertrauen

Eine größere Differenz zwischen institutioneller Wirklichkeit und gesellschaftlicher Wahrnehmung kann erhebliche Folgen für politisches Vertrauen haben. Wenn Institutionen davon ausgehen, dass ihre Entscheidungen sachlich nachvollziehbar und erfolgreich sind, während große gesellschaftliche Gruppen diese Entwicklung völlig anders erleben, entsteht eine Wahrnehmungslücke.

Solche Lücken können von beiden Seiten falsch interpretiert werden. Politische Akteure können gesellschaftliche Kritik als reine Fehlinformation abtun und damit reale Erfahrungen übersehen. Bürger können umgekehrt komplexe institutionelle Zusammenhänge als bewusste Täuschung interpretieren, obwohl unterschiedliche politische Ebenen oder Zielkonflikte die Erklärung liefern.

Vertrauen hängt deshalb wesentlich davon ab, ob politische Institutionen in der Lage sind, nicht nur Entscheidungen zu treffen, sondern auch die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Entscheidungen zu verstehen. Kommunikation darf dabei nicht auf die bloße Vermittlung politischer Botschaften reduziert werden. Sie benötigt Rückkopplung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politische Kommunikation ist demokratisch nur dann vollständig, wenn sie nicht ausschließlich erklärt, was Politik sagen möchte, sondern auch wahrnimmt, wie politische Wirklichkeit gesellschaftlich erfahren wird.

Von der Wahrnehmungsdifferenz zur konkurrierenden Wirklichkeit

Besonders problematisch wird die Entwicklung, wenn unterschiedliche politische Gruppen nicht mehr lediglich dieselben Tatsachen unterschiedlich bewerten, sondern von grundsätzlich unterschiedlichen Tatsachenbeständen ausgehen. Dann verschiebt sich der demokratische Konflikt.

In einer funktionierenden pluralistischen Öffentlichkeit kann darüber gestritten werden, ob höhere staatliche Ausgaben sinnvoll sind, wie Migration gesteuert werden sollte oder welche Geschwindigkeit bei ökologischer Transformation angemessen ist. Solche Konflikte beruhen auf unterschiedlichen Interessen und Wertorientierungen.

Schwieriger wird demokratischer Streit, wenn bereits die empirischen Grundlagen nicht mehr geteilt werden. Werden Statistiken, Wahlergebnisse, wissenschaftliche Erkenntnisse oder institutionelle Verfahren grundsätzlich nur danach akzeptiert, ob sie die eigene politische Position bestätigen, verliert die öffentliche Debatte gemeinsame Bezugspunkte.

Aus Meinungspluralismus kann dann ein Konflikt konkurrierender Wirklichkeiten entstehen. Eine solche Entwicklung erhöht Polarisierungsrisiken, weil politische Gegensätze nicht mehr durch gemeinsame überprüfbare Grundlagen begrenzt werden.

Die demokratische Bedeutung einer gemeinsamen Tatsachenbasis

Demokratie setzt keine einheitliche Meinung voraus. Sie setzt auch keine vollständige Übereinstimmung darüber voraus, welche politischen Ziele verfolgt werden sollen. Sie benötigt jedoch eine ausreichend gemeinsame Grundlage überprüfbarer Tatsachen, damit unterschiedliche politische Bewertungen überhaupt miteinander in Beziehung gesetzt werden können.

Eine gemeinsame Tatsachenbasis bedeutet nicht, dass wissenschaftliche Erkenntnisse oder Statistiken unfehlbar wären. Gerade ihre Überprüfbarkeit, Kritikfähigkeit und Korrigierbarkeit unterscheidet sie von politischer Behauptung. Unsicherheit gehört zur Wissensproduktion und sollte offengelegt werden, anstatt scheinbare Gewissheit zu erzeugen.

Demokratische Öffentlichkeit benötigt deshalb eine Kultur, in der zwischen **Tatsache**, **Interpretation** und **politischer Bewertung** unterschieden werden kann. Die Grenzen sind nicht immer vollkommen eindeutig, doch ihre grundsätzliche Unterscheidung bleibt unverzichtbar.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Pluralistische Demokratie benötigt keine gemeinsame politische Meinung. Sie benötigt jedoch genügend gemeinsame Wirklichkeit, damit unterschiedliche Meinungen über denselben gesellschaftlichen Gegenstand streiten können.

Ein Modell politischer Wirklichkeitswahrnehmung

Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Realität und politischer Wahrnehmung lässt sich als mehrstufiger Prozess darstellen:

Gesellschaftliche und institutionelle Realität → persönliche Erfahrung + statistische Informationen + politische Entscheidungen → Auswahl durch klassische und digitale Medien → politische Deutung durch Parteien und gesellschaftliche Akteure → individuelle Verarbeitung durch bestehende Erwartungen, Werte und Erfahrungen → wahrgenommene politische Wirklichkeit → emotionale und politische Bewertung → Vertrauen, Misstrauen, Wahlentscheidung, Protest oder Rückzug → veränderte politische Mehrheiten und Kommunikation → Rückwirkung auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Realität.

Dabei kann zwischen objektiver Entwicklung und wahrgenommener Entwicklung eine unterschiedlich große Distanz entstehen. Diese Distanz allein sagt noch nichts darüber aus, welche Seite „schuld“ an einer Fehlwahrnehmung ist. Sie kann aus unzureichender politischer Kommunikation, selektiver Medienwahrnehmung, persönlichen Erfahrungen, komplexen Wirkungszusammenhängen oder strategischer politischer Deutung hervorgehen.

Entscheidend ist deshalb nicht nur, **ob** Wahrnehmungsdifferenzen existieren, sondern **wie sie entstehen, wie dauerhaft sie werden und ob demokratische Öffentlichkeit Möglichkeiten ihrer Überprüfung bereithält.**

Die zentrale Erkenntnis

Politische Wirklichkeit ist weder ausschließlich das, was statistisch messbar ist, noch ausschließlich das, was gesellschaftlich wahrgenommen wird. Demokratische Politik bewegt sich zwischen beiden Ebenen. Institutionelle und gesellschaftliche Entwicklungen besitzen objektiv überprüfbare Bestandteile, doch politische Wirkung entsteht erst durch Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Zwischen tatsächlicher und wahrgenommener politischer Wirklichkeit besteht kein einfacher Gegensatz zwischen Wahrheit und Irrtum. Politische Wahrnehmung entsteht aus realen Erfahrungen, medialer Auswahl, gesellschaftlichen Deutungen und individuellen Erwartungen. Sie kann objektive Entwicklungen angemessen erfassen, verkürzen oder verzerren. Für demokratische Stabilität ist entscheidend, dass Wahrnehmungen ernst genommen werden, ohne überprüfbare Tatsachen aufzugeben,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

und dass politische Konflikte auf einer ausreichend gemeinsamen empirischen Grundlage ausgetragen werden können.

Damit ist der Übergang zum nächsten Problem unmittelbar gegeben. Je komplexer politische Wirklichkeit wird, desto schwieriger wird ihre öffentliche Vermittlung. Parteien, Regierungen, Medien und Institutionen müssen Entwicklungen erklären, die häufig aus mehreren Ursachen hervorgehen, Zielkonflikte enthalten und keine einfachen Lösungen zulassen. Gleichzeitig begünstigt politische Konkurrenz verständliche, zugespitzte und kommunikativ wirksame Botschaften.

Zwischen notwendiger Vereinfachung und sachlicher Genauigkeit entsteht dadurch ein grundlegendes Spannungsverhältnis demokratischer Politik.

Kapitel 69 – Politische Kommunikation unter Bedingungen zunehmender Komplexität

Politische Kommunikation steht unter den Bedingungen moderner Demokratien vor einem grundlegenden Spannungsverhältnis. Gesellschaftliche Wirklichkeit wird komplexer, politische Entscheidungen entstehen häufiger in mehrstufigen institutionellen Verfahren, Zielkonflikte werden dichter und politische Folgen sind oft erst mittel- oder langfristig sichtbar. Gleichzeitig müssen Parteien, Regierungen und politische Institutionen diese Komplexität in Formen übersetzen, die öffentlich verständlich, politisch unterscheidbar und kommunikativ anschlussfähig bleiben. Zwischen sachlicher Genauigkeit und notwendiger Vereinfachung entsteht dadurch ein strukturelles Problem demokratischer Vermittlung.

Dieses Problem ist nicht neu, hat sich aber durch gesellschaftliche Differenzierung, europäische Mehrebenenpolitik, digitale Öffentlichkeit und beschleunigte Kommunikationszyklen deutlich verschärft. Politische Kommunikation muss heute gleichzeitig erklären, orientieren, mobilisieren, legitimieren und auf Kritik reagieren. Sie darf komplexe Zusammenhänge nicht unverständlich belassen, kann sie aber ebenso wenig ohne Informationsverlust vollständig vereinfachen.

Die zentrale Herausforderung besteht deshalb nicht darin, Komplexität zu beseitigen, sondern sie so zu reduzieren, dass politische Verständlichkeit entsteht, ohne die Wirklichkeit systematisch zu verzerren.

Demokratische Kommunikation muss vereinfachen, weil politische Wirklichkeit nicht vollständig kommunizierbar ist. Ihre Qualität entscheidet sich daran, ob diese Vereinfachung Orientierung ermöglicht oder aus Komplexität eine irreführende politische Wirklichkeit erzeugt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Komplexität als strukturelle Bedingung moderner Politik

Politische Komplexität entsteht zunächst aus der zunehmenden Verflechtung gesellschaftlicher Probleme. Arbeitsmarktpolitik berührt Bildung, Migration, demografische Entwicklung, Sozialpolitik und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Energiepolitik verbindet Versorgungssicherheit, Preise, Klimaschutz, Infrastruktur, Industriepolitik und europäische Regulierung. Migration betrifft humanitäre Verpflichtungen ebenso wie Arbeitsmarkt, kommunale Infrastruktur, Integration, innere Sicherheit und gesellschaftliche Zugehörigkeit.

Politische Entscheidungen können deshalb nur selten isoliert betrachtet werden. Veränderungen in einem Bereich erzeugen Folgen in anderen Bereichen, und Entscheidungen müssen häufig widersprüchliche Ziele gleichzeitig berücksichtigen. Hinzu kommt die institutionelle Komplexität. Bund, Länder, Kommunen und Europäische Union besitzen unterschiedliche Zuständigkeiten, während Gerichte, Verwaltungen, Fachbehörden und gesellschaftliche Akteure zusätzliche Rollen übernehmen.

Für politische Kommunikation bedeutet dies, dass einfache Ursache-Wirkungs-Erzählungen häufig nur einen Ausschnitt der tatsächlichen Zusammenhänge erfassen. Gleichzeitig kann politische Öffentlichkeit nicht auf vollständige wissenschaftliche oder administrative Darstellungen warten. Politik benötigt daher fortlaufend Formen kontrollierter Komplexitätsreduktion.

Vereinfachung als notwendige demokratische Leistung

Vereinfachung wird in politischen Debatten häufig negativ bewertet. Tatsächlich ist sie jedoch unvermeidbar. Kein Bürger kann sämtliche Gesetzestexte, wissenschaftlichen Gutachten, Haushaltsdaten und institutionellen Zuständigkeitsstrukturen kontinuierlich selbst prüfen. Politische Kommunikation muss auswählen, zusammenfassen und Prioritäten sichtbar machen.

Entscheidend ist deshalb nicht, ob vereinfacht wird, sondern **wie**. Eine legitime Vereinfachung reduziert Detailtiefe, ohne zentrale Zusammenhänge falsch darzustellen. Sie macht Zielkonflikte verständlich, ohne sie vollständig aufzulösen. Sie trennt politische Bewertung von überprüfbaren Tatsachen und macht sichtbar, wo Unsicherheiten bestehen.

Problematisch wird Vereinfachung, wenn sie wesentliche Zusammenhänge systematisch ausblendet, politische Verantwortlichkeit falsch zuschreibt oder komplexe Probleme auf eine einzelne Ursache reduziert, obwohl mehrere Faktoren zusammenwirken.

Die demokratische Grenze verläuft nicht zwischen komplexer Wahrheit und einfacher Kommunikation. Sie verläuft zwischen verständlicher Reduktion und verzerrender Vereinfachung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politische Sprache zwischen Fachlichkeit und Verständlichkeit

Ein erheblicher Teil moderner Politik wird in spezialisierten Fachsprachen vorbereitet. Verwaltung, Wissenschaft, Recht, Ökonomie oder internationale Politik entwickeln Begriffe, die innerhalb ihrer jeweiligen Bereiche präzise funktionieren, für eine breitere Öffentlichkeit jedoch schwer zugänglich sein können. Werden solche Begriffe ungefiltert übernommen, kann politische Kommunikation distanziert und technokratisch erscheinen.

Umgekehrt birgt eine übermäßige sprachliche Vereinfachung das Risiko, wichtige Unterschiede zu verwischen. Begriffe wie „Migration“, „Sicherheit“, „Wachstum“, „Entlastung“ oder „Transformation“ können sehr unterschiedliche Sachverhalte umfassen. Politische Kommunikation benötigt deshalb eine doppelte Übersetzungsleistung: Sie muss fachliche Komplexität verständlich machen und gleichzeitig ausreichend präzise bleiben.

Verständlichkeit ist dabei keine bloße Stilfrage. Sie besitzt demokratische Bedeutung. Bürger können politische Entscheidungen nur dann sinnvoll beurteilen, wenn sie deren grundlegende Ziele, Alternativen und Folgen nachvollziehen können.

Zielkonflikte als Kern politischer Kommunikation

Viele politische Probleme lassen sich nicht durch eine einzige eindeutig richtige Lösung bearbeiten. Häufig müssen legitime Ziele gegeneinander abgewogen werden. Höhere Sozialausgaben können mit Haushaltsrestriktionen kollidieren, stärkere Regulierung kann Schutz erhöhen und gleichzeitig wirtschaftliche Kosten verursachen, schnellere Klimapolitik kann ökologische Vorteile mit sozialen und industriellen Belastungen verbinden.

Politische Kommunikation gerät unter Druck, wenn solche Zielkonflikte nicht offen benannt werden. Parteien besitzen im Wettbewerb einen Anreiz, die Vorteile eigener Positionen hervorzuheben und deren Kosten weniger sichtbar zu machen. Ebenso können Nachteile konkurrierender Vorschläge stärker betont werden als deren mögliche Vorteile.

Langfristig kann diese Kommunikationslogik Erwartungen erzeugen, die politische Entscheidungen kaum erfüllen können. Werden notwendige Kosten oder Zielkonflikte erst nach einer Wahl sichtbar, kann der Eindruck entstehen, politische Akteure hätten bewusst getäuscht.

Glaubwürdige politische Kommunikation beginnt dort, wo nicht nur Ziele, sondern auch die mit ihnen verbundenen Zielkonflikte und Kosten sichtbar gemacht werden.

Verantwortungszuschreibung in komplexen Entscheidungsstrukturen

Je mehr politische Ebenen und Institutionen an einer Entscheidung beteiligt sind, desto schwieriger wird es, Verantwortung verständlich zu kommunizieren. Nationale Regierungen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

können auf europäische Vorgaben verweisen, Länder auf Bundesrecht, Kommunen auf fehlende finanzielle Spielräume und Parteien innerhalb von Koalitionen auf ihre jeweiligen Partner.

Sachlich können solche Verweise berechtigt sein. Politisch entsteht jedoch leicht der Eindruck einer Verantwortungsdiffusion. Bürger erkennen zwar, dass Entscheidungen getroffen werden, aber nicht mehr eindeutig, wer sie tatsächlich verantwortet.

Politische Kommunikation muss deshalb institutionelle Komplexität erklären, ohne Verantwortung aufzulösen. Gerade in föderalen und europäischen Strukturen ist es notwendig, deutlich zu machen, welche Ebene entscheiden konnte, welche Vorgaben bestanden und welche politischen Alternativen tatsächlich vorhanden waren.

Eine demokratische Ordnung kann komplex sein. Ihre Verantwortungsstrukturen dürfen jedoch nicht dauerhaft unverständlich werden.

Regierungskommunikation zwischen Information und Selbstrechtfertigung

Regierungen besitzen eine besondere kommunikative Rolle. Sie müssen Entscheidungen erklären, über staatliches Handeln informieren und in Krisensituationen Orientierung geben. Gleichzeitig sind Regierungen politische Akteure mit einem eigenen Interesse daran, ihre Entscheidungen positiv darzustellen.

Diese Doppelrolle erzeugt ein Vertrauensproblem, wenn Information und politische Selbstdarstellung nicht mehr erkennbar unterschieden werden können. Bürger müssen nachvollziehen können, wann staatliche Institutionen sachlich informieren und wann Regierungsparteien politische Argumente vertreten.

Glaubwürdigkeit steigt dort, wo Regierungskommunikation nicht ausschließlich Erfolge präsentiert, sondern auch Unsicherheit, Grenzen und Zielkonflikte offenlegt. Das Eingeständnis politischer Schwierigkeiten muss nicht automatisch Schwäche signalisieren. Unter bestimmten Bedingungen kann es Vertrauen stärken, weil es den Eindruck realistischer Verantwortungsübernahme erzeugt.

Problematisch ist dagegen eine Kommunikation, die erkennbare Probleme dauerhaft beschönigt. Sie kann kurzfristig politische Kritik begrenzen, erhöht jedoch langfristig die Wahrnehmungslücke zwischen institutioneller Darstellung und gesellschaftlicher Erfahrung.

Opposition und kommunikative Zuspitzung

Oppositionsparteien besitzen einen anderen kommunikativen Anreiz. Ihre Aufgabe besteht unter anderem darin, Regierungspolitik zu kritisieren, Alternativen sichtbar zu machen und

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gesellschaftliche Unzufriedenheit politisch zu artikulieren. Zuspitzung gehört deshalb zum legitimen demokratischen Wettbewerb.

Auch hier besteht jedoch eine Grenze. Opposition kann politische Probleme vereinfachen, ohne die institutionellen Bedingungen ihrer Lösung vollständig zu berücksichtigen. Forderungen erscheinen leichter eindeutig, solange keine unmittelbare Regierungsverantwortung übernommen werden muss. Der Übergang von Opposition zu Regierung zeigt deshalb häufig, wie stark politische Kommunikation durch unterschiedliche Rollen geprägt wird.

Eine funktionierende Demokratie benötigt scharfe Opposition, aber sie benötigt zugleich eine politische Sprache, in der alternative Vorschläge grundsätzlich an realen Handlungsmöglichkeiten gemessen werden können. Werden politische Konflikte ausschließlich als Gegensatz zwischen offensichtlicher Lösung und mutwilligem Versagen dargestellt, geht ein wesentlicher Teil realer politischer Komplexität verloren.

Parteienwettbewerb und die Verkürzung politischer Botschaften

Parteien müssen politische Aufmerksamkeit gewinnen. Wahlkämpfe, Nachrichtensendungen und soziale Medien belohnen häufig kurze, eindeutige und emotional anschlussfähige Botschaften. Komplexe Argumentationen besitzen dagegen höhere Aufmerksamkeitshürden. Daraus entsteht ein struktureller Vorteil für kommunikative Zuspitzung.

Slogans sind deshalb nicht grundsätzlich problematisch. Politische Kommunikation benötigt verdichtete Botschaften. Schwieriger wird es, wenn die Verdichtung selbst zum Ersatz für politische Erklärung wird. Ein politischer Begriff kann Orientierung schaffen, aber auch eine ganze Kette nicht ausgesprochener Annahmen transportieren.

Parteien stehen damit vor einer doppelten Aufgabe. Sie müssen in wenigen Worten erkennbar sein und zugleich in der Lage bleiben, ihre Positionen ausführlich zu begründen. Eine demokratische Kommunikationsordnung benötigt deshalb unterschiedliche Ebenen: kurze Orientierung, vertiefte Erklärung und zugängliche Hintergrundinformation.

Digitale Geschwindigkeit und permanente Reaktionspflicht

Digitale Kommunikation verändert nicht nur die Reichweite, sondern vor allem die Geschwindigkeit politischer Kommunikation. Politiker und Parteien werden heute häufig innerhalb von Minuten zu Ereignissen, Äußerungen oder Konflikten um Stellungnahmen gebeten. Politisches Schweigen kann selbst als Botschaft interpretiert werden.

Diese permanente Reaktionsanforderung steht im Gegensatz zur Komplexität vieler Sachverhalte. Gute politische Urteile benötigen häufig Informationen, Beratung und Zeit. Digitale Öffentlichkeit verlangt dagegen sofortige Einordnung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Das erhöht die Wahrscheinlichkeit vorläufiger, zugespitzter oder später korrigierter Aussagen. Fehler können sich gleichzeitig schnell verbreiten und dauerhaft dokumentiert bleiben. Politische Kommunikation gerät damit in eine Zeitstruktur, in der **Reaktionsgeschwindigkeit und Urteilsqualität** miteinander konkurrieren.

Je schneller politische Kommunikation wird, desto größer wird die Gefahr, dass kommunikative Reaktion vor sachlicher Prüfung erfolgt.

Eine lernfähige politische Öffentlichkeit müsste deshalb akzeptieren können, dass nicht jede komplexe Frage sofort abschließend beantwortet werden kann.

Emotion als Bestandteil politischer Verständigung

Politische Kommunikation ist niemals ausschließlich rational. Gesellschaftliche Konflikte berühren Sicherheit, Gerechtigkeit, Zugehörigkeit, Hoffnung, Angst und Anerkennung. Emotionen gehören deshalb legitim zur politischen Auseinandersetzung. Eine Kommunikation, die ausschließlich abstrakte Daten präsentiert, kann reale gesellschaftliche Erfahrungen verfehlen.

Problematisch wird Emotionalisierung dort, wo Emotion systematisch die Prüfung politischer Behauptungen ersetzt. Angst, Empörung oder moralische Entrüstung können Aufmerksamkeit bündeln und politische Gruppen mobilisieren. Werden sie dauerhaft zum dominierenden Kommunikationsmodus, verkleinert sich jedoch der Raum für differenzierte Abwägung.

Politische Akteure besitzen deshalb besondere Verantwortung für die Verbindung von Emotion und Sachlichkeit. Sorgen können anerkannt werden, ohne sie zu dramatisieren. Hoffnung kann vermittelt werden, ohne unrealistische Versprechen zu erzeugen. Demokratische Kommunikation benötigt emotionale Anschlussfähigkeit, darf aber nicht von emotionaler Eskalation abhängig werden.

Komplexität und populistische Kommunikationsangebote

Unter Bedingungen hoher Komplexität gewinnen politische Angebote an Attraktivität, die einfache Ursache-Wirkungs-Erklärungen liefern. Populistische Kommunikation kann gesellschaftliche Konflikte auf klare Gegensätze reduzieren: Bevölkerung gegen Elite, nationale Interessen gegen äußere Kräfte, politische Vernunft gegen institutionelle Blockaden oder „die einfachen Menschen“ gegen ein vermeintlich geschlossenes Establishment.

Solche Deutungsmuster besitzen kommunikative Stärke, weil sie disparate Erfahrungen innerhalb einer verständlichen Erzählung bündeln. Ihre politische Wirkung entsteht nicht allein daraus, dass Bürger einfache Antworten bevorzugen. Sie entsteht auch dort, wo

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

etablierte politische Kommunikation komplexe Entscheidungen nicht ausreichend verständlich macht oder gesellschaftliche Erfahrungen erkennbar nicht aufnimmt.

Die demokratische Antwort kann deshalb nicht lediglich darin bestehen, Komplexität zu verteidigen. Sie muss bessere Formen verständlicher Erklärung entwickeln. Wer auf ein einfaches, aber verzerrendes Narrativ nur mit unverständlicher Fachsprache reagiert, löst das Kommunikationsproblem nicht.

Unsicherheit kommunizieren, ohne Orientierung aufzugeben

Eine besondere Herausforderung besteht im Umgang mit Unsicherheit. Politische Entscheidungen müssen häufig getroffen werden, bevor sämtliche Folgen bekannt sind. Wirtschaftliche Prognosen, epidemiologische Entwicklungen, technologische Veränderungen oder internationale Konflikte enthalten Unsicherheiten, die sich nicht vollständig beseitigen lassen.

Politische Kommunikation neigt dennoch häufig dazu, Sicherheit zu signalisieren. Führung wird mit Eindeutigkeit verbunden. Spätere Korrekturen können dann als Widerspruch oder Versagen wahrgenommen werden, obwohl sie möglicherweise auf neue Informationen zurückgehen.

Glaubwürdiger wäre eine Kommunikation, die unterschiedliche Grade von Wissen unterscheidet: Was ist gesichert? Was ist wahrscheinlich? Was ist unklar? Welche Entscheidung wird trotz dieser Unsicherheit getroffen und warum?

Politische Glaubwürdigkeit verlangt nicht, Unsicherheit zu verbergen. Sie verlangt, unter Unsicherheit nachvollziehbar Verantwortung zu übernehmen.

Damit kann auch politische Korrektur als Bestandteil lernfähiger Politik verstanden werden, anstatt automatisch als Beleg grundsätzlicher Inkompetenz zu erscheinen.

Ein Modell politischer Kommunikation unter Komplexitätsbedingungen

Die Kommunikationsproblematik lässt sich als Vermittlungskette darstellen:

Komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit → mehrdimensionale Probleme und institutionelle Verflechtung → politische Auswahl und Entscheidungsbildung → notwendige kommunikative Reduktion → politische Deutung und sprachliche Rahmung → mediale Auswahl und digitale Verdichtung → individuelle Wahrnehmung und Interpretation → politische Bewertung → Vertrauen, Zustimmung, Ablehnung oder Mobilisierung → Rückwirkung auf Parteienstrategien und politische Entscheidungen.

Innerhalb dieser Kette können unterschiedliche Formen der Verzerrung entstehen. Sachliche Komplexität kann politisch zu stark vereinfacht, kommunikativ emotionalisiert, medial

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

zugespißt oder individuell selektiv aufgenommen werden. Gleichzeitig kann politische Kommunikation selbst Ausgangspunkt einer besseren gesellschaftlichen Orientierung sein, wenn sie Komplexität sinnvoll strukturiert und nachvollziehbare Zusammenhänge sichtbar macht.

Die zentrale Variable ist deshalb nicht die bloße Menge politischer Information, sondern deren **Übersetzungsqualität**.

Die zentrale Erkenntnis

Politische Kommunikation unter Bedingungen zunehmender Komplexität kann nicht darauf verzichten, gesellschaftliche Wirklichkeit zu reduzieren. Moderne Demokratien wären ohne solche Übersetzungsleistungen politisch nicht verständlich. Entscheidend ist jedoch, ob diese Reduktion zentrale Zusammenhänge bewahrt, Verantwortlichkeit sichtbar macht und politische Zielkonflikte offenlegt.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Je komplexer politische Wirklichkeit wird, desto wichtiger wird die Fähigkeit demokratischer Akteure, zwischen notwendiger Vereinfachung und sachlicher Verzerrung zu unterscheiden. Gute politische Kommunikation macht Komplexität nicht unsichtbar, sondern strukturiert sie so, dass Bürger politische Alternativen, Zielkonflikte und Verantwortlichkeiten nachvollziehen können.

Diese Aufgabe wird jedoch nicht allein von Parteien und Regierungen erfüllt. Politische Wirklichkeit erreicht große Teile der Gesellschaft über journalistische Medien. Deren Rolle hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert: Zeitung, Rundfunk und Fernsehen besitzen weiterhin erhebliche Bedeutung, stehen aber nicht mehr allein im Zentrum politischer Öffentlichkeit. Digitale Plattformen, soziale Netzwerke und direkte politische Kommunikation haben eine Öffentlichkeit entstehen lassen, in der klassische journalistische Vermittlung nur noch ein Teil eines wesentlich größeren Kommunikationsraumes ist.

Damit richtet sich die Untersuchung im nächsten Kapitel auf den strukturellen Wandel dieser Medienordnung.

Kapitel 70 – Der Wandel der klassischen Medienöffentlichkeit

Die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik wurde über Jahrzehnte wesentlich durch journalistische Massenmedien strukturiert. Tages- und Wochenzeitungen, öffentlich-

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

rechtlicher und privater Rundfunk sowie später das Fernsehen bildeten einen Kommunikationsraum, in dem politische Informationen ausgewählt, geprüft, eingeordnet und für ein breites Publikum aufbereitet wurden. Parteien und Regierungen konnten ihre Botschaften nicht unmittelbar an die gesamte Bevölkerung richten, sondern waren in hohem Maße auf journalistische Vermittlung angewiesen. Journalistische Redaktionen besaßen dadurch eine zentrale Position zwischen politischen Institutionen und Gesellschaft.

Diese Ordnung ist nicht verschwunden. Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen und professionelle journalistische Angebote besitzen weiterhin erhebliche Bedeutung für politische Information und öffentliche Debatte. Ihre frühere Stellung als nahezu selbstverständliche Zentren gesellschaftlicher Öffentlichkeit ist jedoch geschwächt. Digitale Plattformen, soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Videoangebote, Podcasts und direkte Kommunikation politischer Akteure haben zusätzliche Zugänge zur Öffentlichkeit geschaffen. Die entscheidende Veränderung besteht deshalb nicht in einem einfachen Übergang von „alten“ zu „neuen“ Medien, sondern in der Entstehung einer **hybriden Medienordnung**, in der klassische journalistische Institutionen mit digitalen Plattformen, politischen Akteuren und einer Vielzahl neuer Informationsanbieter um Aufmerksamkeit, Glaubwürdigkeit und Deutung konkurrieren.

Der Wandel der Medienöffentlichkeit besteht nicht im Verschwinden des klassischen Journalismus, sondern im Verlust seiner früheren strukturellen Exklusivität. Politische Öffentlichkeit wird heute von wesentlich mehr Akteuren erzeugt, verteilt und interpretiert.

Die klassische Öffentlichkeit als gemeinsamer Informationsraum

Die klassische Medienordnung besaß trotz politischer und publizistischer Vielfalt eine vergleichsweise starke gesellschaftliche Bündelfunktion. Große Teile der Bevölkerung begegneten denselben politischen Ereignissen über eine begrenzte Zahl reichweitenstarker Medien. Bürger konnten diese Ereignisse unterschiedlich bewerten, verfügten aber häufiger über ähnliche Ausgangspunkte öffentlicher Aufmerksamkeit.

Diese Struktur erzeugte keine einheitliche politische Meinung. Zeitungen unterschieden sich in ihrer politischen Orientierung, Kommentatoren vertraten unterschiedliche Positionen und öffentlich-rechtliche wie private Medien konkurrierten miteinander. Dennoch bestand ein relativ gemeinsamer öffentlicher Themenraum. Bestimmte Ereignisse wurden gleichzeitig von großen Teilen der Gesellschaft wahrgenommen und innerhalb eines überschaubaren medialen Spektrums diskutiert.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Diese gemeinsame Agenda erfüllte eine demokratische Integrationsfunktion. Politischer Streit konnte sich auf Gegenstände beziehen, deren gesellschaftliche Relevanz weitgehend bekannt war. Die Öffentlichkeit war plural, aber ihre Aufmerksamkeit stärker gebündelt.

Journalismus als Auswahl- und Prüfungsinstanz

Die zentrale Stellung klassischer Medien beruhte nicht nur auf technischer Reichweite. Professioneller Journalismus entwickelte institutionalisierte Verfahren der Informationsauswahl und -prüfung. Quellen wurden bewertet, Aussagen eingeordnet, unterschiedliche Positionen gegenübergestellt und Informationen redaktionell bearbeitet. Diese Verfahren waren und sind weder fehlerfrei noch vollständig neutral. Sie schaffen jedoch eine professionelle Struktur, in der Informationen vor ihrer Veröffentlichung grundsätzlich einer Prüfung unterzogen werden können.

Journalistische Auswahl bedeutete zugleich Macht. Redaktionen entschieden mit darüber, welche Ereignisse Nachrichtenwert besaßen und welche Themen öffentliche Aufmerksamkeit erhielten. Diese sogenannte Gatekeeper-Funktion begrenzte den Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit. Nicht jede politische Behauptung, gesellschaftliche Gruppe oder individuelle Stimme konnte unmittelbar ein großes Publikum erreichen.

Damit besaß die klassische Medienordnung eine doppelte Struktur: Sie ermöglichte professionelle Prüfung und gemeinsame Öffentlichkeit, konzentrierte zugleich aber erhebliche Auswahlmacht bei vergleichsweise wenigen publizistischen Institutionen.

Der Verlust des Informationsmonopols

Die Digitalisierung hat diese Struktur grundlegend verändert. Politische Akteure benötigen klassische Medien nicht mehr zwingend, um ein großes Publikum zu erreichen. Parteien, Regierungen, Abgeordnete, Verbände, gesellschaftliche Bewegungen und Einzelpersonen können eigene Kommunikationskanäle betreiben und Informationen unmittelbar veröffentlichen.

Diese Entwicklung erweitert demokratische Kommunikationsmöglichkeiten erheblich. Gruppen, die innerhalb klassischer Medien nur begrenzte Aufmerksamkeit erhielten, können eigene Öffentlichkeiten schaffen. Bürger können politische Debatten verfolgen, kommentieren und selbst Inhalte verbreiten. Die Grenze zwischen Produzenten und Rezipienten politischer Kommunikation wird dadurch durchlässiger.

Gleichzeitig entfällt bei direkter Kommunikation häufig die journalistische Zwischeninstanz. Politische Botschaften können ein großes Publikum erreichen, bevor sie unabhängig geprüft oder eingeordnet worden sind. Damit verändert sich die Struktur politischer Öffentlichkeit

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

von einem überwiegend redaktionell gefilterten zu einem wesentlich offeneren und zugleich unübersichtlicheren Kommunikationssystem.

Der digitale Wandel demokratisiert den Zugang zur Öffentlichkeit, verringert aber zugleich die Selbstverständlichkeit gemeinsamer journalistischer Prüf- und Auswahlverfahren.

Von der gemeinsamen Öffentlichkeit zu vielen Teilöffentlichkeiten

Die wachsende Zahl von Informationsangeboten führt zu einer stärkeren Ausdifferenzierung des Publikums. Bürger können heute wesentlich genauer auswählen, welche politischen Themen, Medien und Perspektiven sie verfolgen. Dies erhöht individuelle Informationsfreiheit und ermöglicht eine tiefere Beschäftigung mit spezialisierten Themen.

Gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass große Teile der Gesellschaft regelmäßig denselben Informationsangeboten begegnen. Unterschiedliche Gruppen können verschiedene Themen für besonders relevant halten und politische Ereignisse innerhalb unterschiedlicher Interpretationsrahmen wahrnehmen. Damit fragmentiert nicht nur die politische Meinung, sondern teilweise bereits die **öffentliche Aufmerksamkeit**.

Diese Entwicklung ist demokratietheoretisch bedeutsam. Eine pluralistische Demokratie benötigt unterschiedliche Perspektiven, aber sie benötigt zugleich ausreichend gemeinsame Gegenstände politischer Auseinandersetzung. Wenn gesellschaftliche Gruppen nicht mehr nur unterschiedliche Antworten geben, sondern zunehmend über unterschiedliche Themen sprechen, wird politische Verständigung schwieriger.

Fragmentierte Öffentlichkeit bedeutet deshalb nicht zwangsläufig Polarisierung. Sie schafft jedoch Bedingungen, unter denen politische Gruppen leichter unterschiedliche Wahrnehmungen gesellschaftlicher Wirklichkeit entwickeln können.

Die veränderte Bedeutung journalistischer Autorität

In der klassischen Medienordnung besaßen etablierte journalistische Institutionen aufgrund ihrer Reichweite und Professionalität eine vergleichsweise starke Autorität bei der Einordnung politischer Ereignisse. Diese Autorität wird heute stärker hinterfragt. Bürger können journalistische Darstellungen unmittelbar mit anderen Quellen vergleichen, Gegenpositionen finden und journalistische Fehler öffentlich kritisieren.

Diese Kontrolle kann die Qualität öffentlicher Kommunikation verbessern. Journalistische Institutionen können ihre Deutung nicht mehr allein aufgrund ihrer traditionellen Stellung durchsetzen. Gleichzeitig wird es für Bürger schwieriger, die Qualität unterschiedlicher Informationsquellen einzuschätzen. Professionell recherchierte Berichterstattung steht auf

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

derselben digitalen Oberfläche neben Meinungsbeiträgen, politischer Werbung, persönlichen Erfahrungsberichten, manipulierten Inhalten und ungeprüften Behauptungen.

Die Demokratisierung des Zugangs zur Information erzeugt damit ein neues Orientierungsproblem. Knapp war früher vor allem der Zugang zur Veröffentlichung; knapp wird heute zunehmend **Aufmerksamkeit und verlässliche Einordnung**.

Ökonomischer Strukturwandel des Journalismus

Der Wandel der Medienöffentlichkeit besitzt zugleich eine wirtschaftliche Dimension. Besonders die Presse war lange auf Geschäftsmodelle angewiesen, die redaktionelle Arbeit durch Verkauf, Abonnements und Werbung finanzierten. Digitale Kommunikation verändert diese Finanzierungsgrundlagen. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit wird über Plattformen organisiert, während klassische Medien neue digitale Geschäftsmodelle entwickeln müssen.

Dieser Strukturwandel betrifft die demokratische Öffentlichkeit unmittelbar, weil professioneller Journalismus Ressourcen benötigt. Investigative Recherche, Auslandskorrespondenten, Lokaljournalismus, Fachredaktionen und langfristige Beobachtung politischer Entwicklungen sind kostenintensiv. Sinkt die wirtschaftliche Grundlage solcher Strukturen, betrifft dies nicht nur einzelne Medienunternehmen, sondern die Informationsinfrastruktur demokratischer Gesellschaften.

Besonders relevant ist der Lokaljournalismus. Kommunale Politik besitzt für Bürger hohe unmittelbare Bedeutung, erhält aber außerhalb regionaler Medien häufig nur geringe Aufmerksamkeit. Ein Rückgang lokaler journalistischer Strukturen kann deshalb gerade dort Informationslücken erzeugen, wo politische Entscheidungen besonders konkret erfahrbar werden.

Aufmerksamkeit als neue knappe Ressource

Die digitale Medienordnung ist nicht durch Informationsmangel, sondern durch Informationsüberfluss gekennzeichnet. Bürger können nahezu kontinuierlich auf Nachrichten, Kommentare, Videos, politische Stellungnahmen und Analysen zugreifen. Dadurch verändert sich der zentrale Wettbewerb: Nicht Information selbst, sondern **Aufmerksamkeit** wird zur knappen Ressource.

Medien und politische Akteure müssen Inhalte so gestalten, dass sie innerhalb eines permanenten Informationsstroms wahrgenommen werden. Konflikt, Überraschung, Emotionalität und Personalisierung besitzen dabei besondere kommunikative Vorteile. Dies kann dazu führen, dass politische Ereignisse stärker nach ihrer Aufmerksamkeitswirkung als nach ihrer langfristigen gesellschaftlichen Bedeutung sichtbar werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Auch klassische Medien stehen unter diesem Wettbewerbsdruck. Sie agieren nicht außerhalb der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie, sondern müssen ihre Inhalte über Webseiten, Apps, Suchmaschinen und soziale Netzwerke verbreiten. Dadurch können sich digitale Kommunikationslogiken teilweise auf traditionelle journalistische Angebote übertragen.

Der Gegensatz zwischen klassischen und digitalen Medien ist deshalb zunehmend unzureichend. Beide sind Bestandteile eines miteinander verbundenen Kommunikationssystems.

Nachricht, Analyse und Meinung

Mit der Vervielfachung politischer Inhalte wird die Unterscheidung zwischen Nachricht, Analyse und Meinung besonders wichtig. Professioneller Journalismus besitzt grundsätzlich unterschiedliche Darstellungsformen: Er kann berichten, Zusammenhänge analysieren oder ausdrücklich kommentieren. Für gesellschaftliches Vertrauen ist entscheidend, dass diese Funktionen erkennbar bleiben.

In digitalen Kommunikationsräumen verschwimmen solche Grenzen leichter. Persönliche Einschätzungen können wie Nachrichten präsentiert, Ausschnitte aus journalistischen Beiträgen aus ihrem Kontext gelöst und kommentierende Inhalte als objektive Information weiterverbreitet werden. Nutzer begegnen häufig einzelnen Beiträgen, ohne die ursprüngliche Quelle oder journalistische Darstellungsform wahrzunehmen.

Dadurch wird Medienkompetenz zunehmend zu einer Voraussetzung politischer Orientierung. Die Frage lautet nicht mehr allein: **Welche Information erhalte ich?** Ebenso wichtig wird: **Von wem stammt sie, auf welcher Grundlage wurde sie erstellt und handelt es sich um Nachricht, Analyse, Interpretation oder politische Meinung?**

Medienvertrauen und politische Lagerbildung

Die Veränderung journalistischer Autorität berührt unmittelbar das politische Vertrauen. Kritik an Medien gehört zu einer offenen Gesellschaft und ist für journalistische Qualität notwendig. Problematisch wird die Entwicklung erst, wenn Medien nicht mehr hinsichtlich konkreter Leistungen oder Fehler beurteilt, sondern pauschal nach ihrer vermuteten politischen Lagerzugehörigkeit bewertet werden.

Dann kann selektives Medienvertrauen entstehen. Informationen werden weniger nach ihrer Beleglage beurteilt als danach, ob die Quelle dem eigenen politischen Umfeld zugerechnet wird. Ein Bericht kann von einer Gruppe als glaubwürdig und von einer anderen bereits aufgrund seines Absenders als grundsätzlich unglaubwürdig angesehen werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dadurch verstärkt sich die in Kapitel 68 beschriebene Gefahr konkurrierender politischer Wirklichkeiten. Wenn gesellschaftliche Gruppen nicht nur unterschiedliche Meinungen, sondern unterschiedliche vertrauenswürdige Informationsinstitutionen besitzen, wird die Herstellung einer gemeinsamen Tatsachenbasis schwieriger.

Eine fragmentierte Medienordnung wird demokratietheoretisch besonders problematisch, wenn aus unterschiedlicher Mediennutzung dauerhaft unterschiedliche Maßstäbe dafür entstehen, welchen Quellen überhaupt noch grundsätzlich geglaubt werden kann.

Klassische Medien zwischen Neutralität und pluralistischer Einordnung

Von journalistischen Medien wird häufig politische Neutralität erwartet. Diese Erwartung muss differenziert betrachtet werden. Journalismus kann und soll Tatsachen sorgfältig prüfen, Quellen transparent behandeln und unterschiedliche relevante Perspektiven angemessen berücksichtigen. Vollständige Perspektivlosigkeit ist jedoch kaum möglich, weil bereits Themenauswahl, Gewichtung und Kontextualisierung Entscheidungen enthalten.

Entscheidend ist deshalb weniger die Vorstellung absoluter Neutralität als die Orientierung an professionellen Standards: Trennung von Bericht und Kommentar, nachvollziehbare Quellen, Fehlerkorrektur, Offenheit für Gegenargumente und Bereitschaft zur Selbstkritik.

Gerade in polarisierten Gesellschaften ist diese professionelle Distanz wichtig. Journalistische Glaubwürdigkeit entsteht nicht dadurch, dass jede politische Position gleichermaßen bestätigt wird. Sie entsteht durch nachvollziehbare Verfahren der Informationsprüfung.

Dies schließt klare Kritik an nachweislich falschen Behauptungen oder demokratiefeindlichen Positionen nicht aus. Pluralismus verlangt keine Gleichsetzung von empirisch belegten Aussagen mit unbelegten Behauptungen.

Das Verhältnis zwischen Politik und Medien verändert sich

Die klassische Beziehung zwischen Politik und Journalismus war durch wechselseitige Abhängigkeit geprägt. Politiker benötigten Medien, um Öffentlichkeit zu erreichen; Medien benötigten politische Akteure als Informationsquellen. Digitale Kommunikation verändert dieses Verhältnis, hebt es aber nicht auf.

Politiker können heute eigene Kanäle nutzen und journalistische Vermittlung teilweise umgehen. Gleichzeitig bleiben reichweitenstarke Medien für politische Agenda, öffentliche Legitimation und kritische Kontrolle bedeutsam. Umgekehrt greifen klassische Medien zunehmend Inhalte aus sozialen Netzwerken auf, wodurch digitale Debatten journalistische Themenauswahl beeinflussen können.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Es entsteht ein zirkulärer Kommunikationsprozess. Eine politische Aussage wird über soziale Medien veröffentlicht, journalistisch aufgegriffen, kommentiert, erneut digital verbreitet und dort wiederum politisch interpretiert. Die Grenze zwischen klassischer und digitaler Öffentlichkeit wird dadurch zunehmend durchlässig.

Die politische Wirkung eines Inhalts hängt deshalb nicht mehr allein von seinem ursprünglichen Kommunikationskanal ab, sondern von seiner Zirkulation zwischen verschiedenen Medienräumen.

Eine hybride Medienöffentlichkeit

Der angemessenste Begriff für die gegenwärtige Entwicklung ist deshalb nicht die Ablösung klassischer Medien, sondern die Entstehung einer hybriden Öffentlichkeit. Professioneller Journalismus, öffentlich-rechtliche Angebote, private Medien, soziale Plattformen, direkte Parteienkommunikation, Podcasts, Videokanäle und individuelle Nutzerkommunikation wirken gleichzeitig auf politische Wahrnehmung ein.

Diese Hybridität besitzt erhebliche demokratische Chancen. Mehr Menschen können Informationen veröffentlichen, politische Institutionen kontrollieren und gesellschaftliche Erfahrungen sichtbar machen. Fehlentwicklungen klassischer Medien können schneller kritisiert werden, und politische Debatten sind weniger von wenigen publizistischen Institutionen abhängig.

Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Orientierung und Prüfung. Die frühere Gatekeeper-Struktur wird teilweise durch ein System ersetzt, in dem Auswahl stärker durch Nutzer, Plattformen und algorithmische Sortierung erfolgt. Damit verschiebt sich auch Macht: von klassischen Redaktionen teilweise zu digitalen Plattformen und ihren technischen Auswahlmechanismen.

Ein Modell des medialen Strukturwandels

Die Veränderung der politischen Medienöffentlichkeit lässt sich in einem längerfristigen Transformationsprozess zusammenführen:

Begrenzte Zahl reichweitenstarker journalistischer Medien → starke redaktionelle Auswahl- und Gatekeeper-Funktion → relativ gebündelte gesellschaftliche Aufmerksamkeit → Digitalisierung und sinkende Zugangshürden zur öffentlichen Kommunikation → direkte Kommunikation politischer und gesellschaftlicher Akteure → Vervielfachung von Informationsangeboten → zunehmende Konkurrenz um Aufmerksamkeit → Fragmentierung von Publikum und Themenwahrnehmung → wachsende Bedeutung digitaler Plattformen und algorithmischer Auswahl → hybride Medienordnung aus klassischem Journalismus, Plattformkommunikation und direkten politischen Angeboten → größere Informationsvielfalt bei gleichzeitig höheren Anforderungen an Prüfung, Orientierung und gemeinsame Tatsachengrundlagen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Der Wandel ist damit weder ausschließlich Verlust noch ausschließlich Demokratisierung. Die klassische Medienordnung besaß professionelle Prüfmechanismen und eine starke gemeinsame Öffentlichkeit, konzentrierte aber auch publizistische Auswahlmacht. Die digitale Ordnung erweitert Zugang und Vielfalt, erzeugt zugleich neue Konzentrationen bei Plattformen und neue Probleme gesellschaftlicher Orientierung.

Die zentrale Erkenntnis

Die klassische Medienöffentlichkeit verschwindet nicht. Ihre Stellung innerhalb der politischen Kommunikationsordnung verändert sich jedoch grundlegend. Journalistische Medien bleiben wichtige Produzenten geprüfter Informationen, konkurrieren aber mit einer wachsenden Zahl direkter, digitaler und teilweise nicht journalistisch gefilterter Kommunikationsangebote. Damit wird Öffentlichkeit vielfältiger, schneller und zugänglicher, zugleich aber stärker fragmentiert.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Der Wandel der Medienöffentlichkeit besteht im Übergang von einer überwiegend redaktionell gebündelten zu einer hybriden und stärker fragmentierten Kommunikationsordnung. Dadurch erweitert sich der Zugang zur politischen Öffentlichkeit, während zugleich die gemeinsame gesellschaftliche Aufmerksamkeit, die Autorität journalistischer Auswahl und die Selbstverständlichkeit gemeinsamer Informationsgrundlagen schwächer werden.

Die entscheidende nächste Veränderung geht jedoch über die Vervielfachung von Medienangeboten hinaus. In sozialen Netzwerken wird politische Öffentlichkeit nicht nur von Menschen und Redaktionen ausgewählt. Technische Systeme entscheiden mit darüber, welche Inhalte sichtbar werden, welche Themen Reichweite erhalten und welche politischen Informationen einzelne Nutzer überhaupt erreichen. Damit tritt zwischen Information und Wahrnehmung eine zusätzliche Selektionsinstanz.

Bevor diese algorithmische Dimension im Einzelnen untersucht wird, muss zunächst der Kommunikationsraum betrachtet werden, in dem sie ihre größte Wirkung entfaltet: die sozialen Medien und die dort entstehenden fragmentierten politischen Öffentlichkeiten.

Kapitel 71 – Soziale Medien und fragmentierte Öffentlichkeiten

Mit sozialen Medien verändert sich politische Öffentlichkeit nicht nur technisch, sondern strukturell. Während klassische Medien politische Kommunikation überwiegend über

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

redaktionelle Auswahl und ein vergleichsweise begrenztes Angebot organisierten, ermöglichen digitale Plattformen eine nahezu unmittelbare Veröffentlichung politischer Inhalte durch Parteien, Regierungen, Bewegungen, Organisationen, Influencer und einzelne Bürger. Kommunikation wird dadurch schneller, dezentraler und zugänglicher. Gleichzeitig verliert die Gesellschaft einen Teil jener gemeinsamen Aufmerksamkeitsstruktur, die lange durch wenige reichweitenstarke Medien hergestellt wurde.

Soziale Medien schaffen deshalb eine neue Form politischer Öffentlichkeit: Sie erweitern Beteiligungsmöglichkeiten, erhöhen die Sichtbarkeit bislang schwächer repräsentierter Stimmen und ermöglichen direkte politische Mobilisierung. Zugleich entstehen Teilöffentlichkeiten, in denen unterschiedliche Gruppen andere Themen, Quellen und Interpretationen politischer Wirklichkeit verfolgen.

Diese Fragmentierung ist nicht automatisch problematisch. Eine pluralistische Demokratie benötigt unterschiedliche Perspektiven und Kommunikationsräume. Demokratietheoretisch relevant wird sie dort, wo gesellschaftliche Gruppen nicht mehr nur zu unterschiedlichen politischen Bewertungen gelangen, sondern zunehmend in voneinander getrennten Informations- und Deutungsräumen leben.

Soziale Medien erweitern politische Öffentlichkeit, verändern aber zugleich ihre gemeinsame Grundlage. Aus einer stärker gebündelten Öffentlichkeit entsteht ein Netzwerk vieler miteinander verbundener, teilweise aber auch voneinander entfernter Teilöffentlichkeiten.

Vom Publikum zum Kommunikationsakteur

Eine der tiefgreifendsten Veränderungen sozialer Medien besteht darin, dass Bürger nicht länger ausschließlich Empfänger politischer Kommunikation sind. Sie können selbst veröffentlichen, kommentieren, weiterleiten, bewerten und politische Inhalte produzieren. Dadurch wird die traditionelle Trennung zwischen Sender und Publikum durchlässiger.

Diese Entwicklung besitzt eine erhebliche demokratische Bedeutung. Politische Erfahrungen können öffentlich werden, ohne zunächst durch eine Redaktion ausgewählt zu werden. Lokale Konflikte, gesellschaftliche Probleme oder politische Initiativen können innerhalb kurzer Zeit große Aufmerksamkeit erhalten. Einzelne Bürger können politische Entscheidungsträger unmittelbar ansprechen und öffentliche Reaktionen erzeugen.

Damit sinkt die Zugangsschwelle zur politischen Öffentlichkeit. Gleichzeitig steigt die Menge ungeprüfter Kommunikation. Was früher häufig mehrere journalistische oder institutionelle Filter passieren musste, kann heute unmittelbar öffentlich werden. Die demokratische Öffnung des Kommunikationsraumes ist deshalb zugleich mit einer stärkeren Verantwortung der einzelnen Nutzer für Auswahl, Prüfung und Weiterverbreitung verbunden.

Teilöffentlichkeiten als neue Normalität

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Soziale Medien erzeugen keine einheitliche digitale Öffentlichkeit. Unterschiedliche Plattformen, Gruppen, Netzwerke und Kommunikationskulturen bilden zahlreiche Teilöffentlichkeiten. Menschen folgen bestimmten Personen, Themen und Quellen und begegnen dadurch jeweils unterschiedlichen Ausschnitten politischer Wirklichkeit.

Teilöffentlichkeiten sind grundsätzlich kein demokratisches Defizit. Auch klassische Gesellschaften kannten soziale Milieus, politische Vereinswelten, konfessionelle Medien und parteinahe Öffentlichkeiten. Neu ist vor allem die Geschwindigkeit, Reichweite und

technische Struktur ihrer Bildung. Digitale Netzwerke können innerhalb kurzer Zeit große Gemeinschaften erzeugen, die räumlich nicht mehr an bestimmte Regionen oder soziale Institutionen gebunden sind.

Problematisch wird Fragmentierung dort, wo die Verbindung zwischen diesen Teilöffentlichkeiten schwächer wird. Wenn gesellschaftliche Gruppen zunehmend getrennte Informationsräume nutzen, kann nicht nur die politische Bewertung auseinandergehen, sondern bereits die Wahrnehmung dessen, was überhaupt als relevantes gesellschaftliches Problem gilt.

Fragmentierte Öffentlichkeit bedeutet nicht notwendig getrennte Gesellschaft. Sie wird jedoch dann politisch bedeutsam, wenn unterschiedliche Gruppen dauerhaft verschiedene Themen, Quellen und Tatsachengrundlagen als Ausgangspunkt politischer Urteile verwenden.

Selbstselektion und politische Informationsräume

Ein wichtiger Mechanismus dieser Fragmentierung ist Selbstselektion. Nutzer entscheiden selbst, welchen Personen, Medien und Organisationen sie folgen. Diese Freiheit ermöglicht eine individuellere Informationsordnung, führt aber zugleich dazu, dass vorhandene Interessen und politische Einstellungen die Auswahl zukünftiger Informationen beeinflussen.

Menschen müssen dafür nicht bewusst nach politischer Bestätigung suchen. Bereits thematische Interessen können langfristig unterschiedliche Kommunikationswelten erzeugen. Wer überwiegend wirtschaftspolitischen, migrationspolitischen, klimapolitischen oder gesellschaftspolitischen Angeboten folgt, erhält andere Informationen und Konfliktschwerpunkte als Menschen mit anderen Interessen.

Diese Auswahl kann sich verstärken, wenn Nutzer Quellen bevorzugen, denen sie bereits vertrauen. Dadurch entstehen stabile Informationsumgebungen. Politische Orientierung wird nicht nur durch einzelne Inhalte geprägt, sondern durch die wiederholte Begegnung mit bestimmten Themen, Akteuren und Interpretationen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Selbstselektion ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil digitaler Fragmentierung, wirkt aber mit technischen Auswahlmechanismen zusammen, die im folgenden Kapitel genauer untersucht werden.

Die Sichtbarkeit gesellschaftlicher Minderheiten und neuer Konflikte

Soziale Medien besitzen eine wichtige integrative Funktion, weil sie Gruppen Sichtbarkeit verschaffen können, die innerhalb klassischer Öffentlichkeiten nur begrenzte Aufmerksamkeit erhielten. Gesellschaftliche Minderheiten, lokale Initiativen, junge politische Bewegungen oder neue politische Themen können eigene Kommunikationsräume aufbauen und öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen.

Dadurch erweitert sich das Spektrum politischer Repräsentation. Themen müssen nicht zunächst von etablierten Parteien oder Medienorganisationen als relevant anerkannt werden, um öffentliche Resonanz zu erhalten. Dies kann gesellschaftliche Lernprozesse beschleunigen und bislang wenig beachtete Erfahrungen in den demokratischen Diskurs integrieren.

Gleichzeitig kann erhöhte Sichtbarkeit den Eindruck verstärken, gesellschaftliche Konflikte nähmen insgesamt zu. Digitale Öffentlichkeit macht Unterschiede, Protest und Kritik stärker sichtbar, die zuvor möglicherweise weniger öffentlich wahrnehmbar waren. Mehr sichtbarer Konflikt bedeutet deshalb nicht automatisch mehr tatsächlichen gesellschaftlichen Konflikt.

Die Analyse muss daher zwischen **Zunahme eines Konflikts** und **Zunahme seiner Sichtbarkeit** unterscheiden.

Aufmerksamkeit, Reichweite und kommunikative Ungleichheit

Die Möglichkeit zu veröffentlichen bedeutet nicht automatisch gleiche öffentliche Reichweite. Auch soziale Medien besitzen Hierarchien. Einige Accounts erreichen Millionen Menschen, während andere kaum wahrgenommen werden. Politische Sichtbarkeit hängt von Netzwerkgröße, Bekanntheit, Kommunikationsstil, Aktualität und technischen Empfehlungsmechanismen ab.

Damit entsteht eine neue Form kommunikativer Ungleichheit. Zugang zur Veröffentlichung ist stark verbreitet, Zugang zu hoher Aufmerksamkeit bleibt begrenzt. Politische Macht innerhalb digitaler Öffentlichkeit entsteht deshalb zunehmend aus der Fähigkeit, Aufmerksamkeit zu bündeln.

Diese Konzentration kann bei etablierten Parteien, Medien, prominenten Persönlichkeiten oder neuen digitalen Akteuren liegen. Einzelne Influencer oder politische Kommentatoren können eine Reichweite entwickeln, die früher großen journalistischen Institutionen vorbehalten war.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Demokratisierung der Veröffentlichung führt deshalb nicht zur vollständigen Gleichverteilung öffentlicher Macht. Sie verändert vielmehr die Kriterien, nach denen kommunikative Einflussmöglichkeiten entstehen.

Emotionale Kommunikation und soziale Resonanz

Soziale Medien verbinden politische Information stärker mit unmittelbarer sozialer Reaktion. Inhalte können geliked, geteilt, kommentiert oder öffentlich zurückgewiesen werden. Politische Kommunikation wird dadurch nicht nur empfangen, sondern sichtbar bewertet.

Diese Resonanz beeinflusst wiederum die Wahrnehmung eines Beitrags. Hohe Zustimmung kann den Eindruck gesellschaftlicher Mehrheit erzeugen, obwohl die tatsächliche Reichweite oder Repräsentativität begrenzt ist. Massive Kritik kann ein Thema größer erscheinen lassen, als es außerhalb des jeweiligen Kommunikationsraumes tatsächlich ist.

Besonders emotionale Inhalte können von dieser Struktur profitieren. Empörung, Angst, Begeisterung oder moralische Zustimmung erzeugen stärkere Reaktionsanreize als nüchterne Einordnung. Dadurch kann sich die politische Kommunikation stärker auf Inhalte konzentrieren, die unmittelbare soziale Resonanz auslösen.

Emotion ist dabei nicht illegitim. Politische Konflikte berühren reale Interessen und Werte. Problematisch wird die Struktur, wenn die Fähigkeit zur emotionalen Aktivierung systematisch wichtiger wird als sachliche Relevanz oder empirische Genauigkeit.

Politische Identität und digitale Gemeinschaft

Soziale Medien sind nicht nur Informationsräume, sondern auch Räume sozialer Zugehörigkeit. Nutzer können Gemeinschaften bilden, politische Symbole verwenden und sich gegenseitig in ihren Positionen bestätigen. Politische Orientierung wird dadurch stärker mit sozialer Identität verbunden.

Diese Gemeinschaftsbildung kann politische Partizipation fördern. Menschen erleben, dass andere ähnliche Interessen oder Erfahrungen teilen, und gewinnen dadurch Motivation zur Beteiligung. Politische Bewegungen können schneller entstehen und organisatorische Grenzen überwinden.

Gleichzeitig kann eine starke Verbindung von politischer Position und Gruppenidentität Kompromisse erschweren. Wenn eine politische Meinung zum Bestandteil der eigenen

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

sozialen Zugehörigkeit wird, kann ein Positionswechsel nicht mehr nur als sachliche Korrektur erscheinen, sondern als Distanzierung von der eigenen Gruppe.

Damit können digitale Gemeinschaften politische Bindung stärken und zugleich zur Stabilisierung von Lageridentitäten beitragen.

Direkte Kommunikation politischer Akteure

Parteien und Politiker können soziale Medien nutzen, um journalistische Vermittlung zu umgehen. Sie können Entscheidungen erläutern, politische Botschaften verbreiten, Anhänger mobilisieren und unmittelbar auf Kritik reagieren. Dies verändert das Verhältnis zwischen politischer Organisation und Öffentlichkeit grundlegend.

Die direkte Kommunikation besitzt demokratische Vorteile. Politiker werden erreichbar, institutionelle Informationen können schnell verbreitet und politische Argumente ausführlich dargestellt werden. Gleichzeitig fehlt häufig eine unabhängige Zwischeninstanz, die Aussagen unmittelbar prüft oder konkurrierende Perspektiven einordnet.

Politische Akteure können dadurch stärker kontrollieren, welche Ausschnitte ihrer eigenen Tätigkeit sichtbar werden. Regierungsparteien können Erfolge hervorheben, Oppositionsparteien Konflikte zuspitzen und einzelne Politiker persönliche Kommunikationsstile entwickeln, die teilweise unabhängig von ihrer Partei funktionieren.

Dadurch wird politische Kommunikation zugleich unmittelbarer und strategischer.

Protest und Mobilisierung in digitalen Netzwerken

Soziale Medien reduzieren die organisatorischen Kosten politischer Mobilisierung. Informationen über Demonstrationen, Petitionen, Kampagnen oder politische Aktionen können sehr schnell verbreitet werden. Menschen können sich koordinieren, ohne langfristig in klassischen Organisationen wie Parteien oder Verbänden eingebunden zu sein.

Dies erweitert politische Beteiligungsmöglichkeiten. Gesellschaftliche Anliegen können schneller sichtbar werden, und etablierte Institutionen werden stärker mit unmittelbarer öffentlicher Reaktion konfrontiert. Digitale Mobilisierung kann dadurch demokratische Responsivität erhöhen.

Gleichzeitig kann Mobilisierung kurzfristiger und ereignisbezogener werden. Eine große digitale Aufmerksamkeit bedeutet nicht automatisch dauerhafte politische Organisation. Bewegungen können innerhalb kurzer Zeit entstehen und ebenso schnell wieder an Sichtbarkeit verlieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Zwischen digitaler Resonanz und nachhaltiger politischer Wirkung besteht deshalb keine automatische Verbindung. Dauerhafte Veränderung erfordert häufig weiterhin organisatorische Strukturen, institutionelle Übersetzung und politische Repräsentation.

Fragmentierung ohne vollständige Abschottung

Die Vorstellung vollständig abgeschlossener digitaler Echokammern greift zu kurz. Menschen nutzen häufig mehrere Medien gleichzeitig, begegnen politischen Gegenpositionen und bewegen sich zwischen unterschiedlichen Informationsräumen. Auch Inhalte aus kleinen Teilöffentlichkeiten können durch journalistische Berichterstattung oder virale Verbreitung größere gesellschaftliche Aufmerksamkeit erreichen.

Die Fragmentierung digitaler Öffentlichkeit sollte deshalb nicht als vollständige gesellschaftliche Trennung verstanden werden. Sie bezeichnet vielmehr eine veränderte Wahrscheinlichkeit gemeinsamer Wahrnehmung. Menschen können Zugang zu denselben Informationen haben, begegnen ihnen aber in unterschiedlicher Häufigkeit, Reihenfolge und Kontextualisierung.

Diese Unterschiede können dennoch erhebliche politische Folgen besitzen. Wiederholte Sichtbarkeit beeinflusst, welche Themen als wichtig wahrgenommen werden. Unterschiedliche kommunikative Umgebungen können dadurch unterschiedliche politische Prioritäten erzeugen, selbst wenn die Informationsräume nicht vollständig voneinander getrennt sind.

Digitale Fragmentierung entsteht weniger durch vollständige Informationsabschottung als durch unterschiedliche Gewichtung, Wiederholung und Kontextualisierung politischer Informationen.

Zwischen pluralistischer Vielfalt und politischer Polarisierung

Fragmentierte Öffentlichkeit ist nicht gleichbedeutend mit Polarisierung. Eine Gesellschaft kann zahlreiche unterschiedliche Kommunikationsräume besitzen, ohne dass diese sich feindlich gegenüberstehen. Pluralismus setzt gerade voraus, dass verschiedene politische Perspektiven sichtbar bleiben.

Polarisierung entsteht erst dann, wenn unterschiedliche Teilöffentlichkeiten zunehmend entlang gegensätzlicher politischer Identitäten organisiert werden und die jeweils andere Seite nicht mehr nur als politischer Gegner, sondern als grundsätzlich illegitim wahrgenommen wird.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Soziale Medien können solche Prozesse verstärken, weil Konflikte sichtbar, emotional und dauerhaft verfügbar werden. Sie können zugleich aber auch Gegenpositionen zugänglich machen, gesellschaftliche Vielfalt zeigen und neue Formen des Dialogs ermöglichen.

Die politische Wirkung hängt deshalb nicht allein von der Existenz sozialer Medien ab, sondern davon, **wie digitale Kommunikationsstrukturen, politische Akteure und gesellschaftliche Konfliktlinien miteinander verbunden werden.**

Ein Modell fragmentierter digitaler Öffentlichkeit

Die Entwicklung lässt sich als mehrstufiger Prozess zusammenführen:

Digitalisierung und sinkende Veröffentlichungsschwellen → Vervielfachung politischer Akteure und Informationsquellen → individuelle Auswahl von Themen, Personen und Medien → Bildung unterschiedlicher Kommunikationsnetzwerke → technische und soziale Verstärkung bestimmter Inhalte → unterschiedliche Gewichtung politischer Ereignisse → Entstehung von Teilöffentlichkeiten → stärkere politische Identifikation innerhalb bestimmter Netzwerke → mögliche Mobilisierung und Lagerbildung → Rückwirkung auf Parteien, Medien und politische Konflikte.

Dieser Prozess kann unterschiedliche Ergebnisse hervorbringen. Teilöffentlichkeiten können neue gesellschaftliche Interessen demokratisch sichtbar machen und politische Repräsentation verbessern. Sie können aber ebenso bestehende Konflikte verstärken, Vertrauen selektiv organisieren und gemeinsame politische Bezugspunkte schwächen.

Damit ist die digitale Öffentlichkeit weder grundsätzlich demokratisierend noch grundsätzlich destabilisierend. Sie verändert vor allem die Bedingungen, unter denen politische Information, Wahrnehmung und Mobilisierung stattfinden.

Die zentrale Erkenntnis

Soziale Medien haben die politische Öffentlichkeit geöffnet und vervielfacht. Sie ermöglichen direkte Kommunikation, neue Formen politischer Beteiligung und die Sichtbarkeit gesellschaftlicher Erfahrungen, die innerhalb klassischer Medienstrukturen leichter übersehen werden konnten. Gleichzeitig entsteht eine stärker fragmentierte Informationsordnung, in der gesellschaftliche Gruppen unterschiedliche politische Themen, Quellen und Deutungen wahrnehmen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die demokratische Herausforderung sozialer Medien liegt nicht in der bloßen Existenz unterschiedlicher Teilöffentlichkeiten. Sie entsteht dort, wo diese Teilöffentlichkeiten

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

ihre gemeinsamen Bezugspunkte verlieren, politische Identität stärker als gemeinsamer Tatsachenbezug über Glaubwürdigkeit entscheidet und gesellschaftliche Differenz dauerhaft in voneinander entfernte politische Wirklichkeitsräume übersetzt wird.

Damit bleibt jedoch eine zentrale Frage offen. Nutzer entscheiden zwar selbst, welchen Personen und Medien sie folgen, aber sie bestimmen nicht vollständig, welche Inhalte ihnen tatsächlich angezeigt werden. Zwischen dem verfügbaren Informationsangebot und der individuellen Wahrnehmung stehen technische Auswahl- und Empfehlungssysteme, die Aufmerksamkeit sortieren und Reichweite verteilen.

Damit rückt die nächste Ebene digitaler Öffentlichkeit in den Mittelpunkt.

Kapitel 72 – Algorithmen, Aufmerksamkeit und politische Wahrnehmung

Mit der digitalen Fragmentierung politischer Öffentlichkeit tritt eine weitere Ebene zwischen Information und Wahrnehmung: algorithmische Auswahl. Nutzer sozialer Plattformen sehen nicht einfach die Gesamtheit aller verfügbaren Inhalte, sondern eine technisch vorsortierte Auswahl. Welche Beiträge sichtbar werden, wie häufig bestimmte Themen erscheinen und welche politischen Inhalte besondere Reichweite erhalten, hängt deshalb nicht nur von individuellen Entscheidungen oder journalistischen Auswahlprozessen ab, sondern auch von den Funktionslogiken digitaler Plattformen.

Diese Systeme sind nicht in erster Linie politische Institutionen. Ihre technische Aufgabe besteht darin, große Mengen an Inhalten so zu ordnen, dass Nutzer relevante oder interessante Beiträge finden. Politisch bedeutsam werden sie dort, wo diese Auswahlmechanismen öffentliche Aufmerksamkeit strukturieren. Wenn bestimmte Inhalte häufiger sichtbar werden als andere, verändert sich nicht automatisch die politische Meinung eines Menschen, wohl aber die Informationsumgebung, innerhalb derer politische Wahrnehmung entsteht. Damit wird algorithmische Sortierung zu einem Bestandteil moderner politischer Öffentlichkeit.

Algorithmen entscheiden nicht unmittelbar, was Menschen politisch denken. Sie beeinflussen jedoch mit, welchen Informationen, Themen und Deutungen Menschen begegnen und welche politischen Ereignisse dadurch besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Von der Informationsauswahl zur Aufmerksamkeitsordnung

Die klassische Medienordnung beruhte wesentlich auf redaktioneller Auswahl. Journalisten entschieden, welche Themen berichtenswert erschienen, wie sie eingeordnet wurden und

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

welche Informationen eine große Öffentlichkeit erreichten. Digitale Plattformen ergänzen diese Form der Auswahl durch automatisierte Sortierung. Nutzer sehen Inhalte nicht ausschließlich in chronologischer Reihenfolge, sondern häufig entsprechend angenommener Relevanz, bisherigem Verhalten, sozialen Beziehungen und erwarteter Aufmerksamkeit.

Dadurch entsteht eine neue Aufmerksamkeitsordnung. Inhalte konkurrieren nicht mehr allein um journalistische Auswahl oder individuelle bewusste Suche, sondern um Sichtbarkeit innerhalb technisch organisierter Empfehlungssysteme. Diese Systeme können große Informationsmengen verarbeiten und ermöglichen individuell zugeschnittene Kommunikationsräume. Zugleich bleiben ihre Auswahlmechanismen für Nutzer häufig nur begrenzt nachvollziehbar.

Politische Öffentlichkeit erhält dadurch eine zusätzliche infrastrukturelle Ebene. Zwischen dem vorhandenen Informationsangebot und der tatsächlichen individuellen Wahrnehmung steht ein technisches System der Priorisierung.

Aufmerksamkeit als zentrale Ressource digitaler Öffentlichkeit

Digitale Plattformen verfügen über nahezu unbegrenzte Mengen an Informationen, während menschliche Aufmerksamkeit begrenzt bleibt. Die zentrale Knappheit digitaler Öffentlichkeit ist deshalb nicht mehr Information, sondern Zeit und Wahrnehmungsfähigkeit. Plattformen müssen entscheiden, welche Inhalte aus einer großen Menge möglicher Beiträge bevorzugt angezeigt werden.

Damit entsteht ein permanenter Wettbewerb um Aufmerksamkeit. Politische Akteure, Medien, Influencer und Organisationen passen ihre Kommunikation an diese Bedingungen an. Kurze Botschaften, visuelle Inhalte, starke Überschriften und emotionale Zuspitzungen können besonders geeignet sein, innerhalb eines schnellen Informationsstroms wahrgenommen zu werden.

Diese Entwicklung verändert politische Kommunikation über die Plattformen hinaus. Auch klassische Medien und Parteien berücksichtigen zunehmend, welche Inhalte digital verbreitbar sind. Die Aufmerksamkeitslogik kann dadurch den gesamten politischen Kommunikationsraum beeinflussen.

In der digitalen Öffentlichkeit konkurrieren politische Inhalte nicht nur um Zustimmung, sondern zunächst darum, überhaupt wahrgenommen zu werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Algorithmen als Selektionssysteme

Algorithmische Systeme können als automatisierte Selektionsmechanismen verstanden werden. Sie bewerten große Mengen verfügbarer Inhalte anhand verschiedener Signale und bestimmen daraus ihre Reihenfolge oder Empfehlungswahrscheinlichkeit. Dabei können frühere Nutzerinteraktionen, soziale Verbindungen, Aktualität, Popularität oder vermutete Interessen eine Rolle spielen.

Für die politische Analyse ist entscheidend, dass solche Systeme keine vollständige politische Neutralität im Sinne völliger Folgenlosigkeit besitzen können. Jede Auswahlentscheidung verändert Sichtbarkeit. Wenn ein Beitrag weiter oben angezeigt wird, erhöht sich seine Wahrscheinlichkeit, wahrgenommen zu werden; andere Beiträge werden entsprechend weniger sichtbar.

Dies bedeutet nicht, dass Plattformalgorithmen notwendig politische Absichten verfolgen. Politische Wirkung kann auch aus technisch oder ökonomisch begründeten Auswahlmechanismen entstehen. Gerade darin liegt die Besonderheit: Ein System kann politische Öffentlichkeit strukturieren, obwohl seine primäre Zielsetzung nicht politischer Natur ist.

Personalisierung und individuelle Informationsumgebungen

Personalisierung gehört zu den zentralen Eigenschaften digitaler Plattformen. Unterschiedliche Nutzer können auf derselben Plattform unterschiedliche Inhalte sehen. Dadurch wird politische Öffentlichkeit stärker individualisiert.

Personalisierung kann einen erheblichen Nutzen besitzen. Nutzer erhalten häufiger Inhalte, die ihren Interessen entsprechen, und können sich intensiver mit bestimmten politischen Themen beschäftigen. Gleichzeitig verringert sich die Wahrscheinlichkeit identischer Informationsumgebungen. Zwei Menschen können denselben politischen Tag erleben und dennoch sehr unterschiedlichen Themen, Kommentaren und Interpretationen begegnen.

Diese Individualisierung verstärkt die bereits in Kapitel 71 beschriebene Fragmentierung. Teilöffentlichkeiten entstehen nicht nur durch bewusste Auswahl von Quellen, sondern zusätzlich durch technisch vermittelte Unterschiede in der Sichtbarkeit einzelner Inhalte.

Damit wird politische Wahrnehmung stärker durch eine Kombination aus **Selbstselektion und algorithmischer Selektion** geprägt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Emotionale Inhalte und Reichweitendynamiken

Politische Inhalte unterscheiden sich erheblich hinsichtlich ihrer Fähigkeit, unmittelbare Reaktionen auszulösen. Beiträge, die Empörung, Angst, Zustimmung, Überraschung oder starke moralische Bewertungen hervorrufen, können häufiger kommentiert oder weiterverbreitet werden. Wenn Empfehlungssysteme solche Interaktionen als Zeichen besonderer Relevanz interpretieren, können emotionale Inhalte zusätzliche Sichtbarkeit erhalten.

Dadurch entsteht ein möglicher Verstärkungskreislauf:

Emotionale politische Botschaft → erhöhte Aufmerksamkeit und Interaktion → größere algorithmische Sichtbarkeit → zusätzliche Reaktionen → weitere Reichweite.

Dieser Mechanismus bedeutet nicht, dass sachliche Inhalte grundsätzlich unsichtbar bleiben oder emotionale Kommunikation immer problematisch wäre. Politische Konflikte besitzen legitime emotionale Dimensionen. Demokratietheoretisch relevant wird die Entwicklung dort, wo besonders konfliktorientierte Kommunikation systematisch bessere Sichtbarkeitsbedingungen erhält als differenzierende Einordnung.

Dann kann die öffentlich sichtbare Politik konflikthafter erscheinen als die Gesamtheit tatsächlicher gesellschaftlicher Einstellungen.

Sichtbarkeit ist nicht gesellschaftliche Repräsentativität

Eine der wichtigsten Folgen digitaler Aufmerksamkeitssysteme ist die mögliche Verwechslung von Sichtbarkeit und gesellschaftlicher Bedeutung. Ein stark verbreiteter Beitrag kann den Eindruck erzeugen, eine Position besitze breite gesellschaftliche Unterstützung. Tatsächlich kann hohe Reichweite auch aus intensiver Aktivität kleiner Gruppen, Kontroversität oder algorithmischer Verstärkung entstehen.

Ähnliches gilt für öffentliche Empörung. Tausende Kommentare können ein relevantes politisches Signal sein, stellen aber nicht automatisch eine repräsentative Abbildung gesellschaftlicher Meinung dar. Digitale Öffentlichkeit misst Aktivität, nicht notwendigerweise gesellschaftliche Mehrheiten.

Diese Unterscheidung ist für Parteien, Medien und politische Institutionen besonders wichtig. Wenn digitale Resonanz unmittelbar als gesellschaftliche Gesamtstimmung interpretiert wird, können politische Akteure ihre Entscheidungen an einem verzerrten Ausschnitt gesellschaftlicher Wahrnehmung orientieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Digitale Sichtbarkeit ist ein Indikator politischer Aufmerksamkeit, aber kein zuverlässiges Maß gesellschaftlicher Repräsentativität.

Wiederholung und die Wahrnehmung politischer Bedeutung

Politische Bedeutung entsteht nicht nur durch einzelne Informationen, sondern auch durch Wiederholung. Wenn Nutzer einem Thema regelmäßig begegnen, kann es subjektiv wichtiger erscheinen. Algorithmische Auswahl kann deshalb politische Wahrnehmung beeinflussen, ohne einzelne Aussagen aktiv zu verändern.

Ein Thema, das innerhalb eines individuellen Informationsraumes häufig sichtbar ist, kann als dominierendes gesellschaftliches Problem wahrgenommen werden. Andere Entwicklungen können gleichzeitig kaum erscheinen, obwohl sie objektiv erhebliche Bedeutung besitzen. Dadurch verändert sich politische Prioritätensetzung.

Dieser Mechanismus verbindet digitale Öffentlichkeit mit klassischen Erkenntnissen über Agenda-Setting, verändert aber deren Struktur. Während früher wenige große Medien Themenagenda und Sichtbarkeit stark bündelten, können heute zahlreiche personalisierte Aufmerksamkeitsordnungen gleichzeitig existieren.

Politische Gesellschaften teilen damit möglicherweise weniger stark dieselbe Hierarchie gesellschaftlicher Probleme.

Algorithmische Verstärkung und politische Konfliktlinien

Die in Teil III untersuchten gesellschaftlichen Konfliktlinien erhalten unter digitalen Bedingungen neue Kommunikationsmöglichkeiten. Migration, Klima, soziale Sicherheit, nationale Identität oder kulturelle Veränderungen können innerhalb spezifischer Netzwerke besonders intensiv diskutiert werden.

Algorithmen erzeugen diese Konflikte nicht. Sie treffen auf gesellschaftliche Spannungen, die bereits vorhanden sind. Sie können jedoch beeinflussen, welche Konflikte besonders sichtbar werden und wie häufig Nutzer entsprechenden Deutungen begegnen.

Dabei ist entscheidend, ob unterschiedliche Konfliktlinien miteinander verbunden werden. Digitale Kommunikation kann beispielsweise soziale Unsicherheit, Migration, kulturellen Wandel und institutionelles Misstrauen innerhalb gemeinsamer politischer Narrative bündeln. Dadurch können aus voneinander getrennten Erfahrungen umfassendere politische Deutungsmuster entstehen.

Algorithmische Aufmerksamkeit wirkt somit nicht unabhängig von gesellschaftlichen Konfliktstrukturen. Sie kann deren politische Verknüpfung beschleunigen oder verstärken.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Entstehung selbstverstärkender Informationskreisläufe

Wenn Nutzer auf bestimmte Inhalte reagieren und Plattformen daraus zukünftige Empfehlungen ableiten, können Rückkopplungseffekte entstehen. Interesse erzeugt Sichtbarkeit, Sichtbarkeit erzeugt weitere Interaktion, und Interaktion beeinflusst zukünftige Auswahl.

Dieser Mechanismus lässt sich vereinfacht darstellen:

Politisches Interesse oder vorhandene Orientierung → Interaktion mit bestimmten Inhalten → algorithmische Anpassung der Informationsauswahl → häufigere Begegnung mit ähnlichen Themen oder Deutungen → verstärkte Wahrnehmung ihrer Bedeutung → weitere Interaktion.

Solche Kreisläufe müssen nicht zu abgeschlossenen Echokammern führen. Nutzer können weiterhin Gegenpositionen sehen, andere Medien verwenden und unterschiedliche soziale Kontakte besitzen. Dennoch können sie die Gewichtung politischer Informationen verändern.

Wichtig ist deshalb, nicht in technische Determinismen zu verfallen. Algorithmen steuern politische Wahrnehmung nicht vollständig. Sie wirken als eine Selektionsinstanz neben persönlichen Erfahrungen, klassischen Medien, sozialen Beziehungen und bewusster Informationssuche.

Politische Akteure lernen die Logik der Plattformen

Parteien und politische Akteure beobachten, welche Inhalte Aufmerksamkeit erhalten. Dadurch passen sie ihre Kommunikation an die vermuteten Plattformlogiken an. Zugespitzte Aussagen, kurze Videos, persönliche Konflikte oder emotionalisierende Botschaften können gezielt genutzt werden, um größere Reichweite zu erzielen.

Damit wirkt algorithmische Selektion indirekt auf die Produktion politischer Inhalte zurück. Es entsteht nicht nur ein System, das vorhandene Kommunikation sortiert, sondern ein Kommunikationsraum, in dem Akteure bereits bei der Erstellung ihrer Botschaften mögliche Reichweiteneffekte berücksichtigen.

Diese Rückkopplung kann politische Sprache verändern. Inhalte werden stärker für einzelne Plattformen optimiert, während längere Argumentationen in andere Kommunikationsformen ausgelagert werden. Die Gefahr besteht darin, dass politische Positionierung zunehmend an Sichtbarkeitslogiken angepasst wird.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Wo Aufmerksamkeit über politische Reichweite entscheidet, beginnen politische Akteure nicht nur um Stimmen, sondern um algorithmische Sichtbarkeit zu konkurrieren.

Transparenz und demokratische Nachvollziehbarkeit

Journalistische Auswahl kann kritisiert und zumindest teilweise nachvollzogen werden: Redaktionen besitzen verantwortliche Personen, veröffentlichen journalistische Standards und können Fehler korrigieren. Bei algorithmischer Auswahl ist die Verantwortungsstruktur komplizierter. Nutzer wissen häufig nicht genau, warum ihnen ein bestimmter Beitrag angezeigt wird oder warum andere Inhalte kaum sichtbar sind.

Dies erzeugt eine neue Transparenzfrage. Es ist weder realistisch noch notwendig, dass jeder Nutzer komplexe technische Systeme vollständig versteht. Demokratietheoretisch bedeutsam ist jedoch, dass grundlegende Auswahlprinzipien, Einflussmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten nachvollziehbar bleiben.

Die zentrale Frage lautet nicht, ob Algorithmen vollständig offengelegt werden müssen, sondern ob gesellschaftlich verstanden werden kann, **nach welchen grundlegenden Kriterien politische Sichtbarkeit verteilt wird und welche Möglichkeiten zur Kontrolle bestehen.**

Je stärker Plattformen öffentliche Kommunikation strukturieren, desto größer wird ihre gesellschaftliche Verantwortung.

Algorithmen als Verstärker, nicht als Alleinerklärung

Die politische Diskussion über digitale Plattformen neigt teilweise dazu, gesellschaftliche Polarisierung oder Radikalisierung unmittelbar auf Algorithmen zurückzuführen. Eine solche Erklärung greift zu kurz. Gesellschaftliche Konflikte besitzen wirtschaftliche, soziale, kulturelle, regionale und politische Ursachen, die unabhängig von digitalen Plattformen bestehen.

Algorithmen können bestehende Konflikte sichtbarer machen, bestimmte Kommunikationsformen belohnen und ihre Verbreitung beschleunigen. Sie sind damit eher als **Verstärker innerhalb eines größeren gesellschaftlichen Wirkungsgefüges** zu verstehen.

Diese Einordnung ist für die vorliegende Untersuchung zentral. Die digitale Infrastruktur ersetzt nicht die gesellschaftliche Konfliktanalyse. Sie verändert die Bedingungen, unter denen Konflikte wahrgenommen, interpretiert und mobilisiert werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Das Verhältnis lautet deshalb nicht:

Algorithmus → politische Polarisierung

sondern wesentlich komplexer:

Gesellschaftliche Konflikte + individuelle Wahrnehmung + politische Deutung + Plattformlogik + algorithmische Auswahl + soziale Interaktion → mögliche Verstärkung politischer Mobilisierung und Polarisierung.

Ein integriertes Modell algorithmisch strukturierter Wahrnehmung

Die bisher untersuchten Mechanismen können zu einem Gesamtmodell verbunden werden:

Gesellschaftliche und politische Ereignisse → Produktion journalistischer, politischer und individueller Inhalte → digitales Informationsangebot → individuelle Auswahl von Quellen und Kontakten → algorithmische Sortierung und Personalisierung → unterschiedliche Sichtbarkeit und Wiederholung von Inhalten → emotionale und soziale Reaktion → weitere algorithmische Verstärkung → individuelle Wahrnehmung politischer Relevanz → Vertrauen, Ablehnung, Mobilisierung oder politische Identifikation → veränderte Kommunikationsstrategien politischer Akteure → neue Inhalte und erneute algorithmische Auswahl.

Es handelt sich damit um einen Rückkopplungsprozess. Nutzer, politische Akteure und technische Systeme beeinflussen sich gegenseitig. Keine einzelne Ebene erklärt die politische Wirkung vollständig.

Gerade diese Rückkopplung macht die neue Medienordnung komplex. Algorithmische Systeme sind weder neutrale technische Leitungen noch autonome politische Akteure. Sie bilden eine infrastrukturelle Vermittlungsebene, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit organisiert und dadurch politische Wirkungen entfalten kann.

Die zentrale Erkenntnis

Algorithmen verändern politische Öffentlichkeit vor allem dadurch, dass sie Sichtbarkeit strukturieren. Sie bestimmen nicht unmittelbar politische Überzeugungen und erzeugen gesellschaftliche Konflikte nicht aus dem Nichts. Sie beeinflussen jedoch, welche Inhalte häufig erscheinen, welche Themen Aufmerksamkeit erhalten und welche politischen Deutungen innerhalb individueller Informationsräume wiederholt sichtbar werden.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die demokratische Bedeutung algorithmischer Systeme liegt weniger in einer direkten Steuerung politischer Meinungen als in ihrer Funktion als Aufmerksamkeitsarchitektur.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Sie ordnen den Zugang zu einer nahezu unbegrenzten Informationsmenge und beeinflussen dadurch, welche Ausschnitte politischer Wirklichkeit für unterschiedliche Menschen besonders sichtbar werden. Ihre Wirkung entsteht im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Konflikten, individuellen Präferenzen, politischen Kommunikationsstrategien und sozialen Netzwerken.

Damit ist eine weitere Voraussetzung geschaffen, um die Dynamik digitaler politischer Kommunikation zu verstehen. Sichtbarkeit allein erklärt jedoch noch nicht, warum bestimmte Inhalte besonders stark mobilisieren. Politische Kommunikation gewinnt häufig dann besondere Reichweite, wenn sie gesellschaftliche Erfahrungen emotional verdichtet und Konflikte mit Angst, Empörung, Hoffnung oder moralischer Zugehörigkeit verbindet.

Damit rückt im nächsten Kapitel die emotionale Dimension politischer Kommunikation in den Mittelpunkt.

Kapitel 73 – Emotionalisierung politischer Kommunikation

Politische Kommunikation war nie frei von Emotionen. Hoffnung, Angst, Empörung, Stolz, Zugehörigkeit, Unsicherheit und Vertrauen gehören seit jeher zum politischen Handeln. Demokratische Politik richtet sich nicht an abstrakte, ausschließlich rational kalkulierende Individuen, sondern an Menschen, die gesellschaftliche Veränderungen zugleich kognitiv und emotional verarbeiten. Die gegenwärtige Medien- und Kommunikationsordnung verändert jedoch die Bedingungen, unter denen Emotionen politische Bedeutung gewinnen. Beschleunigte Informationszyklen, soziale Medien, algorithmisch organisierte Aufmerksamkeit und stärker personalisierte politische Kommunikation erhöhen die Sichtbarkeit emotional aufgeladener Botschaften und können dazu beitragen, dass politische Konflikte intensiver wahrgenommen werden.

Emotionalisierung ist dabei nicht grundsätzlich demokratieschädlich. Politische Beteiligung benötigt Motivation, und viele demokratische Bewegungen sind aus moralischer Empörung, Hoffnung auf Veränderung oder Solidarität entstanden. Problematisch wird Emotionalisierung erst dort, wo emotionale Aktivierung dauerhaft die sachliche Prüfung politischer Aussagen verdrängt, Gegner moralisch delegitimiert werden oder Angst und Empörung systematisch zur zentralen Grundlage politischer Mobilisierung werden. Für die Analyse ist deshalb nicht entscheidend, **ob** Politik emotional ist, sondern **wie Emotionen erzeugt, verstärkt und politisch verarbeitet werden.**

Emotion gehört zur Demokratie. Problematisch wird sie dort, wo politische Urteilsbildung nicht mehr durch Emotion ergänzt, sondern von ihr ersetzt wird.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Emotion als Bestandteil politischer Wahrnehmung

Politische Informationen werden nicht neutral aufgenommen. Menschen bewerten Ereignisse danach, ob sie Sicherheit oder Unsicherheit, Zustimmung oder Ablehnung, Hoffnung oder Bedrohung auslösen. Diese emotionale Bewertung beeinflusst, welche Informationen besondere Aufmerksamkeit erhalten und welche politischen Ereignisse langfristig im Gedächtnis bleiben.

Gerade gesellschaftliche Transformation besitzt eine starke emotionale Dimension. Migration, wirtschaftlicher Wandel, Veränderungen kultureller Normen, Klimapolitik oder technologische Entwicklung berühren nicht nur Interessen, sondern auch Vorstellungen von Zukunft, Zugehörigkeit und Kontrolle. Menschen fragen nicht ausschließlich, welche objektiven Folgen eine Veränderung besitzt. Sie bewerten ebenso, ob sie sich in dieser Veränderung wiederfinden, ob sie ihre Lebensweise gefährdet sehen oder ob neue Möglichkeiten entstehen.

Emotion ist deshalb eine Vermittlungsebene zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und politischer Reaktion. Sie übersetzt komplexe Veränderungen in subjektive Bedeutungen und beeinflusst damit, welche Konflikte politisch mobilisierungsfähig werden.

Aufmerksamkeit und emotionale Verdichtung

Die in den vorhergehenden Kapiteln untersuchte digitale Aufmerksamkeitsökonomie verstärkt die Bedeutung emotionaler Kommunikation. Inhalte, die starke Reaktionen auslösen, besitzen häufig größere Chancen, wahrgenommen, kommentiert und weiterverbreitet zu werden. Politische Kommunikation wird dadurch nicht automatisch emotionaler, erhält aber stärkere Anreize zur emotionalen Verdichtung.

Komplexe gesellschaftliche Prozesse können in kurze Geschichten übersetzt werden, die Hoffnung, Empörung oder Angst auslösen. Einzelne Ereignisse können dabei symbolisch für umfassendere gesellschaftliche Entwicklungen stehen. Ein lokaler Konflikt wird zum Beleg allgemeinen Staatsversagens, eine einzelne politische Entscheidung zum Symbol kultureller Veränderung oder ein wirtschaftlicher Erfolg zum Beweis eines umfassenden politischen Aufbruchs.

Diese Verdichtung erleichtert Orientierung, kann aber gleichzeitig den Zusammenhang zwischen Einzelfall und gesellschaftlicher Gesamtentwicklung verzerren. Besonders dort, wo außergewöhnliche Ereignisse große emotionale Resonanz erzeugen, kann ihre politische Bedeutung über ihre tatsächliche Häufigkeit hinauswachsen.

Emotionale Sichtbarkeit und gesellschaftliche Häufigkeit sind nicht identisch. Ein Ereignis kann politisch außerordentlich wirksam werden, obwohl es statistisch selten bleibt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Angst als politisch besonders wirksame Emotion

Angst besitzt eine besondere politische Mobilisierungskraft, weil sie Aufmerksamkeit bündelt und Handlungsdruck erzeugt. Themen wie innere und äußere Sicherheit, Migration, wirtschaftlicher Abstieg, Arbeitsplatzverlust oder gesellschaftlicher Kontrollverlust können deshalb besonders starke politische Reaktionen hervorrufen.

Angst ist nicht automatisch irrational. Gesellschaftliche Risiken können real sein und politische Vorsorge verlangen. Problematisch wird sie dort, wo Risiken systematisch überzeichnet, einzelne Ereignisse verallgemeinert oder Unsicherheiten zu umfassenden Bedrohungsszenarien verbunden werden.

Politische Akteure können Angst nutzen, indem sie unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen innerhalb einer gemeinsamen Bedrohungserzählung bündeln. Dadurch können zuvor getrennte Konflikte miteinander verbunden werden. Wirtschaftliche Unsicherheit, Migration, kultureller Wandel und Misstrauen gegenüber Institutionen können beispielsweise als Teile eines einheitlichen Kontrollverlustes dargestellt werden.

Gerade solche Verknüpfungen erhöhen politische Mobilisierungskraft, weil sie disparate Erfahrungen in eine gemeinsame emotionale Ordnung überführen.

Empörung und moralische Mobilisierung

Neben Angst gehört Empörung zu den stärksten politischen Emotionen. Sie entsteht dort, wo Menschen eine Situation nicht nur als nachteilig, sondern als ungerecht, illegitim oder moralisch falsch wahrnehmen. Politische Empörung kann wichtige demokratische Funktionen erfüllen. Sie kann auf Machtmissbrauch, Diskriminierung, Korruption oder gesellschaftliche Missstände aufmerksam machen.

In digitalen Öffentlichkeiten besitzt Empörung jedoch besondere Verbreitungsvorteile. Moralisch eindeutige Urteile lassen sich leichter verdichten als komplexe Abwägungen. Dadurch kann politischer Wettbewerb zunehmend entlang moralischer Kategorien organisiert werden: nicht nur richtig gegen falsch, sondern gut gegen böse, verantwortungsvoll gegen verwerflich oder demokratisch gegen illegitim.

Wenn politische Konflikte dauerhaft moralisiert werden, wird Kompromiss schwieriger. Mit einem politischen Gegner kann verhandelt werden; mit einem als moralisch unzulässig betrachteten Akteur erscheint Kompromiss dagegen selbst problematisch.

Je stärker politische Differenz moralisch absolut gesetzt wird, desto schwerer wird es, politische Gegnerschaft von moralischer Verwerfung zu unterscheiden.

Hoffnung und positive politische Mobilisierung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Emotionalisierung ist nicht auf negative Gefühle beschränkt. Hoffnung, Zuversicht und gemeinschaftliche Identifikation können ebenfalls starke politische Mobilisierung erzeugen. Politische Bewegungen benötigen häufig die Vorstellung, dass Veränderung möglich ist und individuelles Engagement einen Unterschied machen kann.

Positive Mobilisierung kann gesellschaftliche Kooperation stärken, Zukunftsorientierung fördern und politische Beteiligung erhöhen. Auch große Reformprojekte oder demokratische Erneuerungsbewegungen sind ohne emotionale Zukunftsbilder kaum denkbar.

Allerdings kann auch Hoffnung problematisch werden, wenn politische Erwartungen unrealistisch überhöht werden. Werden komplexe Probleme mit schnellen oder vollständigen Lösungen verbunden, kann später Enttäuschung entstehen. Positive politische Kommunikation benötigt deshalb ebenso wie kritische Kommunikation eine Verbindung zwischen emotionaler Motivation und realistischer Erwartung.

Die demokratische Qualität emotionaler Kommunikation hängt somit nicht davon ab, ob sie positiv oder negativ ist, sondern davon, ob sie politische Orientierung mit überprüfbarer Wirklichkeit verbindet.

Zugehörigkeit und politische Identität

Emotionale Kommunikation gewinnt besondere Stärke, wenn politische Positionen mit sozialer Zugehörigkeit verbunden werden. Menschen können sich als Teil einer politischen, kulturellen oder gesellschaftlichen Gemeinschaft verstehen und politische Entscheidungen dadurch als Ausdruck der eigenen Identität erleben.

Solche Bindungen können demokratische Beteiligung stabilisieren. Parteien und gesellschaftliche Bewegungen benötigen gemeinsame Werte und Identifikationsangebote. Gleichzeitig steigt das Konfliktpotenzial, wenn politische Zugehörigkeit stark zwischen einem „Wir“ und einem „Sie“ organisiert wird.

Aus sachpolitischen Gegensätzen können Gruppenidentitäten entstehen. Politische Niederlagen werden dann nicht nur als Verlust einer Entscheidung, sondern als Niederlage der eigenen gesellschaftlichen Gruppe wahrgenommen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass politische Konflikte emotional länger fortwirken.

Besonders problematisch wird die Entwicklung dort, wo politische Zugehörigkeit mit der Annahme verbunden ist, andere Gruppen seien grundsätzlich weniger legitim oder gefährlich für die Gesellschaft.

Personalisierung als Träger emotionaler Kommunikation

Die wachsende Personalisierung politischer Öffentlichkeit verstärkt emotionale Bindungen. Politische Akteure werden über ihre Persönlichkeit, Kommunikationsweise und öffentliche

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Inszenierung wahrgenommen. Vertrauen, Sympathie oder Ablehnung können dadurch stärker an einzelne Personen gebunden werden.

Personalisierung kann politische Komplexität reduzieren und Orientierung erleichtern. Bürger erkennen Verantwortliche und können politische Positionen konkreten Personen zuordnen. Gleichzeitig kann sie politische Auseinandersetzung von Sachfragen auf Persönlichkeitskonflikte verschieben.

Starke Personalisierung begünstigt zudem emotionale Lagerbildung. Unterstützer identifizieren sich mit politischen Führungspersonen, während Gegner dieselben Personen zum Symbol umfassender politischer Ablehnung machen. Politische Konflikte werden dadurch psychologisch verdichtet.

Das Risiko besteht darin, dass Institutionen hinter personalisierten Loyalitäten zurücktreten. Demokratie benötigt politische Führung, darf jedoch nicht von persönlicher Gefolgschaft abhängig werden.

Emotion und die Verkürzung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen

Emotionale politische Kommunikation arbeitet häufig mit klaren Ursachen und Verantwortlichen. Dies erleichtert Verständlichkeit, birgt jedoch das Risiko starker Vereinfachung. Komplexe gesellschaftliche Entwicklungen können einzelnen Gruppen, Regierungen oder Institutionen zugeschrieben werden, obwohl mehrere Faktoren zusammenwirken.

Besonders erfolgreich sind solche Deutungen, wenn sie bestehende Gefühle bestätigen. Wer bereits Unsicherheit empfindet, ist möglicherweise empfänglicher für Erzählungen, die eine klare Ursache und einen klaren Verantwortlichen benennen. Emotion reduziert dadurch nicht nur Komplexität, sondern kann auch kausale Eindeutigkeit erzeugen, wo tatsächlich Mehrdeutigkeit besteht.

Dies bedeutet nicht, dass politische Verantwortung nicht benannt werden darf. Demokratie benötigt klare Verantwortungszuschreibung. Die analytische Grenze liegt dort, wo Verantwortlichkeit durch Personalisierung oder Gruppenbeschuldigung ersetzt wird und strukturelle Zusammenhänge verschwinden.

Wiederholung, emotionale Verstärkung und Wahrnehmung

Emotionale Wirkung entsteht nicht nur durch Intensität, sondern auch durch Wiederholung. Wenn Nutzer immer wieder ähnlichen konflikthaften oder alarmierenden Botschaften

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

begegnen, kann sich deren Wahrnehmungsgewicht erhöhen. Einzelne Ereignisse werden dadurch Teil eines umfassenderen Deutungsmusters.

Ein solcher Prozess lässt sich als Rückkopplung beschreiben:

Vorhandene Unsicherheit oder politische Orientierung → Aufmerksamkeit für emotional anschlussfähige Inhalte → wiederholte Begegnung mit ähnlichen Deutungen → Verstärkung emotionaler Bewertung → stärkere politische Identifikation → erhöhte Aufmerksamkeit für weitere bestätigende Inhalte.

Dieser Kreislauf muss nicht geschlossen sein und kann durch andere Erfahrungen oder Informationen unterbrochen werden. Er zeigt jedoch, wie individuelle Emotion, soziale Kommunikation und algorithmische Sichtbarkeit zusammenwirken können.

Damit wird Emotionalisierung zu einem Bindeglied zwischen Wahrnehmung, Kommunikation und politischer Mobilisierung.

Emotionale Polarisierung

Von besonderer Bedeutung ist die Unterscheidung zwischen inhaltlicher und emotionaler Polarisierung. Menschen können in wichtigen politischen Sachfragen unterschiedliche Positionen besitzen, ohne einander grundsätzlich abzulehnen. Emotionale Polarisierung entsteht dagegen dort, wo die Anhänger anderer politischer Lager zunehmend mit Misstrauen, Abneigung oder moralischer Distanz betrachtet werden.

Diese Form der Polarisierung kann bestehen, selbst wenn sachpolitische Differenzen weniger groß sind als wahrgenommen. Entscheidend ist die soziale Wahrnehmung des politischen Gegners. Parteien und Medien können diese Entwicklung verstärken, wenn politische Konkurrenz dauerhaft als existenzieller Konflikt zwischen unvereinbaren gesellschaftlichen Gruppen dargestellt wird.

Emotional polarisierte Gesellschaften müssen deshalb nicht vollständig ideologisch gespalten sein. Schon die gegenseitige Wahrnehmung kann demokratische Kooperation erheblich erschweren.

Politische Polarisierung beginnt nicht erst dort, wo Positionen weit auseinanderliegen. Sie kann bereits dort entstehen, wo Menschen die Anhänger anderer Positionen zunehmend als grundsätzlich fremd, illegitim oder bedrohlich wahrnehmen.

Demokratische Gegenkräfte zur emotionalen Eskalation

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Emotionale Dynamiken sind nicht unvermeidlich. Demokratische Institutionen und gesellschaftliche Akteure verfügen über Möglichkeiten, Konflikte zu moderieren. Parteien können scharf konkurrieren und dennoch die Legitimität ihrer Gegner anerkennen. Journalistische Medien können emotionale Ereignisse einordnen und Kontext bereitstellen. Parlamente können Konflikte institutionalisieren und dadurch verhindern, dass politische Auseinandersetzungen ausschließlich auf gesellschaftlicher Ebene eskalieren.

Auch gesellschaftliche Kontakte zwischen unterschiedlichen Gruppen können Polarisierung begrenzen. Menschen besitzen häufig mehrere Identitäten gleichzeitig: berufliche, regionale, familiäre, kulturelle und politische. Wo diese Zugehörigkeiten politische Lagergrenzen kreuzen, entstehen soziale Verbindungen, die vollständige Gegnerschaft erschweren.

Demokratische Resilienz hängt deshalb auch davon ab, ob politische Konflikte emotional artikulierbar bleiben, ohne sämtliche anderen gesellschaftlichen Gemeinsamkeiten zu überlagern.

Ein Modell emotionalisierter politischer Kommunikation

Die bisher beschriebenen Mechanismen lassen sich in einem integrierten Wirkungszusammenhang darstellen:

Gesellschaftliche Veränderung und persönliche Erfahrung → Wahrnehmung von Sicherheit, Unsicherheit, Anerkennung oder Bedrohung → emotionale Bewertung → politische und mediale Deutung → kommunikative Verdichtung in Hoffnung, Angst, Empörung oder Zugehörigkeit → digitale und soziale Verstärkung → erhöhte Aufmerksamkeit und Mobilisierung → stärkere politische Identifikation → mögliche Lagerbildung und emotionale Polarisierung → veränderte Wahlentscheidungen, Protest oder politische Beteiligung → Rückwirkung auf Parteienstrategien und politische Kommunikation.

Emotion wirkt damit nicht isoliert. Sie verbindet gesellschaftliche Struktur, Wahrnehmung, Kommunikation und politische Handlung. Ihre Bedeutung entsteht gerade daraus, dass sie komplexe politische Erfahrungen in unmittelbar handlungsrelevante Bewertungen übersetzt.

Für die weitere Analyse ist besonders wichtig, dass unterschiedliche Emotionen unterschiedliche Mobilisierungspfade erzeugen können. Hoffnung kann Beteiligung fördern, Empörung Protest auslösen, Angst Schutz- und Ordnungsbedürfnisse verstärken und erfahrene Missachtung politische Entfremdung vertiefen.

Die zentrale Erkenntnis

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Emotionalisierung politischer Kommunikation ist keine Abweichung von einer ansonsten vollständig rationalen Demokratie. Emotion gehört zur politischen Urteilsbildung und kann demokratische Beteiligung, Solidarität und gesellschaftliche Veränderung ermöglichen. Die gegenwärtige Kommunikationsordnung verändert jedoch ihre Reichweite und Geschwindigkeit. Digitale Plattformen, unmittelbare Resonanz und algorithmische Aufmerksamkeit können emotional stark aufgeladene Inhalte besonders sichtbar machen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Demokratisch problematisch ist nicht die Emotionalität politischer Kommunikation, sondern ihre Entkopplung von überprüfbarer Wirklichkeit, pluralistischer Anerkennung und politischer Verantwortlichkeit. Wo Emotionen gesellschaftliche Erfahrungen verständlich machen und Beteiligung ermöglichen, können sie Demokratie stärken. Wo Angst, Empörung oder Gruppenidentität dauerhaft sachliche Prüfung und die Legitimität politischer Gegnerschaft verdrängen, können sie Fragmentierung in Polarisierung überführen.

Damit rückt eine einzelne emotionale Konstellation besonders in den Mittelpunkt. Gesellschaftliche Transformation erzeugt Unsicherheiten, die politisch unterschiedlich gedeutet werden können. Werden Zukunftsangst, Kontrollverlust oder Statusunsicherheit mit politischen Verantwortungszuschreibungen verbunden, können sie erhebliche Mobilisierungskraft entwickeln.

Diese Verbindung zwischen gesellschaftlicher Unsicherheit und politischem Handeln bildet den Gegenstand des folgenden Kapitels.

Kapitel 74 – Angst, Unsicherheit und politische Mobilisierung

Gesellschaftliche Transformation erzeugt nicht zwangsläufig Angst. Sie verändert jedoch Lebensbedingungen, Erwartungen und vertraute Orientierungsmuster und kann dadurch Unsicherheit hervorbringen. Wirtschaftlicher Strukturwandel, Migration, demografische Veränderungen, technologische Entwicklung, internationale Konflikte, kulturelle Pluralisierung und Veränderungen politischer Ordnung wirken häufig gleichzeitig. Für den Einzelnen entsteht daraus eine Situation, in der nicht nur konkrete Risiken bewertet werden müssen, sondern auch die grundlegendere Frage, wie verlässlich bisherige Erwartungen an Zukunft, Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung noch sind.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politisch bedeutsam wird Unsicherheit dort, wo sie interpretiert, mit Ursachen verbunden und in politische Erwartungen übersetzt wird. Menschen können auf vergleichbare Veränderungen sehr unterschiedlich reagieren. Einige verbinden Wandel mit Chancen und neuen Möglichkeiten, andere mit Kontrollverlust, Statusgefährdung oder dem Verlust vertrauter gesellschaftlicher Strukturen. Entscheidend ist deshalb nicht allein das objektive Ausmaß einer Veränderung. Politische Mobilisierung entsteht aus dem Zusammenspiel von tatsächlichen Entwicklungen, subjektiver Wahrnehmung, emotionaler Verarbeitung und politischer Deutung.

Unsicherheit wird nicht automatisch politisch. Sie wird politisch mobilisierungsfähig, wenn gesellschaftliche Veränderungen als Bedrohung wahrgenommen, mit politischen Ursachen verbunden und in Erwartungen an Schutz, Kontrolle oder Veränderung übersetzt werden.

Unsicherheit als Begleiterscheinung gesellschaftlicher Transformation

Unsicherheit entsteht besonders dort, wo Menschen zukünftige Entwicklungen nur begrenzt einschätzen können. Gesellschaftliche Stabilität bedeutet deshalb nicht allein materielle Sicherheit, sondern auch Erwartungssicherheit. Wer davon ausgehen kann, dass berufliche Qualifikationen langfristig benötigt werden, soziale Sicherungssysteme funktionieren, vertraute Institutionen bestehen und gesellschaftliche Regeln grundsätzlich vorhersehbar bleiben, kann persönliche Entscheidungen auf relativ stabile Erwartungen gründen.

Beschleunigte Transformation schwächt einen Teil dieser Erwartungssicherheit. Technologische Veränderungen können Berufsbilder verändern, wirtschaftlicher Strukturwandel regionale Zukunftsperspektiven beeinflussen und demografische Entwicklungen Fragen nach Renten, Pflege und öffentlicher Infrastruktur aufwerfen. Migration und kulturelle Pluralisierung verändern gesellschaftliche Zusammensetzung und Debatten über Zugehörigkeit, während internationale Konflikte Sicherheits- und Wohlstandserwartungen berühren können.

Die politische Wirkung entsteht aus der Gleichzeitigkeit solcher Veränderungen. Einzelne Anpassungsprozesse können gesellschaftlich verarbeitet werden. Treten mehrere Veränderungen gleichzeitig auf, kann dagegen der Eindruck entstehen, dass nicht mehr nur einzelne Lebensbereiche, sondern die gesellschaftliche Ordnung insgesamt unsicherer wird.

Angst und Unsicherheit sind nicht identisch

Für die Analyse muss zwischen Unsicherheit und Angst unterschieden werden. Unsicherheit bezeichnet zunächst einen Zustand begrenzter Vorhersehbarkeit. Menschen wissen nicht genau, welche Entwicklung eintreten wird oder welche Folgen sie persönlich haben könnte. Angst besitzt dagegen eine stärkere emotionale Richtung: Eine mögliche zukünftige Entwicklung wird als Bedrohung wahrgenommen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Aus Unsicherheit muss deshalb keine Angst entstehen. Unsicherheit kann ebenso Neugier, Anpassungsbereitschaft oder Hoffnung auslösen. Entscheidend sind persönliche Ressourcen, bisherige Erfahrungen, gesellschaftliche Position, Vertrauen in Institutionen und die politische Interpretation der Veränderung.

Diese Unterscheidung verhindert eine pauschale Pathologisierung gesellschaftlicher Sorgen. Menschen können reale Risiken wahrnehmen und daraus legitime politische Forderungen entwickeln. Demokratische Politik muss solche Sorgen ernst nehmen, ohne jede Befürchtung automatisch als zutreffende Beschreibung gesellschaftlicher Wirklichkeit zu behandeln.

Angst ist weder Beweis für eine objektive Bedrohung noch bloß Ausdruck irrationaler Wahrnehmung. Sie ist eine reale emotionale Reaktion, deren Ursachen und politische Deutungen empirisch getrennt untersucht werden müssen.

Materielle und kulturelle Unsicherheit

Die vorhergehende Analyse gesellschaftlicher Konfliktlinien hat gezeigt, dass Unsicherheit mehrere Dimensionen besitzt. Materielle Unsicherheit betrifft Einkommen, Arbeitsplatz, Wohnung, soziale Absicherung und wirtschaftliche Zukunft. Kulturelle Unsicherheit bezieht sich stärker auf Zugehörigkeit, gesellschaftliche Normen, Identität und die Wahrnehmung vertrauter Lebensweisen. Hinzu kommen politische Unsicherheit über staatliche Handlungsfähigkeit und persönliche Unsicherheit hinsichtlich des eigenen gesellschaftlichen Status.

Diese Dimensionen treten nicht unabhängig voneinander auf. Wirtschaftliche Veränderung kann als sozialer Statusverlust erfahren werden. Migration kann gleichzeitig Fragen von Arbeitsmarkt, kommunaler Infrastruktur, Sicherheit und kultureller Zugehörigkeit berühren. Ökologische Transformation kann als notwendige Zukunftspolitik und zugleich als wirtschaftliches oder lebensweltliches Risiko wahrgenommen werden.

Besonders mobilisierungsfähig werden Situationen, in denen mehrere Unsicherheiten miteinander verbunden werden. Aus einzelnen Problemen kann dann ein umfassenderes Gefühl gesellschaftlichen Kontrollverlustes entstehen. Politische Kommunikation besitzt bei dieser Verbindung eine zentrale Funktion.

Kontrollverlust als politische Schlüsselerfahrung

Menschen können erhebliche Veränderungen akzeptieren, wenn sie den Eindruck besitzen, diese seien grundsätzlich beeinflussbar. Umgekehrt können objektiv begrenzte Veränderungen starke politische Reaktionen hervorrufen, wenn sie als unkontrolliert wahrgenommen werden. Das Verhältnis zwischen Veränderung und Kontrolle ist deshalb für politische Mobilisierung von besonderer Bedeutung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kontrolle bedeutet dabei nicht, dass der Einzelne politische Prozesse persönlich steuern kann. Entscheidend ist die Erwartung, dass gesellschaftliche Institutionen Regeln setzen, Grenzen definieren und auf Probleme reagieren können. Wo diese Erwartung geschwächt wird, können einzelne politische Konflikte zu Symbolen eines umfassenderen Kontrollverlustes werden.

Die Frage „Hat Politik die Entwicklung noch unter Kontrolle?“ besitzt deshalb eine größere politische Bedeutung als die isolierte Bewertung einzelner Maßnahmen. Sie verbindet konkrete Probleme mit der Wahrnehmung staatlicher Handlungsfähigkeit und wirkt unmittelbar auf politisches Vertrauen.

Politischer Kontrollverlust ist nicht nur eine Frage tatsächlicher staatlicher Handlungsmöglichkeiten. Er ist zugleich eine Wahrnehmung darüber, ob demokratische Institutionen Veränderungen erkennen, begrenzen und nachvollziehbar gestalten können.

Zukunftsunsicherheit und die Veränderung politischer Erwartungen

Politische Mobilisierung richtet sich nicht ausschließlich auf gegenwärtige Lebensbedingungen. Erwartungen an die Zukunft können ebenso wichtig sein. Menschen können wirtschaftlich relativ abgesichert sein und dennoch politische Unsicherheit entwickeln, wenn sie fürchten, dass ihre eigene Situation oder die ihrer Kinder langfristig schlechter wird.

Damit gewinnt die subjektive Richtung gesellschaftlicher Entwicklung Bedeutung. Eine Gesellschaft kann Belastungen eher akzeptieren, wenn große Teile der Bevölkerung erwarten, dass sich daraus langfristig Verbesserungen ergeben. Umgekehrt können selbst vergleichsweise stabile Verhältnisse politisch fragiler werden, wenn die Zukunft überwiegend als Verlustgeschichte wahrgenommen wird.

Zukunftserwartungen verbinden individuelle und kollektive Perspektiven. Menschen fragen nicht nur nach ihrem persönlichen Wohlstand, sondern auch danach, ob Infrastruktur, soziale Sicherung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und politische Institutionen dauerhaft funktionieren werden. Politische Mobilisierung kann deshalb aus einer wahrgenommenen Gefährdung zukünftiger Ordnung entstehen, bevor ein konkreter persönlicher Verlust eingetreten ist.

Statusangst und relative Verlusterfahrung

Unsicherheit entsteht häufig durch Vergleich. Politisch bedeutsam ist nicht nur, ob Menschen tatsächlich sozialen Abstieg erfahren, sondern ob sie einen relativen Statusverlust gegenüber anderen Gruppen wahrnehmen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann ihre materielle Position weitgehend halten und dennoch das Gefühl entwickeln, an Anerkennung, Einfluss oder relativer Bedeutung zu verlieren.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Statusangst verbindet damit materielle und kulturelle Dimensionen. Berufliche Tätigkeiten können wirtschaftlich weiterhin wichtig sein und zugleich gesellschaftlich als weniger anerkannt wahrgenommen werden. Regionen können objektiv Verbesserungen erfahren und dennoch den Eindruck besitzen, gegenüber wirtschaftlichen Zentren zurückzubleiben. Mehr gesellschaftliche Vielfalt kann von einigen Gruppen als Erweiterung, von anderen als Verringerung der Selbstverständlichkeit eigener kultureller Positionen erlebt werden.

Politische Akteure können solche Erfahrungen aufgreifen und miteinander verbinden. Besonders wirksam werden Mobilisierungsangebote dort, wo sie nicht nur konkrete Interessen ansprechen, sondern eine Erklärung dafür anbieten, **warum die eigene gesellschaftliche Stellung bedroht erscheint und wer dafür verantwortlich sei.**

Die politische Konstruktion von Bedrohung

Politische Mobilisierung benötigt Deutung. Parteien und Bewegungen entscheiden mit darüber, welche Risiken hervorgehoben, welche Ursachen benannt und welche gesellschaftlichen Gruppen als besonders betroffen dargestellt werden. Damit können vorhandene Unsicherheiten verstärkt, abgeschwächt oder in unterschiedliche politische Richtungen gelenkt werden.

Bedrohungsdeutungen können auf reale Probleme reagieren. Politische Auseinandersetzung darüber, wie groß ein Risiko ist und welche Maßnahmen angemessen sind, gehört zur Demokratie. Problematisch wird die Kommunikation dort, wo Unsicherheit systematisch in Gewissheit über bevorstehende Katastrophen übersetzt oder komplexe Ursachen auf eindeutig benannte Schuldige reduziert werden.

Ein ähnlicher Mechanismus kann in unterschiedlichen politischen Lagern auftreten. Wirtschaftlicher Zusammenbruch, gesellschaftlicher Kontrollverlust, ökologische Katastrophe, Verlust nationaler Identität oder Ende sozialer Sicherheit können jeweils als existenzielle Zukunftsbilder mobilisiert werden. Die konkreten Inhalte unterscheiden sich, die kommunikative Struktur kann jedoch vergleichbar sein.

Politische Mobilisierung durch Angst gewinnt besondere Stärke, wenn aus einem begrenzten Risiko eine umfassende Bedrohungserzählung und aus komplexen Ursachen eine eindeutige Verantwortungszuschreibung entsteht.

Sicherheit, Ordnung und das politische Schutzversprechen

Angst und Unsicherheit erzeugen häufig eine erhöhte Nachfrage nach politischer Schutzleistung. Bürger erwarten dann stärker, dass politische Institutionen Grenzen setzen, Risiken kontrollieren und gesellschaftliche Ordnung stabilisieren. Sicherheit wird damit zu

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

einem umfassenden politischen Begriff, der weit über Kriminalitätsbekämpfung hinausreichen kann.

Soziale Sicherung, Arbeitsplatzschutz, stabile Energieversorgung, kontrollierte Migration, innere Sicherheit, äußere Verteidigung und verlässliche Infrastruktur können aus unterschiedlichen Perspektiven Bestandteile desselben Bedürfnisses nach gesellschaftlicher Verlässlichkeit werden. Parteien können diese Erwartungen unterschiedlich interpretieren und unterschiedliche Schutzversprechen formulieren.

Demokratisch problematisch wird das Schutzversprechen nicht durch seinen Inhalt als solchen. Staatliche Sicherheit gehört zu den grundlegenden politischen Aufgaben. Spannungen entstehen dort, wo Sicherheit gegen Freiheit, Minderheitenrechte oder rechtsstaatliche Begrenzungen ausgespielt wird. Gerade in Phasen hoher Unsicherheit muss demokratische Politik deshalb Schutzfähigkeit mit institutioneller Selbstbegrenzung verbinden.

Unsicherheit, Protest und politische Neuorientierung

Unsicherheit führt nicht zwangsläufig zu einer bestimmten politischen Richtung. Sie kann unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Menschen können stärkere soziale Absicherung verlangen, konservative Stabilität suchen, neue politische Bewegungen unterstützen, Protestparteien wählen oder sich vollständig aus politischer Beteiligung zurückziehen.

Welche Reaktion entsteht, hängt davon ab, welche politischen Angebote verfügbar sind und welche Deutungen gesellschaftlicher Veränderung überzeugen. Das Parteiensystem fungiert damit als Übersetzungsstruktur zwischen Unsicherheit und politischem Verhalten.

Unterschiedliche Parteien können dieselbe gesellschaftliche Erfahrung in unterschiedliche politische Programme überführen.

Dies erklärt zugleich, warum soziale Unsicherheit nicht automatisch zu einer bestimmten Parteipräferenz führt. Entscheidend ist, wie materielle Interessen mit kulturellen Orientierungen, regionalen Erfahrungen, politischem Vertrauen und bestehenden Identitäten verbunden werden. Die mehrdimensionale Konfliktstruktur Deutschlands eröffnet deshalb mehrere mögliche Mobilisierungspfade.

Angst als Ressource populistischer Mobilisierung

Populistische Kommunikation kann Unsicherheit besonders wirksam aufgreifen, weil sie komplexe gesellschaftliche Veränderungen häufig innerhalb eines übersichtlichen Konfliktmusters interpretiert. Eine als homogen vorgestellte Bevölkerung wird einer politischen oder gesellschaftlichen Elite gegenübergestellt, der Kontrollverlust, Missachtung oder falsche Prioritäten zugeschrieben werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Diese Struktur bietet mehrere kommunikative Vorteile. Sie benennt einen Verantwortlichen, reduziert Komplexität und verbindet unterschiedliche Probleme innerhalb einer gemeinsamen Erklärung. Wirtschaftliche Unsicherheit, Migration, kulturelle Veränderung und Institutionenmisstrauen können dadurch als Ausdruck desselben grundlegenden Konfliktes erscheinen.

Populistische Mobilisierung entsteht jedoch nicht allein durch kommunikative Technik. Sie benötigt gesellschaftliche Anschlussstellen. Wo Menschen tatsächlich Kontrollverlust, Repräsentationslücken oder mangelnde Anerkennung erfahren, können entsprechende Narrative besondere Resonanz entwickeln. Eine rein kommunikative Erklärung würde deshalb ebenso zu kurz greifen wie eine rein strukturelle.

Die genauere Analyse dieser Verbindung folgt im nächsten Kapitel.

Zwischen legitimer Sorge und strategischer Angsterzeugung

Eine demokratische Gesellschaft muss zwischen realen Sorgen und ihrer politischen Instrumentalisierung unterscheiden können. Diese Grenze ist nicht immer einfach zu ziehen. Politische Akteure können berechtigte Risiken benennen und zugleich rhetorisch übertreiben. Umgekehrt können Institutionen reale gesellschaftliche Ängste unterschätzen, wenn statistische Gesamtdaten eine relativ stabile Lage zeigen.

Das bloße Etikettieren einer Sorge als irrational löst das politische Problem nicht. Ebenso wenig darf subjektive Angst als ausreichender Beleg für die behauptete objektive Bedrohung gelten. Notwendig ist eine doppelte Prüfung: Welche empirischen Entwicklungen bestehen tatsächlich, und warum werden sie gesellschaftlich in einer bestimmten Weise wahrgenommen?

Demokratische Kommunikation muss deshalb gleichzeitig ernst nehmen und einordnen. Sie darf weder Ängste strategisch verstärken noch sie kommunikativ abwerten. Gerade diese Balance entscheidet darüber, ob Unsicherheit innerhalb demokratischer Auseinandersetzung verarbeitet oder zum Ausgangspunkt dauerhafter Entfremdung wird.

Ein Modell der Mobilisierung durch Unsicherheit

Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Transformation, Unsicherheit und politischer Mobilisierung lässt sich als mehrstufiger Prozess darstellen:

Gesellschaftlicher Wandel und konkrete Belastungen → Wahrnehmung von Unsicherheit → Vergleich mit früheren Zuständen, anderen Gruppen und Zukunftserwartungen → mögliche Erfahrung von Kontroll-, Status- oder Anerkennungsverlust → emotionale Verarbeitung als Sorge, Angst oder Empörung → politische und mediale Deutung → Benennung von Ursachen und Verantwortlichen → Angebot von Schutz, Kontrolle oder grundlegender Veränderung → politische

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Identifikation und Mobilisierung → Wahlentscheidung, Protest, Beteiligung oder Rückzug → Veränderung des Parteienwettbewerbs und politischer Entscheidungen → neue gesellschaftliche Erfahrungen und erneute Wahrnehmung.

Auch hier handelt es sich um einen Rückkopplungsprozess. Politische Mobilisierung verändert die politische Kommunikation, Parteien reagieren auf neue Konflikte und politische Entscheidungen können Unsicherheit verringern oder verstärken. Gleichzeitig können mediale und digitale Aufmerksamkeitsmechanismen einzelne Bedrohungswahrnehmungen besonders sichtbar machen.

Entscheidend ist, dass keine einfache Kausalität angenommen wird. Weder wirtschaftliche Unsicherheit noch Migration, kultureller Wandel oder digitale Kommunikation führen automatisch zu Angst und politischer Radikalisierung. Politische Wirkung entsteht erst aus ihrer Verbindung mit Wahrnehmung, Deutung und verfügbaren Mobilisierungsangeboten.

Die zentrale Erkenntnis

Angst und Unsicherheit gehören zu den möglichen Folgen beschleunigter gesellschaftlicher Transformation, sind aber weder zwangsläufig noch politisch eindeutig. Menschen reagieren unterschiedlich auf Veränderungen, und dieselbe gesellschaftliche Entwicklung kann Hoffnung, Anpassungsbereitschaft, Sorge oder Ablehnung hervorrufen. Politisch entscheidend wird Unsicherheit dort, wo sie mit Vorstellungen von Kontrollverlust,

Statusgefährdung oder mangelnder Repräsentation verbunden und durch politische Akteure in handlungsorientierte Deutungen übersetzt wird.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Angst wird zu einer politischen Mobilisierungskraft, wenn gesellschaftliche Unsicherheit eine verständliche politische Deutung erhält, Verantwortlichkeiten zugeschrieben werden und ein politisches Angebot verspricht, verlorene Sicherheit, Kontrolle, Anerkennung oder Ordnung wiederherzustellen. Die demokratische Herausforderung besteht deshalb nicht darin, Unsicherheit aus politischer Kommunikation zu verbannen, sondern reale Risiken sachlich zu bearbeiten, gesellschaftliche Wahrnehmungen ernst zu nehmen und zu verhindern, dass Angst zum Ersatz für politische Urteilsbildung wird.

Damit ist zugleich die Grundlage für den nächsten Untersuchungsschritt gelegt. Wenn Unsicherheit politisch mobilisiert wird, stellt sich die Frage, welche politischen Deutungsmuster besonders geeignet sind, unterschiedliche Sorgen, Konflikte und Entfremdungserfahrungen miteinander zu verbinden. Eine der wirkungsmächtigsten Formen dieser politischen Bündelung ist der Populismus, der gesellschaftliche Komplexität häufig in einen grundlegenden Gegensatz zwischen Bevölkerung und politischer Elite übersetzt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kapitel 75 – Populismus als politische Mobilisierungsstrategie

Populismus gehört zu den politisch wirksamsten Mobilisierungsformen moderner Demokratien, weil er komplexe gesellschaftliche Konflikte in eine besonders verständliche politische Grundstruktur übersetzt. Unterschiedliche Probleme, Unsicherheiten und Entfremdungserfahrungen werden dabei nicht isoliert behandelt, sondern innerhalb eines übergeordneten Gegensatzes gebündelt: auf der einen Seite ein als homogen dargestelltes „Volk“, auf der anderen Seite politische, gesellschaftliche oder kulturelle Eliten, denen mangelnde Repräsentation, Kontrollverlust oder bewusste Missachtung zugeschrieben werden. Gerade unter Bedingungen gesellschaftlicher Fragmentierung kann diese Vereinfachung erhebliche Anschlussfähigkeit entfalten.

Populismus ist dabei weder auf eine einzelne politische Richtung noch auf ein bestimmtes Sachthema beschränkt. Er kann mit rechten, linken, sozialpolitischen, nationalen oder systemkritischen Positionen verbunden werden. Entscheidend ist weniger der konkrete Inhalt als die politische Struktur der Mobilisierung. Populistische Akteure behaupten typischerweise, einen unmittelbaren politischen Willen der Bevölkerung gegen Institutionen, Eliten oder etablierte Vermittlungsstrukturen zu vertreten. Dadurch können sie reale Repräsentationsprobleme aufgreifen, zugleich aber demokratische Komplexität auf einen moralisch aufgeladenen Gegensatz reduzieren.

Populismus mobilisiert nicht allein durch einfache Antworten. Seine besondere Stärke liegt darin, unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen in eine gemeinsame politische Erzählung von Volk, Elite, Kontrollverlust und notwendiger Rückgewinnung politischer Souveränität zu übersetzen.

Populismus als spezifische Form politischer Deutung

Populistische Politik beginnt mit einer bestimmten Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit. Unterschiedliche Konflikte werden nicht als Ergebnis pluraler Interessen, institutioneller Zielkonflikte oder langfristiger Strukturveränderungen verstanden, sondern als Ausdruck einer grundlegenden politischen Fehlordnung. Politische Entscheidungen erscheinen dann nicht lediglich als falsch, sondern als Ergebnis einer Entfremdung zwischen Bevölkerung und herrschenden Eliten.

Diese Deutung besitzt hohe kommunikative Klarheit. Sie reduziert politische Komplexität, indem sie Verantwortlichkeit stark konzentriert. Anstelle zahlreicher institutioneller Ebenen, wirtschaftlicher Ursachen oder gesellschaftlicher Interessengegensätze entsteht eine übersichtliche politische Konfliktstruktur.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gerade in Situationen verbreiteter Unsicherheit kann dies attraktiv sein. Komplexe Veränderungen erhalten eine klare Ursache, gesellschaftliche Unzufriedenheit eine politische Richtung und politische Mobilisierung ein eindeutiges Ziel.

Populismus ist deshalb nicht nur ein Kommunikationsstil, sondern ein Deutungsangebot für gesellschaftliche Transformation.

Das Verhältnis von „Volk“ und „Elite“

Der Gegensatz zwischen Volk und Elite bildet das Zentrum populistischer Mobilisierung. Dabei ist „Volk“ keine rein empirische Kategorie. Gesellschaften bestehen aus unterschiedlichen Interessen, Lebenslagen, politischen Orientierungen und kulturellen Identitäten. Populistische Kommunikation reduziert diese Vielfalt häufig auf die Vorstellung eines grundlegenden gemeinsamen Willens.

Demgegenüber wird „die Elite“ als relativ geschlossene Gruppe dargestellt. Je nach politischer Ausrichtung können darunter Regierungen, Parteien, Medien, Wirtschaftsakteure, Wissenschaft, Verwaltungen, internationale Institutionen oder kulturelle Führungsschichten verstanden werden.

Die politische Wirkung entsteht daraus, dass gesellschaftliche Konflikte moralisch strukturiert werden. Das Volk erscheint nicht nur als politisch unterrepräsentiert, sondern als legitim oder authentisch; die Elite dagegen als eigennützig, abgehoben oder illegitim.

Damit verändert sich die Struktur demokratischer Konkurrenz. Aus einem Konflikt zwischen unterschiedlichen politischen Positionen kann ein Konflikt zwischen vermeintlich legitimer Bevölkerung und illegitimer Herrschaft werden.

Populismus und politische Repräsentationslücken

Populistische Mobilisierung gewinnt besonders dort Anschlussfähigkeit, wo Bürger den Eindruck haben, bestehende Parteien oder Institutionen repräsentierten ihre Interessen nicht ausreichend. Solche Repräsentationslücken können real oder wahrgenommen sein und sowohl materielle als auch kulturelle Ursachen besitzen.

Die in den vorhergehenden Teilen untersuchte Fragmentierung gesellschaftlicher Konfliktlinien erhöht die Wahrscheinlichkeit solcher Erfahrungen. Traditionelle Parteien können nicht mehr selbstverständlich große und relativ stabile gesellschaftliche Milieus abbilden. Einzelne Bürger können sich wirtschaftlich links, kulturell konservativ, migrationspolitisch restriktiv oder europapolitisch skeptisch positionieren, ohne dass diese Kombination innerhalb des bestehenden Parteiensystems eindeutig vertreten wird.

Populistische Akteure können solche Kombinationen aufnehmen und zu einem politischen Gesamtangebot verbinden. Sie versprechen dabei häufig nicht nur neue Inhalte, sondern eine

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

grundsätzlich andere Form politischer Repräsentation: unmittelbarer, konfliktorientierter und weniger durch etablierte institutionelle Vermittlung begrenzt.

Populistische Mobilisierung wird besonders dort anschlussfähig, wo politische Unzufriedenheit nicht mehr als einzelnes Sachproblem, sondern als Ausdruck mangelnder politischer Repräsentation verstanden wird.

Komplexitätsreduktion als Mobilisierungsvorteil

Moderne politische Entscheidungen entstehen häufig innerhalb komplexer institutioneller und wirtschaftlicher Zusammenhänge. Für Bürger kann es schwierig sein, Verantwortlichkeiten eindeutig zuzuordnen. Populistische Kommunikation besitzt hier einen erheblichen Vorteil: Sie reduziert komplexe Ursachen auf wenige zentrale Verantwortliche.

Eine solche Reduktion kann durchaus berechtigte Kritik enthalten. Demokratische Institutionen können tatsächlich intransparent handeln, Parteien können gesellschaftliche Entwicklungen unterschätzen und politische Eliten können Distanz zu bestimmten Bevölkerungsgruppen entwickeln. Problematisch wird die Vereinfachung dort, wo institutionelle Komplexität vollständig als bewusste Verschleierung interpretiert oder gesellschaftliche Probleme ausschließlich einer kleinen Gruppe zugeschrieben werden.

Die kommunikative Stärke populistischer Narrative liegt gerade darin, dass sie politische Erklärung und moralische Bewertung miteinander verbinden. Wer für ein Problem verantwortlich gemacht wird, erscheint zugleich als Teil eines grundlegenden politischen Fehlers.

Damit entsteht eine besonders geschlossene Erzählung, die unterschiedliche Erfahrungen miteinander verbinden kann.

Souveränität und das Versprechen politischer Kontrolle

Ein weiteres zentrales Element populistischer Mobilisierung ist das Versprechen, politische Kontrolle zurückzugewinnen. Dieses Motiv verbindet sich häufig mit Begriffen wie Souveränität, Selbstbestimmung, nationale Entscheidungsmacht oder demokratischer Rückgewinnung.

Unter Bedingungen komplexer europäischer und internationaler Verflechtung kann dieses Versprechen besonders wirksam werden. Politische Entscheidungen entstehen auf mehreren Ebenen, wirtschaftliche Entwicklungen werden durch internationale Märkte beeinflusst und nationale Regierungen verfügen nicht über vollständige Kontrolle über sämtliche gesellschaftlichen Prozesse.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Populistische Politik kann daraus ein Narrativ verlorener Souveränität entwickeln. Die politische Alternative erscheint dann als Wiederherstellung eines eindeutigeren Entscheidungszentrums.

Dieses Versprechen trifft auf ein reales demokratisches Bedürfnis nach Verantwortlichkeit. Seine Grenze liegt dort, wo komplexe Abhängigkeiten ignoriert und politische Handlungsmöglichkeiten größer dargestellt werden, als sie tatsächlich sind.

Direkte Demokratievorstellungen und Misstrauen gegenüber Vermittlung

Populistische Bewegungen kritisieren häufig intermediäre Institutionen. Parteien, Parlamente, Gerichte, Medien oder Verwaltungen können als Hindernisse eines unmittelbaren Volkswillens dargestellt werden. Daraus entsteht eine Präferenz für direkte politische Entscheidungen oder eine starke Personalisierung politischer Führung.

Diese Kritik greift ein tatsächliches Spannungsverhältnis demokratischer Ordnung auf. Demokratie beruht auf Volkssouveränität, wird in modernen Staaten aber durch repräsentative Institutionen, Gewaltenteilung und rechtliche Verfahren vermittelt.

Diese Vermittlung begrenzt unmittelbare Mehrheitsmacht und schützt pluralistische Interessen.

Populistische Mobilisierung kann diese institutionelle Vermittlung als Entfremdung interpretieren. Problematisch wird dies dort, wo demokratische Legitimität ausschließlich mit unmittelbarer Mehrheitsentscheidung gleichgesetzt wird.

Demokratische Ordnung benötigt mehr als Mehrheitswillen. Sie benötigt zugleich Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit, institutionelle Kontrolle und die Anerkennung politischer Vielfalt.

Demokratische Volkssouveränität verwirklicht sich nicht außerhalb politischer Institutionen, sondern innerhalb von Regeln, die Mehrheitsentscheidung ermöglichen und zugleich Macht begrenzen.

Populistische Kommunikation und emotionale Verdichtung

Populistische Mobilisierung verbindet politische Vereinfachung häufig mit emotionaler Kommunikation. Angst vor Kontrollverlust, Empörung über politische Entscheidungen oder das Gefühl mangelnder Anerkennung können in ein gemeinsames Narrativ integriert werden.

Diese emotionale Verdichtung erhöht Mobilisierungskraft. Politische Konflikte werden nicht ausschließlich als Fragen unterschiedlicher Interessen dargestellt, sondern als grundlegende Auseinandersetzung um Zugehörigkeit, Gerechtigkeit oder politische Selbstbestimmung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dabei spielt die Vorstellung eines verlorenen oder bedrohten Normalzustands häufig eine wichtige Rolle. Gesellschaftliche Veränderungen werden als Abweichung von einer früheren Ordnung interpretiert, die wiederhergestellt werden müsse. Solche Rückbezüge können materielle, kulturelle oder politische Elemente enthalten.

Die politische Stärke dieser Erzählungen liegt darin, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander zu verbinden: Früher bestand Ordnung, heute herrscht Kontrollverlust, und politische Veränderung soll die verlorene Ordnung zurückbringen.

Populismus in digitalen Öffentlichkeiten

Digitale Plattformen bieten günstige Bedingungen für populistische Kommunikation, weil direkte, konfliktorientierte und emotional verdichtete Botschaften schnell verbreitet werden können. Politische Akteure können journalistische Vermittlung umgehen und unmittelbar mit Unterstützern kommunizieren.

Diese Struktur passt besonders gut zu einer Kommunikationsform, die etablierte Medien selbst als Teil des kritisierten Systems darstellen kann. Kritik an journalistischer Einordnung kann dadurch nicht nur sachlich, sondern identitätspolitisch aufgeladen werden. Anhänger werden ermutigt, alternative Informationsquellen zu bevorzugen und etablierte Medien grundsätzlich skeptisch zu betrachten.

Dabei dürfen digitale Medien nicht als Ursache populistischer Politik missverstanden werden. Populistische Bewegungen existierten lange vor sozialen Netzwerken. Digitale Kommunikation kann jedoch Reichweite, Geschwindigkeit und Bindung solcher Bewegungen verändern.

Insbesondere die Kombination aus direkter Kommunikation, emotionaler Resonanz und algorithmischer Sichtbarkeit kann dazu beitragen, dass populistische Narrative schneller stabile politische Teilöffentlichkeiten bilden.

Populismus zwischen demokratischer Korrektur und demokratischem Risiko

Populistische Bewegungen können eine demokratische Korrekturfunktion besitzen. Sie können gesellschaftliche Gruppen mobilisieren, die sich bislang wenig repräsentiert fühlten, vernachlässigte Probleme sichtbar machen und etablierte Parteien zwingen, politische Fehlentwicklungen stärker wahrzunehmen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Eine Demokratie, die jede populistische Kritik allein als illegitim behandelt, würde deshalb einen Teil möglicher gesellschaftlicher Rückmeldung übersehen. Populistische Erfolge können Hinweise auf reale Repräsentations-, Vertrauens- oder Integrationsprobleme geben.

Das demokratische Risiko entsteht dagegen dort, wo der populistische Anspruch auf Repräsentation exklusiv wird. Wenn nur die eigenen Anhänger als „wirkliches Volk“ gelten und politische Gegner nicht mehr als legitime Vertreter anderer gesellschaftlicher Interessen anerkannt werden, wird pluralistische Demokratie grundsätzlich infrage gestellt.

Damit besitzt Populismus eine ambivalente Stellung. Er kann innerhalb demokratischer Konkurrenz gesellschaftliche Konflikte sichtbar machen, kann aber zugleich eine politische Logik entwickeln, die den pluralistischen Charakter demokratischer Gesellschaften zurückweist.

Linker und rechter Populismus

Populistische Mobilisierung kann mit unterschiedlichen ideologischen Inhalten verbunden sein. Linkspopulistische Varianten strukturieren den Konflikt häufig stärker entlang wirtschaftlicher Macht, sozialer Ungleichheit oder der Gegenüberstellung von Bevölkerung und ökonomischen Eliten. Rechtspopulistische Varianten verbinden den Volk-Elite-Gegensatz häufiger mit Fragen nationaler Identität, Migration, kultureller Zugehörigkeit oder Souveränität.

Diese Unterschiede sind politisch bedeutsam, ändern jedoch die grundlegende populistische Struktur nicht. In beiden Fällen wird gesellschaftliche Vielfalt tendenziell innerhalb eines übergeordneten Konfliktes gebündelt.

Gleichzeitig können sich unterschiedliche populistische Themen überschneiden. Kritik an wirtschaftlicher Globalisierung kann mit nationaler Souveränität verbunden, sozialstaatliche Forderungen können mit restriktiver Migrationspolitik kombiniert oder Kritik an politischen Eliten mit kulturellen Konflikten verknüpft werden.

Gerade diese Rekombination unterschiedlicher Konfliktlinien erklärt, warum populistische Mobilisierung nicht vollständig in klassischen Links-Rechts-Kategorien erfasst werden kann.

Etablierte Parteien und die populistische Herausforderung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Populistische Erfolge verändern auch die Strategien etablierter Parteien. Diese stehen vor der Frage, ob sie populistische Themen übernehmen, schärfer abgrenzen oder gesellschaftliche Ursachen der entsprechenden Mobilisierung auf andere Weise bearbeiten sollen.

Eine einfache Übernahme populistischer Kommunikationsmuster kann kurzfristig Aufmerksamkeit erzeugen, zugleich aber jene Deutungsrahmen stärken, gegen die etablierte Parteien eigentlich konkurrieren. Vollständige Ignorierung kann wiederum den Eindruck verstärken, bestimmte gesellschaftliche Sorgen würden nicht ernst genommen.

Die demokratische Herausforderung besteht deshalb darin, zwischen **Problem und populistischer Interpretation des Problems** zu unterscheiden. Migration, soziale Unsicherheit, regionale Ungleichheit oder institutionelle Intransparenz können reale politische Probleme darstellen, ohne dass daraus zwangsläufig die populistische Erklärung eines grundlegenden Konflikts zwischen Volk und Elite folgt.

Etablierte Parteien müssen deshalb gesellschaftliche Konflikte politisch aufnehmen können, ohne die pluralistische Struktur demokratischer Politik aufzugeben.

Von populistischer Kritik zur Delegitimierung demokratischer Institutionen

Die entscheidende Grenze populistischer Mobilisierung liegt in ihrem Verhältnis zur demokratischen Ordnung. Populistische Akteure können innerhalb demokratischer Institutionen agieren und diese grundsätzlich anerkennen. Sie können aber auch beginnen, Institutionen nur noch dann als legitim zu betrachten, wenn deren Entscheidungen den eigenen politischen Zielen entsprechen.

Besonders problematisch wird eine solche Entwicklung, wenn Wahlergebnisse, Gerichte, Medien oder parlamentarische Verfahren pauschal als manipuliert oder illegitim dargestellt werden, sobald sie populistischen Ansprüchen widersprechen. Dann verschiebt sich die Kritik von konkreten Entscheidungen zur grundsätzlichen Delegitimierung demokratischer Vermittlung.

Ein solcher Übergang ist nicht zwangsläufig. Populismus und Autoritarisierung sind nicht identisch. Die demokratische Relevanz liegt jedoch darin, dass ein exklusiver Volksbegriff mit institutionellem Misstrauen verbunden werden kann.

Aus der Behauptung, ausschließlich den authentischen Volkswillen zu vertreten, kann die Folgerung entstehen, politische Begrenzungen seien nicht legitime Bestandteile demokratischer Ordnung, sondern Hindernisse einer angeblich unmittelbaren Volkssouveränität.

Ein Modell populistischer Mobilisierung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die bisher beschriebenen Zusammenhänge lassen sich in einer mehrstufigen Wirkungskette zusammenführen:

Gesellschaftliche Transformation und konkrete Konflikterfahrungen → Unsicherheit, Status- oder Kontrollverlust und wahrgenommene Repräsentationslücken → politische Entfremdung oder Misstrauen → populistische Deutung gesellschaftlicher Probleme als Gegensatz zwischen Volk und Elite → Konzentration komplexer Ursachen auf klar benannte Verantwortliche → emotionale Verdichtung durch Angst, Empörung oder Zugehörigkeit → Versprechen von Kontrolle, Souveränität und unmittelbarer Repräsentation → politische Mobilisierung → Wahlerfolg, Protest oder Aufbau stabiler politischer Teilöffentlichkeiten → Veränderung des Parteienwettbewerbs → mögliche Anpassung etablierter Parteien und Institutionen → neue politische Konflikte und Rückwirkungen auf Vertrauen und Repräsentation.

Diese Kette beschreibt keine zwangsläufige Entwicklung. Gesellschaftliche Unsicherheit kann auch durch andere politische Angebote verarbeitet werden. Repräsentationslücken können durch neue nichtpopulistische Parteien geschlossen, institutionelles Vertrauen wiederhergestellt und politische Konflikte innerhalb pluralistischer Konkurrenz integriert werden.

Populistische Mobilisierung stellt deshalb einen möglichen, nicht aber notwendigen Transformationspfad dar.

Die zentrale Erkenntnis

Populismus gewinnt seine politische Stärke aus der Verbindung gesellschaftlicher Erfahrungen mit einer klaren politischen Erzählung. Unterschiedliche Unsicherheiten, Repräsentationsprobleme und Konflikte werden zu einem grundlegenden Gegensatz zwischen Bevölkerung und Elite zusammengeführt. Dadurch entsteht eine hohe kommunikative Verständlichkeit und emotionale Mobilisierungsfähigkeit.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Populismus wird dort besonders wirksam, wo gesellschaftliche Transformation mit Unsicherheit, wahrgenommenem Kontrollverlust und Repräsentationsdefiziten zusammentrifft. Seine demokratische Bedeutung ist ambivalent: Er kann vernachlässigte Konflikte sichtbar machen und politische Beteiligung mobilisieren, wird aber zum demokratischen Risiko, wenn aus der Kritik an politischen Akteuren ein exklusiver Anspruch auf die Repräsentation des „wirklichen Volkes“ und daraus die Delegitimierung pluralistischer Institutionen und politischer Gegnerschaft entsteht.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Damit führt die Analyse unmittelbar zu einem Mechanismus, der populistische Kommunikation zwar nicht ausschließlich kennzeichnet, für ihre Mobilisierungsfähigkeit jedoch von besonderer Bedeutung ist: die Reduktion komplexer gesellschaftlicher Entwicklungen auf überschaubare Ursachen, Verantwortliche und politische Lösungen. Diese Form der Vereinfachung findet sich auch außerhalb populistischer Politik und gehört grundsätzlich zum politischen Wettbewerb.

Entscheidend ist deshalb, wann notwendige politische Verständlichkeit in systematische Verzerrung übergeht.

Kapitel 76 – Vereinfachung komplexer politischer Konflikte

Politische Kommunikation kann auf Vereinfachung nicht verzichten. Demokratische Gesellschaften sind zu komplex, politische Entscheidungsprozesse zu vielschichtig und gesellschaftliche Interessen zu unterschiedlich, als dass sämtliche Zusammenhänge jederzeit vollständig dargestellt werden könnten. Parteien, Regierungen, Medien und gesellschaftliche Akteure müssen deshalb auswählen, gewichten und verdichten. Ohne solche Reduktionen wäre politische Verständigung kaum möglich.

Problematisch wird Vereinfachung jedoch dort, wo sie nicht mehr nur der Verständlichkeit dient, sondern zentrale Zusammenhänge ausblendet, Ursachen übermäßig verengt oder politische Alternativen künstlich auf eindeutige Gegensätze reduziert. Dann entsteht aus notwendiger Komplexitätsreduktion eine verzerrte politische Wirklichkeit. Besonders in fragmentierten und emotionalisierten Öffentlichkeiten kann eine solche Verkürzung erhebliche Mobilisierungskraft entwickeln, weil sie Orientierung verspricht und politische Verantwortung scheinbar eindeutig zuordnet.

Demokratische Kommunikation muss Komplexität reduzieren, ohne den Eindruck zu erzeugen, komplexe gesellschaftliche Probleme besäßen immer eine einzige Ursache, einen eindeutig Schuldigen und eine widerspruchsfreie Lösung.

Warum politische Vereinfachung unvermeidbar ist

Politische Entscheidungen betreffen häufig mehrere Ebenen gleichzeitig. Wirtschaftspolitik beeinflusst Beschäftigung, soziale Sicherung, Staatsfinanzen und regionale Entwicklung. Migration berührt Fragen humanitärer Verantwortung, Arbeitsmarktintegration, kommunaler Infrastruktur, gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Sicherheit. Klima- und Energiepolitik

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

verbindet ökologische Ziele mit Industriepolitik, Preisen, Infrastruktur, technologischer Entwicklung und sozialer Verteilung.

Kein politischer Akteur kann all diese Dimensionen in jeder öffentlichen Aussage vollständig darstellen. Politische Kommunikation muss daher priorisieren. Sie muss erklären, welche Ziele im Vordergrund stehen und welche Zusammenhänge für eine konkrete Entscheidung besonders relevant sind.

Diese Reduktion ist legitim, solange sie wesentliche Bedingungen nicht verschweigt und politische Zielkonflikte nicht künstlich verschwinden lässt. Vereinfachung ist damit zunächst eine notwendige Übersetzungsleistung zwischen politischer Komplexität und gesellschaftlicher Verständlichkeit.

Von der Reduktion zur Verzerrung

Die Grenze zwischen verständlicher Reduktion und verzerrender Vereinfachung ist nicht immer eindeutig. Sie wird überschritten, wenn politische Kommunikation einen wesentlichen Teil der Realität so ausblendet, dass daraus ein grundsätzlich falsches Verständnis des Problems entsteht.

Ein komplexer Strukturwandel kann beispielsweise auf eine einzelne politische Entscheidung reduziert werden. Langfristige demografische Entwicklungen können ausschließlich einer Regierung zugeschrieben werden, obwohl sie über Jahrzehnte entstanden sind. Wirtschaftliche Schwierigkeiten können ausschließlich internationalen Akteuren oder ausschließlich nationalen Entscheidungen angelastet werden, obwohl beide Ebenen zusammenwirken.

Verzerrung entsteht insbesondere dann, wenn eine ausgewählte Erklärung nicht mehr als Teil eines größeren Zusammenhangs präsentiert wird, sondern als vollständige Ursache erscheint. Aus analytischer Konzentration wird dann kausale Übertreibung.

Vereinfachung wird zur Verzerrung, wenn ein Teil der Wirklichkeit so dargestellt wird, als sei er die gesamte Wirklichkeit.

Eindeutige Ursachen in einer mehrdimensionalen Gesellschaft

Moderne gesellschaftliche Konflikte sind häufig multikausal. Veränderungen des Parteiensystems lassen sich nicht allein durch einzelne Wahlkämpfe erklären, sondern stehen mit gesellschaftlicher Differenzierung, schwächeren Milieubindungen, neuen Konfliktlinien und veränderter Kommunikation in Verbindung. Politische Entfremdung kann wirtschaftliche, kulturelle, regionale und institutionelle Ursachen gleichzeitig besitzen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politische Kommunikation bevorzugt dennoch häufig eindeutige Kausalitäten. Sie erleichtern Orientierung und Verantwortungszuschreibung. Eine Botschaft wie „Dieses Problem entsteht vor allem durch X“ ist leichter verständlich als die Darstellung mehrerer miteinander verbundener Faktoren.

Diese Verkürzung kann analytisch sinnvoll sein, wenn tatsächlich ein besonders wichtiger Einflussfaktor identifiziert wird. Problematisch wird sie dort, wo Mehrdimensionalität prinzipiell negiert wird. Dann entsteht eine politische Erzählung, die gesellschaftliche Komplexität nicht erklärt, sondern durch scheinbare Eindeutigkeit ersetzt.

Die Suche nach klaren Verantwortlichen

Politische Konflikte benötigen Verantwortungszuschreibung. Demokratie lebt davon, dass Regierungen, Parteien und Institutionen für Entscheidungen politisch verantwortlich gemacht werden können. Die Schwierigkeit entsteht dort, wo Verantwortung und Ursache miteinander verwechselt werden.

Eine Regierung kann für eine konkrete politische Entscheidung verantwortlich sein, ohne allein für sämtliche strukturellen Bedingungen des Problems verantwortlich zu sein. Ebenso können europäische Institutionen Entscheidungen beeinflussen, ohne nationale Verantwortung vollständig aufzuheben. In föderalen Systemen verteilen sich Zuständigkeiten zusätzlich zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Vereinfachende Kommunikation kann diese Differenzierung auflösen und Verantwortung vollständig auf eine einzelne Institution, Partei oder gesellschaftliche Gruppe konzentrieren. Dies erhöht politische Verständlichkeit, kann jedoch eine verzerrte Wahrnehmung staatlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge erzeugen.

Gerade unter Bedingungen verbreiteten Misstrauens kann die Suche nach klaren Verantwortlichen deshalb leicht in die Suche nach Schuldigen übergehen.

Politische Konflikte als Gegensatz zweier Lager

Eine weitere Form der Vereinfachung besteht in der Reduktion vielschichtiger politischer Auseinandersetzungen auf zwei scheinbar geschlossene Lager. Gesellschaftliche Wirklichkeit wird dann als Gegensatz zwischen „dafür“ und „dagegen“, „modern“ und „rückwärtsgewandt“, „offen“ und „geschlossen“, „sozial“ und „unsozial“ oder „demokratisch“ und „undemokratisch“ dargestellt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Solche Kategorien können reale Unterschiede sichtbar machen. Problematisch wird ihre Verwendung dort, wo sie innere Differenzen innerhalb politischer Gruppen ausblenden. Menschen können in wirtschaftlichen Fragen ähnliche Positionen vertreten und sich in kulturellen Fragen stark unterscheiden. Parteien können in einzelnen Politikfeldern zusammenarbeiten und in anderen grundlegende Gegensätze besitzen.

Die mehrdimensionale Konfliktstruktur der modernen Gesellschaft widersetzt sich deshalb einer dauerhaften Einteilung in zwei homogene Lager. Politische Kommunikation kann solche Lager dennoch erzeugen, wenn unterschiedliche Konfliktlinien wiederholt miteinander verbunden werden.

Damit kann Vereinfachung selbst zur Entstehung politischer Polarisierung beitragen.

Personalisierung komplexer Probleme

Komplexe Entwicklungen werden politisch häufig an Personen gebunden. Regierungschefs, Minister oder Parteivorsitzende werden zu Symbolen für politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen. Diese Personalisierung erleichtert Verantwortungszuschreibung und macht Politik emotional verständlicher.

Sie birgt jedoch die Gefahr, strukturelle Probleme auf individuelles Handeln zu reduzieren. Eine wirtschaftliche Entwicklung kann etwa aus internationalen Bedingungen, langfristigen Investitionsentscheidungen, technologischen Veränderungen und politischer Regulierung entstehen. Wird sie ausschließlich einer einzelnen Person zugeschrieben, verliert die öffentliche Wahrnehmung einen großen Teil ihres tatsächlichen Zusammenhangs.

Personalisierung kann zugleich positive Erwartungen überhöhen. Politische Führungspersonen können als diejenigen dargestellt werden, die komplexe gesellschaftliche Probleme nahezu allein lösen könnten. Daraus entstehen Erwartungen, die institutionelle und gesellschaftliche Begrenzungen unterschätzen.

Die Personalisierung politischer Verantwortung ist deshalb demokratisch nützlich, solange sie nicht zur Personalisierung sämtlicher Ursachen wird.

Zahlen, Einzelfälle und symbolische Ereignisse

Eine besondere Form politischer Vereinfachung entsteht durch die Auswahl einzelner Daten oder Ereignisse. Statistiken ermöglichen Orientierung, können jedoch abhängig von Bezugsgröße, Zeitraum und Vergleich unterschiedlich interpretiert werden. Einzelne Zahlen können daher eine Entwicklung sichtbar machen oder einen größeren Zusammenhang verschleiern.

Ähnliches gilt für Einzelfälle. Dramatische Ereignisse besitzen hohe kommunikative Wirkung und können berechtigte politische Fragen aufwerfen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

außergewöhnliche Fälle als typische Darstellung einer gesamten gesellschaftlichen Entwicklung behandelt werden.

Politische Kommunikation arbeitet häufig mit solchen Symbolen, weil abstrakte Strukturen schwerer zu vermitteln sind. Ein einzelner Betriebsschluss kann für wirtschaftlichen Strukturwandel, eine konkrete Straftat für Sicherheitsprobleme oder eine lokale Verwaltungsentscheidung für allgemeines Staatsversagen stehen.

Der demokratische Prüfmaßstab lautet deshalb, ob ein symbolischer Fall einen tatsächlichen strukturellen Zusammenhang veranschaulicht oder ob seine außergewöhnliche Wirkung zur falschen Verallgemeinerung genutzt wird.

Slogans und politische Schlagworte

Politische Sprache benötigt Verdichtung. Begriffe und Slogans ermöglichen Orientierung und schaffen Wiedererkennbarkeit. Sie können komplexe Programme auf zentrale politische Prioritäten konzentrieren und Bürgern helfen, politische Unterschiede schnell zu erkennen.

Gleichzeitig können Schlagworte Bedeutungen transportieren, die weit über ihren wörtlichen Inhalt hinausgehen. Begriffe wie „Kontrollverlust“, „soziale Gerechtigkeit“, „Transformation“, „Sicherheit“, „Freiheit“ oder „Überforderung“ können unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen innerhalb eines einzigen Ausdrucks bündeln.

Ihre Wirkung entsteht gerade durch diese Offenheit. Verschiedene Menschen können mit demselben Begriff unterschiedliche konkrete Erfahrungen verbinden. Politisch kann dies mobilisierend wirken, analytisch erschwert es jedoch die Prüfung, welcher konkrete Sachverhalt tatsächlich gemeint ist.

Demokratische Debatte benötigt deshalb immer wieder die Rückübersetzung politischer Schlagworte in überprüfbare Aussagen: Was genau wird behauptet? Welche Entwicklung wird beschrieben? Welche Ursache wird angenommen? Welche Maßnahme folgt daraus?

Vereinfachung in digitalen Kommunikationsräumen

Digitale Kommunikationsformen erhöhen den strukturellen Druck zur Verdichtung. Kurze Beiträge, Überschriften, Videos und visuelle Formate müssen innerhalb weniger Sekunden Aufmerksamkeit erzeugen. Komplexe Erklärungen konkurrieren mit einer großen Zahl anderer Inhalte.

Dadurch gewinnen Botschaften an Vorteil, die eindeutige Aussagen, starke Emotionen und klar identifizierbare Konflikte enthalten. Differenzierte Aussagen benötigen dagegen mehr Zeit und Aufmerksamkeit. Dies bedeutet nicht, dass digitale Medien zwangsläufig zu schlechterer politischer Kommunikation führen. Auch längere Analysen, Podcasts oder ausführliche Erklärformate können große Reichweite erreichen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die digitale Struktur begünstigt jedoch eine Aufteilung politischer Kommunikation in unterschiedliche Ebenen. Kurze Botschaften erzeugen Aufmerksamkeit, während vertiefte Begründungen häufig an anderer Stelle bereitgestellt werden müssen. Problematisch wird dies, wenn nur die zugespitzte Ebene wahrgenommen wird und die differenzierende Erklärung kaum noch Reichweite erhält.

Je stärker politische Aufmerksamkeit durch kurze Kommunikationsformen organisiert wird, desto wichtiger wird die Verbindung zwischen verständlicher Botschaft und zugänglicher Vertiefung.

Strategische Vereinfachung im Parteienwettbewerb

Parteien besitzen einen nachvollziehbaren Anreiz, politische Unterschiede hervorzuheben. Wahlentscheidungen benötigen erkennbare Alternativen. Würden Parteien sämtliche Gemeinsamkeiten und Unsicherheiten in den Mittelpunkt stellen, könnte politische Konkurrenz an Klarheit verlieren.

Strategische Vereinfachung gehört deshalb zum demokratischen Parteienwettbewerb. Parteien betonen bestimmte Ursachen, setzen unterschiedliche Prioritäten und bewerten Zielkonflikte verschieden. Diese politische Auswahl ist nicht mit Täuschung gleichzusetzen.

Die demokratische Grenze wird dort überschritten, wo bekannte Gegeninformationen systematisch ignoriert oder politische Gegner mit Positionen identifiziert werden, die sie tatsächlich nicht vertreten. Ebenso problematisch ist die Behauptung, für komplexe Probleme existiere eine nahezu kostenfreie und widerspruchslöse Lösung.

Politische Konkurrenz benötigt Zuspitzung. Sie benötigt jedoch ebenso die grundsätzliche Anerkennung, dass politische Entscheidungen unter Bedingungen konkurrierender Interessen und begrenzter Ressourcen getroffen werden.

Vereinfachung, Populismus und Verschwörungserzählungen

Populistische Kommunikation nutzt Komplexitätsreduktion besonders systematisch, ist aber nicht die einzige politische Form der Vereinfachung. Ein weiterer Schritt entsteht dort, wo gesellschaftliche Komplexität nicht nur reduziert, sondern durch die Annahme verborgener absichtlicher Steuerung ersetzt wird.

Verschwörungserzählungen unterscheiden sich von gewöhnlicher politischer Kritik dadurch, dass komplexe oder widersprüchliche Entwicklungen als Ergebnis koordinierter geheimer Absichten interpretiert werden. Zufall, institutionelle Eigendynamik, unbeabsichtigte Folgen oder konkurrierende Interessen verlieren dadurch erklärende Bedeutung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Solche Erzählungen besitzen hohe psychologische Geschlossenheit. Widersprechende Informationen können selbst als Beweis für die behauptete Verschleierung interpretiert werden. Dadurch wird empirische Widerlegbarkeit zunehmend aufgehoben.

Die politische Gefahr liegt deshalb nicht lediglich in falschen Einzelbehauptungen, sondern in einer Deutungsstruktur, die gemeinsame Verfahren der Überprüfung schwächt.

Demokratische Komplexitätsfähigkeit

Die Alternative zu problematischer Vereinfachung kann nicht darin bestehen, politische Kommunikation möglichst kompliziert zu gestalten. Demokratie benötigt vielmehr eine gesellschaftliche Fähigkeit, **angemessene Komplexität** auszuhalten. Bürger müssen nicht sämtliche technischen Details politischer Entscheidungen kennen, sollten aber erkennen können, dass unterschiedliche Ziele, Ursachen und Folgen miteinander verbunden sind.

Auch politische Akteure tragen hierfür Verantwortung. Sie können erklären, warum eine Entscheidung Vorteile und Nachteile besitzt, welche Alternativen geprüft wurden und wo Unsicherheit besteht. Eine solche Kommunikation muss nicht unverständlich sein. Komplexität kann strukturiert, in Ebenen aufgeteilt und anhand konkreter Beispiele erklärt werden.

Demokratische Komplexitätsfähigkeit bedeutet deshalb nicht maximale Informationsmenge, sondern die Fähigkeit, einfache Orientierung und differenziertes Verständnis miteinander zu verbinden.

Verständlichkeit ohne Wahrheitsverlust, Vereinfachung ohne Verfälschung und politische Zuspitzung ohne Verlust pluralistischer Wirklichkeit bilden einen zentralen Qualitätsmaßstab demokratischer Kommunikation.

Ein Modell politischer Komplexitätsreduktion

Der Zusammenhang zwischen komplexer Wirklichkeit und politischer Vereinfachung lässt sich in einer Wirkungskette zusammenführen:

Mehrdimensionale gesellschaftliche Problemlage → begrenzte Aufmerksamkeit und notwendige politische Auswahl → kommunikative Reduktion → Hervorhebung bestimmter Ursachen, Verantwortlicher und Lösungswege → mediale und digitale Verdichtung → individuelle Wahrnehmung eines vereinfachten Konfliktbildes → emotionale Bewertung und politische Positionierung → mögliche weitere Zuspitzung im

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Parteienwettbewerb → Rückwirkung auf öffentliche Debatte und politische Entscheidungsbildung.

An mehreren Stellen kann dieser Prozess unterschiedliche Richtungen einschlagen. Vereinfachung kann Orientierung ermöglichen und politische Alternativen verständlich machen. Sie kann aber ebenso Zusammenhänge verzerren, Konflikte moralisch verhärten und Erwartungen an politische Lösungen erzeugen, die unter realen Bedingungen nicht erfüllbar sind.

Entscheidend ist damit nicht die Existenz von Komplexitätsreduktion, sondern ihre **Qualität und Korrigierbarkeit**. Demokratische Öffentlichkeit muss die Möglichkeit behalten, vereinfachte Darstellungen zu hinterfragen, zu ergänzen und bei neuen Erkenntnissen zu korrigieren.

Die zentrale Erkenntnis

Komplexe demokratische Gesellschaften benötigen Vereinfachung, weil politische Wirklichkeit ohne Auswahl und Verdichtung nicht öffentlich vermittelbar wäre. Gleichzeitig liegt genau darin eine zentrale Verwundbarkeit politischer Kommunikation. Je stärker gesellschaftliche Konflikte vereinfacht werden, desto leichter können Mehrdimensionalität, Zielkonflikte und geteilte Verantwortlichkeiten aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Die entscheidende Grenze politischer Vereinfachung verläuft nicht zwischen einfacher und komplizierter Sprache, sondern zwischen legitimer Orientierung und verzerrender Eindeutigkeit. Demokratische Kommunikation darf komplexe Wirklichkeit reduzieren, muss aber offenhalten, dass gesellschaftliche Probleme mehrere Ursachen besitzen, politische Entscheidungen Zielkonflikte enthalten und legitime politische Alternativen innerhalb derselben empirischen Wirklichkeit bestehen können.

Damit führt die Untersuchung zu einer weitergehenden Frage. Politische Akteure vereinfachen gesellschaftliche Wirklichkeit nicht nur, sie konkurrieren zugleich darum, **welche Interpretation dieser Wirklichkeit als maßgeblich gilt**. In fragmentierten Öffentlichkeiten kann dieser Wettbewerb um Deutungen weit über einzelne Sachfragen hinausreichen. Unterschiedliche politische Gruppen entwickeln dann umfassendere Erzählungen darüber, was in Gesellschaft und Politik tatsächlich geschieht.

Damit rückt im folgenden Kapitel der Kampf um politische Deutungshoheit und die Entstehung konkurrierender politischer Wirklichkeiten in den Mittelpunkt.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Kapitel 77 – Deutungshoheit und konkurrierende politische Wirklichkeiten

Politische Auseinandersetzungen bestehen nicht nur aus unterschiedlichen Interessen und politischen Lösungsvorschlägen. Sie sind zugleich Kämpfe um die Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit. Parteien, Regierungen, Medien, Verbände, soziale Bewegungen und andere gesellschaftliche Akteure versuchen fortlaufend zu erklären, welche Entwicklungen besonders bedeutsam sind, wodurch Probleme verursacht werden, wer Verantwortung trägt und welche politischen Konsequenzen daraus folgen sollen. Diese konkurrierenden Interpretationen gehören grundsätzlich zur Demokratie. Eine pluralistische Öffentlichkeit wäre ohne unterschiedliche Deutungen weder möglich noch wünschenswert.

Problematisch wird der Wettbewerb um Deutungshoheit dort, wo politische Auseinandersetzung nicht mehr auf einer hinreichend gemeinsamen empirischen Grundlage stattfindet. Dann unterscheiden sich politische Gruppen nicht mehr nur hinsichtlich der Bewertung derselben gesellschaftlichen Realität, sondern zunehmend darin, welche Tatsachen überhaupt als glaubwürdig gelten und welchen Informationsquellen vertraut werden kann. Aus pluralistischen Deutungen können konkurrierende politische Wirklichkeiten entstehen. Diese Entwicklung berührt unmittelbar Vertrauen, Repräsentation und demokratische Konfliktfähigkeit.

Demokratische Politik benötigt keine einheitliche Deutung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Sie benötigt jedoch eine ausreichend gemeinsame Tatsachengrundlage, auf der unterschiedliche Deutungen miteinander konkurrieren können.

Deutung als notwendiger Bestandteil politischer Wirklichkeit

Gesellschaftliche Ereignisse besitzen nicht automatisch eine eindeutige politische Bedeutung. Wirtschaftliche Veränderungen können als Modernisierung, soziale Belastung oder notwendige Anpassung interpretiert werden. Migration kann als humanitäre Herausforderung, Arbeitsmarktreisource, Integrationsaufgabe oder Sicherheitsproblem betrachtet werden. Klimapolitik kann als Zukunftssicherung, wirtschaftliche Transformation oder Belastung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen erscheinen.

Solche unterschiedlichen Perspektiven sind nicht zwangsläufig widersprüchlich. Ein gesellschaftlicher Prozess kann gleichzeitig mehrere Dimensionen besitzen. Politische

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Deutung besteht deshalb darin, bestimmte Aspekte hervorzuheben, Zusammenhänge herzustellen und gesellschaftliche Prioritäten zu setzen.

Demokratischer Wettbewerb ist in diesem Sinne immer auch ein Wettbewerb um Bedeutung. Parteien unterscheiden sich nicht nur dadurch, welche Maßnahmen sie vorschlagen, sondern auch dadurch, welche Probleme sie besonders hervorheben und innerhalb welcher Erklärungsmuster sie diese einordnen. Deutung ist damit kein Gegenbegriff zu politischer Realität, sondern ein unvermeidbarer Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung.

Was politische Deutungshoheit bedeutet

Deutungshoheit bezeichnet nicht die vollständige Kontrolle darüber, was Menschen denken. In pluralistischen Gesellschaften existiert keine Institution, die politische Interpretation dauerhaft monopolisiert. Deutungshoheit beschreibt vielmehr die Fähigkeit eines Akteurs oder Deutungsrahmens, bestimmte Begriffe, Ursachen und Problemdefinitionen so stark in der öffentlichen Debatte zu verankern, dass andere Akteure sich dazu verhalten müssen.

Wer erfolgreich bestimmt, welches Problem im Mittelpunkt steht, beeinflusst bereits den politischen Konfliktraum. Wird eine Entwicklung beispielsweise primär als soziale Gerechtigkeitsfrage verstanden, entstehen andere politische Erwartungen, als wenn dieselbe Entwicklung vor allem als Sicherheits-, Freiheits- oder Wettbewerbsfrage interpretiert wird.

Deutungshoheit bedeutet deshalb vor allem **Agenda- und Interpretationsmacht**. Sie kann vorübergehend bei Regierungen, großen Parteien oder reichweitenstarken Medien liegen, aber ebenso von oppositionellen Parteien, sozialen Bewegungen oder digitalen Netzwerken herausgefordert werden.

In der fragmentierten Öffentlichkeit wird Deutungshoheit dadurch weniger stabil. Mehr Akteure können konkurrierende Interpretationen verbreiten, und politische Deutungsmacht verteilt sich stärker auf unterschiedliche Kommunikationsräume.

Von gemeinsamer Information zu konkurrierender Interpretation

In einer funktionierenden pluralistischen Öffentlichkeit können Menschen auf Grundlage derselben Informationen zu unterschiedlichen Bewertungen gelangen. Arbeitslosigkeit kann beispielsweise statistisch gemessen werden, während politische Akteure darüber streiten, welche Ursachen entscheidend sind und welche Maßnahmen angemessen erscheinen.

Diese Form des Konflikts ist demokratisch produktiv. Tatsachen bilden den Ausgangspunkt, politische Interpretation und normative Bewertung bleiben offen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Schwieriger wird die Situation, wenn bereits die gemeinsame Informationsgrundlage zerfällt. Dann kann eine Gruppe bestimmte Statistiken, Institutionen oder journalistische Quellen grundsätzlich zurückweisen, während eine andere Gruppe ihnen selbstverständlich vertraut. Der politische Konflikt verschiebt sich damit von der Frage „**Wie bewerten wir diese Entwicklung?**“ zur vorgelagerten Frage „**Ist diese Entwicklung überhaupt so eingetreten?**“

Dieser Übergang ist für demokratische Öffentlichkeit besonders folgenreich, weil politische Argumentation zunehmend mit einem Konflikt über die Grundlagen möglicher Argumentation belastet wird.

Der Unterschied zwischen pluralistischer Deutung und konkurrierender politischer Wirklichkeit beginnt dort, wo nicht mehr nur über die Bedeutung gemeinsamer Tatsachen gestritten wird, sondern die gemeinsame Tatsachengrundlage selbst zerfällt.

Politische Narrative als Ordnungsangebote

Komplexe gesellschaftliche Veränderungen werden häufig innerhalb übergeordneter Narrative interpretiert. Narrative verbinden einzelne Ereignisse zu einer verständlichen Geschichte. Sie erklären, woher eine Gesellschaft kommt, welche Probleme die Gegenwart bestimmen und welche Entwicklung für die Zukunft erwartet wird.

Solche politischen Erzählungen sind unvermeidbar. Bürger können gesellschaftliche Realität nicht ausschließlich über isolierte Daten wahrnehmen. Sie benötigen Zusammenhänge und Orientierung. Demokratische Parteien entwickeln deshalb unterschiedliche Narrative über soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Fortschritt, nationale Identität, ökologische Modernisierung, Freiheit oder gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Narrative werden problematisch, wenn sie sich gegen empirische Korrektur abschließen. Eine politische Erzählung kann flexibel genug sein, neue Informationen aufzunehmen und frühere Annahmen zu korrigieren. Sie kann aber ebenso so geschlossen werden, dass widersprechende Informationen grundsätzlich als Manipulation oder Beweis gegnerischer Einflussnahme interpretiert werden.

Der entscheidende demokratische Qualitätsunterschied liegt deshalb in der **Korrigierbarkeit politischer Deutungen**.

Begriffe als Instrumente politischer Wirklichkeitsdeutung

Politische Deutung erfolgt häufig über Begriffe. Wer bestimmt, wie ein gesellschaftlicher Prozess bezeichnet wird, beeinflusst bereits seine Wahrnehmung. Begriffe wie „Reform“, „Krise“, „Kontrollverlust“, „Solidarität“, „Transformation“, „Überforderung“ oder „Modernisierung“ enthalten unterschiedliche politische Perspektiven.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Solche Begriffsentscheidungen sind nicht automatisch manipulative Sprachpolitik. Jede politische Kommunikation benötigt Kategorien. Dennoch können Begriffe bestimmte Aspekte stärker sichtbar machen und andere zurücktreten lassen.

Besonders wirksam werden politische Begriffe, wenn sie dauerhaft mit Emotionen und Gruppenidentitäten verbunden werden. Ein Begriff kann dann weit mehr transportieren als seinen ursprünglichen Sachinhalt. Er wird zum Symbol einer umfassenderen politischen Weltanschauung.

Die demokratische Aufgabe besteht deshalb nicht darin, politische Sprache zu entpolitisieren, sondern Begriffe immer wieder auf ihre empirische und argumentative Bedeutung zurückzuführen. Welche konkrete Entwicklung wird bezeichnet? Welche Daten oder Erfahrungen stützen die Behauptung? Welche alternative Beschreibung ist möglich?

Die Rolle klassischer Medien im Wettbewerb um Deutung

Journalistische Medien besitzen weiterhin erheblichen Einfluss darauf, welche politischen Deutungen gesellschaftliche Reichweite gewinnen. Auswahl, Überschrift, Kontextualisierung und Expertenauswahl strukturieren die Wahrnehmung politischer Ereignisse. Dabei unterscheiden sich Medien hinsichtlich ihrer redaktionellen Schwerpunkte und publizistischen Perspektiven.

Diese Deutungsfunktion ist mit journalistischem Arbeiten unvermeidlich verbunden. Die demokratische Qualität liegt daher nicht in vollständiger Perspektivlosigkeit, sondern in Transparenz, überprüfbarer Recherche, Trennung von Nachricht und Kommentar sowie der Offenheit gegenüber relevanten Gegenargumenten.

Durch den Verlust ihrer früheren Gatekeeper-Stellung sind klassische Medien heute jedoch selbst stärker Gegenstand politischer Deutungskämpfe. Medien werden nicht nur als Informationsquellen bewertet, sondern teilweise als politische Akteure interpretiert. Dadurch kann Medienkritik von konkreter Qualitätskontrolle in eine umfassende Delegitimierung journalistischer Institutionen übergehen.

Wo dies geschieht, wird auch die gesellschaftliche Herstellung gemeinsamer Tatsachen schwieriger.

Digitale Teilöffentlichkeiten und konkurrierende Deutungsräume

Digitale Plattformen ermöglichen es unterschiedlichen politischen Gruppen, eigene Kommunikationsräume aufzubauen. Innerhalb solcher Teilöffentlichkeiten können bestimmte Quellen, Begriffe und Narrative dauerhaft etabliert werden. Informationen werden wiederholt, kommentiert und mit bestehenden politischen Überzeugungen verbunden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dadurch können relativ stabile Deutungsräume entstehen. Innerhalb eines solchen Raumes erscheint eine bestimmte Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit selbstverständlich, weil Nutzer ihr in unterschiedlichen Varianten immer wieder begegnen. Andere Perspektiven können zwar weiterhin verfügbar sein, besitzen aber geringere Glaubwürdigkeit oder Sichtbarkeit.

Die politische Bedeutung liegt weniger in vollständiger Abschottung als in **unterschiedlicher Ausgangswahrscheinlichkeit politischer Interpretationen**. Was innerhalb eines Informationsraumes als offensichtlich gilt, kann in einem anderen als vollkommen verzerrt erscheinen.

Damit entstehen Bedingungen, unter denen politische Gruppen nicht nur unterschiedliche Meinungen vertreten, sondern zunehmend verschiedene Beschreibungen derselben Gesellschaft entwickeln.

Vertrauen als Voraussetzung von Deutungskonkurrenz

Politische Deutung setzt Vertrauen voraus. Bürger müssen entscheiden, welchen Quellen, Institutionen und Akteuren sie grundsätzlich Glaubwürdigkeit zuschreiben. Sinkt dieses Vertrauen, verändert sich auch der Wettbewerb politischer Argumente.

Ein politisches Argument wird dann möglicherweise nicht mehr nach seiner Begründung bewertet, sondern danach, von welcher Gruppe oder Institution es stammt. Informationen einer als gegnerisch wahrgenommenen Quelle können unabhängig von ihrem Inhalt zurückgewiesen werden.

Dadurch entsteht selektives Vertrauen. Innerhalb der eigenen politischen Teilöffentlichkeit genießen bestimmte Quellen hohe Glaubwürdigkeit, während andere pauschal als manipulativ, parteiisch oder illegitim gelten.

Diese Entwicklung verstärkt Lagerbildung, weil Informationsvertrauen selbst Teil politischer Identität wird.

Wo Vertrauen vollständig entlang politischer Lagergrenzen organisiert wird, verliert die Gesellschaft nicht nur gemeinsame Medien, sondern zunehmend auch gemeinsame Verfahren zur Beurteilung von Wirklichkeit.

Strategische Wirklichkeitsproduktion politischer Akteure

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Parteien und politische Bewegungen reagieren nicht lediglich auf gesellschaftliche Wirklichkeit. Sie versuchen aktiv, bestimmte Wahrnehmungen zu stabilisieren. Dazu gehören Themenwahl, wiederholte Begriffe, symbolische Ereignisse, statistische Auswahl und die Verbindung einzelner Entwicklungen zu umfassenden Narrativen.

Diese strategische Kommunikation ist grundsätzlich legitim. Politische Akteure sollen unterschiedliche Interpretationen anbieten. Sie überschreitet eine demokratische Grenze dort, wo nachweislich falsche Informationen trotz vorhandener Korrektur bewusst weiterverbreitet oder Gegeninformationen prinzipiell als illegitim zurückgewiesen werden.

Entscheidend ist damit die Unterscheidung zwischen **politischem Framing und Tatsachenmanipulation**. Framing hebt bestimmte Aspekte einer realen Entwicklung hervor. Manipulation verändert oder erfindet die empirische Grundlage selbst.

Diese Grenze ist für die Funktionsfähigkeit pluralistischer Öffentlichkeit zentral. Demokratie kann konkurrierende Interpretationen verarbeiten, benötigt dafür aber die Möglichkeit, Tatsachen unabhängig von politischer Zugehörigkeit zu überprüfen.

Wenn politische Wirklichkeit zur Identitätsfrage wird

Konkurrierende politische Wirklichkeiten stabilisieren sich besonders stark, wenn sie Bestandteil kollektiver Identität werden. Dann steht nicht mehr nur die Richtigkeit einer Aussage zur Debatte, sondern die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft.

Menschen können Informationen zurückweisen, weil deren Anerkennung als Anpassung an das gegnerische Lager wahrgenommen wird. Umgekehrt können bestimmte Behauptungen unterstützt werden, weil sie die eigene Gruppenidentität bestätigen. Der politische Konflikt erhält dadurch eine soziale und emotionale Dimension.

Korrektur wird unter solchen Bedingungen schwieriger. Wer eine politische Überzeugung revidiert, verändert möglicherweise nicht nur seine Meinung, sondern riskiert symbolische Distanz zur eigenen Gruppe. Dies erklärt, warum rein sachliche Gegeninformationen in stark polarisierten Situationen häufig nur begrenzte Wirkung entfalten.

Demokratische Verständigung benötigt deshalb nicht nur bessere Informationen, sondern Kommunikationsräume, in denen politische Korrektur ohne sozialen Gesichtsverlust möglich bleibt.

Vom Deutungsstreit zur Delegitimierung

Ein pluralistischer Deutungsstreit akzeptiert grundsätzlich, dass politische Gegner aus derselben gesellschaftlichen Wirklichkeit zu anderen Bewertungen gelangen können.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Delegitimierung beginnt dort, wo dem Gegner nicht nur eine falsche Interpretation, sondern grundsätzlich unlautere Absicht oder fehlende Berechtigung zur Teilnahme am politischen Diskurs zugeschrieben wird.

Die andere Seite wird dann nicht als politischer Wettbewerber verstanden, sondern als Feind, Manipulator oder illegitime Machtgruppe. Entsprechende Muster können sich gegenseitig verstärken. Jede Seite interpretiert die Ablehnung der anderen als Bestätigung der eigenen Deutung.

Damit entsteht ein selbstverstärkender Kreislauf:

Politische Differenz → Misstrauen gegenüber gegnerischer Deutung → Zweifel an deren Quellen und Motiven → moralische Delegitimierung → stärkere Orientierung an eigenen Informationsräumen → geringerer Kontakt mit gemeinsamen Tatsachen → weiteres Misstrauen.

Ein solcher Prozess kann politische Polarisierung erheblich vertiefen, selbst wenn formale demokratische Institutionen weiterhin funktionieren.

Eine gemeinsame Wirklichkeit ohne gemeinsame Meinung

Die demokratische Antwort auf konkurrierende politische Wirklichkeiten kann nicht die Herstellung einer staatlich oder gesellschaftlich verordneten Einheitsinterpretation sein. Demokratische Öffentlichkeit lebt gerade von Kritik, Gegenpositionen und konkurrierenden Deutungen.

Notwendig ist vielmehr eine hinreichend gemeinsame Infrastruktur der Überprüfbarkeit. Unterschiedliche politische Akteure müssen dieselben Daten unterschiedlich interpretieren dürfen, aber grundsätzlich akzeptieren, dass Tatsachen prüfbar sind, Quellen kritisiert und Behauptungen korrigiert werden können.

Wissenschaft, Statistik, unabhängige Gerichte, öffentliche Verwaltungen und professioneller Journalismus erfüllen in diesem Zusammenhang unterschiedliche Funktionen. Keine dieser Institutionen ist unfehlbar. Ihre demokratische Bedeutung liegt vielmehr in institutionalisierten Verfahren der Prüfung und Korrektur.

Auch Bürger benötigen die Möglichkeit, politische Informationen aus unterschiedlichen Quellen zu vergleichen und zwischen Tatsachenbehauptung und politischer Bewertung zu unterscheiden.

Die demokratische Gemeinsamkeit liegt deshalb nicht in einer einheitlichen Interpretation, sondern in gemeinsamen **Verfahren zur Prüfung konkurrierender Interpretationen.**

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Ein Modell konkurrierender politischer Wirklichkeiten

Die Entstehung konkurrierender politischer Wirklichkeiten lässt sich als Rückkopplungsprozess darstellen:

Gesellschaftliche Ereignisse und strukturelle Veränderungen → unterschiedliche persönliche Erfahrungen → politische und mediale Auswahl → konkurrierende Deutungen und Narrative → Verbreitung innerhalb klassischer und digitaler Öffentlichkeiten → selektive Wahrnehmung und unterschiedliches Quellenvertrauen → Stabilisierung gruppenspezifischer Interpretationsmuster → politische Identifikation und emotionale Bindung → stärkere Zurückweisung konkurrierender Informationsquellen → weitere Fragmentierung gemeinsamer Tatsachengrundlagen → verstärkte politische Polarisierung und erneute Deutung gesellschaftlicher Ereignisse.

Dieser Prozess ist nicht zwangsläufig. Menschen nutzen unterschiedliche Informationsquellen, journalistische Institutionen können Fehler korrigieren, politische Lager können gemeinsame Interessen entdecken und neue Ereignisse bestehende Deutungen verändern.

Problematisch wird die Entwicklung vor allem dann, wenn geschlossene Deutungssysteme entstehen, die externe Informationen grundsätzlich abwehren. Dann verliert politische Wirklichkeit ihre Korrigierbarkeit.

Die zentrale Erkenntnis

Der Wettbewerb um politische Deutung gehört zum Kern pluralistischer Demokratie. Parteien, Medien und gesellschaftliche Gruppen müssen unterschiedliche Erklärungen gesellschaftlicher Entwicklungen anbieten können. Demokratie verlangt weder eine gemeinsame Ideologie noch eine einheitliche Interpretation politischer Ereignisse.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Deutungskonkurrenz stärkt pluralistische Demokratie, solange unterschiedliche politische Interpretationen auf einer ausreichend gemeinsamen und überprüfbaren Tatsachengrundlage stattfinden. Sie wird zum demokratischen Problem, wenn politische Lager nicht mehr nur verschiedene Bewertungen derselben Wirklichkeit entwickeln, sondern voneinander getrennte Wirklichkeitssysteme entstehen, in denen Quellen, Tatsachen und institutionelle Prüfverfahren ausschließlich nach politischer Zugehörigkeit bewertet werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Folgen dieser Entwicklung reichen über öffentliche Kommunikation hinaus. Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, ihre Erfahrungen würden systematisch ignoriert, politische Institutionen repräsentierten sie nicht mehr und gesellschaftliche Wirklichkeit werde von etablierten Akteuren grundsätzlich anders beschrieben als von ihnen selbst erlebt, kann aus Distanz politische Entfremdung entstehen. Diese Entfremdung kann sich in Wahlwechseln, neuen Parteien, Protestbewegungen, Rückzug oder grundsätzlicher Systemkritik ausdrücken.

Damit richtet sich der Blick im folgenden Kapitel auf die unterschiedlichen Formen, in denen sich politischer Widerspruch jenseits traditioneller Bindungen artikuliert.

Kapitel 78 – Protest, politische Entfremdung und Systemkritik

Protest gehört zur demokratischen Gesellschaft. Bürger müssen politische Entscheidungen ablehnen, Regierungen kritisieren, gesellschaftliche Veränderungen fordern und bestehende Machtverhältnisse öffentlich infrage stellen können. Demonstrationen, Bürgerinitiativen, Petitionen, politische Bewegungen und andere Formen außerparlamentarischer Beteiligung sind deshalb nicht Ausdruck eines demokratischen Defizits, sondern können gerade die Offenheit einer demokratischen Ordnung zeigen. Sie ermöglichen Interessenartikulation außerhalb etablierter Parteien und schaffen zusätzliche Wege, politische Themen auf die öffentliche Agenda zu setzen.

Gleichzeitig kann Protest Ausdruck tieferer politischer Entfremdung sein. Menschen können nicht nur mit einzelnen Entscheidungen unzufrieden sein, sondern zunehmend den Eindruck entwickeln, politische Institutionen seien für ihre Erfahrungen nicht mehr erreichbar, Parteien unterschieden sich kaum noch, gesellschaftliche Probleme würden nicht angemessen wahrgenommen oder politische Entscheidungen seien unabhängig vom eigenen Einfluss bereits vorgegeben. Aus konkreter Unzufriedenheit kann dann Distanz gegenüber politischen Akteuren, Institutionen und schließlich der demokratischen Ordnung selbst entstehen. Für die Analyse ist deshalb eine sorgfältige Unterscheidung zwischen **demokratischem Protest**, **politischer Entfremdung** und **grundlegender Systemkritik** erforderlich.

Nicht jeder Protest gegen politische Institutionen richtet sich gegen die Demokratie. Entscheidend ist, ob Kritik Veränderung innerhalb der demokratischen Ordnung verlangt oder die Legitimität dieser Ordnung selbst grundsätzlich zurückweist.

Protest als Bestandteil demokratischer Beteiligung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Demokratische Beteiligung erschöpft sich nicht in Wahlen. Wahlen bündeln politische Entscheidungen in regelmäßigen Abständen, können jedoch nicht sämtliche gesellschaftlichen Interessen und Konflikte kontinuierlich abbilden. Protest ergänzt deshalb institutionalisierte Beteiligung, indem er politische Aufmerksamkeit zwischen Wahlen erzeugt und gesellschaftliche Anliegen sichtbar macht, die innerhalb etablierter Repräsentationsstrukturen möglicherweise nur begrenzt wahrgenommen werden.

Historisch haben Protestbewegungen gesellschaftliche Veränderungen begleitet und teilweise beschleunigt. Arbeitskämpfe, Friedensbewegungen, Umweltbewegungen, Bürgerrechtsbewegungen oder Proteste gegen konkrete staatliche Entscheidungen zeigen, dass außerparlamentarischer Widerspruch innerhalb demokratischer Ordnungen eine produktive Funktion besitzen kann. Protest macht gesellschaftliche Konflikte sichtbar und zwingt politische Institutionen zur Reaktion.

Entscheidend ist deshalb nicht die Existenz von Protest, sondern sein Verhältnis zur demokratischen Ordnung. Demokratischer Protest akzeptiert grundsätzlich, dass politische Gegner ebenfalls legitime Interessen vertreten können und politische Entscheidungen letztlich innerhalb anerkannter Verfahren getroffen werden.

Die Veränderung der Protestlandschaft

Die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte haben auch die Formen politischer Mobilisierung verändert. Traditionelle Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder Verbände besitzen nicht mehr überall dieselbe gesellschaftliche Bindungskraft. Gleichzeitig können Bürger sich kurzfristiger, themenbezogener und außerhalb dauerhafter Organisationen politisch engagieren.

Dadurch wird Protest beweglicher. Menschen können sich für einzelne Anliegen mobilisieren, ohne eine langfristige politische Identität oder Parteibindung zu entwickeln. Klimapolitik, Migration, wirtschaftliche Belastungen, Infrastrukturprojekte, soziale Fragen oder regionale Konflikte können jeweils eigene Mobilisierungsräume hervorbringen.

Digitale Kommunikation verstärkt diese Entwicklung. Informationen über Proteste können schnell verbreitet, Veranstaltungen kurzfristig organisiert und Teilnehmer über räumliche Grenzen hinweg mobilisiert werden. Die organisatorische Eintrittsschwelle sinkt, während zugleich die Dauerhaftigkeit solcher Mobilisierung unsicherer werden kann.

Die moderne Protestlandschaft spiegelt damit dieselbe gesellschaftliche Individualisierung und Fragmentierung wider, die bereits beim Parteiensystem beobachtet wurde.

Von politischer Unzufriedenheit zur Entfremdung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Politische Unzufriedenheit ist in einer Demokratie normal. Bürger können Regierungen ablehnen, Parteien enttäuschend finden oder bestimmte Entscheidungen für falsch halten, ohne ihre Bindung an die demokratische Ordnung zu verlieren. Problematischer wird die Entwicklung, wenn sich konkrete Kritik zu einer dauerhaften Wahrnehmung politischer Wirkungslosigkeit verdichtet.

Politische Entfremdung bezeichnet dabei eine wachsende Distanz zwischen Bürgern und politischem System. Menschen können den Eindruck entwickeln, politische Institutionen seien ihnen fremd geworden, ihre Interessen hätten kaum Einfluss oder gesellschaftliche Erfahrungen würden von politischen Entscheidungsträgern nicht verstanden.

Dieser Prozess kann schrittweise verlaufen:

Unzufriedenheit mit einzelnen Entscheidungen → Enttäuschung über politische Akteure → Gefühl mangelnder Repräsentation → Wahrnehmung geringer politischer Einflussmöglichkeiten → Distanz gegenüber Parteien und Institutionen → politische Entfremdung → mögliche grundsätzliche Systemkritik.

Diese Entwicklung ist nicht zwangsläufig. Enttäuschung kann ebenso zu Wahlwechsel, stärkerem Engagement oder zur Unterstützung neuer Parteien führen. Entscheidend ist, ob Bürger weiterhin glaubwürdige Möglichkeiten politischer Veränderung innerhalb der demokratischen Ordnung erkennen.

Repräsentationslücken und das Gefühl politischer Wirkungslosigkeit

Politische Entfremdung kann entstehen, wenn gesellschaftliche Interessen innerhalb bestehender Repräsentationsstrukturen als nicht ausreichend vertreten wahrgenommen werden. Die Fragmentierung gesellschaftlicher Konfliktlinien erhöht diese Herausforderung. Menschen verbinden heute häufig Positionen, die nicht eindeutig innerhalb traditioneller politischer Lager liegen.

Wenn keine Partei eine solche Kombination vollständig abbildet, entsteht daraus nicht automatisch eine Repräsentationskrise. Demokratie verlangt keine perfekte Übereinstimmung zwischen Bürger und Partei. Problematisch wird es jedoch, wenn größere gesellschaftliche Gruppen dauerhaft den Eindruck entwickeln, ihre zentralen Anliegen würden von keiner relevanten politischen Kraft ernst genommen.

Besonders wichtig ist dabei die Wahrnehmung politischer Wirksamkeit. Bürger müssen nicht jede Entscheidung gewinnen. Sie müssen jedoch grundsätzlich erkennen können, dass politische Beteiligung Folgen haben kann, Mehrheiten veränderbar sind und neue Themen institutionell aufgenommen werden können.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Demokratische Repräsentation verlangt nicht, dass jeder politische Wunsch erfüllt wird. Sie verlangt jedoch die glaubwürdige Erfahrung, dass Interessen artikuliert, gehört und innerhalb politischer Verfahren wirksam vertreten werden können.

Entfremdung durch institutionelle Komplexität

Politische Entfremdung kann auch aus der zunehmenden Komplexität demokratischer Entscheidungsprozesse entstehen. In föderalen und europäischen Mehrebenensystemen sind Verantwortlichkeiten häufig verteilt. Bund, Länder, Kommunen und Europäische Union wirken an politischen Entscheidungen mit, während Gerichte, Verwaltungen und unabhängige Institutionen zusätzliche Aufgaben erfüllen.

Diese Struktur besitzt gute demokratische und rechtsstaatliche Gründe. Sie verhindert Machtkonzentration, ermöglicht regionale Differenzierung und schafft institutionelle Kontrolle. Für Bürger kann sie jedoch schwer durchschaubar werden. Wenn nicht mehr eindeutig erkennbar ist, wer für eine Entscheidung verantwortlich ist, kann politische Unzufriedenheit keinen klaren institutionellen Adressaten finden.

Dann entsteht leicht der Eindruck eines anonymen politischen Systems, in dem „die Politik“ entscheidet, ohne dass konkrete Verantwortlichkeit sichtbar bleibt. Politische Komplexität wird dadurch subjektiv als politische Entfernung erfahren.

Die demokratische Herausforderung besteht deshalb nicht darin, sämtliche institutionelle Komplexität abzuschaffen, sondern Verantwortlichkeiten nachvollziehbar zu machen.

Nichtanerkennung und politische Distanz

Entfremdung besitzt neben institutionellen und materiellen Ursachen eine Anerkennungsdimension. Menschen können sich politisch distanzieren, wenn sie den Eindruck gewinnen, ihre Lebensweise, berufliche Tätigkeit, Region oder gesellschaftliche Erfahrung werde im öffentlichen Diskurs geringgeschätzt.

Solche Erfahrungen müssen nicht mit objektiver sozialer Benachteiligung übereinstimmen. Eine Person kann materiell relativ abgesichert sein und dennoch das Gefühl entwickeln, gesellschaftlich an Anerkennung zu verlieren. Regionen können wirtschaftliche Verbesserungen erfahren und sich gleichzeitig politisch übersehen fühlen.

Wird diese Wahrnehmung mit politischen Konflikten verbunden, kann aus sozialer Distanz politische Entfremdung entstehen. Parteien oder Bewegungen, die Anerkennung versprechen und eine bisherige Missachtung ausdrücklich benennen, können dadurch erhebliche Mobilisierungskraft gewinnen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dies erklärt, warum politische Protestbewegungen häufig nicht allein aus konkreten materiellen Forderungen bestehen. Sie können ebenso Ausdruck des Wunsches sein, gesellschaftlich gesehen und politisch ernst genommen zu werden.

Protestwahl und Wahlenthaltung als unterschiedliche Reaktionen

Politische Entfremdung kann zu unterschiedlichen Formen des Wahlverhaltens führen. Eine Möglichkeit besteht darin, eine Partei nicht primär aus umfassender programmatischer Zustimmung zu wählen, sondern um etablierten Parteien Ablehnung zu signalisieren. Eine solche Protestwahl bleibt zunächst innerhalb demokratischer Verfahren. Sie nutzt die Wahl gerade als Instrument politischer Korrektur.

Eine andere Reaktion ist Wahlenthaltung. Auch sie besitzt unterschiedliche Ursachen. Manche Menschen interessieren sich wenig für Politik, andere sehen keine überzeugende Alternative, und wieder andere betrachten ihre Stimme als wirkungslos. Wahlenthaltung darf deshalb nicht pauschal als Systemablehnung interpretiert werden.

Politisch relevant wird sie dort, wo dauerhafte Nichtbeteiligung mit dem Eindruck verbunden ist, demokratische Entscheidungen seien ohnehin nicht beeinflussbar. Dann kann politische Passivität Ausdruck tieferer Entfremdung werden.

Zwischen Protestwahl und Rückzug besteht somit ein wichtiger Unterschied: Protestwahl versucht, politische Repräsentation zu verändern; vollständiger Rückzug kann dagegen anzeigen, dass die Erwartung politischer Veränderbarkeit selbst schwächer geworden ist.

Systemkritik als legitimer Teil demokratischer Öffentlichkeit

Auch grundlegende Kritik an bestehenden Institutionen kann demokratisch legitim sein. Bürger dürfen das Wahlsystem, den Föderalismus, die Europäische Union, die Rolle von Parteien oder einzelne Verfassungsregelungen kritisieren und Veränderungen verlangen. Demokratie wäre nicht lernfähig, wenn ihre institutionelle Struktur grundsätzlich der Kritik entzogen wäre.

Der Begriff Systemkritik darf deshalb nicht vorschnell mit Extremismus gleichgesetzt werden. Entscheidend ist, worauf sich die Kritik richtet und welche Alternative vorgeschlagen wird. Eine Forderung nach institutioneller Reform kann demokratisch sein, selbst wenn sie weitreichende Veränderungen verlangt.

Die Grenze liegt dort, wo nicht mehr einzelne Institutionen oder Regeln verändert werden sollen, sondern zentrale demokratische Prinzipien wie freie Wahlen, politische Pluralität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit oder legitime Opposition grundsätzlich abgelehnt werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Demokratische Systemkritik will demokratische Ordnung verändern oder verbessern. Antidemokratische Systemkritik stellt die Grundlagen pluralistischer Machtbegrenzung selbst infrage.

Die Generalisierung politischen Misstrauens

Besonders relevant ist der Übergang von konkreter Kritik zu pauschalem Systemmisstrauen. Ein Bürger kann einer Regierung misstrauen und gleichzeitig dem Parlament vertrauen. Er kann Parteien kritisieren und Gerichte für legitim halten. Solche differenzierten Einstellungen gehören zu einer demokratischen politischen Kultur.

Entfremdung vertieft sich dagegen, wenn Misstrauen generalisiert wird. Aus Kritik an einer Partei wird Ablehnung „der Parteien“, aus Kritik an einzelnen Medien wird Misstrauen gegenüber „den Medien“, aus Unzufriedenheit mit einer Regierung wird Ablehnung „des Systems“.

Diese sprachliche Generalisierung besitzt politische Bedeutung, weil sie unterschiedliche Institutionen zu einem vermeintlich geschlossenen Machtblock zusammenfasst. Parlament, Regierung, Verwaltung, Medien, Wissenschaft und Gerichte können dann als Teile derselben Ordnung wahrgenommen werden, die angeblich gemeinsame Interessen gegen die Bevölkerung vertritt.

Damit nähert sich politische Entfremdung der populistischen Volk-Elite-Struktur an. Institutionelle Differenzierung verschwindet aus der Wahrnehmung und wird durch ein geschlossenes Gegenüber ersetzt.

Digitale Protestöffentlichkeiten und ihre Ambivalenz

Digitale Medien ermöglichen die schnelle Bildung von Protestöffentlichkeiten. Menschen können Erfahrungen austauschen, politische Entscheidungen kritisieren und erkennen, dass andere ähnliche Unzufriedenheit empfinden. Dadurch können bislang isolierte Erfahrungen kollektiv sichtbar werden.

Diese Vernetzung besitzt demokratisches Potenzial. Sie kann neue gesellschaftliche Anliegen in die öffentliche Debatte bringen und politische Institutionen zur Reaktion zwingen. Gleichzeitig können digitale Protestmilieus eigene Informations- und Deutungsräume entwickeln, in denen sich Unzufriedenheit gegenseitig verstärkt.

Besonders problematisch wird dies, wenn nahezu jedes politische Ereignis innerhalb eines bereits feststehenden Systemnarrativs interpretiert wird. Neue Informationen bestätigen dann immer dieselbe Grundannahme: Institutionen seien korrupt, Medien manipulativ, Wahlen bedeutungslos oder politische Entscheidungen grundsätzlich gegen die Bevölkerung gerichtet.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Aus konkretem Protest kann dadurch eine geschlossene politische Wirklichkeitsdeutung entstehen, die kaum noch durch institutionelle Reaktionen korrigierbar ist.

Die Reaktion demokratischer Institutionen auf Protest

Wie politische Institutionen auf Protest reagieren, beeinflusst dessen weitere Entwicklung. Ignorieren sie gesellschaftliche Kritik dauerhaft, kann sich der Eindruck mangelnder Responsivität verstärken. Reagieren sie dagegen auf jede lautstarke Mobilisierung unmittelbar mit politischen Zugeständnissen, kann der Eindruck entstehen, besonders intensive Protestformen seien wirksamer als reguläre demokratische Verfahren.

Demokratische Responsivität bedeutet deshalb nicht unmittelbare Erfüllung jeder Forderung. Institutionen müssen Anliegen aufnehmen, prüfen, begründen und transparent entscheiden. Sie können Forderungen ablehnen, müssen aber nachvollziehbar erklären können, warum.

Von besonderer Bedeutung ist die Anerkennung des Protestierenden als legitimer politischer Teilnehmer. Scharfe Kritik kann zurückgewiesen werden, ohne ganze gesellschaftliche Gruppen abzuwerten. Gleichzeitig müssen demokratische Institutionen klare Grenzen gegenüber Gewalt, Einschüchterung und antidemokratischer Delegitimierung ziehen.

Die Qualität demokratischer Reaktion liegt damit zwischen Ignorieren und unkritischer Anpassung.

Von Entfremdung zu Radikalisierung

Politische Entfremdung führt nicht automatisch zu Radikalisierung. Die meisten unzufriedenen Bürger bleiben innerhalb demokratischer Verfahren. Dennoch kann dauerhafte Entfremdung einen Resonanzraum schaffen, in dem radikalere Deutungen anschlussfähig werden.

Besonders relevant ist die Verbindung mehrerer Erfahrungen: wahrgenommene Repräsentationslosigkeit, Statusverlust, institutionelles Misstrauen, soziale Isolation und die Vorstellung, reguläre politische Veränderung sei nicht mehr möglich. Wenn zusätzlich politische Akteure oder Kommunikationsnetzwerke eine umfassende Erklärung anbieten, kann sich die Bewertung demokratischer Institutionen grundlegend verändern.

Der Übergang ist dabei häufig graduell. Nicht eine einzelne politische Position macht Radikalisierung aus. Entscheidend ist vielmehr die zunehmende Bereitschaft, politische Gegnerschaft zu delegitimieren, institutionelle Regeln nur noch bedingt anzuerkennen oder nichtdemokratische Mittel als gerechtfertigt zu betrachten.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Damit wird politische Entfremdung zu einem möglichen, aber keineswegs zwangsläufigen Vorfeld radikalerer politischer Orientierung.

Ein Modell politischer Entfremdung und Protestmobilisierung

Die unterschiedlichen Entwicklungspfade lassen sich in einem gemeinsamen Modell darstellen:

Gesellschaftliche Veränderung und konkrete Konflikterfahrungen → politische Unzufriedenheit → Wahrnehmung unzureichender Repräsentation oder politischer Wirkungslosigkeit → mögliche Erfahrung mangelnder Anerkennung → sinkendes Vertrauen in politische Akteure → Protest, Wahlwechsel, neue politische Beteiligung oder Rückzug → Reaktion politischer Institutionen → mögliche Wiederherstellung politischer Anschlussfähigkeit oder weitere Entfremdung → Generalisierung von Misstrauen → grundlegende Systemkritik → unter zusätzlichen Bedingungen mögliche politische Radikalisierung.

Dieser Prozess besitzt mehrere Ausgänge. Protest kann neue politische Repräsentation schaffen und damit demokratische Integration stärken. Neue Parteien können Repräsentationslücken schließen. Institutionen können gesellschaftliche Kritik aufnehmen und Vertrauen zurückgewinnen. Ebenso können Enttäuschung und Misstrauen jedoch weiter anwachsen.

Entscheidend ist deshalb nicht, Protest möglichst gering zu halten. Eine Demokratie muss vielmehr fähig sein, Protest **innerhalb ihrer eigenen Ordnung politisch verarbeitbar zu halten.**

Die zentrale Erkenntnis

Protest, politische Entfremdung und Systemkritik bilden kein einheitliches Phänomen. Protest kann Ausdruck lebendiger demokratischer Beteiligung sein, politische Entfremdung auf tatsächliche Repräsentationsprobleme hinweisen und selbst grundlegende institutionelle Kritik kann Bestandteil demokratischer Selbstkorrektur bleiben. Problematisch wird die Entwicklung erst, wenn konkrete politische Unzufriedenheit dauerhaft generalisiert wird und aus der Kritik an Entscheidungen, Akteuren oder Institutionen die Überzeugung entsteht, demokratische Verfahren selbst seien bedeutungslos oder illegitim.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die demokratische Bedeutung von Protest entscheidet sich nicht daran, wie scharf politische Kritik formuliert wird, sondern daran, ob politische Veränderung weiterhin innerhalb pluralistischer und rechtsstaatlicher Verfahren für möglich gehalten wird. Entfremdung wird zum Risiko demokratischer Ordnung, wenn Bürger nicht mehr nur mit politischen Ergebnissen unzufrieden sind, sondern die Erwartung verlieren, dass demokratische Beteiligung, politische Konkurrenz und institutionelle Verfahren überhaupt noch wirksame Veränderung ermöglichen können.

Damit ist zugleich die Schwelle zum nächsten Untersuchungsschritt erreicht. Politische Entfremdung, generalisiertes Misstrauen und geschlossene Deutungssysteme können unter bestimmten Bedingungen dazu führen, dass Positionen nicht nur schärfer werden, sondern sich auch das Verhältnis zu politischen Gegnern, demokratischen Institutionen und legitimen Mitteln politischer Auseinandersetzung verändert.

Dieser Übergang steht im Mittelpunkt des folgenden Kapitels.

Kapitel 79 – Radikalisierung politischer Positionen

Politische Radikalisierung bezeichnet nicht einfach die Existenz scharfer, ungewöhnlicher oder systemkritischer Positionen. Demokratische Gesellschaften müssen weitreichende politische Forderungen, fundamentale Kritik und auch grundlegende Reformvorschläge aushalten können. Radikalisierung wird vielmehr dort analytisch bedeutsam, wo sich politische Positionen nicht nur inhaltlich zuspitzen, sondern zugleich das Verhältnis zu politischer Gegnerschaft, demokratischen Institutionen und legitimen Mitteln politischer Auseinandersetzung verändert.

Dieser Prozess verläuft häufig schrittweise. Ausgangspunkt können reale Konflikterfahrungen, gesellschaftliche Unsicherheit, wahrgenommene Repräsentationsdefizite oder politisches Misstrauen sein. Unter bestimmten Bedingungen verdichten sich daraus geschlossenere Weltbilder, in denen politische Gegner zunehmend als illegitim, Institutionen als grundsätzlich manipuliert und Kompromisse als Verrat interpretiert werden. Radikalisierung ist damit weniger ein einzelner Zustand als ein Prozess wachsender politischer Ausschließlichkeit.

Politische Radikalisierung beginnt nicht mit scharfer Kritik, sondern dort, wo politische Differenz zunehmend in moralische Unvereinbarkeit, institutionelles Misstrauen und die Ablehnung legitimer pluralistischer Gegnerschaft übersetzt wird.

Radikalität und Radikalisierung

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Für die Analyse ist zunächst zwischen radikalen Positionen und Radikalisierungsprozessen zu unterscheiden. Eine radikale politische Forderung kann auf tiefgreifende Veränderung zielen und dennoch vollständig innerhalb demokratischer Verfahren vertreten werden. Forderungen nach umfassender Steuerreform, grundlegender Neuordnung europäischer Institutionen oder tiefgreifender Veränderung des Sozialstaates können politisch radikal sein, ohne antidemokratisch zu sein.

Radikalisierung beschreibt dagegen eine Veränderungsdynamik. Positionen werden nicht nur zugespitzter, sondern zunehmend exklusiver. Andere politische Perspektiven erscheinen immer weniger als legitim. Institutionelle Begrenzungen werden nicht mehr als Teil demokratischer Ordnung, sondern als Hindernisse betrachtet. Gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit, dass politische Konflikte moralisch absolutisiert werden.

Die analytische Frage lautet deshalb nicht nur: **Wie weit entfernt sich eine Position von der politischen Mitte?** Wichtiger ist: **Wie verändert sich ihr Verhältnis zu Pluralismus, Opposition, Rechtsstaatlichkeit und politischer Gewaltbegrenzung?**

Gesellschaftliche Konflikte als Ausgangspunkt

Radikalisierungsprozesse entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie können an reale gesellschaftliche Konflikte anschließen. Wirtschaftliche Unsicherheit, regionale Benachteiligung, kulturelle Veränderungen, Migration, Statusverlust oder enttäuschte Erwartungen an politische Repräsentation können politische Unzufriedenheit verstärken.

Solche Erfahrungen führen nicht automatisch zu Radikalisierung. Sie können ebenso in demokratische Reformforderungen, Wahlwechsel, Protest oder neue politische Organisationen münden. Entscheidend wird, wie diese Erfahrungen interpretiert werden.

Wenn politische Probleme zunehmend als Ausdruck eines grundsätzlich illegitimen Systems verstanden werden, verändert sich ihre Bedeutung. Einzelne Konflikte erscheinen dann nicht mehr als lösbare politische Auseinandersetzungen, sondern als Beweise für eine umfassende Fehlordnung. Damit beginnt häufig die Verschiebung von sachbezogener Kritik zu geschlossenem Systemmisstrauen.

Von Unzufriedenheit zu geschlossenen Deutungsmustern

Ein zentrales Merkmal von Radikalisierungsprozessen ist die zunehmende Geschlossenheit politischer Deutungen. Neue Ereignisse werden immer häufiger in bereits vorhandene Erklärungsrahmen eingeordnet. Widersprechende Informationen verlieren an Gewicht oder werden als Bestandteil gegnerischer Manipulation interpretiert.

Damit wird politische Überzeugung zunehmend gegen Korrektur abgeschirmt. Die eigene Deutung gewinnt nicht nur höhere Plausibilität, sondern moralische Eindeutigkeit. Wer widerspricht, gilt weniger als politischer Konkurrent und häufiger als Teil des Problems.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Dieser Mechanismus kann in unterschiedlichen politischen Milieus auftreten. Entscheidend ist nicht die ideologische Richtung, sondern die Struktur:

Politische Unzufriedenheit → umfassender Erklärungsrahmen → zunehmende Bestätigung durch selektive Informationen → geringere Offenheit gegenüber Gegenargumenten → stärkere moralische Gewissheit → weitere Verfestigung des Weltbildes.

Je geschlossener dieser Kreislauf wird, desto schwieriger wird politische Korrektur.

Moralische Absolutisierung politischer Konflikte

Demokratische Politik enthält immer normative Konflikte. Fragen sozialer Gerechtigkeit, Migration, Freiheit, Sicherheit oder Klima berühren grundlegende Wertvorstellungen. Problematisch wird ihre moralische Dimension erst dort, wo politische Gegnerschaft vollständig moralisiert wird.

Dann erscheint die andere Seite nicht lediglich als falsch, sondern als böse, gefährlich oder grundsätzlich illegitim. Kompromisse werden nicht mehr als notwendiger Bestandteil pluralistischer Demokratie wahrgenommen, sondern als moralische Kapitulation.

Diese Absolutisierung verändert politische Interaktion. Wenn ein Konflikt als existenziell interpretiert wird, steigt die Bereitschaft, außergewöhnliche Mittel zu rechtfertigen. Institutionelle Regeln können dann als weniger wichtig erscheinen als der vermeintlich moralisch zwingende politische Zweck.

Je stärker politische Konflikte als Kampf zwischen moralisch legitimer und illegitimer Seite verstanden werden, desto geringer wird die Bereitschaft, demokratische Begrenzungen als verbindlich anzuerkennen.

Feindbilder und die Entmenschlichung politischer Gegnerschaft

Radikalisierung vertieft sich dort, wo politische Gegner nicht mehr als Individuen mit anderen Interessen und Überzeugungen, sondern als homogene feindliche Gruppe wahrgenommen werden. Begriffe wie „Verräter“, „Volksfeinde“, „Feinde der Demokratie“ oder andere pauschalisierende Zuschreibungen können solche Grenzen verstärken.

Nicht jede scharfe politische Sprache führt zu Entmenschlichung. Demokratien müssen polemische Auseinandersetzung aushalten können. Problematisch wird sie dort, wo Gegnern grundsätzlich legitime Interessen, moralische Integrität oder politische Rechte abgesprochen werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems
Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Feindbilder erfüllen mehrere Funktionen. Sie vereinfachen komplexe Konflikte, bündeln unterschiedliche Probleme in einer Person oder Gruppe und stärken die Identität der eigenen politischen Gemeinschaft. Dadurch kann politische Mobilisierung intensiviert werden.

Gleichzeitig steigt die Gefahr, dass Regeln des demokratischen Wettbewerbs asymmetrisch verstanden werden: Die eigene Seite beansprucht demokratische Rechte, während der Gegner als nicht schutzwürdig erscheint.

Institutionelles Misstrauen und die Erosion gemeinsamer Regeln

Ein weiterer Radikalisierungsschritt kann in der Generalisierung institutionellen Misstrauens liegen. Kritik an bestimmten Entscheidungen wird dann auf Parlamente, Gerichte, Medien, Verwaltungen oder Wahlen insgesamt übertragen.

Solches Misstrauen kann auf reale Fehler reagieren. Demokratische Institutionen sind kritisierbar und müssen kontrolliert werden. Radikalisierung entsteht dort, wo institutionelle Legitimität nur noch dann anerkannt wird, wenn Entscheidungen der eigenen politischen Position entsprechen.

Wahlen werden dann bei eigenem Sieg als Ausdruck des Volkswillens, bei Niederlage dagegen als manipuliert interpretiert. Gerichte gelten als legitim, solange ihre Entscheidungen den eigenen Erwartungen entsprechen. Medien werden nicht mehr nach Qualität, sondern ausschließlich nach politischer Zugehörigkeit beurteilt.

Damit verschwindet ein grundlegendes demokratisches Prinzip: die Bereitschaft, Verfahren auch dann anzuerkennen, wenn ihre Ergebnisse politisch unerwünscht sind.

Gruppendynamik und gegenseitige Bestätigung

Radikalisierung ist häufig ein sozialer Prozess. Menschen entwickeln politische Positionen nicht ausschließlich individuell, sondern innerhalb von Gruppen, Netzwerken und Kommunikationsräumen. Gegenseitige Bestätigung kann Überzeugungen stabilisieren und politische Identität vertiefen.

Gruppen schaffen Zugehörigkeit, Anerkennung und Orientierung. Diese Funktionen sind grundsätzlich positiv. Problematisch wird die Dynamik dort, wo Anerkennung zunehmend an politische Reinheit gebunden wird. Wer differenziert, Zweifel äußert oder Kompromisse erwägt, kann innerhalb der eigenen Gruppe als unzuverlässig gelten.

Dadurch entsteht ein innerer Anpassungsdruck. Positionen können sich schrittweise verschärfen, weil moderatere Stimmen weniger sichtbar oder sozial weniger belohnt werden. Die politische Gruppe bewegt sich dann nicht nur durch äußere Konflikte, sondern auch durch interne Dynamik.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Digitale Netzwerke können solche Prozesse beschleunigen, weil Zustimmung und Ablehnung unmittelbar sichtbar werden und politische Gemeinschaften dauerhaft kommunikativ verbunden bleiben.

Digitale Räume und Beschleunigung von Radikalisierung

Soziale Medien verursachen Radikalisierung nicht automatisch. Sie können jedoch Bedingungen schaffen, unter denen radikalisierende Prozesse schneller sichtbar und organisatorisch leichter werden. Politische Gruppen finden sich unabhängig von räumlicher Nähe, Inhalte können rasch verbreitet und Gegenöffentlichkeiten aufgebaut werden.

Hinzu kommt die bereits untersuchte Aufmerksamkeitslogik digitaler Plattformen. Emotional zugespitzte oder konfliktorientierte Inhalte können besondere Reichweite erhalten. Dadurch können radikalere Positionen innerhalb bestimmter Kommunikationsräume überproportional sichtbar erscheinen.

Wichtig bleibt jedoch die analytische Vorsicht. Digitale Medien sind Verstärker, keine vollständige Erklärung. Gesellschaftliche Konflikte, politische Angebote, persönliche Erfahrungen und soziale Netzwerke bleiben entscheidende Bedingungen.

Ein angemessener Zusammenhang lautet deshalb:

Gesellschaftliche Konflikterfahrung + politische Entfremdung + geschlossene Deutung + soziale Bestätigung + digitale Verstärkung → mögliche Beschleunigung eines Radikalisierungsprozesses.

Die Rolle politischer Unternehmer

Radikalisierungsprozesse benötigen häufig Akteure, die vorhandene Unzufriedenheit politisch strukturieren. Parteien, Bewegungen, Aktivisten oder kommunikative Führungsfiguren können gesellschaftliche Erfahrungen in ein geschlossenes Narrativ übersetzen und politische Gegner klar benennen.

Diese politischen Unternehmer müssen Radikalisierung nicht vollständig erzeugen. Sie können vorhandene Konflikte aufgreifen und ihnen eine neue Richtung geben. Besonders wirksam sind Deutungen, die verschiedene Unsicherheiten miteinander verbinden und daraus einen grundlegenden Systemkonflikt ableiten.

Der politische Mobilisierungsgewinn liegt in der Vereinheitlichung unterschiedlicher Erfahrungen. Menschen müssen nicht dieselben konkreten Probleme haben, um sich innerhalb derselben politischen Erzählung wiederzufinden.

Damit entsteht eine wichtige Verbindung zur Fragmentierung gesellschaftlicher Konfliktlinien: Radikale politische Angebote können gerade dadurch integrierend wirken,

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

dass sie unterschiedliche Konflikte unter einer gemeinsamen antagonistischen Deutung bündeln.

Radikalisierung innerhalb und außerhalb etablierter Parteien

Radikalisierung kann sowohl außerhalb als auch innerhalb etablierter politischer Organisationen stattfinden. Neue Bewegungen können radikale Positionen entwickeln, doch auch bestehende Parteien können sich unter Druck verändern. Innerparteiliche Konkurrenz, Mitgliederstruktur, Wählererwartungen und strategische Abgrenzung können Positionierungen verschieben.

Dabei ist zwischen programmatischer Zuspitzung und demokratischer Radikalisierung zu unterscheiden. Parteien können ihre Positionen deutlich verändern und dennoch demokratische Institutionen vollständig anerkennen. Die relevante Grenze liegt erneut im Verhältnis zu Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und legitimer Opposition.

Parteien besitzen zugleich eine Filterfunktion. Sie können gesellschaftliche Proteste institutionalisieren und dadurch radikale Energien in parlamentarische Verfahren übersetzen. Sie können diese jedoch auch verstärken, wenn interne Anreize politische Zuspitzung belohnen.

Das Parteiensystem ist deshalb nicht nur Ergebnis gesellschaftlicher Radikalisierung, sondern selbst ein möglicher Vermittlungs- oder Verstärkungsraum.

Der Übergang von radikaler Sprache zu problematischen Handlungsnormen

Besonders kritisch wird Radikalisierung dort, wo sich nicht nur Sprache und Überzeugungen verändern, sondern auch Vorstellungen legitimer politischer Mittel. Demokratische Politik setzt voraus, dass Gewalt, Einschüchterung und politische Entrechtung grundsätzlich ausgeschlossen bleiben.

Radikalisierung kann diese Grenze verschieben. Zunächst werden außergewöhnliche Mittel vielleicht nur rhetorisch legitimiert. Später kann daraus eine stärkere Akzeptanz von Regelverletzungen entstehen, wenn diese dem eigenen politischen Ziel dienen.

Der Übergang verläuft nicht automatisch und sollte analytisch nicht vorschnell unterstellt werden. Dennoch ist die Verschiebung von Handlungsschwellen ein wichtiger Indikator. Wer politische Gewalt, Einschüchterung oder institutionelle Ausschaltung grundsätzlich rechtfertigt, bewegt sich aus dem Rahmen legitimer demokratischer Konkurrenz heraus.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Der entscheidende Radikalisierungsschritt liegt nicht in der Intensität einer politischen Forderung, sondern in der Bereitschaft, für ihre Durchsetzung demokratische Begrenzungen außer Kraft zu setzen.

Radikalisierung und gesellschaftliche Gegenreaktion

Radikale Mobilisierung erzeugt häufig Gegenmobilisierung. Je stärker eine politische Gruppe als Bedrohung wahrgenommen wird, desto stärker können andere gesellschaftliche Gruppen ihre eigenen Positionen verhärten. Dadurch kann ein wechselseitiger Eskalationsprozess entstehen.

Eine Seite interpretiert die Radikalisierung der anderen als Beweis dafür, dass stärkere Abgrenzung notwendig sei. Diese wiederum wird von der Gegenseite als zusätzliche Feindseligkeit wahrgenommen. Politische Positionen entwickeln sich dann nicht mehr ausschließlich aufgrund eigener Sachfragen, sondern zunehmend als Reaktion auf den Gegner.

Aus diesem Mechanismus kann eine symmetrische Eskalationsdynamik entstehen, auch wenn die Ausgangspositionen und demokratischen Grenzüberschreitungen nicht gleichartig sein müssen. Analytisch ist deshalb zwischen **wechselseitiger Polarisierung** und konkreter demokratischer Regelverletzung zu unterscheiden.

Nicht jede harte Gegenreaktion auf antidemokratische Positionen ist selbst undemokratisch. Entscheidend bleibt, ob rechtsstaatliche und pluralistische Grundsätze gewahrt werden.

Möglichkeiten demokratischer Deradikalisierung

Radikalisierungsprozesse sind nicht unumkehrbar. Menschen können politische Positionen verändern, Gruppen verlassen, institutionelles Vertrauen zurückgewinnen oder neue Erfahrungen machen, die bisherige Deutungen relativieren.

Demokratische Deradikalisierung benötigt mehrere Ebenen. Politische Institutionen müssen reale Konflikte bearbeiten und Repräsentationsmöglichkeiten erhalten. Gesellschaftliche Kommunikation muss Korrektur ermöglichen, ohne jede abweichende Position sofort moralisch auszuschließen. Gleichzeitig müssen klare Grenzen gegen Gewalt, Einschüchterung und antidemokratische Handlungen bestehen.

Von besonderer Bedeutung sind soziale Kontakte außerhalb geschlossener politischer Milieus. Menschen, die mehrere gesellschaftliche Zugehörigkeiten besitzen und regelmäßig mit unterschiedlichen Perspektiven in Kontakt bleiben, sind weniger leicht vollständig in einer einzigen politischen Identität einzuschließen.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Der demokratische Umgang mit Radikalisierung muss deshalb gleichzeitig integrieren und begrenzen: politische Anliegen aufnehmen, demokratische Beteiligung ermöglichen, aber antidemokratische Mittel eindeutig zurückweisen.

Ein Modell politischer Radikalisierung

Die bisherigen Mechanismen lassen sich in einem mehrstufigen Modell zusammenführen:

Gesellschaftliche Konflikte und persönliche Erfahrungen → politische Unzufriedenheit und Unsicherheit → wahrgenommene Repräsentationslücken oder Statusverluste → wachsendes Misstrauen → umfassendere politische Deutungsmuster → stärkere moralische Unterscheidung zwischen eigener und gegnerischer Gruppe → selektive Informationsaufnahme und soziale Bestätigung → zunehmende Delegitimierung politischer Gegner und Institutionen → Verschärfung politischer Positionen → mögliche Akzeptanz außergewöhnlicher oder undemokratischer Mittel → weitere gesellschaftliche Gegenmobilisierung und politische Polarisierung.

Dieser Verlauf ist weder linear noch unvermeidlich. An mehreren Punkten können demokratische Gegenkräfte wirken. Neue Repräsentationsangebote können politische Entfremdung reduzieren, institutionelle Reaktionen Vertrauen wiederherstellen und gesellschaftliche Kontakte geschlossene Deutungsmuster aufbrechen.

Radikalisierung muss deshalb als offener Prozess verstanden werden, in dem strukturelle Bedingungen, Wahrnehmung, politische Kommunikation und soziale Dynamik zusammenwirken.

Die zentrale Erkenntnis

Politische Radikalisierung lässt sich nicht allein durch extreme politische Inhalte bestimmen. Demokratische Gesellschaften können auch sehr weitreichende politische Forderungen integrieren. Entscheidend ist vielmehr, wie sich das Verhältnis zu pluralistischer Gegnerschaft, demokratischen Institutionen und legitimen politischen Verfahren verändert.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Radikalisierung politischer Positionen entsteht dort, wo gesellschaftliche Konflikte, politische Entfremdung und geschlossene Deutungsmuster zunehmend miteinander verbunden werden und aus politischer Gegnerschaft moralische Unvereinbarkeit entsteht. Ihr demokratisches Risiko wächst insbesondere dann, wenn institutionelle Regeln nur noch instrumentell anerkannt, politische Gegner grundsätzlich delegitimiert und undemokratische Mittel als gerechtfertigt betrachtet werden.

Damit erreicht Teil V einen Punkt, an dem die bislang getrennt untersuchten Mechanismen zusammengeführt werden können. Politisches Vertrauen, Medienwandel, digitale

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Teilöffentlichkeiten, algorithmische Aufmerksamkeit, Emotionalisierung, populistische Mobilisierung, konkurrierende Wirklichkeitsdeutungen, Entfremdung und Radikalisierung wirken nicht unabhängig voneinander. Sie verändern gemeinsam die Bedingungen, unter denen demokratische Legitimität gesellschaftlich hergestellt und aufrechterhalten wird.

Diese Zusammenführung bildet den Gegenstand des abschließenden Kapitels dieses Teils.

Kapitel 80 – Öffentlichkeit und demokratische Legitimität

Demokratische Legitimität entsteht nicht allein durch Wahlen, Verfassungen und formale Verfahren. Sie muss gesellschaftlich fortlaufend vermittelt, nachvollzogen und akzeptiert werden. Zwischen politischen Institutionen und Bürgern liegt deshalb die Öffentlichkeit als zentraler Raum demokratischer Verständigung. In ihr werden Entscheidungen erklärt, Konflikte sichtbar, politische Akteure bewertet, Verantwortlichkeiten zugeschrieben und gesellschaftliche Erwartungen formuliert. Öffentlichkeit verbindet damit institutionelle Demokratie und gesellschaftliche Wahrnehmung.

Diese Vermittlungsfunktion ist unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformation anspruchsvoller geworden. Die klassische Medienordnung verliert ihre frühere Bündelungswirkung, digitale Teilöffentlichkeiten gewinnen an Bedeutung, politische Kommunikation wird schneller und emotionaler, Algorithmen beeinflussen Sichtbarkeit, politische Akteure konkurrieren um Deutungshoheit und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen entwickeln teilweise voneinander abweichende Wahrnehmungen politischer Wirklichkeit. Demokratische Legitimität entsteht deshalb zunehmend in einer Öffentlichkeit, die pluraler und zugänglicher, zugleich aber fragmentierter und konflikthanfälliger geworden ist.

Demokratische Legitimität wird institutionell erzeugt, gesellschaftlich aber erst dann wirksam, wenn politische Verfahren, Entscheidungen und Verantwortlichkeiten innerhalb einer gemeinsamen Öffentlichkeit wahrgenommen, verstanden und grundsätzlich als legitim anerkannt werden können.

Öffentlichkeit als Vermittlungsraum demokratischer Ordnung

Demokratische Institutionen können nicht unmittelbar mit allen Bürgern kommunizieren. Zwischen politischen Entscheidungen und gesellschaftlicher Wahrnehmung liegen Medien, Parteien, Verbände, soziale Netzwerke, persönliche Erfahrungen und politische Deutungen. Öffentlichkeit bildet deshalb keinen neutralen Übertragungskanal, sondern einen eigenständigen Vermittlungsraum.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

In diesem Raum entscheidet sich, welche politischen Vorgänge Aufmerksamkeit erhalten, wie sie interpretiert und welchen Akteuren Verantwortung zugeschrieben wird. Eine institutionell ordnungsgemäß getroffene Entscheidung kann gesellschaftlich auf Ablehnung stoßen, wenn sie als intransparent, ungerecht oder nicht ausreichend repräsentativ wahrgenommen wird. Umgekehrt kann eine politisch kontroverse Entscheidung hohe Legitimität besitzen, wenn das Verfahren nachvollziehbar ist und auch unterlegene Gruppen die Entscheidung als Ergebnis eines anerkannten demokratischen Prozesses akzeptieren.

Öffentlichkeit verbindet damit formale Legitimität und gesellschaftliche Akzeptanz. Sie ersetzt demokratische Verfahren nicht, beeinflusst aber wesentlich, wie diese Verfahren gesellschaftlich erfahren werden.

Legitimität zwischen Verfahren, Repräsentation und politischer Wirkung

Demokratische Legitimität besitzt mehrere Quellen. Bürger können eine politische Entscheidung akzeptieren, weil sie in einem rechtmäßigen Verfahren getroffen wurde, weil sie ihre Interessen angemessen repräsentiert sehen oder weil sie die politischen Ergebnisse für überzeugend halten. Diese Dimensionen können sich ergänzen, aber auch auseinanderfallen.

Eine Regierung kann beispielsweise rechtmäßig gewählt sein und dennoch an gesellschaftlichem Vertrauen verlieren. Eine Entscheidung kann sachlich wirksam erscheinen und zugleich als unzureichend beteiligt oder kommunikativ schlecht vermittelt

wahrgenommen werden. Umgekehrt können Verfahren als fair akzeptiert werden, obwohl das konkrete Ergebnis abgelehnt wird.

Öffentlichkeit ist der Raum, in dem diese unterschiedlichen Legitimationsdimensionen zusammengeführt werden. Dort wird sichtbar, ob Bürger politische Entscheidungen nur akzeptieren, weil sie müssen, oder ob sie sie als Bestandteil einer grundsätzlich legitimen demokratischen Ordnung anerkennen.

Demokratische Legitimität verlangt nicht Zustimmung zu jeder Entscheidung. Sie verlangt die grundsätzliche Anerkennung, dass Entscheidungen innerhalb legitimer Verfahren getroffen, kritisiert, überprüft und politisch verändert werden können.

Gemeinsame Öffentlichkeit und pluralistische Differenz

Demokratische Öffentlichkeit benötigt keine einheitliche Meinung. Unterschiedliche Interessen, Werte und politische Ziele gehören zum Wesen pluralistischer Gesellschaften. Problematisch wird Vielfalt erst dort, wo politische Gruppen ihre gemeinsamen Bezugspunkte verlieren.

Eine gemeinsame Öffentlichkeit bedeutet deshalb nicht, dass alle Bürger dieselben Medien nutzen oder politische Ereignisse gleich bewerten. Sie bedeutet vielmehr, dass es ausreichend

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

gemeinsame Themen, Tatsachen und institutionelle Bezugspunkte gibt, auf die sich politische Auseinandersetzung beziehen kann.

In der klassischen Medienordnung wurde ein größerer Teil gesellschaftlicher Aufmerksamkeit durch wenige reichweitenstarke Medien gebündelt. Diese gemeinsame Agenda war keineswegs vollständig oder neutral, erleichterte jedoch eine gewisse Gleichzeitigkeit öffentlicher Debatte. In digitalen Öffentlichkeiten verteilen sich Aufmerksamkeit und Themen stärker.

Damit verändert sich die Bedingung demokratischer Legitimität. Sie muss heute in einer Öffentlichkeit hergestellt werden, in der unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen denselben politischen Vorgang möglicherweise in völlig unterschiedlichen Kommunikationszusammenhängen wahrnehmen.

Fragmentierung und die Herausforderung gemeinsamer Tatsachen

Fragmentierte Öffentlichkeit ist nicht automatisch demokratisch problematisch. Unterschiedliche Teilöffentlichkeiten können neue Perspektiven sichtbar machen und gesellschaftlichen Gruppen Zugang zur öffentlichen Kommunikation ermöglichen, die früher weniger gehört wurden.

Die demokratische Schwierigkeit entsteht dort, wo Fragmentierung in voneinander getrennte Wirklichkeitsräume übergeht. Dann unterscheiden sich politische Gruppen nicht mehr nur in ihren Bewertungen, sondern zunehmend in den Tatsachen, Quellen und Institutionen, denen sie vertrauen.

Damit verändert sich auch die Legitimitätsbildung. Wenn Wahlergebnisse, amtliche Statistiken, journalistische Recherchen oder gerichtliche Entscheidungen nur noch entlang politischer Lagergrenzen als glaubwürdig oder unglaubwürdig bewertet werden, verliert die demokratische Ordnung gemeinsame Prüfmaßstäbe.

Pluralistische Demokratie kann unterschiedliche politische Wahrheiten über Ziele und Werte aushalten. Sie kann jedoch dauerhaft nur funktionieren, wenn überprüfbare Tatsachen und institutionelle Verfahren nicht vollständig zu Gegenständen politischer Lagerzugehörigkeit werden.

Vertrauen als Bindeglied zwischen Öffentlichkeit und Institutionen

Politisches Vertrauen verbindet öffentliche Wahrnehmung und institutionelle Legitimität. Bürger müssen Institutionen nicht unkritisch vertrauen. Sie müssen jedoch grundsätzlich davon ausgehen können, dass Verfahren funktionieren, Verantwortlichkeiten kontrollierbar sind und politische Entscheidungen innerhalb geltender Regeln getroffen werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Öffentlichkeit beeinflusst dieses Vertrauen erheblich. Medienberichte, politische Kommunikation und persönliche Erfahrungen formen die Wahrnehmung institutioneller Qualität. Werden Fehler aufgedeckt und transparent korrigiert, kann dies Vertrauen trotz kurzfristiger Kritik stärken. Werden Probleme dagegen verschwiegen oder offensichtlich beschönigt, kann selbst eine spätere Korrektur Misstrauen vertiefen.

Vertrauen entsteht deshalb nicht durch Konfliktfreiheit. Eine demokratische Öffentlichkeit kann sehr kontrovers sein und zugleich institutionelles Vertrauen erhalten. Entscheidend ist, ob Konflikte innerhalb nachvollziehbarer Verfahren stattfinden und ob Kritik grundsätzlich Folgen haben kann.

Verantwortungszuschreibung in komplexen politischen Systemen

Demokratische Legitimität setzt die Möglichkeit politischer Verantwortungszuschreibung voraus. Bürger müssen zumindest in Grundzügen erkennen können, welche Institution für welche Entscheidung zuständig ist und wer politisch dafür einsteht.

Dies wird in föderalen und europäischen Mehrebenensystemen zunehmend schwieriger. Nationale Regierungen können europäische Vorgaben anführen, Landesregierungen auf Bundesentscheidungen verweisen und Kommunen auf fehlende Ressourcen oder rechtliche Rahmenbedingungen hinweisen. Solche Zuständigkeitsverteilungen können sachlich korrekt sein, erzeugen aber kommunikative Distanz.

Wenn Verantwortlichkeiten dauerhaft unklar bleiben, entsteht leicht der Eindruck, politische Entscheidungen würden von einem anonymen System getroffen, während niemand tatsächlich verantwortlich sei. Dieses Problem berührt unmittelbar demokratische Legitimität.

Je komplexer politische Strukturen werden, desto wichtiger wird deshalb eine Kommunikation, die Zuständigkeit, Beteiligung und Verantwortung voneinander unterscheidet und nachvollziehbar darstellt.

Politische Kommunikation und die Legitimität von Entscheidungen

Legitimität kann nicht allein kommunikativ erzeugt werden. Eine schlechte politische Entscheidung wird nicht dadurch legitim, dass sie besonders professionell erklärt wird. Ebenso wenig lässt sich strukturelles Misstrauen durch bessere Öffentlichkeitsarbeit allein beseitigen.

Dennoch besitzt politische Kommunikation erhebliche Bedeutung. Bürger müssen verstehen können, welches Problem gelöst werden soll, welche Alternativen bestanden, welche Zielkonflikte berücksichtigt wurden und wer für die Entscheidung Verantwortung übernimmt.

Gerade komplexe Politik verlangt deshalb mehr als die öffentliche Verkündung fertiger Ergebnisse. Gute demokratische Kommunikation macht Entscheidungswege und

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Zielkonflikte sichtbar, ohne sämtliche politischen Aushandlungsprozesse vollständig öffentlich führen zu müssen.

Politische Kommunikation schafft Legitimität nicht aus dem Nichts. Sie kann jedoch darüber entscheiden, ob vorhandene demokratische Legitimität gesellschaftlich sichtbar und nachvollziehbar wird.

Kritik, Opposition und demokratische Legitimität

Demokratische Legitimität zeigt sich besonders darin, wie eine politische Ordnung mit Kritik umgeht. Opposition ist kein Zeichen institutioneller Schwäche, sondern Bestandteil demokratischer Kontrolle. Regierungen müssen politische Entscheidungen gegen Kritik verteidigen können, während Opposition das Recht besitzt, Fehler sichtbar zu machen und Alternativen anzubieten.

Öffentlichkeit ermöglicht diesen Wettbewerb. Sie schafft einen Raum, in dem Mehrheitsentscheidungen begründet und gleichzeitig infrage gestellt werden können. Dadurch entsteht eine doppelte Legitimation: Die Mehrheit darf regieren, die Minderheit bleibt politisch handlungsfähig.

Wird Opposition dagegen grundsätzlich als illegitim dargestellt, verändert sich demokratische Öffentlichkeit. Gleiches gilt, wenn oppositionelle Akteure jedes Regierungshandeln als prinzipiell undemokratisch oder illegitim bewerten. In beiden Fällen wird politische Konkurrenz von institutioneller Auseinandersetzung zu einem Konflikt über die Berechtigung der jeweils anderen Seite.

Demokratische Legitimität benötigt deshalb nicht weniger Konflikt, sondern eine politische Kultur, in der Konflikt und institutionelle Anerkennung miteinander vereinbar bleiben.

Emotion, Mobilisierung und die Wahrnehmung von Legitimität

Politische Legitimität wird nicht ausschließlich rational beurteilt. Gefühle von Anerkennung, Sicherheit, Zugehörigkeit oder Missachtung beeinflussen, wie Bürger politische Institutionen bewerten. Eine formell korrekte Entscheidung kann als illegitim erlebt werden, wenn Menschen den Eindruck besitzen, ihre Lebensrealität werde grundsätzlich nicht wahrgenommen.

Umgekehrt können politische Akteure emotionale Zugehörigkeit nutzen, um Entscheidungen besonders stark zu legitimieren. Dies ist zunächst kein demokratisches Problem. Politische Gemeinschaft benötigt emotionale Bindung.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Gefährlich wird die Entwicklung dort, wo institutionelle Legitimität vollständig durch politische Identität ersetzt wird. Dann gilt eine Entscheidung nicht mehr deshalb als legitim, weil sie rechtsstaatlich und demokratisch zustande gekommen ist, sondern weil sie von der eigenen politischen Seite getroffen wurde.

Damit verschiebt sich Legitimität von institutioneller Anerkennung zu Lagerloyalität. Gerade in polarisierten Öffentlichkeiten kann dieser Mechanismus demokratische Stabilität erheblich belasten.

Digitale Öffentlichkeit und unmittelbare Legitimitätsurteile

Digitale Kommunikation beschleunigt politische Bewertung. Entscheidungen werden teilweise innerhalb von Minuten kommentiert, bevor ihre vollständigen Inhalte oder Folgen bekannt sind. Empörung, Zustimmung und Ablehnung können hohe Sichtbarkeit erreichen und dadurch den Eindruck einer bereits feststehenden gesellschaftlichen Bewertung erzeugen.

Diese Beschleunigung verändert die zeitliche Struktur demokratischer Legitimitätsbildung. Politische Akteure stehen unter Druck, sofort zu reagieren, während komplexere Einordnung häufig erst später möglich ist. Früh entstandene Deutungen können sich jedoch bereits verfestigt haben.

Zugleich ermöglicht digitale Öffentlichkeit unmittelbare Rückmeldung. Bürger können Kritik äußern, Gegeninformationen verbreiten und politische Akteure direkt mit gesellschaftlichen Erfahrungen konfrontieren. Damit erweitert sich demokratische Responsivität.

Die Herausforderung besteht deshalb nicht in digitaler Kommunikation als solcher, sondern in der Verbindung von Geschwindigkeit und politischer Urteilsbildung. Demokratische Öffentlichkeit benötigt Räume für unmittelbare Reaktion ebenso wie für nachträgliche Prüfung und Korrektur.

Öffentliche Institutionen und die Glaubwürdigkeit demokratischer Ordnung

Neben Parteien und Medien besitzen auch Verwaltungen, Gerichte, Wissenschaft und andere öffentliche Institutionen Bedeutung für demokratische Legitimität. Sie stellen Informationen bereit, prüfen Entscheidungen oder setzen Regeln um. Ihre Glaubwürdigkeit beeinflusst, ob Bürger politische Ordnung als verlässlich wahrnehmen.

Dabei darf Glaubwürdigkeit nicht mit Unfehlbarkeit verwechselt werden. Institutionen machen Fehler. Ihre Legitimität hängt deshalb wesentlich davon ab, wie transparent Fehler erkannt, erklärt und korrigiert werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung**

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Eine Institution, die Fehler eingesteht und nachvollziehbar korrigiert, kann langfristig vertrauenswürdiger sein als eine Institution, die versucht, den Eindruck permanenter Fehlerlosigkeit zu erzeugen. Demokratische Legitimität beruht gerade auf der Möglichkeit institutioneller Selbstkorrektur.

Daraus folgt ein wichtiger Zusammenhang:

Vertrauenswürdigkeit demokratischer Institutionen entsteht nicht durch den Anspruch auf Fehlerfreiheit, sondern durch nachvollziehbare Verfahren, überprüfbare Entscheidungen und glaubwürdige Korrekturfähigkeit.

Öffentlichkeit als Rückkopplungssystem demokratischer Ordnung

Die bisherigen Kapitel dieses Teils haben gezeigt, dass Öffentlichkeit nicht lediglich Informationen transportiert. Sie bildet ein komplexes Rückkopplungssystem zwischen Gesellschaft und politischer Ordnung.

Gesellschaftliche Erfahrungen werden öffentlich artikuliert, Medien und politische Akteure interpretieren sie, Bürger reagieren darauf, Parteien verändern ihre Strategien und politische Institutionen treffen Entscheidungen. Diese Entscheidungen erzeugen wiederum neue gesellschaftliche Erfahrungen, die erneut öffentlich wahrgenommen und bewertet werden.

Der Zusammenhang lässt sich zusammenführen:

Gesellschaftliche Veränderungen und persönliche Erfahrungen → öffentliche Wahrnehmung und politische Kommunikation → mediale und digitale Auswahl → Deutung gesellschaftlicher Konflikte → politische Mobilisierung und Repräsentation → institutionelle Entscheidungsbildung → politische Ergebnisse → gesellschaftliche Bewertung → Vertrauen oder Misstrauen → veränderte politische Beteiligung und öffentliche Kommunikation → erneute politische Repräsentation und Entscheidungsbildung.

Öffentlichkeit verbindet damit sämtliche Ebenen des demokratischen Transformationsprozesses. Sie ist weder bloßer Beobachter noch alleinige Ursache politischer Veränderung, sondern der zentrale Vermittlungsraum, in dem gesellschaftliche Erfahrungen in politische Bedeutung übersetzt werden.

Die zentrale Erkenntnis

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems

Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band II

Die Veränderungen demokratischer Öffentlichkeit gehören zu den tiefgreifendsten Dimensionen gegenwärtiger politischer Transformation. Klassische Medien verlieren ihre frühere Monopolstellung, digitale Teilöffentlichkeiten erweitern politische Beteiligung, algorithmische Systeme verändern Aufmerksamkeit, Emotionalisierung und Personalisierung gewinnen an Bedeutung und politische Akteure konkurrieren intensiver um Deutungshoheit. Diese Entwicklung eröffnet neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Beteiligung, erhöht zugleich aber die Anforderungen an gemeinsame Tatsachengrundlagen, Vertrauen und institutionelle Verantwortungszuschreibung.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Demokratische Legitimität entsteht im Zusammenspiel von rechtmäßigen Verfahren, politischer Repräsentation, nachvollziehbaren Entscheidungen und einer Öffentlichkeit, in der unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ihre Konflikte auf einer ausreichend gemeinsamen Wirklichkeitsgrundlage austragen können. Öffentlichkeit wird dann zum Risiko demokratischer Ordnung, wenn politische Identität die Anerkennung gemeinsamer Tatsachen, legitimer Gegnerschaft und institutioneller Verfahren zunehmend ersetzt.

Damit ist **Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung** abgeschlossen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass gesellschaftliche Transformation nicht unmittelbar in politische Reaktionen übersetzt wird. Zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und politischem Verhalten liegen Wahrnehmung, Vertrauen, öffentliche Kommunikation, emotionale Bewertung, politische Deutung und Mobilisierung. Diese Vermittlungsebene entscheidet wesentlich darüber, ob gesellschaftliche Konflikte innerhalb demokratischer Konkurrenz verarbeitet oder zu dauerhafter Entfremdung, Polarisierung und Radikalisierung verdichtet werden.

Der folgende Teil erweitert den Untersuchungsraum. Nachdem Deutschland bislang im Zentrum der gesellschaftlichen, parteipolitischen und kommunikativen Analyse stand, wird nun geprüft, in welchem Umfang die beobachteten Entwicklungen Teil eines breiteren europäischen Transformationsprozesses sind und wo unterschiedliche nationale Entwicklungspfade erkennbar werden.

Teil IV – Transformation des deutschen Parteiensystems Teil V – Vertrauen, Öffentlichkeit und politische Mobilisierung

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten